

**Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg**

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 3

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)

**Erinnerungen an die
Martin-Luther-Universität
1945 bis 1989**

Eine Diskussion mit Zeitzeugen

- Halle 1997 -

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Kröllwitzer Str. 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Vorbemerkung.....Seite 5

Abkürzungsverzeichnis.....Seite 8

Diskussionsrunde I: 16. Juni 1995, vormittags.....Seite 9

■ Vorstellung der Teilnehmer ■ Zulassungskriterien ■ Die sowjetischen Besatzungsoffiziere ■ Die Rolle des NKWD ■ Der Fall Busch ■ Der Fall Elchlepp ■ Rektor Otto Eißfeldt ■ Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten ■ Die FDJ wird langsam aktiv ■ SED und Universität ■ Studentenalltag ■ Vorlesungen in Marxismus ■ Frauenstudium ■

Diskussionsrunde II: 16. Juni 1995, früher Nachmittag.....Seite 40

■ Der Einfluß der FDJ ■ Die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten ■ Ein Vorschlag Erich Honeckers ■ Studentenratswahlen ■ Ungewollter Informationsfluß zu den Stellen der Partei ■ Eine Verhaftung ■ Die Betriebsorganisation der FDJ ■ Die Verschulung des Studiums ■ Pflichtvorlesungen und -seminare ■ Stigmatisierung bürgerlicher Professoren ■ Hochschulgruppen der Blockparteien ■ Junge Gemeinde / Studentengemeinde ■ Eine Versammlung ■ Pfarrer Hamel ■ Das ML-Grundstudium ■

Diskussionsrunde III: 16. Juni 1995, später Nachmittag.....Seite 64

■ Private Kontakte im Westen ■ Studentenkongresse ■ Illusionen über Deutschland ■ Westreisen ■ Die Rolle der Funktionäre ■ Informationsmöglichkeiten RIAS und Westzeitungen ■ Die Sowjetisierung der Wissenschaft ■ Vorträge über Lyssenko ■ Ulbrichts Vorbild: Stalin ■ Politische Geografie ■ Der 17. Juni ■

Diskussionsrunde IV: 17. Juni 1995, morgens.....Seite 96

■ Vorstellung der neuen Teilnehmer ■ Maßnahmen nach dem 17. Juni ■ Die Auseinandersetzung mit dem “Spirituskreis” ■ Walter Ulbricht in Halle ■ Die Leopoldina als “reaktionäres Zentrum” ■ Rivalitäten in der Universitätsführung ■ Der Fall Mühlpfordt ■ Radikalisierung der Studentenschaft ■ Revisionismus ■ “Falsche Vorstellungen” über die Wiedervereinigung ■ Das Harich-Konzept ■

Diskussionsrunde V: 17. Juni 1995, später Vormittag.....Seite 129

■ Die Militarisierung der DDR ■ Einschüchterungsversuche ■ Ein Stasibericht ■ Reaktionen auf die Wehrpflicht ■ Das Problem der Reservistendienste ■ Ein Erlebnis in Westberlin ■ Der Bau der Mauer: Das Versagen des Regimes ■ Debatten vor und nach dem Mauerbau ■ Die 3. Hochschulreform ■ Mutmaßungen über die Ursachen ■ Sowjetisierung oder Modernisierung? ■ Mehr Geld für Naturwissenschaften = Mehr Ergebnisse in den Naturwissenschaften ■ Eine weitere Konsequenz: Verschulung des Studiums ■ Versuche der Partei, die 68er Revolte zu reflektieren ■

Diskussionsrunde VI: 17. Juni 1995, nachmittags.....Seite 151

■ Die Wende ■ Eine erstaunlich schlechte Aktenlage ■ Die Initiativgruppe: Kampf gegen Staatssicherheit ■ Auseinandersetzungen im Senat ■ “Kranke Wissenschaften” ■ Der “Runde Tisch” der Mediziner ■ Die Gesellschaftswissenschaftler reformieren sich nicht: Tarnversuche ■ Die Initiativgruppe heute ■ Alte Kader im Widerstand gegen das Neue ■ Studenten beim Reservistenlehrgang: die Angst, jetzt den Schießbefehl zu bekommen ■ In Westdeutschland: blauäugiger Umgang mit alten Kadern ■ Beharrungsvermögen der Staatsbürgerkunde-Dozenten ■ Inaktive Studenten ■ Noch einmal: Verzögerungstaktiken ■ Das Herrschaftswissen ■ Verabschiedung ■

Biographische Angaben.....Seite 179

Die Teilnehmer.....Seite 189

Vorbemerkung

Die Geschichte der Martin-Luther-Universität nach 1945 ist exemplarisch für die Veränderung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland. Während sich in den 1946 in den Westzonen gebildeten Ländern, in Anknüpfung an die Verhältnisse in Deutschland vor 1933, eine föderalistische Ordnung etablierte und die Kulturhoheit der Länder im Bonner Grundgesetz von 1949 auch verfassungsrechtlich verankert wurde, entstand in Berlin unter sowjetischer Kontrolle eine Deutsche Verwaltung für Volksbildung mit Kompetenzen für die gesamte sowjetische Besatzungszone. Auch wenn in der SBZ die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bis 1952 eigene Verwaltungsstrukturen besaßen, blieb hier faktisch das zentralistische Prinzip der Hochschulverwaltung der nationalsozialistischen Zeit in Kraft. Unmittelbar nach 1945 entschieden die Kulturoffiziere der Sowjetischen Militäradministration alle wichtigen Fragen der Universitäten, später war das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen zentrales Leitungs- und Steuerungsinstrument. Dies hatte gravierende Auswirkungen auf Personalentscheidungen und den Wiederaufbau der Universitäten nach dem Ende des 2. Weltkrieges.

Von ähnlicher Bedeutung war, daß trotz eines formal bestehenden Mehrparteiensystems in der SBZ und in der DDR die KPD/SED die allein bestimmende politische Kraft wurde, und daß sich damit ein Anspruch auf eine umfassende weltanschauliche Kontrolle verband, auch wenn diese erst nach langen Konflikten mit den Universitätsangehörigen, Lehrenden und Lernenden durchgesetzt werden konnte.

Die Verpflichtung der Universität auf die Eliminierung der nationalsozialistischen Ideologie, die Entnazifizierung des Lehrkörpers und der Verwaltung, die Säuberung der Bibliotheken von NS-Literatur (der jedoch auch andere mißliebige Bücher zum Opfer fielen), gehörte genauso zum Wiederaufbau der Universitäten wie der Versuch, diese auf die spezifischen ideologischen Ziele der KPD/SED in Unterricht und wissenschaftlicher Ausbildung zu verpflichten, konkurrierende geistige Richtungen zugunsten der Parteiideologie allmählich auszuschalten und einen Elitenwechsel in der Gesellschaft herbeizuführen.

Dieses Konzept mag bei Kriegsende noch nicht ausformuliert gewesen sein.

Ursprünglich bekannte sich die Bildungspolitik zu einem egalitären gesellschaftlichen Programm. Dieses Ziel hatte in der traditionellen Programmatik der deutschen Arbeiterparteien durchaus seinen festen Platz und wurde nach 1945 in der SBZ zum Leitmotiv der Bildungs- und Hochschulpolitik. Diese Forderungen trafen in Anbetracht der bisherigen Struktur des bürgerlichen Bildungssystems durchaus auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die geforderte Chancengleichheit ohne Unterschied der sozialen und religiösen Herkunft, die Einführung einer besonderen Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern schloß aber sehr schnell auch die Chancenverweigerung, nicht nur aus sozialen, sondern mehr noch aus politischen Gründen ein. Die Zulassungsregeln für die weiterführenden Bildungseinrichtungen wurden zu einem Instrument entwickelt, welches eine neue sozialistische Elite, die sich nach sozialen und politisch-ideologischen Kriterien definierte, hervorbringen sollte. Daß diese Entwicklung nicht geradlinig verlief, sondern abhängig war von den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen, den Zielen der sowjetischen Besatzungsmacht, den Veränderungen in der Hochschulpolitik der SED und den Anforderungen einer Industriegesellschaft an die Universitäten ist selbstverständlich.

Diese Entwicklungen sind aus Akten und Sekundärliteratur weitgehend bekannt und auch unstrittig. Das Ziel dieser Publikation ist es, auf der Basis einer Zeitzeugenbefragung und -diskussion die persönlichen Erfahrungen ehemaliger Studierender und Hochschullehrer der Martin-Luther-Universität zu sammeln. Auch Stimmungen und Gefühle, Gedanken und Meinungen waren dabei gefragt. Für die Durchführung dieser Aufgabe ist versucht worden, möglichst viele Zeitzeugen aus unterschiedlichen Studienjahren einzubeziehen und die Zäsuren der Entwicklung der Hochschulpolitik zu berücksichtigen. Das Ergebnis der Befragung ist sicher kein repräsentativer Querschnitt der Universitätsgeschichte, aber mehr als eine beliebige Aneinanderreihung von Erinnerungen.

Es wurde keine systematische Befragung angestrebt oder durchgeführt. Zu Wort kommt eine kleine Gruppe von ehemaligen Hochschul-angehörigen: 30 Personen. Es handelte sich vornehmlich um Personen, die nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein besonderes Interesse an ihrer alten Alma Mater zeigten, die Universität besuchten oder eine wichtige Rolle bei der Reform der Universität nach 1990 spielten. Viele Interessenten konnten am Workshop nicht

teilnehmen, da sie am Veranstaltungstermin andere Verpflichtungen hatten. Einige haben persönliche Erinnerungen geschickt. Personen, die die Entwicklung des Hochschulsystems in der DDR befürworteten oder selbst in Leitungsgremien tätig waren, nahmen aus unterschiedlichen Gründen nicht teil. Alle Teilnehmer erhielten vor Beginn des Workshops einen Fragebogen mit "Leitfragen" zur Universitätsgeschichte. Erinnerungen konnten durch den Rückgriff auf persönliche Dokumente aufgefrischt werden.

Die Durchführung des Workshops in Wittenberg am 16. und 17. Juni 1995 wurde durch großzügige Zuschüsse des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt und der Stiftung Leucorea ermöglicht, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, diese Veranstaltung in der Lutherhalle durchzuführen. Dank gebührt auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Christiane Brod, Anjana Buckow, Henrik Eberle und Stefan Schäfer, die für die technische Betreuung der Aufzeichnungen sorgten, die mühselige Arbeit der Transkribierung durchführten und den Text mit großem Engagement in eine druckfähige Fassung brachten. Bei der redaktionellen Bearbeitung wurden Füllworte weggelassen und der Satzbau dem Schriftdeutsch angeglichen. Weder Wortwahl noch Inhalte wurden verändert.

Wir möchten mit der Vorlage dieser Dokumentation die Debatte um die Geschichte der Universität, um das Verhältnis von SED und Wissenschaften, fortführen und hoffen, sie zu beleben.

Nachsatz zur 2. Auflage: Das große Interesse an dem vorliegenden Heft machte eine 2. Auflage erforderlich. Einige Angaben wurden durch die Teilnehmer präzisiert. Diese Ergänzungen wurden eingearbeitet, da sie die Substanz des Textes nicht veränderten. Auf die Setzung von Anführungszeichen bei ironischen Wendungen verzichteten wir jedoch. Denn nicht alle derartigen Stellen erwiesen sich als nachvollziehbar. Unmöglich war auch die durchgehende Kennzeichnung zeitgenössischer Begriffe, etwa "Revisionismus", "Kulturrevolution" oder "Republikflucht". Die Teilnehmer der Diskussion bezeichneten mit den Worten "sozialistisch" und "bürgerlich" andere Dinge, als es einst die SED tat.

Halle, im Februar 1998

Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper

Abkürzungsverzeichnis

ABF, A-und-B-Fakultät	Arbeiter- und Bauernfakultät
ADS	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten
AG	Aktiengesellschaft
ANTIFA	Antifaschistische Ausschüsse
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HSG	Hochschulsportgemeinschaft
Jabo	Jagdbomber
K 5	Abteilung 5 der Kriminalpolizei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSG	Katholische Studentengemeinde
Leopoldina	Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Nat. Fak.	Naturwissenschaftliche Fakultät
NDPD, NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit und seine Dienststellen
SU	Sowjetunion
TH	Technische Hochschule
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe

Diskussionsrunde I: 16. Juni 1995, vormittags

■ Vorstellung der Teilnehmer ■ Zulassungskriterien ■ Die sowjetischen Besatzungsoffiziere ■ Die Rolle des NKWD ■ Der Fall Busch ■ Der Fall Elchlepp ■ Rektor Otto Eißfeldt ■ Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten ■ Die FDJ wird langsam aktiv ■ SED und Universität ■ Studentenalltag ■ Vorlesungen in Marxismus ■ Frauenstudium ■

Hans-Joachim Schnitzer: Jahrgang 1922. Ich kam 1946 an die Universität, hatte etliche Kriegsjahre erlebt und sah manches anders als junge Menschen, die gerade an der Universität begonnen hatten. Ich war auch aus dem Elternhaus politisch beeinflusst oder erzogen worden, stammte aus einer sozialdemokratischen Familie. Ich bin dadurch sehr kritisch in die ganze Zeit hineingewachsen, die Vor-SBZ-Zeit und auch dann in die SBZ-Zeit. Ich habe politische Konsequenzen gezogen, 1945 bin ich der Kommunistischen Partei beigetreten. Historiker sollten wissen, daß das damalige Programm der KPD anders aussah, als es sich dann in der Praxis verwirklicht hat. Es ist keine Entschuldigung, ich bin da hineingerutscht, aber es gehört schon dazu, weil ich rückblickend auch der Sozialdemokratie einen gewissen Vorwurf gemacht habe, daß es überhaupt zu dem Dilemma in der NS-Zeit gekommen ist.

Ich habe das Studium in Halle ziemlich unbefangen begonnen. Sie werden vielleicht erschrocken sein, ich habe zunächst sehr bürgerlich angefangen, mit Mathematik und Physik. Ich wollte Geodät werden und habe mich relativ wenig um die genaue, konkrete Politik gekümmert, es sei denn durch Herrn Schmidt und Herrn Böttge. Durch einen Aufruf bin ich dann zum damaligen Studentenrat gekommen und bin dem Vorgänger der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten" beigetreten. Ich bin also in die "Führungselique" der Studentenschaft der Universität gekommen. Es war keine Wahl, sondern es war eine Aufforderung, sich freiwillig dafür zur Verfügung zu stellen. Das ging bis 1946-47, da war die erste Wahl.

Ich habe nach 1/4 Jahr die Universität verlassen, um ein Praktikum zu machen, bin dann aber doch immer mehr in das Politische hineingerutscht und habe Jura und Volkswirtschaft studiert. 1948 wurde ich aus der SED ausgeschlossen. 1949 war ich zum ersten Mal verhaftet und bin zu Pfingsten 1950 von Halle nach Westberlin geflohen. Dort habe ich mein Studium als Jurist zu Ende geführt.

Prof. Werner-Wilhelm Engelhardt: Jahrgang 1926. Ich habe im ersten Nachkriegssemester mein Studium der Volkswirtschaftslehre hier in Halle aufgenommen und habe es 1948 mit dem Diplomvolkswirt beendet. Ein Promotionsversuch hier ist gescheitert, auch aus politischen Gründen. Ich bin 1950 in die Bundesrepublik gegangen, habe dort promoviert und habilitiert an der Universität Köln. Habe mein Studium auf Betriebswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften ausgedehnt, bin schließlich in Köln Professor geworden, habe einen Ruf nach Siegen ausgeschlagen und bin heute zum 2. Mal wieder in Halle.

Manfred Böttge: Ich habe 1946 in Halle zunächst mit dem juristischen Studium begonnen, sah dann ein, daß die Juristerei nicht ganz das Richtige für mich ist und schwenkte um auf die Volks- und Betriebswirtschaft, machte 1948 mein Examen. Ging dann zum Nachfolger der "Mansfelder Schiefer Bergbau AG" der "Mansfeld AG" in die betriebswirtschaftliche Abteilung und bin 1949 in die Bundesrepublik gegangen, weil ich hier erhebliche Schwierigkeiten bekam. Von 1950 bis zu meiner Berentung bin ich in Wirtschaftsbetrieben der Bundesrepublik tätig gewesen.

Volker Erdmann: Doktorand bei Professor Rupieper. Ich arbeite in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und beschäftige mich jetzt speziell mit dem Thema "Staatssicherheit und Universität", im Augenblick konzentriere ich mich dabei vor allem auf die 50er Jahre.

Dr. Herbert Priew: Ich habe 1950 in Halle angefangen, Landwirtschaft zu studieren und wurde mit zwei anderen Kommilitonen am 18. Juni 1953 verhaftet, zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Sühnemaßnahme verurteilt. Ich habe die Gefängniszeit voll abgesessen, bin dann in die Bundesrepublik gegangen, habe in Stuttgart-Hohenheim fertig studiert und war bis zu meiner Pensionierung Ministerialrat im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ich habe mich gleich nach der Wiedervereinigung sehr bemüht, hier in Halle etwas zu tun, habe mit dem Wissenschaftsrat die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften evaluiert und habe mit Kommilitonen zusammen an der Landwirtschaftlichen Fakultät einen Förderverein gegründet, so daß wir doch recht aktiv in Halle sind, um Ost und West wieder zusammenzubringen.

Gotthard Pilz: Jahrgang 1931. Ich habe von 1951 bis 1953 in Halle Landwirtschaft studiert. Bin - wie Herr Prieu - durch die Vorgänge des 17. Juni 1953 exmatrikuliert worden, habe 3 Jahre Zuchthaus bekommen für die Beteiligung am Aufstand in Halle und bin 1956 in die Bundesrepublik gegangen. Habe mein Studium in Weihenstephan fortgesetzt und es 1958 mit dem Diplomexamen beendet. Ich habe dann den Referendardienst im bayerischen Staatsdienst (im höheren landwirtschaftlichen Dienst) abgeschlossen. Ich bin seit 1960 beim bayerischen Staat in der Landwirtschaftsverwaltung tätig gewesen und bin am 1. August 1994 als Leitender Landwirtschaftsdirektor an der Bezirksregierung in Landshut, Niederbayern, aus der Landwirtschaftsabteilung ausgeschieden.

Dr. Hans-Joachim Vogt: Jahrgang 1929. Habe von 1950 bis Anfang 1954 an der Hallenser Universität studiert, mittelalterliche Geschichte bei Professor Lintzel. Bin bei Ermittlungen des Staatssicherheitsdienstes Anfang 1954 vorübergehend festgenommen worden und habe die DDR verlassen. Von 1965-1991 bis zu meiner Pensionierung war ich Leitender Bibliotheksdirektor der städtischen Bibliothek Frankfurt am Main.

Dr. Annemarie Haase: Jahrgang 1930. Ich habe von 1949 bis 1954 an der Universität in Halle Geschichte und Musikerziehung bei Professor Lintzel und bei Professor Haussherr studiert. Von 1954-1956 habe ich bei Professor Mühlpfordt im Seminar als Assistentin gearbeitet. Ich war aktives Mitglied der evangelischen Studentengemeinde. Nach meinem Examen war ich in der evangelischen Akademikerschaft und habe dort auch zeitweise in einem Arbeitskreis gewirkt. Ich kam dann in die Schußlinie der Partei und bekam einen Drohbrief wegen eines zu erwartenden Zugriffs. Bin daraufhin nach Westberlin geflüchtet. Dann habe ich in Köln noch Germanistik studiert und mich auf das höhere Lehramt vorbereitet, war anschließend in Gymnasien tätig und seit 1969 an der PH Rheinland tätig als Akademische Oberrätin für Geschichte. Von 1984 an der TH Aachen im Geschichtsseminar Akademische Oberrätin, inzwischen in Pension.

Udo Dräger: Ich habe von 1949 bis 1954 in Halle Geschichte studiert, bei Professor Lintzel und Professor Haussherr. Ich war nach dem Studium zunächst kurzfristig als Lehrer eingesetzt, hatte aber große Schwierigkeiten, da ich CDU-Mitglied war, als Geschichtslehrer eine Stelle zu bekommen. Ich bin dann Assistent bei Professor

Haussherr am Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften gewesen und habe dort an einer Quellenpublikation zum Steinschen Reformministerium mitgearbeitet. Als Professor Haussherr die DDR verließ, habe ich mich für die Archivausbildung beworben und habe mein zweites Staatsexamen gemacht, als wissenschaftlicher Archivar. Ich war dann fast 30 Jahre im zentralen Staatsarchiv in Merseburg. Bin zur Zeit ein Kollege von Herrn Erdmann in der Gauck-Behörde.

Prof. Günter Mühlfordt: Jahrgang 1921. Ich habe ebenfalls bei Professor Lintzel studiert, war seit 1947 als Assistent an der Universität Halle tätig, habe hier das Institut für Osteuropäische Geschichte aufgebaut. 1952 habe ich mich habilitiert, bekam aber ein Verbot für die Antrittsvorlesung in dem stürmischen Frühjahr 1953. Nach dem 17. Juni 1953 wurde ich jedoch auf eine Professur berufen und Institutsdirektor sowie Fachrichtungsleiter für Geschichte. Im Frühjahr 1958, während der Hexenjagd, den von Ulbricht initiierten Schauprozessen, die Universität Halle war ja angeblich hinter den anderen Universitäten, besonders hinter Berlin und Leipzig, politisch zurückgeblieben wurde ich auf Anweisung Ulbrichts meiner Universitätsämter enthoben und bekam sofortiges Lehrverbot. Da ich mich von meinen Anschauungen, den sogenannten bürgerlichen Theorien, wie es Chefideologe Kurt Hager nannte, nicht distanzierte, bekam ich nach einer Galgenfrist dann, nach dem Mauerbau, 1962 die Entlassung mit Berufsverbot, unter Ausschließung einer Wiedereinstellung an der Universität. Ich habe mich dann über 20 Jahre als stellungsloser Privatgelehrter durchgeschlagen und hatte dabei ständig mit Publikationsverboten zu kämpfen.

Eva Wipplinger: Jahrgang 1928, kam 1950 nach Halle, um bei Professor Worringer Kunstgeschichte zu hören, aber gerade in dem Moment war er nicht mehr anwesend, er war in den Westen gegangen. Ich könnte heute dazu beitragen, aus meiner Erinnerung die Situation im Kunstgeschichtlichen Institut in den 50er Jahren zu beleuchten, es war ja damals eine sehr prekäre Situation.

Stefan Schäfer: 1988 bis 1993 an der der Martin-Luther-Universität Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert. Ich bin Mitarbeiter von Professor Rupieper. Schreibe an meiner Dissertation zur Geschichte der Volkspolizei in Sachsen-Anhalt 1945-1952.

Anjana Buckow: Jahrgang 1966, Doktorandin und Mitarbeiterin bei Professor Rupieper.

Christiane Brod: Ich bin Studentin im Seminar für Geschichte und habe bei Professor Rupieper eine Hilfskraftstelle.

Marianne Schnitzer: Ich habe im Mai 1946 im Vorsemester an der Universität Halle-Wittenberg begonnen, habe dann Philologie studiert, 1952 mit dem Examen abgeschlossen und bin dann drei Jahre im Schuldienst gewesen an der Oberschule in Torgau. Danach habe ich meine Berufstätigkeit aufgegeben.

Prof. Peter Bohley: Jahrgang 1935. Ich habe von 1954 bis 1959 Medizin an der MLU studiert, den 17. Juni 1953 als Schüler miterlebt, habe mich 1974 habilitiert für Biochemie, habe auch eifrig unterrichtet, bekam 1983 ein Lehrverbot wegen einer Äußerung, die ich in einer Vorlesung gemacht habe über das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für das Militär und die Medizin, bin in Folge dieses Lehrverbots (es war trotz des Einsatzes sehr engagierter Leute nicht rückgängig zu machen) 1984 in die Bundesrepublik gegangen und wurde 1986 auf eine Professur für Biochemie an der Universität Tübingen berufen, wo ich bis heute lehre.

Prof. Peter Hermann: Jahrgang 1927. Ich habe mein Chemiestudium 1947 in Halle aufgenommen, mich sehr zeitig für die studentischen Selbstverwaltungsorgane interessiert, bin in der letzten freien Wahl 1950 im Februar in den Fakultätsrat der Nat. Fak. gewählt worden, habe später meine Diplomarbeit bei Professor Mothes in Gatersleben gemacht und danach bei Professor Hanson im Institut für physiologische Chemie promoviert. Dort bin ich bis zu meiner Emeritierung im Jahre 1993 gewesen. Ich habe seit 1960 Grundvorlesungen gehalten und bin 24 Jahre danach zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Durch die Ereignisse der Wende wurde ich auf eine C3-Professur berufen, ich hatte mich 1968 habilitiert.

Dr. Georg Wagner: Ich bin Assistent am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der MLU. Ich arbeite über Arbeiter und Angestellte in der Mitteldeutschen Chemieindustrie 1916-1990.

Dr. Helmut Pietzke: Jahrgang 1929. Ich bin seit 1950 im Bildungswesen tätig, seit 1959

in der Lehrerausbildung. Seit 1964 bin ich an der MLU hochschulpolitisch aktiv. Seit 1990 bin ich als Gründungsmitglied des Verbandes der wissenschaftlichen Mitarbeiter tätig. Ich war dessen Vorsitzender von 1990 bis 1995.

Prof. Eckhard Oelke: Jahrgang 1936. Ich habe von 1954 bis 1959 in Halle Geographie und Geschichte studiert, war danach ein Jahr lang Lehrer in Pasewalk und seit 1960 als Assistent wieder an der Universität tätig, habe dann die Entwicklung bis zur Professur hier in Halle gemacht.

Dr. Adalbert Rabich: Jahrgang 1926. Ich habe in Halle studiert als einer der ersten Immatrikulierten von 1945 (Mathematik und Physik) und bin 1947/48 in die Juristische Fakultät übergewechselt. Ich bin ein etwas exotischer Student, da ich gleichzeitig im Leuna-Werk tätig war, ein typischer Werkstudent. Außerdem komme ich aus einem Hause, welches absolut antidiktatorisch eingestellt war, und gehöre zu denjenigen, die im Zuge des 17. Juni 1953 weggegangen sind. Ich war zu dieser Zeit gerade in Braunschweig, um zur technischen Laufbahn zu wechseln, aber die Volkspolizei hat bei mir zu Hause recherchiert, am 14.6. bin ich in die Bundesrepublik an die Technische Hochschule Braunschweig gegangen, habe in einer Blitzzeit dort Maschinenbau und andere Fächer studiert und war dann Assistent. Seit 1954/55 bin ich in der Forschung und Entwicklung und in leitenden Positionen der Industrie tätig.

Prof. Walter Zöllner: Jahrgang 1932. Ich habe von 1952 bis 1955 in Halle Geschichte studiert, danach postgradual lateinische Philologie (vorher in Leipzig). Seitdem habe ich Höhen und Tiefen der Universität, in mannigfacher Hinsicht, erlebt. Ab 1990 habe ich mich um den Neuaufbau des Instituts für Geschichte bemüht. Ich bin seit 1993 als Professor neuen Rechts an der Universität tätig, für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften.

Heinrich Blobner: Jahrgang 1934. Ich komme zur Zeit aus Kassel, habe hier in Wittenberg 1953 wenige Tage vor dem 17. Juni 1953 noch Abitur gemacht, dann in Halle bis 1957 studiert, zunächst mal, wie es damals im Rahmen des sogenannten Einfachstudiums möglich war, Geschichte. Im letzten Jahr auch noch zusätzlich Geographie. Wahrscheinlich neben Herrn Zöllner einhergelaufen. Ich habe auch ein Seminar bei Prof.

Mühlpfordt gemacht, damals ein Referat über die westdeutsche Ostforschung gehalten. Auch bei den Professoren Hausserr, Lintzel, Stern, Hellfaier gehört. Ich habe 1957/58 kein Examen machen können, weil ich im September 1957 verhaftet worden bin und zwar wegen der Bildung einer angeblich staatsfeindlichen Studentengruppe an der Universität, verurteilt in Halle vom Bezirksgericht zu sieben Jahren Zuchthaus wegen Staatsverrats. Ich bin kurz vor meiner Abbüßung der sieben Jahre von der Bundesrepublik freigekauft worden. Ich habe dort mein Studium fortgesetzt, beziehungsweise wieder aufgenommen und abgeschlossen, heute bin ich Gymnasiallehrer in Kassel.

Prof. Hermann-Josef Rupieper: 1942 im Ruhrgebiet geboren. Ich habe an der Freien Universität studiert, bin 1972 an der Stanford University promoviert worden, dann wieder nach Berlin zurückgegangen, habe dort 1979 in Geschichte habilitiert. Ich bin dann von Marburg 1993 an die Martin-Luther-Universität gekommen. Ich betreibe dort die Zeitgeschichte seit 1917.

Die Kurzbiographien haben deutlich gemacht, daß ein großes Potential an Erfahrungen und Erinnerungen vorhanden ist und sich folgende Schwerpunkte ergeben könnten:

- erste Phase 1946/49, die Wiedereröffnung der Universität, die Anfangsschwierigkeiten nach dem Kriege usw.
- zweiter Schwerpunkt: Anfang der 50er Jahre inklusive der Ereignisse des 17. Juni 1953
- die politischen Säuberungen der Jahre 1957/58.

Schließlich besteht auch die Möglichkeit, die 60er Jahre zu diskutieren, da einige der Anwesenden mehr oder weniger die gesamte Zeit in der DDR lebten und ihre Erfahrungen miteinbringen können. Ich habe mich bemüht, auch einige der Mitarbeiter der alten Hochschulverwaltung zu bekommen. Das ist mir nicht möglich gewesen.

Zum ersten Komplex: Die unmittelbare Nachkriegserfahrung 1945/46. Wie waren die Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht an der Universität? Welche Probleme gab es aus der Sicht der Studenten? Gab es überhaupt Kontakte zwischen der Studentenschaft und den sowjetischen Kulturoffizieren, Universitätsoffizieren? Gab es vielleicht Kontakte zwischen dem Studentenrat oder dem Fakultätsrat und den sowjetischen Offizieren? Sind hierzu Informationen vorhanden?

Böttge: Aus meiner Erinnerung. Ich bin seit Herbst 1945 Mitglied in der vorbereitenden Organisation der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten" gewesen. Das war damals noch keine gewählte Organisation, die erste Wahl zur "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten" erfolgte im Februar oder März 1946. In jener Phase ging es unter anderem um Zulassungsfragen und dergleichen mehr. Es bestand zwischen der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten", der Provinzialverwaltung und der SMA ein ziemlich enger Kontakt bei der Frage der Zulassung oder Nichtzulassung von Kommilitonen. Diese Verbindung bezog sich aber mehr oder weniger nur auf diese noch inoffizielle Vertretung der Studentenschaft. Ich möchte sagen, es hat zu jener Zeit ein unmittelbarer Kontakt irgendwelcher Studenten zu Stellen der SMA überhaupt nicht bestanden. Es war eine reine Zusammenarbeit bei den Fragen der Zulassung und dergleichen mehr.

Rupieper: Welche Funktion hatten die sowjetischen Offiziere bei der Zulassung? Wurden sie sichtbar?

Böttge: Nein, es war so gewesen: Man immatrikulierte wie üblich an der Universität. Die Zulassungs- bzw. die Immatrikulationslisten gingen dann zur damaligen Provinzialverwaltung, zum Amt für Volksbildung und die letzte Entscheidung traf zum Schluß dann die SMA, der diese Listen zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Wir hatten in den Jahren 1945/46, als die Universität anfing, einen relativ hohen Anteil an Reserveoffizieren. Das lag einmal schon daran, daß fast jeder Abiturient, wenn er damals zur Wehrmacht kam, in der Regel Offizier wurde oder Offiziersbewerber. Die Frage der Zugehörigkeit zum Offizierskorps spielte aber eine sekundäre Rolle. Sehr strenge Maßstäbe wurden in Fragen der Parteizugehörigkeit und insbesondere der Waffen-SS angelegt.

Rupieper: Es ist sehr wichtig, was Herr Böttge gesagt hat. Erst einmal muß man sich die Kriterien noch einmal kurz vergegenwärtigen. Das Überraschende ist zunächst für mich, daß im Gegensatz zu Zulassungsverfahren in der amerikanischen Zone oder in der französischen Zone, die auch ähnlich verliefen, es einen hohen Anteil an Reserveoffizieren unter den Studierenden gab. Ich weiß zum Beispiel aus der amerikanischen Zone, daß man darauf geachtet hat, die Offiziere zunächst eben nicht zum Studium

zuzulassen. Das würde bedeuten, wenn dies eine allgemeine Erfahrung ist, daß die sowjetische Besatzungsmacht mit ehemaligen Offizieren moderater umgegangen ist. Das halte ich nicht für ausgeschlossen, ich möchte auch sagen, warum: Ich habe vor kurzem einen Bericht über ein Gespräch gefunden, zwischen Georgi Dimitroff und Wilhelm Pieck im Dezember 1945. In diesem Gespräch macht er deutlich, daß dieses Potential der Kriegsgefangenen und auch natürlich der Offiziere genutzt werden soll für die Partei, für die Entwicklung der KPD. Und, daß man ihnen nicht die Schuld am Ausbruch des Krieges anhängen möge. Dieses Gespräch ist geführt worden um den 24. Dezember 1945 herum. Deshalb habe ich nachgefragt. Es könnte ja ein Teil der allgemeinen Politik gewesen sein.

Der zweite Teil meiner Frage ist, wie ist die Zulassung tatsächlich gelaufen? Die letzte Entscheidung lag bei der SMA, haben wir gerade geklärt. Ist es wirklich die SMA, oder ist es die Volksbildungsabteilung der KPD?

Böttge: Wir hatten in Sachsen-Anhalt, dies darf man vielleicht nicht vergessen, einen Ministerpräsidenten, der der LDPD angehörte, das war Professor Erhard Hübener. Wir hatten auf der anderen Seite einen Volksbildungsminister, keinen Kommunisten, sondern einen Sozialdemokraten, Ernst Thape. So sind wirklich diese ersten Jahre 1945, 46, 47 in nicht ganz starren kommunistischen Bahnen verlaufen. Ob es allein daran liegt, weiß ich nicht. Vielleicht war es eine der Ursachen. Daß man mehr Wert auf eine Eliminierung von irgendwelchen nationalsozialistischen Elementen oder deren Nichtzulassung Wert gelegt hat, lag meines Erachtens auch an der Geschichte der MLU. Wir dürfen einige Dinge nicht außer acht lassen. Wir müssen bedenken, daß die MLU bereits seit 1929 und noch verstärkt seit 1931 eine Hochburg des Nationalsozialismus gewesen ist. Wir haben bei den Studentenratswahlen im Jahre 1931 in der Studentenschaft von allen abgegebenen Stimmen bereits 50% nationalsozialistische Stimmen gehabt. Dementsprechend war auch die Zusammensetzung der Dozenten. Ich darf in diesem Zusammenhang erinnern an diesen Riesenskandal mit Professor Dehn, der sicher vielen der hier Anwesenden bekannt sein wird, wo die nationalsozialistischen Studenten bereits vor der Machtergreifung erreicht hatten, daß dieser Mann, der berufen worden war, die Universität wieder verlassen mußte. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß ein Alfred Rosenberg 1938 Schirmherr der MLU wurde. All diese Dinge waren natürlich der Besatzung bekannt, und deshalb glaube ich, daß man in erster Linie nicht so viel Wert darauf gelegt hat, sich

gegen das Militär zu wenden, sondern eben gegen irgendwelche Reste des Nationalsozialismus, wenn wir mit heutigen Begriffen reden wollen: "alte Seilschaften".

Rabich: Zu der Frage: Wer bestimmt in der Zulassungspolitik und welches sind die entscheidenden Kriterien. Wenn ich die Teilnehmer des ersten Kriegsabiturlehrganges betrachte, die also im März/April 1946 ihre Prüfungen machten, war keine Durchsicht möglich, weil da im Grunde genommen sowohl Offiziere als auch Kinder von Nationalsozialisten dabei waren. Ich habe auch den Verdacht, daß zum Beispiel auch eine Rolle gespielt hat, ob der Vater eine bedeutende Position in der Wirtschaft hatte. So daß ich die Frage, ob er Offizier war oder nicht, aus meiner Sicht als sekundär ansehe. Das seltene Phänomen der Verwirrspiele zeigt sich an einem Klassenkameraden, des Herrn Gero von Galléra, der ein Verwandter des CDU-Mannes Götting war. Dieser bat den Minister Thape um Einflußnahme - weil er ja so was ähnliches wie ein Blockwart gewesen war und meinte, durch die Fürsprache des Ministers Zugang zur Universität zu bekommen. Das ist übrigens auch aktenkundig. Ich kann hier gerne diese Akte zitieren. Das ist nicht durchgedrungen, weil der Herr Thape meinte, er könne sich nicht einmengen in die Zulassung. Das wesentliche Element war, daß die Zulassung von seiten der Kommission oder der entsprechenden Einrichtungen akzeptiert wurde und daß das pro forma von der sowjetischen Militäradministration abgehakt wurde. Ich vermute, daß die Listen praktisch bis auf ganz besondere Exoten akzeptiert wurden.

Schnitzer: Als Mitglied der ADS habe ich an zwei Gesprächen über Beschwerden nicht-zugelassener Studienbewerber mit dem russischen Offizier teilgenommen. Der Umgang mit dem russischen Offizier war sehr korrekt. Ich glaube, er war Philologe und hatte auch Kontakt mit Prof. Eißfeldt, dem Rektor. Nur in den Fällen, wo es darum ging, den Bewerber doch noch zuzulassen, hatte ich mit dem Offizier zu tun. Ich habe ein sehr großes Entgegenkommen gespürt, insbesondere bei verwundeten Studenten. Das möchte ich nochmals betonen. Es sind ja meistens Kriegsangehörige gewesen, mit denen ich zu tun hatte, und die kamen zum Teil mit Verwundungen aus dem Krieg zurück. Da war es überhaupt kein Problem, bei dem russischen Offizier eine Zustimmung zu erhalten. Ich habe allerdings nur Detailerfahrung bei Zulassungsfragen, habe nicht die ganze Übersicht. Ich habe nur in einem anderen Zusammenhang im Rahmen meiner FDJ-Tätigkeit festgestellt, daß bei der Erstzulassung, die Herr Böttge erwähnte, ja immer der Beruf des

Vaters angegeben werden mußte. Ich glaube, das sollte man festhalten, weil dies auch ein Kriterium für diejenigen war, die die Entscheidung zu treffen hatten. Und wenn da stand: Der Vater ist Arbeiter, dann war das schon ein Pluspunkt. Als historisch Interessierte sollten Sie wissen, 1945/46 waren gelegentlich sehr hohe Funktionäre aus der NS-Zeit, die entlassen worden waren, Arbeiter - so daß der Studienbewerber ohne weiteres hinschreiben konnte: Vater - Arbeiter. Das heißt, daß auch solche Leute an die Universität gekommen sind. Ich glaube, ich gehörte damals als Kommunist zu den seltenen Blumen des Erstsemesters. Dieser Kreis war bestimmt größer als der Kreis, den ich sozusagen repräsentierte. Es ist nicht ausschlaggebend, aber so sind Entscheidungen zustande gekommen.

Hermann: Ich bin 1947 zugelassen worden. Ich möchte ein paar Kriterien sagen. Lebenslauf, Abiturnote - alles das war Voraussetzung, aber es mußte auch ein Deutschaufsatz zu einem politischen Thema geschrieben werden. Dies ist noch nicht zur Sprache gekommen. Sicher hat er keinen Ausschlag gegeben, aber es ging darum, ob man bereit war, sich für eine demokratische Entwicklung in Deutschland einzusetzen. Wer die Entscheidung traf, war den Bewerbern in der Regel nicht bekannt, aber man hatte schon den Eindruck, daß die sowjetische Militäradministration in der Hinterhand ist. Die soziale Herkunft spielte damals schon eine große Rolle, und viele Bewerber, deren Väter in einem intellektuellen Beruf angesiedelt waren, hatten Probleme, trotz guter Abiturnoten. Da haben damals schon andere Organisationen geholfen. Ich kenne einen Fall, daß der Vorsitzende des Fakultätsrates der Naturwissenschaftlichen Fakultät einem Studenten durch Einmischung beim Rektor Eißfeldt den Studienzugang ermöglicht hat. In einem anderen Fall hat die LPD, die damals in Halle eine sehr starke Position hatte, durch den Herrn Hübener, später durch den Minister Hamann, dafür gesorgt, daß ihre Mitglieder auch dann eine Studienzulassung bekamen, wenn sie zunächst abgelehnt worden waren.

Zur Haltung der Studenten: Wir waren erwartungsfroh, und wir waren gespannt. Es war eine große Aktivität, und ich entsinne mich, schon in den ersten Semestertagen war eine Vollversammlung in der Aula mit großen Diskussionen.

Priew: Im Rahmen der 300-Jahr-Feier der Universität hat ja der Tag der Zeitgeschichte stattgefunden, und dort hat Professor Semirjaga aus Moskau einen Vortrag gehalten. Er war bei der SMA Kulturoffizier, konnte aber über die Rolle des NKWD keine Auskunft

geben. Sie, Herr Rupieper, bringen in Ihrer Arbeit “Wiederaufbau und Umstrukturierung” zum Ausdruck, daß der Kurator Friedrich Elchlepp über das NKWD versucht hat, die Entnazifizierung in der Medizinischen Fakultät voranzutreiben. Frage: Ist bekannt, welche Rolle das NKWD gespielt hat? Es gibt meiner Meinung nach ein etwas schiefes Bild, wenn man auf der einen Seite die sowjetischen Kulturoffiziere als sehr honorig herausstellt und auf der anderen Seite die Untergrundarbeit des NKWD mit ihren deutschen Handlangern wegläßt. In diesem Vortrag von Semirjaga kam ja doch sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Russen das Instrument zur Verfügung gestellt haben, aber viele Deutsche kräftig zugeliefert haben.

Rupieper: Dies ist richtig und ich habe vorhin angedeutet, es gibt neben diesen sowjetischen Hochschuloffizieren auch das NKWD. Es gibt die Atmosphäre der Angst, die man bewußt schafft. Es gibt das Verschwinden von Studenten.

Herr Böttge, Sie haben zwei Dinge angesprochen. Der Fall Elchlepp ist unheimlich kompliziert, vielleicht kann Herr Erdmann etwas dazu sagen. Aber die Frage ging ja um die Medizinische Fakultät. Herr Hermann, haben Sie Erinnerungen über die Zulassungspolitik 1946 oder auch die verspätete Wiedereröffnung der Medizinischen Fakultät? Da gibt es einen ziemlich großen Aktenbestand. Es ist durchaus bekannt, was passiert ist. Eißfeldt hat als Rektor immer wieder Listen eingereicht, die aber nicht die Zustimmung des sowjetischen Hochschuloffiziers gefunden haben, weil der Anteil der ehemaligen Nationalsozialisten unter den Medizinern immer noch sehr, sehr hoch war. Aber hierzu gibt es auch andere Meinungen. Offenbar war die sowjetische Verwaltung, aus Gründen der Gesundheit und der Hygiene, der Meinung, daß die medizinischen Fakultäten möglichst schnell wiedereröffnet werden sollen. Denn sie wissen ja alle um die Nachkriegssituation. Herr Schnitzer hat schon auf die Situation der Verwundeten hingewiesen. Es wüteten sehr viele Krankheiten, etwa Geschlechtskrankheiten und Typhus. Aus diesem Grund war die sowjetische Militärverwaltung daran interessiert, die medizinischen Fakultäten möglichst schnell zu eröffnen. Man kann anhand der Akten, die ich sehr sorgfältig gelesen habe, den Eindruck bekommen, daß sie vielleicht bereit gewesen wäre, das früher zu machen, wenn nicht Elchlepp gewesen wäre. Elchlepp hat eine ganz problematische Rolle gespielt, was mit seiner Biographie zusammenhängen mag. Vielleicht kann Herr Hermann etwas dazu sagen?

Hermann: Professor Hanson hat mir einmal erzählt, daß ein gewisser Dr. Busch, der während des Krieges freigestellt war vom Wehrdienst, weil sein Vater Wehrwirtschaftsführer bei den Siebelwerken in Halle war und offensichtlich für die Nazis spioniert hatte, Feldpost gelesen und weitergeleitet hat. Dieser Busch hat sich nach dem Kriege sofort als Opfer des Faschismus deklariert und mit der sowjetischen Besatzungsmacht sehr intensiv zusammengearbeitet. Herr Hanson hatte mir erzählt, daß er sich wesentlich an der Entnazifizierung in der medizinischen Fakultät beteiligt hat. Er hat später mit sowjetischer Unterstützung in Wernigerode ein Institut für medizinische Forschung gegründet, da wurden Reparationen ausgesetzt, um ihm das Institut zu geben. Er ist dann wegen Unterschlagung und aller möglichen Dinge verhaftet worden, aber aus dem Gefängnis freigekommen und in die Bundesrepublik gegangen. Er hat ganz sicher in der Medizinischen Fakultät Spuren hinterlassen, vielleicht sogar aktenkundig.

Rupieper: Dies wäre das gleiche Problem wie bei Elchlepp. Herr Prieu hat auf die Zusammenarbeit mit dem NKWD hingewiesen, ich glaube, das müßte man im Auge behalten. Vielleicht kann Herr Erdmann noch einiges zur Person Elchlepp sagen.

Erdmann: Ich habe mir zuerst mal die Personalakte im Universitätsarchiv angesehen, hieraus geht hervor, daß der politische Werdegang von Kurator Friedrich Elchlepp so verläuft: Bis 1933 war er nach eigenen Angaben in der SPD tätig, dann kommt ein großes dunkles Loch in seiner Biographie: 1933 - 1945. 1945 tritt er in die KPD ein, wird dann 1946 Mitglied in der SED. Elchlepp war bis 1933 im Öffentlichen Dienst tätig, zuletzt in der Polizeischule in Berlin, als Lehrer. Dann geht er beruflich in den Harz und betreibt, nach seinen Angaben, ein Kinderheim. Nach seinen eigenen Erklärungen hatte er immer Ärger mit den Nazis und hat nur mit Mühe und Not bis 1945 durchgestanden. Man muß dazu sagen, daß die neuesten Unterlagen beweisen, daß dem nicht so ist. In dem Kinderheim, das Elchlepp geführt hat, waren meistens Kinder von Nazigrößen. Es kommen dann in den 50er Jahren, als der Name Elchlepp immer bekannter wird, ganz starke Vorwürfe gegen ihn auf, was seine Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus betrifft. Es wird ihm unterstellt, daß er sich als leitender Volkssturmmann in der Region an der Verfolgung von geflüchteten KZ-Häftlingen beteiligt hat. Elchlepp stellt sich nach 1945 gleich gut mit dem sowjetischen Kommandanten und gibt sich als Opfer aus und macht dann nach 1945 Karriere. Er wird 1946 als Kurator der MLU eingesetzt. Hier muß

man bedenken, daß er 1946 einen Artikel in der Volkszeitung schreibt, in dem er eine neue Universität fordert und drei Schwerpunkte setzt: einmal die Entnazifizierung, eine soziale Umschichtung der Studentenschaft und als drittes eine Ausrichtung der Geisteswissenschaften im Sinne der Arbeiterklasse. Darunter ist speziell die Einführung des Marxismus an der MLU zu sehen. Er begründet das folgendermaßen: Wir können nicht abseits stehen von der Entwicklung der Arbeiterklasse; die Universität muß sich der Gesellschaft anpassen. Er wird heftig angegriffen, auch von Zeitungen, die in den Westzonen erscheinen. Es erscheint ein großer Artikel in einer westdeutschen Zeitung 1947, der sich mit dem Vorgehen Friedrich Elchlepps an der MLU auseinandersetzt. Diese Anwürfe werden nicht dementiert, weil Prof. Eißfeldt, dem das vorgelegt wurde, schreibt: Es würde dadurch noch mehr Staub aufgeworfen. Es sind eine Menge Angriffe gegen Elchlepp gekommen. Ein gewisser Teil kann widerlegt werden, aber ein großer Teil eben nicht. Elchlepp hat auch eine verhängnisvolle Rolle im Fall Menzer gespielt, der 1948 bekannt geworden ist.

Mit Aufhebung des Kuratoriums über die Universität wird Herr Elchlepp 1948 entlassen. Er wechselt dann sehr oft die Arbeitsstelle, wird verhaftet. Unter anderem ist er in Finanzgeschäfte verwickelt. Der Hauptvorwurf gegen Elchlepp ist 1950, daß er Nazis an der Universität etabliert hat.

Rupieper: Es gibt also keine Hinweise auf Beziehungen zwischen Elchlepp und NKWD?

Erdmann: An der Universität nicht. Davor hatte er bis 1945 sehr enge Beziehungen zur NSDAP. Die hat er auch ausgenutzt, um seine Machtposition im Heimatort zu festigen.

Engelhardt: Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen: Zur eigenen Zulassung und zweitens zur Rolle der Hochschuloffiziere.

Wie vorhin schon kurz angedeutet, bin ich 1945/46 zum ersten Semester zugelassen worden und zwar über eine Vorstufe der Vorsemester, die sogenannten Ergänzungskurse. Diese wurden durch Dr. Jäckel geleitet. Für die Zulassung dürfte dabei eine große Rolle gespielt haben, daß die interessierten Bewerber einer Auswahlkommission vorgestellt wurden, der unter anderem der Oberregierungsrat Schönlang angehörte, der aber keine weltanschaulichen Fragen stellte, sondern literaturgeschichtliche Fragen. Aber dieser Auswahlkommission gehörten auch Professoren an,

unter anderem Professor Jahn, der später einer meiner Lehrer in Volkswirtschaftslehre war. Ich habe also den Eindruck, daß mindestens bei einem Teil der Prüflinge, die damals über Ergänzungskurse zugelassen wurden (ich hatte vorher nur die Mittelschule besucht), durchaus sachliche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt hatten.

Zur Rolle der Hochschuloffiziere. Da kann ich nicht aus eigenem Erleben, wohl aber aus dem Wissen über das weitere Schicksal von Herrn Dr. Jäckel etwas sagen. Herr Dr. Jäckel hatte sich in Halle um eine Professur für Romanistik beworben, und er hatte zunächst offenbar gute Aussichten, berufen zu werden, weil der Rektor Eißfeldt für ihn eintrat. Aber dann scheint sich der sowjetische Hochschuloffizier Rosenbaum nicht gegenüber dem NKWD durchsetzen zu können. Das ist jedenfalls der Eindruck von Herrn Dr. Jäckel, der noch heute 93jährig lebt. Ich habe ihn kurz vor der Konferenz noch einmal telefonisch gesprochen. Er bedauert sehr, daß er aus gesundheitlichen Gründen heute nicht anwesend sein kann. Es scheint also doch einen sehr starken Einfluß des NKWD gegeben zu haben. Herr Jäckel nennt in dem Zusammenhang auch den Namen Wolf. Ich weiß nicht, ob er da einer Gedächtnistrübung zum Opfer fällt, oder ob Herr Wolf tatsächlich hier in Halle eine Rolle gespielt hat. Jedenfalls ist es der Eindruck von diesem damals nicht berufenen Dozenten, der sehr gut ausgewiesen war, daß das NKWD über bestimmte Spitzel, die ihn aufgesucht haben, eine erhebliche Rolle gespielt hat. Das Wirken der Hochschuloffiziere hat daher nicht immer bei der Berufung von neuen Dozenten zum Erfolg geführt.

Rabich: Ich komme auf drei Punkte. 1. Die Rolle des Reserveoffiziers. Neben der Frage: Was geschah im Militär und welchen Rang hatte er, spielte der "Persilschein", also Entnazifizierung, HJ-Zugehörigkeit und dergleichen eine große Rolle. Da muß man wissen, daß diese Persilscheine von einer lokalen Kommission, einer örtlichen Gemeinde- oder Stadtkommission ausgegeben wurden, und daß eine direkte Querverbindung zu dem entsprechenden Träger in der Universität bestand. Welche Kanäle es gab, konnte ich nicht wieder zurückverfolgen. Ich jedenfalls habe einen "Persilschein" bekommen.

2. Elchlepp. Soweit ich weiß, hatte er mehrere Kinder, die Tochter kenne ich sehr gut. Elchlepp war einer derjenigen, die mit dem damaligen Kriminalamt Halle, der K5, eine besondere Verbindung hatten. Dies ist aktenkundig, am 15. Oktober 1948 vom Kriminalamt K5, Herr Kratner. Da ging es um die studentischen Unruhen, auch im Studentenrat. Da wurde diskutiert - wer wen angezeigt hatte und wer Listen gefertigt

hatte, und wie diese wiederum an den Minister Thape gelangten und dergleichen. Also ich kann das nur bestätigen - Elchlepp war eine schillernde Figur, auch in den Erzählungen der Kinder, die sehr unterschiedliche politische Einstellungen hatten.

3. Die Rolle der sowjetischen Administration und die Medizinische Fakultät Halle. Es ist für mich sehr interessant gewesen, daß auf Grund eines russischen Oberstleutnantes und einer von ihm initiierten Anordnung die Schaffung eines medizinischen Instituts angeregt worden ist. Da gibt es auch Akten, etwa vom April 1948. Dieses wurde seinerzeit überhaupt nicht beachtet. Man muß wissen, daß in der Sowjetunion das, was in der Industrie geschah, mit besonderen Augen, Argusaugen, beobachtet wurde. In Deutschland, auch in den Chemiewerken, gab es ein Vakuum. Die Professoren wurden befragt und sollten da Stellung nehmen. Das ist auch erfolgt. Aber wenn ich diesen Schriftverkehr noch in Erinnerung habe, insbesondere mit den Weichmachervergiftungen in den Leuna- und Buna-Werken, also bei der Herstellung von Igelit, dann muß ich sagen: Die Aktivität ging eindeutig von der sowjetischen Administration aus.

Zöllner: Um die sowjetischen Kulturoffiziere haben sich ja frühzeitig richtige Legenden entwickelt. Diese Offiziere sind später von der Universität Halle zu verschiedenen Jubiläen immer wieder eingeladen worden, haben Vorträge gehalten, in kleineren Kreisen ist mit ihnen geredet worden. Ich könnte mir vorstellen, daß da noch irgendwo Erinnerungsmaterialien überliefert sind, wo diese damals dann schon älteren Herren Dinge aus ihrer Erinnerung beigesteuert haben. Die Entstalinisierung war ja damals schon erfolgt. Da gibt es sicher Fakten, die vielleicht doch in diesen älteren Akten nicht drin sind. Und die sich aus der Sicht der Zeitgenossen eben auch nicht so darstellen. Ich könnte mir vorstellen, daß solche Materialien noch herumschwirren. Es gibt so verschiedene Personen, die die Universität immer kultiviert hat.

Rupieper: Ich kann noch etwas dazu sagen. Ich habe einen der ehemaligen Hochschuloffiziere der SMA der Provinz Sachsen gefunden. Er lebt in Jekaterinburg. Ich habe auch mit ihm korrespondiert. Aber er fühlt sich nicht mehr reisefähig. Es findet sich natürlich auch Material in den sowjetischen Akten, aber der Zugang ist im Augenblick noch ganz, ganz schwierig. Vor einigen Tagen ist eine Konferenz zwischen den russischen Archivaren und deutschen Kollegen von russischer Seite abgesagt worden.

Dieser Besatzungsoffizier hat ein Manuskript geschrieben: "Wie wir Deutschland verwaltet haben." Ich habe es Osteuropaspezialisten vorgelegt. Die finden das sehr spannend, insbesondere, weil es auf der Basis russischer Archive geschrieben worden ist. Man müßte es aber noch einmal vollständig überarbeiten. Also von russischer Seite ist sicherlich noch etwas zu erwarten.

Hedewig: Vor etwa zehn Tagen ist der erste sowjetische Kulturoffizier in Halle gewesen und von einer Gesellschaft für Verbindung mit den Völkern des Ostens e.V. und vom PDS-Stadtrat Gärtner empfangen worden.

Rabich: Ich darf noch die Aufmerksamkeit lenken auf das Komitee zur Rehabilitation auch von Studenten, die seinerzeit durch die SMAD verurteilt worden sind. Diese Gerichtsakten lagern in Moskau, und es sind bisher über 3000 Anträge bearbeitet worden. In diesen Akten ist auch der konkrete Hergang enthalten über die Verhaftung und Verurteilung. Ich empfehle dringend, diese Quellen einzusehen.

Rupieper: Dazu kann man vielleicht noch Folgendes sagen. Es gibt beim Militärstaatsanwalt in Moskau ein großes Rehabilitierungsprogramm für den in den Jahren von 1945 bis 1950 von NKWD-Gerichten verurteilten Personenkreis. Das sind etwa 120.000 Personen. Diese Rehabilitierungen sind angelaufen. Dabei sind bis auf ganz wenige Ausnahmen bei nahezu allen Verurteilten Rehabilitierungen ausgesprochen worden. Unter den Rehabilitierten befinden sich auch Universitätsangehörige - Herr Hennig aus der Medizinischen Fakultät, der heute nicht hier sein konnte, gehört dazu. Auch andere, die zum Teil zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sind, dann nach Workuta geschickt wurden, und 1955 im Rahmen der Adenauerschen Moskaureise wieder zurückgekommen sind.

Rabich: Ich möchte nur noch ergänzen, daß bei den Recherchen dadurch eine große Schwierigkeit besteht, daß der Betroffene zwar den Antrag auf Rehabilitation stellen kann, Akteneinsicht im Grunde genommen aber nicht im Detail gewährt wird.

Haase: Ich bin in Gernrode am Harz aufgewachsen, daher zunächst eine Bemerkung zu Elchlepp. Sie sprachen von einem Kinderheim, das er geleitet haben soll - das stimmt. Das

war in Bad Suderode. Und es war auch bekannt, daß Elchlepp jemand ist, der wegen des Nationalsozialismus irgendwo vorher aus seiner Laufbahn herausgeworfen worden war. Ich war ein Kind, ich habe das also nur von den Eltern her.

Zur Sache mit den Nazigrößen. Ich war zu dieser Zeit in einer privaten Oberschule in Gernrode. Wir hatten auch einen Verwaltungsstudienrat, auch einen Herausgeworfenen. Dieses Institut hatte dann von 1944/45 eine ganze Reihe Kinder von Nazigrößen. Das weiß ich noch ganz genau. Und möglicherweise ist das auch bei Elchlepp so gewesen, denn die Nazigrößen schafften ihre Kinder in den Harz aus Furcht vor den Bombenangriffen. Ich glaube also, das ganze Problem hat nicht irgendetwas mit Verwicklungen von Herrn Elchlepp im Sinne des Nationalsozialismus zu tun, sondern das war ganz einfach der Zugriff von ganz bestimmten Leuten aus den Ministerien aus Berlin, die ihre Kinder in den Harz brachten. Nach 1945 hat Elchlepp sofort wieder eine Rolle gespielt. Schon als die Amerikaner kamen, ging das los, und dann natürlich erst recht unter den Russen. Herr Elchlepp hatte also damals in dem Ort eigentlich einen sehr guten Ruf. Mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen.

Rupieper: Gibt es jetzt noch weiter das Bedürfnis zu diesen drei Aspekten, Elchlepp, NKWD, sowjetische Hochschuloffiziere Anmerkungen zu machen?

Mühlfordt: Zwei charakteristische Einzelfälle zur Bildungspolitik der sowjetischen Kulturoffiziere. NSDAP-Mitglieder waren ja grundsätzlich entlassen worden. Es gab aber zwei Ausnahmen an der Philosophischen Fakultät. Aus dem Grund, den Sie vorhin erwähnten, Herr Rupieper, nämlich, daß die sowjetischen Kulturoffiziere aus ihrem eigenen Bildungsgang Achtung vor dem Betroffenen hatten. Das war zum einen der Germanist Baesecke, der auf Grund seiner Werke großen Respekt genoß. Baesecke hat weiter an der Universität gelehrt. Zum anderen war es der Historiker Carl Hinrichs, der wenigstens einen Forschungsauftrag erhielt, der seinen Lebensunterhalt sicherte.

Zöllner: Hinrichs hat tatsächlich von der sowjetischen Administration einen solchen Auftrag erhalten, aber allerdings erst, nachdem sich seine Kollegen maßgeblich für ihn eingesetzt hatten. Er war 1944 aus Königsberg gekommen und hatte das Unglück, nomineller PG zu sein. Er hat sich für Thomas Müntzer interessiert, und das interessierte wiederum die Russen. Er hat hier den Auftrag erhalten, eine Edition der politischen

Schriften von Thomas Müntzer anzufertigen. Das war eine große Leistung, aber ich möchte sagen, die Universität hat sich für ihn maßgeblich eingesetzt. An sich sollte er wieder im Lehrkörper eine Rolle spielen, aber das ist dann doch nicht geschehen.

Mühlfordt: Das gilt natürlich auch für den Fall Baesecke. Es waren immer Initiativen von Kollegen notwendig.

Zöllner: Wenn ich noch was zu dem Kurator sagen darf. Ein bißchen kann man vielleicht auch die Tatsache berücksichtigen, daß er ja auch promovieren wollte. In der Zeit, wo er Kurator war, hat er an seiner Dissertation geschrieben. Das setzte natürlich Gutachter an der Martin-Luther-Universität voraus, auf die er Rücksicht nehmen mußte. Die mochten bestimmte Dinge nicht, die er darin hatte. Wenn man die Gutachten liest zur Dissertation, dann waren die Gutachter immerhin so freundlich, ihm anzukreiden, daß er sehr versucht hat, als Marxist aufzutreten. Zum Thema kann ich nichts Genaues sagen. Das war irgendetwas Soziales. Aber die Universitätsprofessoren waren natürlich auch keine Fachmänner, aber sie kannten ihn, und sie haben die Gelegenheit benutzt, ihm dann wenigstens über die Gutachten noch ein Bein zu stellen. Das war so das Übliche.

Rupieper: Das ist jetzt gänzlich neu für mich. Diese Version kannte ich überhaupt noch nicht, obwohl ich die Akten, soweit sie mir zur Verfügung standen, sehr sorgfältig durchgesehen habe.

Erdmann: Das konnte ich vorhin nicht mehr anfügen. Elchlepp wird 1951 rehabilitiert, auch von der SED, das heißt, alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen werden nicht mehr erhoben. Warum diese Sache mit dem Kinderheim ins Gerede gekommen ist: Es gibt einen Schriftverkehr von Elchlepp mit entsprechenden Dienststellen ca. 1938, wo Elchlepp natürlich versucht, sich den gegebenen politischen Verhältnissen anzupassen. Das war letztendlich auch ausschlaggebend für die Anschuldigungen, die gegen ihn anfangs der 50er Jahre erhoben worden sind.

Rupieper: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Bereich? Das ist nicht der Fall. Ich habe mir aus den Äußerungen, die gekommen sind, einige Punkte notiert. Es ist ja immer wieder der Name des Theologen Otto Eißfeldt gefallen, Eißfeldt ist ja auch ein

hervorragender Rektor der Nachkriegszeit gewesen. Er war schon vor 1933 Rektor, und man hat 1945 wohl bewußt einen Rektor aus der Theologischen Fakultät genommen. Theologen galten für die NS-Zeit allgemein als unbelastet. Amerikaner und Engländer sind ja mit Listen Unbelasteter gekommen. Und auf diesen Listen sind überproportional die Vertreter der Konfessionen als Ansprechpartner, glaubwürdige Ansprechpartner genannt. Eißfeldt ist wohl deshalb von den Amerikanern vorgeschlagen und eingesetzt worden. Er wird auch noch gewählt, dann erfolgt anschließend die Bestätigung durch die sowjetische Besatzung. Gibt es zu diesem Bereich Theologische Fakultät, Eißfeldt und die Stellung des Rektors in dieser Zeit, Bemerkungen? Ist Eißfeldt jemand gewesen, der ein bestimmtes Profil vertreten hat?

Rabich: Der Rektor, Professor Eißfeldt, ist ja in die Angelegenheit der Berufung des unqualifizierten Professors Agricola, eines Publizisten, verwickelt. Die Gespräche, die unter der Studentenschaft seinerzeit geführt wurden, waren ja eigentlich in der Hauptsache gegen Agricola. Der Minister Thape hat ihn auch ernannt aus dem Grunde, weil Eißfeldt nicht in der Lage sei, die reaktionären Tendenzen unter den Professoren, in Klammern Studenten, produktiv umzulenken. Ich gebrauche jetzt Ausdrücke, die nicht in dem Papier stehen. Das ist festgehalten in einem Protokollbericht, in dem sich Minister Thape sehr ausfallend geäußert hat. Dies galt in der Studentenschaft als ein Merkmal der diktatorischen Maßnahmen des Volksbildungsministeriums. Wieweit Eißfeldt, das ist die Charakterseite, wieweit er dabei Zivilcourage bewiesen hat, das ist eigentlich immer ein Fragezeichen geblieben. Das Problem eines Theologen: Aussöhnung und Opposition. Wir waren damit sehr unzufrieden.

Schnitzer: Entschuldigen Sie bitte, ich möchte doch zu dem Befund der Dinge aus meiner Sicht etwas sagen. Es ist ja hier vieles subjektiv. Ich habe gemerkt, beruflich haben wir manche Parallelitäten, aber die Erfahrungen sind doch sehr unterschiedlich. Ich betrachte ein derartiges Seminar doch auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir versuchen sollten, alle Urteile, und hier schwingen ja sehr viele Urteile mit, aus der Zeit zu betrachten, in der sie entstanden sind. Denken wir an 1945, denken wir an den totalen Zusammenbruch. Daß ich aus meiner Kinderzeit oder Schülerzeit gesprochen habe und nach dem Kriegsgeschehen eine andere Betrachtungsweise hatte, das war Zufall. Auch aus der Stimmung heraus, machen wir uns nichts vor, es war nach 1945 eine antirussische

Stimmung vorhanden. Da konnte man sagen, was man wollte. Beim Thema "Russe" war selbst der intellektuellste Mensch plötzlich taub. Ich glaube, wir sollten beim Nachvollzug der ersten Jahre nicht vergessen, aus welcher Einstellung gehandelt wurde. Auch Herr Elchlepp war wohl Verfolgter des Naziregimes.

Ich mache da gar keinen Hehl draus, auch ich wollte eine neue Zeit. Ich komme aus dem Krieg zurück, habe vieles erlebt, was die deutschen Stiefel in Europa angerichtet haben. Und komme hier nun zurück nach Deutschland, die Russen sind hier, und da gab es doch noch so viele Leute, die objektiv glaubten, wir könnten den Krieg noch gewinnen. Also eine Umkehrung. In einer derartigen Situation der Mentalität, des Denkens der Menschen sind ganz andere Urteile entstanden, als die möglicherweise andere gehabt haben. Diese ganze Befragung von Zeitzeugen ist ein Problem. Für mich war es wirklich ein Problem. Ich komme hierher und gebe meine Erfahrungen kund, wie werden sie aufgenommen? Werden sie als parteiisch angesehen? Sie müßten eigentlich als parteiisch angesehen werden, denn sie kommen ja nur von einer Partei, also hier von meiner Person, aber sie kommen doch aus der Erfahrung, die ich damals gemacht habe. Ich bin dann nach meiner Flucht 1950 in Westberlin politisch tätig gewesen. Ich mache keinen Hehl draus, ich war Bürgermeister, war Stellvertreter, war Abgeordneter. Die Erfahrungen, die ich im Laufe dieser Jahrzehnte gemacht habe, lassen mich so kritisch sein bei all diesen Ausführungen, und entschuldigen Sie bitte, ich will Ihre wissenschaftliche Arbeit gar nicht anzweifeln. Nur, als Jurist und zwar auch als Anwalt, wenn ich das hier lesen würde oder wenn mir das im Schriftsatz begegnet wäre, dann hätte ich gesagt: "Was ist denn da nun Fakt?" Das sind doch Vermutungen, da sind doch Dinge hier erwähnt worden, die weder bestätigt noch entkräftet worden sind. Viele haben ihre sehr persönlichen Erinnerungen, die ich bejahe, damit Sie das nicht falsch verstehen. Ich bin 1948 aus der SED ausgeschlossen worden, bin 1949 zu den Wahlen als Haupt der SPD an der Universität verhaftet worden. Ich bin wirklich kein Anhänger des Systems gewesen. Ich möchte sagen, ich fühle mich sogar wertvoller als einer, der nun erst gesehen hat, was gewesen ist, und seine Konsequenzen daraus gezogen hat. Aber ich bitte doch wirklich; im Vordergrund sollte stehen: frei zu sein von Emotionen. Wir müssen an die Dinge so herangehen, wie es 1945 gewesen ist. Wir hatten einen totalen Zusammenbruch gehabt, wir hatten eine fremde Macht, nicht nur hier, auch in Westberlin. Bei den Franzosen, den Engländern und bei den Amerikanern war es ja auch noch in den 50er/60er Jahren so. Wir waren doch auch mal im Krisengebiet dort in Westberlin. Und nach 1945 war das ganze

Deutschland ein Krisengebiet. Die Stimmung, die wir alle gesehen haben, war so, daß manche nach dem Kriege glaubten, den Krieg noch gewinnen zu können. Das wußten die Alliierten natürlich auch, so daß diese skeptisch waren und kontrollierten, versuchten zu kontrollieren, das war hier so und das ist auch woanders so gewesen. Nicht damit zu beschönigen ist, was dann noch in den folgenden Jahren geschehen ist. Ich bitte aber doch, zu bedenken, wie es in den ersten Jahren gewesen ist.

Rupieper: Ich glaube, Herr Schnitzer, es war richtig, daß Sie das gesagt haben. Denn wir versuchen ja hier auch, zumindest ist es bei mir der Fall, im Hinterkopf immer zu vergleichen mit dem, was wir über die amerikanische Zone oder die britische Zone wissen. Und es ist ganz wichtig, daß Sie auf die Mentalität der ersten Studentengeneration hingewiesen haben, die ja die Generation der Kriegsteilnehmer war. Das, was Sie gesagt haben, ist sicherlich berechtigt, und ich glaube, auch wichtig. Ich kann nur erinnern an Martin Niemöller, der 1946 eine Rede vor den Studenten der Universität Göttingen hält. Als er dann über das heikle Thema deutsche "Kriegsschuld" redet, erntet er Scharren mit den Füßen, Empörung und andere Reaktionen. Man muß auch sehen, das ist eine Generation gewesen, die sich mit dem Nationalsozialismus nicht auseinandergesetzt hat oder die, wie Sie gesagt haben, den Krieg noch gewinnen wollte.

Es gab aber auch das, was Sie als neue Zeit bezeichnen, diese schlimme Erfahrung des Krieges, die Hoffnung, daß jetzt etwas Neues gemacht wird. Und das bedeutete natürlich auch, nicht Rückkehr zu Weimar und den Weimarer Verhältnissen, sondern man wollte tatsächlich etwas Neues. Ein Beispiel ist die relative Offenheit in den ersten Monaten nach der Gründung der FDJ. Man dachte, hier würde etwas Neues geschaffen werden. Die Frage ist natürlich, wie lange das geglaubt wurde.

Ein weiteres Problem ist natürlich auch, daß alle Äußerungen, die hier gemacht werden, natürlich persönliche Erfahrungen sind. Die Aufgabe des Historikers ist, zu versuchen, diese Erfahrungen anhand der Aktenlage zu überprüfen.

Wir wissen alle, wie Erinnerungen manchmal täuschen können, aber manchmal sind sie sehr gut. So sehe ich auch die Aufgabe unserer Tagung und unserer Zusammenkunft. Ich glaube, es ist ganz wichtig, wenn man über die Studenten redet, genau zu hinterfragen, "was haben sie erwartet". Diese Frage stellt sich dann ebenfalls, wenn man fragt, wer geht denn nachher in die FDJ? Die Kriegsgeneration offenbar nicht. In der Kriegsgeneration spielt die FDJ keine Rolle. Die FDJ kommt 1950/51, vorher ist

sie wahrscheinlich an der Martin-Luther-Universität auf die Vorstudienanstalten beschränkt. In anderen Bereichen scheint sie keine Rolle gespielt zu haben.

Rabich: Ich darf erst noch mal die Subjektivität jeder Darstellung ansprechen. Es ist sehr schwierig zu rekonstruieren, wer was wie gemacht hat. Ich gehörte ja auch zu den Kriegsteilnehmern, also zu denjenigen, die gewissermaßen eine nazistische Vergangenheit hatten. Das Wort "Umerziehung" spielt ja eine große Rolle. In dem Kreis, in dem ich mich bewegte, sowohl in der Fabrik als auch an der Universität, war die Stimmung folgende: Die Nazis waren eben eine Diktatur und haben Konzentrationslager und dergleichen gemacht, und das wollen wir nicht mehr.

Und dem stand direkt konträr gegenüber der administrative Prozeß, zum Beispiel bei der Errichtung der Vorstudienanstalten, später übergeleitet in die A-und-B-Fakultät. Das war das eine. Das zweite war ein Zwang beim Studium selbst: Stichwort: Gruppen-Pflichtvorlesung. Und das dritte war, was Sie natürlich richtig sagen, eine, ich sag jetzt mal nicht "antirussische", sondern antisowjetische Stimmung. Man wußte, daß es Politoffiziere oder Politkommissare oder dergleichen gab. Und man war sich nicht sicher, wer war auf wessen Seite. Und bei denjenigen, die in die Vorstudienanstalten abgeordnet wurden von der Fabrik, da hat man sich manchmal, also ich auch, an den Kopf gefaßt und hat sich gefragt, wieso werden die zu Studenten und gehen an die Universität.

All dieses ist sehr mosaikartig und läßt sich nicht sehr sauber trennen, aber diese Stimmung hat sich in einigen, damals reaktionären oder revolutionären Tendenzen manifestiert. Man muß bedenken, die Beziehungen zum Westen waren sehr stark, denn ich habe die gesamte Entwicklung an der Freien Universität in Westberlin mitgemacht. Ich war ein Kuriosum, denn ich war gleichzeitig in Berlin immatrikuliert. Das ging damals.

Rupieper: Es gab keine Repressalien, wenn man an der Martin-Luther-Universität und an der FU Berlin immatrikuliert war?

Rabich: Die Studenten, die hier waren, hatten auch Kommunikation mit Leuten aus dem Westen und aus Berlin.

Rupieper: Aber an der FU kann es ja erst nach 1948 gewesen sein.

Rabich: Ja. Ich meine auch die Entwicklung in dieser Richtung. Es sind ja auch äußere Einflüsse da.

Böttge: Ich möchte noch ganz kurz etwas sagen zu der Art des Studierens an der Universität, also zumindest aus meiner Sicht bis zum Jahre 1948. Es fielen vorhin einige Worte: Berufung von Professor Agricola. Hierhergehört der Name Bernard Koenen. Unbestritten ist, daß diese beiden Herren an der Universität gewesen sind, und ich muß dazu sagen, bis 1948 ohne jeglichen Einfluß. Zunächst einmal muß ich feststellen, daß die Vorlesungen über Marxismus, Vorlesungen in Anführungsstrichen, von Herrn Koenen bis zum Jahre 1948 nicht obligatorisch gewesen sind. Ich habe zum Beispiel für diese Vorlesung über Marxismus in meinem Studienbuch weder ein An- noch ein Abtestat und hatte keinerlei Schwierigkeiten bei der Zulassung zur Prüfung. Das ist bei anderen auch der Fall gewesen. Professor Agricola hatte zunächst einen Lehrauftrag über Zeitungswesen, las nachher Politische Ökonomie, wozu ich auch wiederum sagen muß, daß er 1948 den Lehrauftrag für Politische Ökonomie bekam. Politische Ökonomie im Sinne des Marxismus war kein Prüfungsfach. Gelehrt wurde in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät reine, sogenannte bürgerliche Ökonomie. Das war auch ein Prüfungsfach gewesen, und insofern bestanden zur damaligen Zeit im Westen auch überhaupt keine Schwierigkeiten, eine Anerkennung des Studiums zu bekommen. Das wollte ich dazu noch sagen. Dann vielleicht noch ein Wort zur Frage der Schwierigkeiten hinsichtlich der Zulassungen. Die bestanden also nicht nur an der Martin-Luther-Universität, nicht nur in der SBZ, sondern die zogen sich mehr oder weniger durch das gesamte besiegte Deutschland. Die Ursachen waren mannigfaltiger Art, und man versuchte, die Dinge irgendwie in den Griff zu kriegen, um das Mißverhältnis zwischen Studienmöglichkeit und Andrang an die Universitäten in die Hand zu kriegen. Ich darf Ihnen zum Beispiel eines sagen. In der französischen Besatzungszone ging man vorübergehend in der Weise vor, daß man junge Studienanfänger, die unmittelbar von den Oberschulen kamen, nicht zuließ, um so die Möglichkeit zu schaffen, daß erst jene fertig studieren konnten, die Kriegsteilnehmer waren, älter waren und dergleichen mehr. Es war ein Suchen, um den Dingen gerecht zu werden, und das zog sich also wirklich durch all das, was da in Deutschland so war.

Engelhardt: Es stimmt, wie Herr Böttge sagt, daß Agricola zunächst eine Mixtur von

bürgerlicher und marxistischer Ökonomie vortrug, aber das schließt natürlich nicht aus, daß er in der Prüfung, ich mußte mich auch in einem Fach der Prüfung bei ihm unterziehen, daß er doch auch einige Fragen zur marxistischen Ökonomie stellte.

Böttge: Das war aber schon 1949.

Rupieper: Es ist ja auch legitim, das zu tun. Noch einmal zum Problem des Zugangs zur Universität.

Dräger: Ich hatte einen Befürwortungsbrief meiner Klassenlehrerin, die mal im Konzentrationslager gewesen war. Mit dem Brief kam ich nach Halle und sprach mit Professor Ahrbeck, der mich gerne genommen hätte. Aber der Brief war gerichtet an Herrn Heinemann, Minister der Landesregierung - Volksbildungsminister. Und ich muß sagen, der hat mich dann ganz schön abgekanzelt, weil ich auch mit einiger Begeisterung für die neue Zeit war und trotzdem in eine bürgerliche Partei gegangen war. Und da sagte er: "Ihr träumt eben alle noch von irgendwelchen Illusionen. Warum sind Sie Mitglied dieser Partei?" Er war wohl ein Kommunist von echtem Schrot und Korn, hatte ich damals das Empfinden. Und er hat meine Zulassung zum Studium auch nicht genehmigt. Da muß wohl eine Überinstanz zur Universität gewesen sein, die Landesregierung hatte offensichtlich Entscheidungsbefugnisse.

Schnitzer: Welcher Professor war das? Ahrbeck?

Dräger: Ja.

Schnitzer: Professor Ahrbeck war mein erster Oberschullehrer, also Gymnasiallehrer. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß er etwas in der Richtung gemacht hat, aber mir steht nicht zu, das anzuzweifeln. Aber mir steht zu, anzuzweifeln, daß Herr Professor Ahrbeck zu der Kategorie gerechnet wird, die mit solchen Machenschaften gearbeitet hat.

Dräger: Herr Schnitzer hat das mißverstanden. Professor Ahrbeck wollte es befürworten. Er hat sozusagen nicht noch einmal bei Herrn Heinemann angefragt.

Schnitzer: Ach so, bitte entschuldigen Sie. Ich möchte doch noch einmal eins dazu sagen dürfen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen. Diejenigen, die damals das Sagen hatten, hatten große Befürchtungen bei der Zulassung von Dozenten. Es war schon ein Problem, überhaupt Dozenten zu bekommen. Ich glaube, Sie sagten, daß von Halle soundsoviele sogar noch in die amerikanische Zone abtransportiert worden sind. Das Management der Universität war ja auch unbeleckt. Es gab auch Pleiten, und zwar in der Mathematik. Da war ein sogenannter Dozent, der hatte eine Gastvorlesung, eine Einführungsvorlesung zu halten, über Mathematik. Zum Glück war in unserem Seminar ein Älterer, der schon vor 1945 an der Fakultät war. Der hatte noch sein Studienmaterial, kam zu mir angelaufen und sagte: "Hier, Kommilitone, gucken Sie sich das mal an, was da eben vorgelesen wird, das ist bereits schon 1944, 1942 oder 1943 von einem Professor gedruckt worden." Das war also ein, vulgär gesprochen, Gauner, der hat sich aufgespielt, er würde sich bewerben für Mathematik, war ja Mangelware, und hat seine Vorlesung einfach abgelesen. Solche Sachen kamen vor.

Zum NKWD. Herr Böttge wird die Zahlen genauer wissen, die Zahlen, wieviele junge Studenten und Alt-Studenten, wir gehörten ja zu den Alt-Studenten, nicht zur ABF oder solchen Sonderlehrgängen, es überhaupt an der Universität gab. Durch diese Lehrgänge sind, glaube ich, 1946 insgesamt 600 oder 700 Studenten hinzugekommen. Diese Zahl durch NKWD-Offiziere der SMA in Halle zu überprüfen, war einfach ein Unding. Die wußten ja auch nichts. Die kriegten die Listen, hatten die Namen, was sollten sie da nun entscheiden? Die mußten sich auf irgendwelche Entscheidungsträger oder Vorentscheidungen stützen, und die Vorentscheidung, das waren Bescheinigungen von der ANTIFA. 1945 gab es in den Städten und Gemeinden die sogenannte ANTIFA, und wer sich bewerben wollte, mußte irgendwie eine ANTIFA-Bescheinigung vorlegen. Und da waren aber alle, alle Richtungen vertreten. Ob die auch immer objektiv und richtig waren, sei dahingestellt. Diese ANTIFA-Bescheinigung mußte jeder Student vorlegen, oder er wurde bei der Zulassung nicht berücksichtigt. Das kann ich allerdings nicht beurteilen, das ist hinter meinem Rücken geschehen.

Rupieper: Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir vielleicht einen weiteren Aspekt ansprechen sollten: die Erfahrungen des Studentenalltags.

Wie sind Ihre Erfahrungen gewesen? Wie lief der Studentenalltag ab? Was waren die Probleme, einmal unabhängig betrachtet von diesen eher politischen Entwicklungen

und den Erfahrungen, die diese Kriegsgeneration mitbrachte. Wer kann hierzu etwas sagen?

Hermann: Die Studenten in Halle hatten eine etwas bessere Lebensmittelkarte als ein Teil der Bevölkerung und haben sehr fleißig studiert. Ich habe wirklich den Eindruck eines Aufbruchs gespürt. Wir haben in den Hörsälen auf den Treppen gegessen und rings um den Experimentiertisch in der Physik, in der Chemie und sonstwo. Man bemühte sich auch, Vorlesungen aus anderen Fakultäten zu hören. Ich habe mein Studienbuch mitgebracht. Da sind Vorlesungen von Professor Menzer, der später Unterrichtsverbot in Halle erhielt, und auch einzelner anderer Disziplinen testiert.

Es fanden Vollversammlungen in der Aula statt, in denen rege politische, vor allem wissenschaftspolitische Diskussionen waren, die durch die Partei oder FDJ eigentlich nicht gesteuert werden konnten. Bei alledem wurde versucht, Tabugrenzen nicht zu überschreiten, denn die drohende Besatzungsmacht - man wußte von Studenten, die über Nacht verschwanden - hat doch dafür gesorgt, daß im wesentlichen nicht über das Ziel hinausgeschossen wurde. Aber es war immer sehr nah dran. Ich habe mich damals für die studentischen Selbstverwaltungsorgane interessiert, weil ich nach den Erfahrungen, die ich durch den zweijährigen Kriegseinsatz hatte, auch etwas Demokratie wollte. So habe ich in der studentischen Selbstverwaltung mitgewirkt. Die war vielfältig und hat das Studentenleben mitreguliert. Es gab einen Mensabeirat, einen Disziplinar-ausschuß, ein studentisches Wohnungsamt. Es gab Studienberatung, Studienplanung, Arbeitseinsätze zum Wiederaufbau von Halle, insbesondere des hallischen Theaters. Alles das mußte organisiert werden. Die Gewählten damals wurden wirklich frei gewählt. Die gewählten Mitglieder im Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät, das kann ich so sagen, hatten eine Reihe von weiteren Arbeitsaufgaben. Sie haben Sprechstunden gehalten, sie haben sozial geholfen. Kurz, eine ganz große Palette von Aktivitäten, die auch von den Studenten angenommen wurde.

Die Rückmeldungen am Semesteranfang waren immer eine besondere Gelegenheit. Sie wurden damals durch die Studentenvertreter wahrgenommen. Auch die Beratung für den Studienablauf wurde bei dieser Gelegenheit durchgeführt. Das heißt, man wurde erinnert: "Du hast doch deine Prüfung noch nicht gemacht. Dein Praktikumsschein fehlt". Es wurde also beraten, wie das Ganze weiterging. Dieses "Vertrautsein" zeichnete sich auch dadurch aus, daß eine ungeheure Wahlbeteiligung war.

Es gab keine Wahlpflicht, aber es haben praktisch alle an den Wahlen teilgenommen. Für mich war das damals ein ziemlich zeitfüllendes Programm.

Im Jahre 1951 fanden die Wahlen nicht mehr statt. Freie Wahlen wurden einfach nicht mehr abgehalten. Die FDJ hatte angeblich die Funktion der Studentenräte wahrgenommen. Sie hat sie überhaupt nicht wahrgenommen. Sie hatte nur noch die Aufgabe, die Parteidoktrin innerhalb der Studenten durchzusetzen.

Ich will noch einmal ganz kurz sagen, wie das bei der Wahl 1950 war. Jede Fachschaft in der Nat. Fak. hatte einen Vertreter. Es mag Zufall gewesen sein, ich habe die meisten Stimmen gekriegt und wäre aller Voraussicht nach Vorsitzender des Fakultätsrates geworden. Als wir uns zu unserer konstituierenden Sitzung zu sechst zusammenfanden, wurden wir von 30 Genossen umringt. Es war eine öffentliche Veranstaltung. Es hat eine ganz massive Beeinflussung gegeben, so daß schließlich ein Genosse Leiter des Fakultätsrats wurde. Wir haben einen sehr guten dafür gefunden, einen Mathematiker, selbst schwer kriegsverletzt, reiche Erfahrung. Wir haben auch mit ihm eine gute Arbeit gemacht. Aber man hat versucht, sofort Sektionen zu machen, um für Leute, die nicht in der FDJ, in der Partei waren, solche Wahlfunktionen zu erhalten.

Engelhardt: Das Studentenleben in Halle war nach 1945 verhältnismäßig unbeschwert. In der Mehrzahl begrüßten wir den Niedergang des Nationalsozialismus. Die Stadt war unzerstört. Es gab ein reichhaltiges Freizeitangebot, gute Möglichkeiten zum Tanz - in Kröllwitz und an anderen Stellen. Wir fühlten uns wohl. Ich wohnte in einem Studentenheim in den Franckeschen Stiftungen, und dort wurde wirklich, wie Herr Böttge schon in einer Veröffentlichung ausgeführt hat, in privaten Zirkeln viel diskutiert, politisiert und philosophiert - ohne Rücksicht auf irgendwelche Grenzen. Das galt etwa bis 1948. Ich erinnere mich auch an eine Diskussion im Haus der SED, wo einige Kommilitonen, darunter auch ich, sogar die Vorteile des Marshallplans vertreten haben. Es war natürlich damals schon nicht ganz ohne Risiko, das zu tun, aber es ist uns nichts passiert.

Böttge: Ich möchte noch kurz etwas zu jener Zeit sagen. Im Vordergrund der Arbeit des Studentenrates bzw. seines Vorläufers stand natürlich in der Zeit von 1946 bis 1948 die Frage des desolaten Gesundheitszustandes der Studenten. Wir hatten das Glück, daß zu unserer Landwirtschaftlichen Fakultät, ich glaube 17 oder 13, Universitätsgüter gehörten. Es wurde dann durch entsprechende Verhandlungen ermöglicht, daß die Studenten über

diese Güter regelmäßige Zuteilungen bekamen. Mal war es Brot, mal Öl, mal Mohrrüben, Kartoffeln und dergleichen mehr. Ich erinnere mich an eine Begebenheit, als Brot zur Verteilung kam, und diese 800 oder 1000 Studenten, die wir damals waren, von der Verteilungsstelle im damaligen Haus der Universität kommend mit jeweils einem Brot durch die Stadt Halle tuckelten und jeder glaubte, die Studenten werden da irgendwelche Schiebereien gemacht haben. Das gab einen Mordsaufstand in der Bevölkerung. Das nur am Rande. Wesentlich in der studentischen Arbeit ist damals eigentlich Folgendes: alles zu vermeiden, was dazu geführt hätte, die immer wieder angestrebte Zusammenarbeit und den Zusammenhalt zu den westdeutschen Universitäten zu unterbinden. Nur so ist es möglich gewesen, daß es 1947 zu dem großen Studentenkongreß in Halle gekommen ist, wo fast alle westdeutschen Universitäten vertreten waren.

Rupieper: Entschuldigen Sie, Herr Böttge, aber ich habe hier einen ganz großen Punkt zur Deutschlandproblematik auf meinem Fahrplan stehen. Ich wollte diesen Komplex nach der Pause behandeln, weil das in die 50er Jahre hinüberführt. Sind sonst zur Situation, zum Alltag, den Versorgungsschwierigkeiten, der Stellung der Studenten weitere Bemerkungen zu machen? Ist es den Studenten überhaupt aufgefallen, daß im Gegensatz zu 1944 kaum noch Frauen an der Universität waren? 1944 ist die Mehrheit der Studierenden weiblich, im ersten Semester nach 1945 hat die Zahl der Frauen rapide abgenommen. Ist Ihnen klar, warum das so gewesen ist? Haben Sie das bedauert?

Rabich: Dieser Punkt war ein sehr bedauerlicher. Ich jedenfalls habe das sehr bedauert, denn ich kannte das 1944 von Leipzig her. Aber direkte Vorstellungen darüber, warum jetzt Studentinnen nicht beteiligt waren, haben wir uns nicht gemacht. Hauptsache, die Versorgung war sichergestellt.

Ein wesentlicher Punkt noch. Ich war Pendler. Wie hoch der Anteil der Pendler war, ist mir unbekannt. Wir haben das damals öfter diskutiert, die Verkehrsverhältnisse waren 1945/46 katastrophal, da es noch an Brücken fehlte, die waren zerstört. Ich mußte zweimal umsteigen von Leuna hierher. Man mußte über Pionierbrücken gehen. Es war auch unmöglich, einen Sitzplatz zu erhalten. Die Züge waren völlig überfüllt. Das war ein katastrophaler Zustand. Und ich würde doch sagen, das gehört auch mit zum allgemeinen Studentenleben. Ein kleiner Punkt, der mir immer noch haften geblieben ist: Wo bekomme ich mein Papier, meine Hefte, meine Unterlagen her? Ich habe noch die

Originalunterlagen, ich schrieb damals auch zum Teil in Kurzschrift. Insgesamt waren es fürchterliche Zustände.

Böttge: Zur Alltagssituation. Wir bemühten uns natürlich im Studentenrat und vorher in der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten", das Alltagsleben der Studenten so weit wie möglich zu erleichtern. Das war schwierig, aber wir haben immerhin eines geschafft: In den Franckeschen Stiftungen war eine Wäscherei, und wir erreichten es, daß eine Studentenwäscherei eingerichtet wurde. Das war damals eine Sache, die wirklich von eminenter Wichtigkeit war, denn wo sollte man seine Wäsche waschen lassen? Man konnte ja nicht jede Woche nach Hause fahren. Das war das eine. Wir hatten später sogar eine Schuhbesohlanstalt. Es fing an mit dreißig Paar Schuhsohlen. Nachher wurden es irgendwie mehr. Und eine Sache, die damals ganz wichtig gewesen ist: Wir hatten ja sehr viele ältere Studenten, die schon verheiratet waren und Kinder hatten. Wir hatten einen Universitätskindergarten. Das war für diese Studenten doch sehr, sehr wichtig, daß sie in aller Ruhe ihrem Studium nachgehen konnten, ohne Sorge zu haben, wo die Kinder blieben. Noch ein Wort zu dem Fahrproblem, auch typisch für die damalige Zeit. Wir hatten Verhandlungen mit der Straßenbahnverkehrsgesellschaft in Halle geführt. Und wir erreichten, daß eine Fahrkartenausgabestelle für Studenten eingerichtet wurde, damit man nicht ewig lange anstehen mußte und dergleichen mehr. Und als wir eines Tages mit dem Wunsch an diese Straßenbahngesellschaft herankamen, die Studentenkarten doch den Arbeiterkarten gleich zu machen, da löste man diese Sonderstelle für den Verkauf der Fahrkarten auf. Das ist, ich möchte mal sagen, nicht unbedingt typisch für eine sowjetische oder eine SED-Politik, sondern von verschiedenen Stellen, die einfach in den Studenten irgendwelche unbrauchbaren und unnötigen Elemente sahen, die daherlebten und im Grunde genommen gar keine Existenzberechtigung hatten.

Haase: Sie hatten das Frauenstudium erwähnt. Nur ein Wort dazu. Ich kann mich erinnern. Ich habe 1949 mein Abitur gemacht. Von unserer Klasse gingen nur zwei zum Studium. Das hing einfach damit zusammen, daß ein Großteil vorher, bevor man überhaupt zum Abitur kam, damals schon in den Beruf ging oder heiratete und so weiter. Das Frauenstudium mit seinen Möglichkeiten war damals noch gar nicht in die Köpfe eingedrungen. Und ich kann mich auch erinnern, daß ich zunächst über die Pädagogische Fakultät in das Frauenstudium reingekommen bin. Daß man dann nachher auch etwas

anderes machen konnte, das ist uns dann schrittweise aufgegangen. Aber das hat auch noch soziale und natürlich auch frauenpolitische Hintergründe, die aus dem Nationalsozialismus noch fest in den Köpfen saßen. Wir waren wenige.

Rupieper: Der Hintergrund meiner Frage war, daß aus der Literatur westdeutscher Universitäten bekannt ist, daß es Konflikte gegeben hat, zwischen den Studentinnen, die studieren wollten, und der Kriegsgeneration der Studenten, die den Anspruch erhob: Wir haben im Krieg gekämpft, jetzt gehören die Studienplätze uns.

Haase: Das glaube ich nicht. Nein.

Rupieper: Aus Halle ist bekannt, daß in der letzten Zulassung zum Wintersemester 1944/45 die Mehrzahl der Studierenden Frauen waren (weit über 50%). Dann geht die Zahl plötzlich zurück. Ich wollte nur wissen: Hat es hier ein Problem gegeben oder nicht?

Offenbar müßte man andere Quellen heranziehen. Wenn es jetzt keine weiteren Fragen mehr gibt, dann würde ich diese Vormittagssitzung abschließen wollen. Wir haben ja heute morgen über viele Fragen diskutieren können. Wir haben sehr viele interessante Antworten bekommen. Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Herr Schnitzer hat mir ein Protokoll gegeben, das bei ihm einsehbar ist. Es ist ein Protokoll über die Sitzung der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten" vom 7. Oktober 1946. Hier werden die einzelnen Studenten inklusive ihrer Zugehörigkeit zu politischen Organisationen, soweit das der Fall war, aufgeführt. Auch aufgeführt ist die Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Studentenrates und der Fakultätsräte geordnet nach den einzelnen Fakultäten. Wer das Dokument sehen möchte, kann es bei Herrn Schnitzer einsehen.

Diskussionsrunde II: 16. Juni 1995, früher Nachmittag

■ **Der Einfluß der FDJ** ■ **Die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten** ■ **Erich Honeckers Vorschlag** ■ **Studentenratswahlen** ■ **Ungewollter Informationsfluß zu den Stellen der Partei** ■ **Eine Verhaftung** ■ **Die Betriebsorganisation der FDJ** ■ **Die Verschulung des Studiums** ■ **Pflichtvorlesungen und -seminare** ■ **Stigmatisierung bürgerlicher Professoren** ■ **Hochschulgruppen der Blockparteien** ■ **Junge Gemeinde / Studentengemeinde** ■ **Eine Versammlung** ■ **Pfarrer Hamel** ■ **Das ML-Grundstudium** ■

Dr. Walter Schady: [ist neu hinzugekommen] Mein Name ist Walter Schady. Ich bin Jahrgang 1927, seit 1949 bin ich an der Universität, habe Landwirtschaft studiert, dann Aspirantur gemacht, promoviert 1957. Dann habe ich am Institut für Landtechnik gearbeitet, 1989 in der Initiativgruppe mitgewirkt bei der Erneuerung, möchte eigentlich weiterwirken, obgleich ich in diesem Jahr schon 68 Jahre werde.

Rupieper: Ich möchte jetzt anknüpfen an die Diskussion heute Vormittag und noch einmal auf die 40er Jahre eingehen. Mir scheint, auch nach Rücksprache mit einigen von Ihnen, daß noch einige Probleme vertieft werden sollten. Da ist zum ersten die Frage der Einflußnahme der FDJ auf die Studentenschaftswahlen, dann die Einflußnahme der FDJ auf Lehrprogramme und sonstige studentische Aktivitäten. Das ist ein Aspekt, der angesprochen werden sollte. Ein zweiter Punkt ist natürlich die Frage der Jungen Gemeinde und ihre Stellung in der Universität. Das ist natürlich ein Thema, das bereits in die 50er Jahre hinübergreift. Aber ich glaube, es ist wichtig, es an dieser Stelle zur Diskussion zu stellen. Wer möchte sich zur Frage der Einflußnahme der FDJ auf die Lehre oder auf Aktivitäten der Studentenschaft äußern?

Böttge: Ich hatte eingangs schon erwähnt, daß sich bereits vor der Wiedereröffnung der Universität auf völlig zwangloser und freiwilliger Basis ein Zusammenschluß, ein Studentenaktiv, so möchte ich es einmal bezeichnen, konstituierte. Der Name war "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten". Von diesem Aktiv wurden verschiedene Aufgaben übernommen. Auf die Einzelheiten möchte ich in diesem Zusammenhang nicht weiter eingehen. Als die Universität eröffnet wurde, übernahm

diese Arbeitsgemeinschaft zusätzliche Arbeiten. Es ging um die Fragen: Zulassungsausschuß, Stipendenausschuß und dergleichen mehr. Daneben konstituierte sich, ich glaube im Frühjahr 1946, eine Betriebsgruppe der FDJ, die aber zunächst eigentlich keine besondere Rolle im studentischen Leben besaß. Das lag vor allen Dingen wohl daran, daß die Studenten größtenteils ältere Jahrgänge waren, die zu dieser Organisation innerlich wenige Verbindungen hatten. Ich war im Herbst 1946 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten. Im März des gleichen Jahres, wenn ich mich recht erinnere, war Erich Honecker Vorsitzender der FDJ. Er kam nach Halle, und ich wurde zu ihm in das Haus der Freien Deutschen Jugend bestellt. Das ist unsere heutige "Tulpe". Mit dabei war seine spätere Frau Margot, die damals noch Margot Feist hieß und irgendeine Bezirksleiterin der FDJ für den Bezirk Halle war. Der gute Herr Honecker trat mit der Frage an mich heran: Was ich denn davon halten würde - es standen schon Studentenschaftswahlen im Raum, die irgendwann einmal stattfinden sollten - diese ganze Geschichte zu umgehen und statt dessen die Studentenschaft in die Freie Deutsche Jugend aufgehen und die Vertretung durch die FDJ wahrnehmen zu lassen. Ich war über diese Äußerung von Honecker damals sehr überrascht. Ich hatte in keiner Weise damit gerechnet. Mir fiel als Gegenargumentation in dem Moment nichts weiter ein, als daß ich sagte: "Ich finde diesen Gedanken an sich recht frappierend. Man müßte ja irgendwie ein bißchen diplomatisch vorgehen, aber ich glaube zum jetzigen Zeitpunkt ist das nicht richtig, denn die Studenten sind viel zu alt, als daß sie im Rahmen der FDJ ihre Vertretung finden können." Und im übrigen stand ja damals noch die gesamtdeutsche Frage in der Politik im Vordergrund, so daß ich sagte, dadurch würde auch eine Abspaltung der ostdeutschen Studentenschaft vom Westen erfolgen und wir würden keinen gemeinsamen Weg mehr gehen können. Dieses Argument wurde anerkannt. Man ließ die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten und den späteren Studentenrat dann noch längere Zeit mit derartigen Ansinnen in Ruhe. Dann erfolgte im Oktober des gleichen Jahres eine Aussprache mit Vertretern der FDJ. Hier erfolgte die Abgrenzung der Aufgaben der FDJ und der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten beziehungsweise des späteren Studentenrates. Es ist zu sagen, daß als Ergebnis dieser Besprechung, an der der gesamte Studentenrat, die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten und die Vertreter der FDJ teilnahmen, unter anderem Herr Schnitzer, der hier ist, es in der Art zu einer Abgrenzung kam, daß die offizielle Vertretung der Studentenschaft nach wie vor in den Händen der Arbeitsgemeinschaft

Demokratischer Studenten, später des Studentenrates, lag. Das hieß gegenüber dem Rektor, gegenüber den Fakultäten, gegenüber den offiziellen Stellen der Provinzialregierung und auch gegenüber der SMA. Die Tätigkeit der FDJ beschränkte sich auf ganz spezifische Aufgaben, wobei der Sport eine nicht unbeträchtliche Stellung einnahm. Also in diesen Anfangsjahren 1946 bis 1948 war die FDJ von relativ geringer Bedeutung.

Herrman: Vielleicht kann ich etwas ergänzen. Es waren FDJ-Mitglieder im Fakultäts- und im Studentenrat, aber sie traten nicht als Organisation auf. Ich habe ja auch ein Protokoll hinterlegt. Noch im Februar 1950 fanden Studentenratswahlen statt, wo sozusagen auf freien Listen Einzelbewerber waren. Erst 1951 hat eine solche Wahl nicht mehr stattgefunden. [Frau Haase bekräftigt diese Aussage] Dann hatte angeblich die FDJ auch die Sozialfunktion der Studenten- und Fakultätsräte übernommen. Das hat sie natürlich nie gemacht, sondern sich nur noch ideologisch betätigt, Sport, Ferien, Stipendien und solche Dinge.

Rupieper: Jetzt muß ich nachfragen. Die Kandidaten traten nicht als FDJ-Mitglieder bei den Studentenratswahlen auf? Sie traten als Parteimitglieder auf?

Herrman: Nein. Ich bin weder in der FDJ noch in einer Partei gewesen, sondern für die Fachschaft Chemie aufgestellt worden. Dann gab es Listen, und da kreuzten die Studenten an, wen sie haben wollten. Und den haben sie gekriegt. Und von den sechs Personen, die wir damals gewesen sind, waren die drei, die die meisten Stimmen erhielten, weder in der FDJ noch in irgendeiner Partei.

Rupieper: Ich muß noch mal nachfragen. Herr Schnitzer hat mir vor einiger Zeit einen Teil seiner Unterlagen zugeschickt. Daraus wird deutlich, daß sowohl beim Studentenrat als auch beim Fakultätsrat eindeutig nach Parteizugehörigkeit, das ist jetzt die Frage, abgestimmt wurde. Oder sind diese Angaben später eingetragen worden? Da steht also zum Beispiel: CDU, SED, da steht parteilos. Ist man so angetreten?

Herrmann: Nein. Ich will mal sagen, es war bekannt. Die Wahlversammlung der Naturwissenschaftlichen Fakultät fand zum Beispiel in der Aula statt. Ich war, weil ich schon mehrere Jahre mitgearbeitet hatte, vorgeschlagen worden von denen, die aus dem

Studium ausschieden, weil sie fertig waren. Man wurde namentlich vorgestellt. Dann hat die FDJ im Jahre 1950 erstmalig darauf gedrungen, daß man eine programmatische Erklärung abgibt. Aus dieser ging ganz klar hervor, daß drei Bewerber, nämlich für Physik, Geologie und Chemie, keine Bindung an Partei und FDJ hatten. Wir wurden auf die Wahlliste gesetzt und haben mit Abstand die meisten Stimmen gekriegt. Das war nicht manipuliert, auch die Kandidatenaufstellung nicht. Aber 1951 fand nichts mehr statt.

Rupieper: Ich will dies am Beispiel der Medizin verdeutlichen. Da steht, ich will die Namen nicht nennen, hinter dem Namen LDP, dann steht SED, dann CDU, dann CDU und dann LDP und dann noch einmal SED und bei der Zahnmedizin: LDP, LDP, SED. Das sind Fakultätsräte. Da muß ich mich als Historiker fragen: Wie kommen diese Angaben der Parteizugehörigkeit dahin?

Böttge: Also nicht über die offiziellen Listen, die als Wahllisten am Ende maßgebend waren. Sie müssen hinterher oder vorneweg oder irgendwie gemacht worden sein.

Schnitzer: Es ist so gewesen, daß diese Parteizugehörigkeit, solange ich an der Uni war, nicht auf dem Stimmzettel stand. Es war aber für die politisch interessierten Studenten doch mehr oder weniger bekannt, wohin der eine oder andere gehörte. Das war auch kein Geheimnis. Der eine sagte deutlich, er gehöre zur CDU oder LDP oder SED. Diese Liste, die ich hier bekommen habe, die ist mir von einem ehemaligen Kommilitonen aus Halle, nun möchte ich den Namen nicht nennen, gegeben worden. Aber es war ein CDU-Mann, der also in irgendeiner Form Zugang zu den Unterlagen hatte. Der hat mir geschrieben: "Lieber Jochen, ich erleichtere meine Archive. Die Hallenser Studentenratsliste von 1947/48 wollte ich Dir eigentlich heute abend in die Hand drücken, aber ich konnte nicht zu Dir kommen". Wir haben uns in Berlin wiedergetroffen. Und ich hatte mit ihm nicht mehr über die Art, wie die Liste geführt wurde, gesprochen, aber meines Wissens steht da in einer Klammer: "Jetzt ausgetreten und parteilos" bei einem Namen. Das ist eindeutig nachträglich von meinem Informanten, wenn ich das so nennen darf, drauf gesetzt worden. Aber soweit die Angaben hier drauf sind und mir die Personen bekannt sind, und ich glaube, Herr Böttge kennt auch eine ganze Reihe, ist das, was dahinter steht, eigentlich zutreffend. Man kann von der Richtigkeit dieser Liste ausgehen, da ich den Informanten kenne, der Naturwissenschaftler war und Zugang zu Akten hatte.

Rupieper: Ich möchte aber nochmals nachhaken. Wenn es um Informanten geht, muß man natürlich sofort feststellen: Es gab also von Anfang an ein System der Denunzianten. Was mich dahin gebracht hat, ist, daß hier hinter einem Namen, ganz gleichgültig welcher, "CDU- Mitglied" steht. Was ist das für ein Fragebogen? Ist das der Fragebogen im Rahmen der Entnazifizierung oder gab es hier Fragebögen der SED oder der FDJ?

Schnitzer: Gehen Sie bitte zunächst einmal von dem Immatrikulationsfragebogen aus: Schulbildung, Betätigung in den sogenannten demokratischen Parteien oder anti-faschistischen Parteien und so weiter. Das wurde ja nach opportunistischen Gesichtspunkten eingetragen.

Rupieper: Herr Schnitzer, jetzt bringen Sie mich auf eine weitere Frage: Wer hatte das Recht, diese Unterlagen einzusehen? Das ist ja auch interessant.

Schnitzer: Nein. Ich will da nicht ausweichen. Ich kann nur sagen, daß ich den Informanten kenne, und ich kenne auch seine aktive politische Tätigkeit, die er in Halle ausgeübt hat. Das steht hier nicht auf dem Zettel mit drauf. Er hat, wie es in allen Zeiten, das betone ich, Möglichkeiten gibt, in irgendeiner Form an Akten heranzukommen, dies ausgenutzt, und da sind das ergänzende Angaben.

Böttge: Ich weiß nicht, wer, um das komische Wort Informant zu gebrauchen, das gewesen ist, aber zum Beispiel war innerhalb des Studentenrates und innerhalb der Fakultätsräte ohne weiteres jedem Mitglied bekannt, ob der eine oder der andere Kommilitone einer Partei oder Organisation angehörte. Das war also überhaupt kein Geheimnis, also auch keine Schnüffelei. Das war eigentlich eine offene Tatsache.

Rupieper: Das ist mir ja auch klar. Nur, diese Liste sieht so aus, als ob sie ganz systematisch gemacht worden ist. Die Personen wurden mit Parteizugehörigkeit identifiziert. Und dann wird hier eine Quelle angegeben. Dieser Mann taucht hier nicht im Fragebogen auf. Deshalb habe ich die Frage gestellt.

Schnitzer: Ja, das sind also hier vier Namen. Sie werden sehen, das war aus dem Vorsemester, und da kam der Informant nicht an diese Listen heran.

Hermann: Es gab ja die Funktion des Studentendekans. Dieser Studentendekan ist ganz sicher parteipolitisch ausgewählt worden. Und dort führen die Wege zusammen. Zwischen dem, was später Staatssicherheit wurde, der FDJ und der SED. Ich war einmal im Rektorat der Universität, als der damalige Studentendekan, ein Pathologe, ein Gespräch führte, das ich als konspirativ im übelsten Sinne betrachte. Ich habe die Namen nicht behalten. Da ging es aber offensichtlich um Personalentscheidungen mit wahrscheinlich weitreichenden Folgen, die Studenten betrafen. Also dort sind die Dinge offensichtlich zusammengelaufen.

Schnitzer: Wann ist das gewesen?

Hermann: Das kann 1949/50 gewesen sein.

Schnitzer: Ich bin bis 1949 im Studentenrat gewesen. Am 5. Mai 1949 sind Studentenrats- und Fakultätsratswahlen gewesen. Das weiß ich ganz genau. Ein paar Tage vorher war eine kleine Verhaftungswelle gewesen. Dazu gehörte ich auch. Ich bin, weil ich noch Mitglied des Studentenrats war, als Angehöriger der Juristischen Fakultät, wohlgermerkt, vom Studentenrat gebeten worden, für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen Sorge zu tragen, soweit also der Studentenrat beteiligt war. Nun ist das Kuriosum: Ich bin am Morgen des 5. Mai, am Wahltag, nochmals kurz verhört worden, und man hat mir die Hand gedrückt und hat gesagt: "Bitte reden Sie nicht über das, was in den letzten 48 oder 56 Stunden gewesen ist. Sie sind entlassen." Nun war das an dem Tag sehr extrem. Und nach den Studentenratswahlen war noch ein Studentenball, an dem konnte ich noch teilnehmen. Das wird meine Frau bestätigen.

Und am frühen Morgen oder spät nachts bin ich wieder von der K 5 abgeholt worden. Was sie mir konkret vorwarfen, will ich im Detail nicht sagen. Aber meine Entlassung erfolgte bald, um kein Aufsehen unter der Studentenschaft hervorzurufen, daß derjenige vom Studentenrat, der für die ordnungsgemäße Wahl verantwortlich war, plötzlich verschwunden war. Ich mache kein Hehl draus, ich stand vor der Frage: Hau ich ab nach dem Westen, was auch so mancher getan hat. Aber ich konnte es einfach nicht, weil ich mit dem Weggang möglicherweise meine Kommilitonen, die mit mir gemeinsam verhört wurden, belastet hätte.

Haase: Was Herr Dräger und ich beitragen können, ist jetzt aus studentischer Sicht: Wie sich das Leben an der Universität, in den Seminaren, in den Lehrveranstaltungen verändert hat unter dem Einfluß der Hochschulreform und der FDJ. Ich darf vielleicht erst mal an Herrn Dräger das Wort geben, ja?

Rupieper: Aber das ist jetzt die Reform 1950/51?

Haase: 1950/51, genau.

Dräger: Ich bin im Herbst 1949 nach Halle gekommen an die Universität. Es gibt ein Problem: Was heißt 40er Jahre, dann 50er Jahre? Der Schnitt sollte meiner Ansicht nach bei der Gründung der DDR, im Oktober 1949 liegen. Aber natürlich wurde der Einfluß der FDJ auf die Hochschulpolitik schon systematisch vorbereitet. Ich kann nur sagen, daß ein Vertreter der FDJ in der Philosophischen Fakultät mit im Fakultätsrat saß und Stimme hatte. Wir kannten den sonst nicht groß. In die Versammlungen sind wir nicht gegangen, aber es gab auch eine Einflußnahme der FDJ auf die Zulassung. Ich denke nur, ich kann es nicht 100%ig beweisen, daß 1949 kaum noch ein Bewerber zugelassen wurde, der nicht in der FDJ war. Schrittweise wurde praktisch die FDJ als der verlängerte Arm der Partei an der Universität aufgebaut.

Ich darf noch sagen, daß ich an der Arbeitsgemeinschaft der Liberal-Demokratischen Partei an der Universität teilgenommen habe. Diese Betriebsorganisationen sind in den Betrieben 1949 verboten worden. An der Uni haben die sich etwas länger gehalten, aber nur noch ganz vorsichtig. Anfang 1951 sind die Hochschulgruppen dann verboten worden, also eineinhalb Jahre später als die Betriebsorganisationen. Es durfte also nur noch die SED eine Hochschulgruppe haben. Dies ist das deutlichste Zeichen für die Zäsur. Jetzt begann systematisch die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei.

Haase: Das prägte sich jetzt praktisch so aus, daß das Studium ganz stark verschult wurde. Unsere Studienpläne wurden entsprechend aufgebaut, und wir mußten jetzt ganz bestimmte Dinge belegen, die wir sonst wahrscheinlich gar nicht belegt hätten. Es tauchte im Bereich "Deutsche Geschichte" ein Fach auf, das wir belegen mußten, "Geschichte der Arbeiterbewegung". Natürlich konnte man auch noch einen Teil frei belegen, also beispielsweise Lintzel und Haussherr ging noch. Sie waren die bürgerlichen Professoren.

Aber es war natürlich schon klar: Wer dorthin ging, hatte ein gewisses Stigma.

So fing das allmählich an. Und es kam natürlich ein starker Einfluß in die Gruppen hinein. Wir waren dann nicht mehr nur Konsesemester, die sich kannten, wie das üblicherweise auch im Westen war, sondern es wurden Studiengruppen gebildet. Es gab dann diese staatlichen Studienseminargruppen, und dann parallel dazu gab es einen staatlichen Studiengruppenssekretär und einen FDJ-Sekretär. Da kam der Einfluß ganz stark hinein. Zu den Vorlesungen, besonders von Leo Stern, aber auch bei anderen Vorlesungen, die dieses Pflichtprogramm anbetrafen, wurden die sogenannten Studiengruppenseminare, die zu den Vorlesungen gehörten, aufgebaut. Auch diese waren Pflicht. Da mußte der Stoff der Vorlesung entsprechend aufgearbeitet werden, und natürlich bekam man auch heraus, wie die Leute dachten. Diese Seminare mußte man sich mit einem Schein bestätigen lassen. Diese Seminare waren auch wichtig für die Zwischenprüfungen, denn die kamen in dieser Zeit auch ins Studienprogramm hinein. Die waren dann entscheidend für die Verteilung der Stipendien. Das heißt also, wer nicht an solchen Pflichtprogrammen teilnahm - es ging überhaupt nicht, es mußte teilgenommen werden - hätte auch niemals die Chance gehabt, ein Stipendium zu bekommen. Soviel zu den Seminaren.

Wo die FDJ z.B. eingegriffen hat, war auch die Kontrolle des Vorlesungs- und Seminarbesuchs. Es wurde abgehakt, wer wirklich teilnahm und wer nicht teilnahm. Es gab so eine ständige Kontrolle. Dann existierte eine Kontrolle auch im Hinblick auf die Freizeitgestaltung. Es fing jedenfalls so an. Ich erinnere mich noch an den Theologenball, wo ich teilgenommen habe. Da wurde der staatliche Studiengruppenssekretär eingeladen. Auch durfte kein privater Ball in den Fakultäten stattfinden, wo die FDJ nicht zumindest als Beobachter zugegen war. Das weiß ich selber noch. Also Eingriffe, auch in das gesellschaftliche und private Leben waren schon vorhanden.

Rupieper: Ich glaube, jetzt tut sich hier ein Generationenkonflikt auf: die Erfahrung derjenigen vor 1949 und derjenigen nach 1949. Ich glaube, es ist sehr wichtig, das festzuhalten.

Haase: Ich darf noch einen Schlußsatz dazu sagen. Das Ganze wirkte sich dann letzten Endes so aus, daß diejenigen, die jetzt nicht in Richtung des Parteikurses gewillt waren, ihr Studium so verschulen zu lassen, sich jetzt Schlupflöcher suchten. Unter anderen auch

ich. Es war so, daß man beispielsweise auf bestimmte Gruppen stieß. Wir haben hier eben noch gehört, daß es solche Gruppen noch gegeben hat, auch politischer Art. Bei mir war das dann die Evangelische Studentengemeinde, wozu ich nachher noch etwas sagen kann. Aber das war die Zeit, wo man anfing, sein Studium möglichst auch noch um andere Dinge anzureichern, damit man nicht nur unter diesen Druck gerät.

Rupieper: Jetzt haben sich einige Widersprüche gezeigt. Einmal zu dem Punkt: Zulassung zum Studium am Anfang der 50er Jahre nur mit FDJ-Mitgliedschaft beziehungsweise auch ohne FDJ-Mitgliedschaft. Dann muß man als nächstes sicherlich auf die Frage der politischen Gruppierungen an der Universität, das heißt die Parteigruppierungen eingehen.

Zöllner: Die Sache mit der FDJ und den Bescheinigungen, die eingereicht werden mußten, darüber hinaus die berühmten Zettel, die schon früher unter das Stichwort "ANTIFA" fielen, das war natürlich ständig vorhanden. Im Grunde genommen blieb das bis zum Ende der DDR so. Aber daneben gab es immer die privaten Initiativen, die Möglichkeit, vorstellig zu werden und natürlich auch Beziehungen. Wenn man die Universitätsakten ansieht, dann sieht man, wie Otto Nuschke eingeschaltet wurde oder Dieckmann, damit dort und dort einer zugelassen wurde von dem Parteifreund dort und dort. Also durch alle möglichen Privatinitiativen wurde es doch möglich, daß man reinkam. Ich weiß es aus dem Familienkreise. Meine Frau hat auf dem Abiturzeugnis die stolze Bemerkung fürs ganze Leben: "War nicht Mitglied der FDJ". Das war natürlich "sehr schön", so etwas zu machen von der Schule, aber mit viel List und Tücke hat sie doch studieren können. Also das ging schon.

Ich wollte aber noch eine andere Sache sagen zu studentischen Vertretungen, wo ich nicht ganz durchblicke. Welche Rolle spielte die Vertretung der Deutschen Studentenschaft? Es muß eine Regionalkonferenz dieser seit Urzeiten existierenden Organisation gegeben haben für die SBZ. Sie ist an der Martin-Luther-Universität auch vertreten gewesen neben Studentenrat und den Betriebsgruppen der FDJ und den Parteien und Massenorganisationen. Die Deutsche Studentenschaft gab es auch.

Schady: Vertiefend zu meiner Vorstellung möchte ich sagen, ich habe von 1947 bis 1949 im Vorsemester das Abitur in Halle gemacht. Und da erhellt jetzt etwas die ganze Sache.

Wir haben 1949 eine große Versammlung durchgeführt im Löwengebäude, und da hieß es: Nur der darf Abitur machen, der eine Aktivitätsbescheinigung nachweist. Vom ganzen Auditorium stimmten zwei dagegen: Das waren Günter Jänecke und meine Wenigkeit. Der Günter Jänecke wurde dann sehr zusammengestaucht, weil er in der Partei war und nicht gewußt hatte, daß das ein Parteibeschuß war. Mich hat man in Ruhe gelassen. Ich habe dann begründet, daß ich nicht wüßte, woher ich eine Aktivitätsbescheinigung bekommen sollte. Ich wäre nicht in der FDJ und all sowas und siehe da, plötzlich war ich der erste, der eine Aktivitätsbescheinigung von der FDJ bekam, ohne daß ich drin war, aber dann bin ich natürlich reingegangen. Das also vielleicht noch zum Erhellen der Sache. Und zur Vertiefung, ich glaube, damals bei den Wahlen, da gab es eine Parole vor dem Löwengebäude, die hieß : “Wir wollen keinen SED-Ministerrat - Wir wollen einen Studentenrat”.

Schnitzer: Ich möchte noch einmal zur Klarstellung und auch zur eigenen Person etwas sagen. Ich bin primär im Studentenrat und in der ADS gewesen, und vom Studentenrat oder von der ADS wurde ich 1946 gebeten, mich aus dem Studentenrat heraus der Aufgaben innerhalb der FDJ zu widmen. Ich war zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht FDJ-Mitglied. Ich bin, ich weiß gar nicht wann, FDJ-Mitglied geworden. Ich wurde jedenfalls Leiter der FDJ-Hochschulgruppe in Halle. Und habe diese Aufgabe im Oktober 1946 bereits wieder niedergelegt. Von diesem Zeitpunkt habe ich mit der FDJ überhaupt nichts mehr zu tun gehabt, mit einer Ausnahme 1950. Als ich wegging, habe ich einen Kommilitonen in der Juristischen Fakultät gebeten: “Bitte, ich bin noch in der FDJ. Hier sind meine Beiträge. Ich bin noch soundsoviel schuldig. Ich will mir nicht, wenn ich in Westberlin bin, hinterher sagen lassen, der ist abgehauen und hat hier Schulden hinterlassen.” Der Kommilitone hat dann die Abrechnung vorgenommen. Das nur dazu. Also ich bin seit Herbst 1946 oder Oktober/November für die FDJ nicht mehr verantwortlich gewesen. Ich hatte keine Verantwortung, und ich wollte sie auch nicht mehr. Es gab nur noch einen einzigen Punkt: Ich habe mich 1950 als Zuhörer in einer öffentlichen Studentenratssitzung der Altstudenten nochmals dafür ausgesprochen, daß die Zuhörer aus den Vorsemestern im Fakultätsrat auch Rede- und Stimmrecht erhalten sollten. Das war aber erst 1950. Vorher, das habe ich Ihnen ja auch mitgeteilt - ich will das hier nicht alles ausbreiten - war nicht jeder gezwungen, in der FDJ zu sein, nicht jeder Student. Das gab es gar nicht. Und diese Vereinbarung, die Herr Böttge vorher erwähnt

hat, ist ja mit meiner Stimme, meiner Stimme als Mitglied des Studentenrates, aber auch gleichzeitig noch als Leiter der FDJ-Hochschulgruppe erreicht worden. Insofern habe ich eine doppelte Rolle gespielt und habe das auch nachher richtig zu spüren bekommen.

Rabich: Ich komprimiere. Das erste, was ich nochmals sagen darf, ist, bei politischen Parteien wurde auch sortiert nach der anderen Seite: Wer ist NICHT politisch engagiert? Und es war ein offenes Geheimnis, wer in der SED oder in den Blockparteien war. Das zweite: Es gab den Ausdruck "bürgerlich-reaktionäre Studenten". Ich denke an den Studentenratsvorsitzenden Otto, den man dann bei seinem Abgang nach dem Westen im Frühjahr 1948, im April oder Mai, wütend in der SED-Presse verunglimpft hat. Das Problem bestand ja im wesentlichen darin, daß man versuchte, was nicht gelungen ist, gegen die "bürgerlich-reaktionären Kräfte" Abstimmungen zu beeinflussen oder die Stellungnahmen und Beschlüsse zu ändern. Das ist eigentlich bis 1948/49 kaum gelungen. Dann kommt der Schnitt, daß sich die Mehrheiten ändern. Insofern ist das eine Bestätigung dafür, daß wir 1948/49 den Umbruch hatten. Das hing mit verschiedenen, auch administrativen Maßnahmen zusammen, die ich hier nicht weiter erörtern will.

Priew: Studienbeginn Oktober 1950. Ich erinnere mich noch, daß in unserem Semester Kommilitonen waren, die nicht in der FDJ waren. Aber die wurden dann einem massiven Druck ausgesetzt, so daß sie in die FDJ eingetreten sind.

Zum Stipendium: Es gab in der DDR zu meiner Zeit zwei Möglichkeiten. Wenn Sie Arbeiter- oder Bauernkinder waren, dann konnten Sie auch ein Stipendium bekommen. Wenn Sie das nicht waren, bekamen Sie ein Stipendium auf Grund Ihrer Examensleistungen. Also ich mußte mich sehr anstrengen. Ich hatte einen Examensdurchschnitt unter 1,5 und bekam damit das höchste Stipendium. Das waren 200 Mark. Es war nicht nur vom politischen Verhalten abhängig, sondern zu meiner Zeit gab es auf Grund der Examensnoten auch ein Stipendium auf Antrag.

Wipplinger: Ich habe eigentlich nur einen Satz hinzuzufügen. In dieser Zeit setzen die Ernteeinsätze ein. Diese ganze Organisation ging also auch über das eigentliche Studium hinaus. Das fing auch in der Zeit 1949/50 an.

Rupieper: Vielen Dank, Frau Wipplinger. Jetzt noch eine Frage, die zu diesem

politischen Kontext gestellt werden sollte. Es sind die Betriebsgruppen der politischen Parteien angesprochen worden. Es gab die Studentengruppen der politischen Parteien. Es gab offensichtlich Gründungsversuche derartiger Gruppen. Die sind bei LDPD, CDU und SPD sehr schnell abgewürgt worden. Es hat rumort, man wollte diese Gruppen nicht. Wer kann dazu etwas sagen?

Vogt: Ich war Mitglied der NDP und der stellvertretende Vorsitzende der Hochschulgruppe der NDP. Wenn ich mich nicht irre, hat diese Gruppierung bestanden bis zu meinem Fortgang aus der DDR, also bis Anfang 1954. Wir hatten keinerlei Kontakt zu anderen Gruppen. Wir hatten keinen Kontakt zur SED, auch nicht zu den anderen Blockparteien. Ist mir jedenfalls nicht bekannt. Wir haben, wenn wir zu Mitgliederversammlungen zusammentraten, die Vorgaben, die wir von dem Berliner Vorstand bekamen, erörtert: Wie man an einer Tagung teilnehmen kann oder soetwas. Ansonsten lief das im Grunde genommen in diesem kleinen Rahmen eher unpolitisch ab.

Rupieper: Herr Vogt, konnten Sie ohne Schwierigkeiten arbeiten? Die NDPD ist ja erst 1948 gegründet worden, als Versuch, ein Sammelbecken zu schaffen für ehemalige Offiziere und andere Personen. Gab es nie den Versuch, Druck auszuüben oder sie auf SED-Kurs zu bringen? Und das lief auch noch neben der FDJ? Ich habe einige Hinweise in den Akten gefunden, daß man ganz massiv versucht hat, diese Gründungen zu verhindern, besonders die der SPD, aber das war schon gelaufen mit der Zwangsvereinigung. Aber auch bei der CDU gibt es Versuche, und von der LDPD ist es auch bekannt, durch die Memoiren von Wolfgang Mischnick, der in Leipzig war.

Vogt: Von einer nennenswerten Wirksamkeit der Hochschulgruppe kann ich mit Sicherheit nichts sagen. Es war also eher ein harmloser Verein, der aber auch die Möglichkeit hatte, seinen Mitgliedern zu garantieren, daß sie sich gesellschaftlich betätigten und daß dieses Erfordernis erfüllt war. Man hatte politisch irgendwie ein Alibi, man hatte ein Zeugnis. Man war irgendwo dabei und stand nicht abseits. Mehr kann ich eigentlich dieser Gruppierung, die wir darstellten in der NDP, nicht testieren. Ich weiß auch nicht von irgendwelchem nennenswerten Engagement oder einer Initiative. Es war von der NDPD, die ja auch im Grunde genommen weitgehend eine untergeordnete Rolle spielte, in diesem Spektrum gar nichts zu erwarten.

Hermann: Zur LDP, die eine sehr starke Betriebsgruppe hatte. Im chemischen Institut waren regelmäßige Anschläge über ihre Veranstaltungen. Nach einer Rede des damaligen Landwirtschaftsministers Hamann, die mit außerordentlicher Resonanz aufgenommen worden ist, kam es in der Mensa zu einem Eklat. Die Betriebsgruppe der LDP ist dann gestorben. Die durften nur noch innerhalb ihrer Wohngebiete tätig werden. Später haben die Blockparteien, damals waren sie eine Opposition, so muß man das jedenfalls für die LDPD in Halle ansehen, sich stärker der SED angeschlossen und haben gelegentlich angemahnt, daß bei Berufung zu Hochschullehrern auch Kontingente für ihre Parteien wirksam wurden. Das ist bis Ende der 70er, sicher Anfang der 80er Jahre immer noch geschehen, daß einer aus einer Blockpartei Dozent oder Professor werden durfte. Da ist der Bäckermeister Anklam, der Bezirksvorsitzende der LDP im Bezirk Halle, dann beim Rektor vorstellig geworden.

Priew: In der Landwirtschaftlichen Fakultät hat es natürlich eine Gruppe der Demokratischen Bauernpartei gegeben. Die war, das kann ich mit Recht sagen, Auffangbecken für alle, die unter Druck kamen, denn wenn Sie sich die Beschlüsse von 1952 zur Sozialisierung der Landwirtschaft und so weiter und die ganzen Dinge, die sich auf dem Lande abspielten, ansehen, kamen doch etliche stark unter Druck. Und hier gab es diese Gruppe, die sich gebildet hat. Ich muß sagen, daß offen diskutiert wurde, weil wir nicht wußten, daß die Initiatoren woanders herkamen. Derjenige, der uns am 17. Juni 1953 abends noch bei der Stasi verraten hat, das war einer, der in die Bauernpartei delegiert worden war. Aber diese Gruppe war ein Auffangbecken, und wir hatten auch ein gutes Verhältnis zu unseren Professoren und konnten auf dieser Basis etwas erreichen. Wir sind natürlich nicht über die Fakultät hinaus in irgendeine Erscheinung getreten.

Rupieper: Möchte noch jemand zu diesem Problem der Gründung von Betriebsgruppen der Parteien sprechen? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich jetzt gern dieses Thema "politische Organisationen an der Universität - Einflußnahme der FDJ" abschließen und jetzt zu diesem anderen wichtigen Teil kommen.

Das ist die Frage der Jungen Gemeinde, die in dieser Zeit eine ganz zentrale Rolle gespielt hat. Ich denke, man kann fast sagen, die Junge Gemeinde war bis in die Wendezeit eine kleine Gruppe in der Universität, die immer eine Randexistenz führte, ausgegrenzt war. Man müßte untersuchen, ob es tatsächlich so gewesen ist. Aber gerade

in dieser Anfangsphase 1945/46 hat die Junge Gemeinde eine wichtige Rolle gespielt, gerade auch im Verhältnis zur FDJ.

Haase: Ich schätze das mal subjektiv ein, um das dann objektiver auszubauen. Ich hatte es vorhin schon angedeutet; das Studium wurde immer stärker verschult. Die Freiheit der Lehre wurden immer stärker eingeschränkt. Und es hatte sich, bei einigen meiner Kommilitonen in der Geschichte, aber auch in anderen Fakultäten das Bedürfnis gebildet, einfach mehr zu wissen, mehr zu erfahren, das Studium und den Studienspielraum auch erweitern zu können, Lektüremöglichkeiten zu haben und so weiter. Diese Junge Gemeinde - wir nannten uns damals nicht Junge Gemeinde, sondern Studentengemeinde - die hatte sich in Halle, aber auch an anderen Universitäten, etwa Leipzig und Berlin, schon etabliert. Und zwar mit einem Ansatz, der nicht unbedingt dem entsprach, was unsere Evangelische Landeskirche so sehr gerne sah. Dieser Ansatz war ein freierer Gemeindebegriff, der weit über das hinausging, was man normal unter kirchlicher Gemeinde verstand. Das heißt, wir hatten eine Selbstverwaltung und waren, sagen wir mal, vom politisch-theologisch-religiösen Ansatz her stark von Bonhoeffer geprägt. Auch klar antifaschistisch, was uns dann immer wieder nicht geglaubt wurde. Man sagte, das wären lauter reaktionäre Subjekte. Sie haben das ja vorhin schon angeschnitten. Das war im Grunde genommen fürchterlich dumm, denn was uns wirklich ein Bedürfnis war, war die soziale Situation, die politische Situation. Auch den Sozialismus wollten wir in einer ganz bestimmten Weise, unter Umständen, mitgestalten. Das ist einfach so gewesen. Das trifft auch auf mich zu, muß ich ganz klar sagen. Nur, das was sich in der Lehre dann tat, war einfach zu eng. Das, was uns an Marxismus angeboten wurde an der Universität, war natürlich auch außerordentlich eng und ideologisch. Mein persönlicher Zugang ist nicht durch eine fromme Familie, sondern durch das Interesse, einfach meinen geistigen Horizont zu erweitern und einen anderen Zugang auch zu meinem Studium zu finden, entstanden. Das gilt für viele.

Die Organisationsstruktur war so, daß wir neben den kirchlichen Veranstaltungen auch Studienveranstaltungen hatten. Das heißt, die Kleinkreisarbeit. Sie war sehr gut, wurde meistens von älteren Studenten, aber auch von welchen, die schon Assistenten waren, geleitet. Es gab den Germanistenkleinkreis, einen Naturwissenschaftlerkleinkreis, einen Kleinkreis für Philosophie und auch für Marxismus-Leninismus, zur speziellen Vorbereitung auf die Prüfungen, die wir ja alle in ML und in Politischer Ökonomie

hatten. Da wurde außerordentlich intensiv gearbeitet. Wir haben zum Beispiel Frühschriften von Marx gelesen. Es herrschte also ein sehr gutes Niveau. Zu uns kamen meistens Leute aus vielen Fakultäten, nicht nur von der Philosophischen Fakultät und Theologischen Fakultät. Viele Mediziner waren bei uns, Naturwissenschaftler, die also auch das Bedürfnis hatten, einen weiteren Horizont zu bekommen, als ihn die Universität bot. Das war die wissenschaftliche Arbeit.

Dazu kommt, daß wir uns noch in kleineren Freundeskreisen organisierten, also in kleineren Arbeitsgruppen, wo wir dann so etwas wie Samisdat gemacht haben. Das heißt, Bücher gelesen, die einer von Berlin mitgebracht hatte oder anderweitig aus Westdeutschland, die aber verboten waren, und die man 24 Stunden behalten konnte, und dann gingen die weiter. Das heißt, niemand wußte, wo das Buch war, aber es wurde eben gemacht, und es wurde gelesen. Auf diese Weise sind wir an eine Reihe Sachen rangekommen, die in der DDR im Buchhandel nicht zu erwerben waren. Das ist ein weiterer Punkt.

Dann gehört natürlich auch dazu, daß wir einen Studentenpfarrer hatten, das war der Studentenpfarrer Hamel, der ein ausgezeichnete protestantischer Theologe war. Seine Bibelstunden am Mittwochabend in der Stadtmission waren außerordentlich anziehend. Es kamen manchmal bis zu 500/600 Leute. Das war natürlich für die FDJ und für die Partei ein ständiger Stein des Anstoßes, denn uns kriegten die nicht in den Griff. Das war eine echte geistige Gegenbewegung, die da lief und nicht etwa eine theologisch-reaktionäre. Das muß man mal ganz deutlich sagen. Das war ein außerordentlicher Aufbruch bei uns, und wenn die klug gewesen wären und diesen Gruppen eine Chance geboten hätten zur Mitarbeit, politischen Mitarbeit, hätte ein enormes Potential, auch geistiges Potential wirksam werden können. Das wurde aber nicht gemacht. Im Gegenteil, wir sind dann auch bespitzelt worden.

Es war auch so, daß wir nicht nur ein theologisch-wissenschaftliches Programm hatten, sondern auch Treffpunkte, wie zum Beispiel samstags unsere Teestunden oder auch Mittagstische. Wir haben sozusagen der Gemeindegruppe in der Stadt einen emotionalen Pool, wenn man es mal so ausdrücken will, gegeben, so eine Art geistige Heimat. Das war ganz wichtig für Leute, die wirklich eine Orientierung gesucht haben. Das wurde dann fortgeführt. Wenn man sein Examen gemacht hatte, trat man aus der Studentengemeinde in die Evangelische Akademikerschaft ein. Da wurden auch wieder Kleinkreise gebildet, in denen dann die Arbeit fortgesetzt wurde. Aber wir hatten

natürlich noch ständig Kontakte zur Studentengemeinde.

Weswegen man uns auch angegriffen hat, waren, und das gehört sicher auch zu den interessanten Forschungsfragen, Kontakte zu unserer Partneruniversität Göttingen, also eine Studentengemeindepartnerschaft. Sie besuchten uns, wir kriegten keine Genehmigung, aber sie konnten zu uns rüberkommen. Diese Treffen, ich habe auch welche bei mir zu Hause gehabt, wurden natürlich außerordentlich scharf kontrolliert. Und ich bin auch auf diese Dinge angesprochen worden. Aber die Möglichkeit zu diesen Kontakten bestand durchaus. Über die Evangelische Akademikerschaft bin ich dann sogar zweimal zu Sitzungen der Evangelischen Akademie in Wannsee gewesen, wo man durchaus die Möglichkeit hatte, andere Themen zu hören. Ich war zum Beispiel bei einer großen Tagung über den 20. Juli 1944. Wir haben jedenfalls versucht, unsere politischen und historischen Erfahrungen, das was wir zu unserer geistigen Orientierung brauchten, auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Rupieper: Vielen Dank, Frau Haase. Ich glaube, das war sehr instruktiv. Ich habe zunächst noch eine Frage. Es gab ja auch in Halle bis 1945 sehr stark die Deutschen Christen in der Theologischen Fakultät. Ist das unter Studenten nach 1945 überhaupt wahrgenommen worden?

Haase: Nein. Wir hatten einen anderen Ansatz, das habe ich ja schon gesagt. Wir bestanden auf einem grundsätzlich antifaschistischen Ansatz.

Rupieper: Der Grund, warum ich frage: Einige der ehemaligen Deutschen Christen machten ja dann Karriere in der SED.

Haase: Möglich, aber darüber kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Engelhardt: Der Rektor gehörte ja der Bekennenden Kirche an, dem absoluten Gegenpol der Deutschen Christen.

Schäfer: Ich habe eine Frage an Frau Haase. Sie haben sich doch sehr stark im Gegensatz zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium bewegt, das ja wohl meines Wissens im Zuge der Zweiten Hochschulreform eingeführt wurde?

Haase: Das wurde ja von uns auch bewußt gemacht, weil wir den Eindruck hatten, was wir vom Grundlagenstudium her vermittelt bekamen, war nicht der Marxismus.

Schäfer: Haben Sie sich dem Grundlagenstudium entzogen?

Haase: Nein, wir mußten ja. Das war Studiumprogramm. Wir mußten diese Vorlesungen hören. Wir mußten auch diese Prüfungen machen. Wir mußten in Marxismus-Leninismus eine Prüfung machen und auch in Politischer Ökonomie. Das war ja Pflicht, aber das war uns einfach zu wenig. Wir wollten mehr darüber wissen. Wir haben Marx' Frühschriften gelesen und so weiter.

Bohley: Ich möchte noch etwas zur Studentengemeinde ergänzen. Es gab eine Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinde in Berlin, die hatte einen kleinen Beirat, der mehrmals im Jahr zusammentrat und die Arbeit zu kontrollieren hatte, gewissermaßen. Ich war stellvertretender Vorsitzender dieses Beirates, weil ich in den beiden Studentengemeinden regelmäßig Vorträge gehalten habe. Ich habe nach einigen Jahren diese Arbeit im Beirat schweren Herzens aufgegeben, weil ich habe sehen müssen, daß hier von dem Staatssekretariat für Kirchenwesen, Herrn Klaus Gysi, derartig Einfluß genommen wurde, daß man das nicht mehr verantworten konnte. Also wenn in irgendeiner Studentengemeinde, sagen wir mal Dresden, Leute aufmüpfig geworden waren, dann wurde der Leiter der Geschäftsstelle dorthin bestellt und er sollte nun von sich aus disziplinierend auf die Studentengemeinde einwirken. Das hat leider manchmal auch funktioniert. Ich habe das aus diesem Grund aufgegeben.

Priew: An der Landwirtschaftlichen Fakultät wurden 1952 die Angehörigen der Studentengemeinde sehr, sehr hart rangenommen, und wir müßten eigentlich über Fritz Schneppe sprechen. Aber nur soviel: Es war zwingend notwendig, daß die Mitglieder immer woanders schliefen, da 1952 die Verhaftung drohte.

Die Fakultät wurde zu einer Vollversammlung in die Mensa bestimmt. Es wurde darauf geachtet, daß alle anwesend waren. Es waren von Leuna und Buna aus der Produktion Leute anwesend und da ging es darum, daß die Fakultät beschließt, daß alle Mitglieder der Studentengemeinde exmatrikuliert werden. Die erste Abstimmung fiel sehr kläglich aus. Dann kam die zweite Abstimmung, die war auch sehr kläglich. Dann wurde

abgeschlossen, und dann hieß es, wir stimmen solange ab, bis es funktioniert, wir haben Zeit. Und diese Abstimmung funktionierte nicht. Vor mir saß aus meinem Semester der Vorsitzende der SED. Bei einer der letzten Abstimmungen, so um 12 Uhr, stimmte er, der hatte bisher dafür gestimmt, daß die exmatrikuliert werden, auf einmal dagegen und sagte zu mir: "Nee, so 'ne Methoden mache ich nicht mit." Und nach zwölf Uhr haben sie dann den Mensaraum aufgeschlossen und haben uns wieder friedlich ziehen lassen.

Aber das war wohl so der Höhepunkt der Verfolgung der Mitglieder der Evangelischen Gemeinde.

Rupieper: Vielen Dank, Herr Priew. Das ist in der Tat so. 1952 ist der Höhepunkt gewesen. Es gab auch Relegationen in den Oberschulen und ähnliche Sachen.

Haase: Studentenpfarrer Hamel ist ja mehrfach verhaftet worden und hat eine ganze Zeit lang im Zuchthaus in Halle gesessen. Das ist ihnen sicher bekannt. Er ist dann rausgezogen worden aus der Studentengemeindearbeit und kam nach Naumburg an das Predigerseminar. Aber er lebte ständig mit einem Fuß im Gefängnis.

Dräger: Im Mai 1953 war eine Versammlung im Auditorium Maximum. Das hat ungefähr 300 Plätze, schätze ich. Vielleicht 60 % waren besetzt von den Studenten der Theologischen Fakultät. Der andere Teil, die anderen 40% der Studenten kamen von der Philosophischen Fakultät. Teilnahme war Pflicht, es war eine FDJ-Veranstaltung. Brentjes saß im FDJ-Hemd vorn neben Herrn Mende, dem Philosophen, einem ziemlich fiesen SEDisten. Diese beiden haben diese Versammlung geleitet. Es kam zu heftigen Diskussionen. Es ging darum, die Junge Gemeinde zur verbrecherischen Organisation zu erklären. Da meldete sich der FDJ-Sekretär der Theologischen Fakultät und bat darum, einem leitenden Kirchenmann aus Dessau, ich weiß nicht mehr wem, das Wort zu erteilen. Daraufhin haben sich Mende und Brentjes unterhalten und dann gesagt: "Nein, das ist eine FDJ-Versammlung. Er darf nicht sprechen." Darauf standen hundert oder 200 Studenten der Theologischen Fakultät auf und verließen geschlossen den Hörsaal. Es dauerte mindestens zehn Minuten, bis alle raus waren. Es kam einem wie eine Ewigkeit vor. Kurz danach kamen dann drei oder vier wieder rein, wurden dann nach dem Grund gefragt: "Ja, wir sind beauftragt worden, an der Versammlung weiter teilzunehmen." Sie saßen ganz oben, ganz isoliert. Wir haben dann abstimmen müssen. Ich muß ehrlich

sagen, ich habe mich auch nicht getraut, weil ich meinen Studienplatz nicht verlieren wollte, nicht mitzustimmen. Wir, die Philosophische Fakultät, haben alle, ich habe keinen gesehen, der sich der Stimme enthalten hat, abgestimmt. Wir haben nacheinander Leute, die wir selbst gar nicht kannten, also den FDJ-Sekretär zum Beispiel, exmatrikuliert. Der hatte die "Unverschämtheit" gehabt zu sagen, man würde ja die FDJ auch nicht zur verbrecherischen Organisation erklären, obwohl dort der Kreissekretär soundso nach dem Westen gegangen ist. "Woher wissen sie das? Aus dem RIAS." In diesem Stil ging das. Der Jungen Gemeinde wurden solche Sachen ja auch vorgehalten. Und deshalb sollte sie verbrecherisch sein. Jeder der Zurückgekehrten, der noch irgendein Wort gesagt hatte, wurde auch exmatrikuliert. Ich hatte dann eine längere Zeit ein schlechtes Gewissen. Plötzlich kam der neue Kurs mit dem 17. Juni 1953, und nach 10 bis 14 Tagen saßen die wieder am Tisch in der Mensa neben uns. Wir haben sie dann angesprochen, haben uns mit ihnen unterhalten. Insofern war das nicht so tragisch. Aber immerhin wurden wir als Mitglieder der Philosophischen Fakultät gezwungen, politisches Unrecht zu tun.

Zöllner: Es ist vielleicht nicht in den Akten zu finden: Das Ende der Bibliothek der Evangelischen Studentengemeinde in Halle wird wahrscheinlich nicht dokumentiert sein. Es gab in Halle eine Aktion zur Beseitigung der privaten Buchhandlungen. In diesem Zusammenhang hat man auch diese Bibliothek beschlagnahmt. Die Bibliothek kam in die Heizung des damaligen Rates der Stadt. Dort hat sie einer der Assistenten des historischen Instituts gefunden, hat einen Teil noch geborgen. Ich habe noch ein paar Erinnerungen an ein Buch von Carl Friedrich von Weizsäcker. Die ganze Aktion segelte unter der Rubrik "Schmutz und Schund". Es ist eine ganz große Kulturschande, das alles sollte verheizt werden. Vielleicht, wenn sie die Bibliothek unseres Instituts mal aufmerksam betrachten, werden sie noch den einen oder anderen Titel finden mit dem Stempel "Evangelische Studentengemeinde" zu Halle. Das sind einige gerettete Bücher, die dort nun wenigstens vorm Verheizen im Ratshof bewahrt blieben. So wurde umgegangen mit Kulturgut. Das waren übliche Kampfmethoden.

Haase: Ich habe wieder nur einen Satz zur Ergänzung. Ich bekam vor wenigen Wochen Besuch von einer ehemaligen Studienkollegin. Da ging es darum, den katholischen Studentenpfarrer zu ehren. Sie werden das sicherlich wissen, das war auch eine ganz starke Gruppierung. Ich glaube, da waren 250 junge Studenten vereinigt.

Blobner: Ich möchte nur zwei Sätze zu dem sagen, was Herr Dräger gesagt hat. Und zwar eine 100%ige Bestätigung, daß das hier in Wittenberg im Bereich der Gymnasien auch so gelaufen ist. Bei einer Vollversammlung im damaligen Zentraltheater, heute heißt es auch wieder so, wurden die Angehörigen der Jungen Gemeinde unter den Abiturienten ausgestoßen. Die durften im Juni 1953 auch kein Abitur machen. Sofort nach dem neuen Kurs haben sie es wieder nachholen können. Auch unterhalb der Universität, auf der Ebene der Oberschulen, und das müßte meines Erachtens für die gesamte DDR gültig gewesen sein, hat das auch so stattgefunden. Ganz genau so.

Erdmann: Ich wollte nur noch kurz etwas zu dem sagen, was Frau Haase gesagt hat. Aus den Akten geht hervor, wie Frau Haase auch sagte, es waren Spitzel in der Jungen Gemeinde, die berichteten über jede Sitzung. Es geht auch daraus hervor, wenn man das genau liest, daß diese sich durchaus auch einbringen wollte in die neue Gesellschaftsordnung. Viele sagten, wir erkennen den Sozialismus an, speziell das ökonomische System. Damit sind wir einverstanden, mit diesem Gedanken des Volkseigentums. Aber die Ideologie, da machen wir nicht mit. Wir wollen unseren Glauben behalten.

Es war so, die DDR war ein totalitärer Staat und damit wurden die Jungen Gemeinden nun automatisch zum ideologischen Gegner. Man beobachtete die Jungen Gemeinden mißtrauisch und alles, was diese taten, wurde negativ ausgelegt. Dieser antifaschistische Ansatz war mit einem Mal negativ. Ganz einfach, weil man vermutete: Der Hamel hält da Vorträge über Bonhoeffer und so weiter, weil man vermutete, den Widerstand der Bekennenden Kirche im Naziregime will er auf DDR-Verhältnisse transferieren. Das war der Ansatz der Staatssicherheit zum Beispiel bei der Beurteilung der Jungen Gemeinden.

Ein weiterer Fall. Ein Teil der Studenten ging in den Semesterferien arbeiten. Normalerweise war es gern gesehen. Sie sollten Verbindung mit der Arbeiterklasse haben. Bloß, wenn die Studenten der Jungen Gemeinde oder die Theologiestudenten das machten, dann sagte man: Das ist nicht so gut. Die wollen die Arbeiterklasse unterminieren, ihr feindlich-negatives Gedankengut reintragen in die Betriebe. Das muß verhindert werden. Sie konnten machen, was sie wollten. Sie waren letztendlich immer negativ im Visier. Dann kam es dazu, daß am 1. Mai 1952, auf der ersten Maidemonstration unter anderem ein großes Plakat war, "Wir kämpfen gegen die sogenannten Studentengemeinden". Und da haben sich natürlich Prof. Arno Lehmann und

der Dekan der Theologischen Fakultät und einige andere Professoren geweigert, mitzumarschieren. Das wurde denen noch zehn Jahre später vorgehalten.

Rupieper: Ich möchte gerne nachfragen. Hat es eigentlich bei der Verhaftung von Hamel Reaktionen bei den Studenten gegeben?

Haase: Ich kann mich nur an die erste Verhaftung von Hamel genau erinnern. Da kam er in den Roten Ochsen in Halle. Und daran grenzt dieser Kirchhof von der Laurentiuskirche. Da sind wir an einem Ostersonntag gewesen. Wir von der Studentengemeinde, wir hatten auch eine Kurrende, wir sind auf den Laurentiuskirchhof gegangen und haben gesungen, so daß er uns hören konnte. Das hat er uns später auch gesagt. Das hätte ihm unwahrscheinlich geholfen, daß wir da waren. Daran kann ich mich erinnern. Das war ein ganz enormer Widerhall zunächst bei uns innerhalb der Studentengemeinde. Wir haben zu dem Mann absolut gestanden. Daß ihn nachher die Kirche rausgezogen hat, das hing natürlich daran, daß man dem Mann nicht auf Dauer zumuten konnte, immer ständig in Gefahr zu sein. Hier steht, das ist ein hochinteressantes Dokument, von Rektor Leo Stern unterzeichnet: "Wenn diesem nicht sehr bald durch Verhaftung", also das bezieht sich auf Hamel, "oder auf eine andere Art das Handwerk gelegt werden wird, kann der Schaden an unserer Universität unüberschbar werden." Daran können Sie schon sehen, was für eine Bedeutung die Studentengemeinde damals gehabt hat. Ich kann es nur für die Zeit sagen, die ich dort studiert habe und auch noch dort gearbeitet habe. Das war wirklich eine Zeit, wo ein Oppositionspotential existierte, das absolut ernst zu nehmen war für die SED.

Dräger: Ich möchte noch einen Satz zu Herrn Hamel sagen. Es war eine Veranstaltung im Auditorium Maximum. Ich glaube, es war ein Gastvortrag eines Westprofessors. Dann wurde hinterher diskutiert. Ich weiß nur noch, daß Professor Barnikol, Kirchengeschichte, noch so vergleichend jongliert hat, wie die Hunnen vom Osten nach Europa einbrachen und so fort. Dann trat da ein junger östlicher Dozent auf, das war eine ganz große Aktion. Man hatte nicht genug Hochschullehrer, das muß so 1950 gewesen sein. Da hat man SED-Mitglieder auf einen Kurs geschickt. Ich glaube, sechs Wochen, oder waren es drei Monate, ich weiß es nicht mehr. Und die kamen zurück als Dozenten. Die wurden dort in den verschiedenen Fachgebieten, zum Beispiel Ökonomische Geographie,

Dozenten und auch später Professoren. Die SED wollte so den Überhang der bürgerlichen Professoren ausgleichen durch solche Gewaltaktionen, so was ähnliches wie die Volksrichter. Einer dieser Leute meldete sich, stand auf und sagte: "Entschuldigen Sie, ich war noch nie in einer Kirche." Da zischte das Auditorium, und darauf hat Hamel abgewinkt und hat gesagt: "Ich glaube, eben bockten hier einige Teufelchen durch das Fenster."

Priew: Ich habe eine Frage. War die Studentengemeinde, im Blick auf die regierende Partei wirklich so gefährlich oder hat sie diese zur Disziplinierung der Universität und der Schulen mitbenutzt? Denn es war, glaube ich, ein Jahr oder zwei Jahre her, daß man die Zeugen Jehovas in dieser Art verfolgt hat. In Halle, auch in Waldheim im Gefängnis war eine ganze Etage voller Zeugen Jehovas, die man so diszipliniert hat. Und für mich ist es immer noch eine Frage: War es ein Akt der Disziplinierung an der Landwirtschaftlichen Fakultät, anlässlich der Sozialisierung der Landwirtschaft? Ich hatte immer den Eindruck, das ist ein Akt der Disziplinierung, weil dann bei uns auch einige vom Studium ausgeschlossen wurden.

Bohley: Ich möchte doch gern in dem Sinne antworten, daß die Studentengemeinde für die Staatsmacht der DDR gefährlich war. Sowohl die ESG als auch die KSG. Einfach, weil diese Gemeinden zu den wenigen Orten gehörten, an denen nicht nur anders gedacht, sondern auch darüber sehr frei gesprochen wurde, sehr unbefangen und sehr frei. Und von daher versteht sich diese jeweilige Disziplinierung. Die hatten Angst. Sie hatten ja viel mehr Angst, als wir alle dachten.

Hermann: Ich habe mein Studienbuch mitgebracht, weil dort auch einiges Dokumentarisches drin steht. Da steht also im Sommersemester 1949/50, daß der Professor Barnikol mit dem Professor Lüttringhaus eine Vorlesung hielt in der Aula: "Gemeinsame Probleme der Religions- und Naturwissenschaften". Die Aula war rammelvoll. Diese Vorlesung war den Genossen natürlich ein Dorn im Auge und hat, glaube ich, nicht ganz ein Semester gedauert. Schlimmer ist es Professor Menzer ergangen. Ich habe als Naturwissenschaftler bei ihm auch "Philosophie der Gegenwart" gehört und auch seine "Geschichtsphilosophie". Der hat dann auch generell Vorlesungsverbot erhalten, weil er eben in diese neue philosophische Richtung nicht reinpaßte. Auf

der anderen Seite nahmen die Studenten das Angebot des ML nicht richtig an. In meinem Studienbuch ist jedes Semester eine Eintragung über eine solche Vorlesung. Die Eintragungen wurden so vorgenommen, daß man etwa im Schnitt mit zwanzig Studienbüchern dahinging und überall die Abzeichnung erfolgte.

Man soll ja auch die Kuriositäten beim Namen nennen. Zu unserer Zeit hieß es: "Willst Du, daß Dein Geist sich wende, geh' zu Mende!". Das war die Einstellung der meisten Studenten, die ich kannte. Man ging gar nicht hin, besorgte An- und Abtestat aber auf jeden Fall. Es wurde nicht ernst genommen. Später ist das anders gewesen.

Die FDJ versuchte sogar, auf Inhalte der Vorlesung Einfluß zu nehmen. Der Genosse Lautsch hielt in der Chemie eine Vorlesungsreihe über Kohlenwasserstoffe. Dazu gehören Benzine und so weiter. Nun hatten ihm die Genossen, er war eine sehr weiche Persönlichkeit, angeraten, doch das politisch anzureichern. Da das in der Chemie ja nicht so einfach ist, ist es zu der Kuriosität gekommen, daß er sich verstiegen hat zu der Behauptung, daß die Amerikaner ihre Benzinproduktionen erhöhen, um mit Panzern in andere Länder einzudringen, denn sie führen ja mit Benzin, die amerikanischen Panzer. Das stimmte. Aber die Russen erhöhen ihre Dieselproduktion für ihre Traktoren. Und da mußte er sich dann von den Kriegsteilnehmern sagen lassen: Ja, die russischen Panzer fahren eben mit Diesel. Also solche wirklich merkwürdigen Schief lagen tauchten auf.

Haase: Noch ein Wort zum ML-Studium, weil das gerade angesprochen wurde. Sicher, es wurde von Leuten, die etwas mehr Futter brauchten, einfach nicht Ernst genommen. Die Dozenten waren Leute, die waren ganz kurz ausgebildet, die konnten sich selbst kaum richtig eingearbeitet haben in die Sachen. Und was da vorgesetzt wurde, das war aus Flaschen gezogen, sowohl das, was für die Politische Ökonomie als auch für den Marxismus-Leninismus angeboten wurde. Dann gab es für die Prüfung festgefügte Fragenkataloge, die gepaukt werden mußten. Ich meine, wer da nur durchwollte, um die Prüfung zu bestehen, der lernte das Zeug. Die gingen dann rein: "Das spulen wir ab". Aber es gab immerhin an der Universität doch auch noch eine ganz große Zahl von Leuten, die das wirklich ernst nahm, sich damit in der Sache auseinandersetzte. Und das war eben einer der Gründe, warum wir das bei uns auch gemacht haben.

Rupieper: Vielen Dank, Frau Haase. Ich glaube, der Hinweis ist sehr wichtig. Ich habe Folgendes gefunden, was das bestätigen würde: "Da ausgebildete Dozenten für ML

fehlten, wurden im Sommersemester 1951 Vorbereitungskurse für Dozenten des Marxismus-Leninismus durchgeführt. Ein viermonatiger Lehrgang in Eberswalde umfaßte etwa 50 Personen, von denen 43 von den früheren gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten kamen.”

Dräger: Ich möchte ergänzen. Die hatten große Mühe, den Marxismusunterricht richtig zu organisieren und durchzusetzen. Ich habe es erlebt, das muß so 1950/51 gewesen sein, daß zum Beispiel der erste Sekretär der Bezirksleitung der SED, Koenen, dessen Bruder im Zentralkomitee war, Vorlesungen hielt über Marxismus und zwar in der Aula. Da verloren sich dann 10 bis 12 Studenten und in der letzten Vorlesung des Semesters als die Unterschrift in die Studienbücher eingetragen wurde, deswegen kam ich drauf, da war die Aula gerammelt voll. Da standen die Gänge noch voll. Alle wollten die Unterschrift haben, die sie brauchten. Ich habe sogar mal erlebt, daß dann sogar Bänke gekracht haben im Auditorium Maximum, da ist der Lektor einfach weggerannt und wir haben alle dagestanden: Ah, wir brauchen doch die Unterschriften. Er ist einfach weggerannt. Das heißt, da ist bei mir im Studienbuch eine Lücke geblieben. Da fehlt die Unterschrift. Die hatten sehr viel Mühe, bis sie das Institut für Marxismus immer weiter ausgebaut haben und dann eben Assistenten und Oberassistenten den Unterricht in den Seminargruppen machten. Das wurde nachher ganz anders. Zuerst war es Chaos.

Rupieper: Vielen Dank, wenn es keine weiteren Äußerungen zu dem Problem Junge Gemeinde gibt, dann möchte ich diesen Teil mit einer ziemlich treffenden Bemerkung, die sich in den Akten findet, beschließen. Es gibt eine Klage des persönlichen Sekretärs von Otto Grotewohl über den mangelnden Zulauf in die FDJ-Gruppen, Klagen über das sterile Leben in den Gruppen, die fehlende Begeisterung. Im Gegensatz dazu wird die Junge Gemeinde genannt, weil sie spannende Themen anbietet. Während in der FDJ nur die Parteidoktrin und der Parteitag diskutiert wird, würde man, das ist jetzt 1956, in der Jungen Gemeinde so tolle Themen anbieten wie “Kann denn Liebe Sünde sein?”, “Darf das Mädchen sich schminken?”. Oder auch andere Themen wie “Deutschlandpolitik” und “Deutsche Nation”. Und damit möchte ich zum nächsten Thema überleiten.

Diskussionsrunde III: 16. Juni 1995, später Nachmittag

■ Private Kontakte im Westen ■ Studentenkongresse ■ Illusionen über Deutschland ■ Westreisen ■ Die Rolle der Funktionäre ■ Informationsmöglichkeiten RIAS und Westzeitungen ■ Die Sowjetisierung der Wissenschaft ■ Vorträge über Lyssenko ■ Ulbrichts Vorbild: Stalin ■ Politische Geographie ■ Der 17. Juni ■

Rupieper: Wir wollen uns jetzt dem 17. Juni 1953 widmen. Aber bevor wir zu dem Thema kommen, sollten wir uns doch noch, weil das auch in den Kontext des 17. Juni 1953 gehört, mit den Entwicklungen Anfang der 50er Jahre, mit den Problemen der Deutschlandpolitik, der Wiedervereinigungspolitik, der Erwartungshaltung der Studierenden gegenüber der politischen Führung in Ost und West auseinandersetzen. Es ist eigentlich normal, daß diese Generation, die nach 1945 und in den fünfziger Jahren an den Universitäten war, die Wiedervereinigung Deutschlands als selbstverständlich ansah und die Trennung in Zonen bis 1949 und die Schaffung von zwei deutschen Staaten eigentlich nur als eine vorübergehende Situation gesehen haben kann. Die Frage ist: Wie wurde diese Deutschlandproblematik verstanden? Als Wiedervereinigungsproblematik? Wie wurde das in der Studentenschaft gesehen? Wie wurde sie diskutiert? Gab es Verbindungen zu Kommilitonen in den Westzonen? Weitere Fragen wären natürlich: Hat man die Gründung der beiden deutschen Staaten oder die Gründung der DDR als Anspruch gesehen, eine eigene Nation zu schaffen, die vielleicht sozialistisch ausgerichtet war? Wie ernsthaft hat man diese Fragen diskutiert? Oder hat man, weil man als Student auch noch andere Dinge zu tun hat, vor allen Dingen studiert und hat diese Entwicklungen nicht so richtig empfunden oder ernst genommen?

Mit der Deutschlandpolitik ist sehr, sehr eng die Frage der Republikflucht verbunden. Lange, sehr lange konnte man sich, weil es eine relativ offene Grenze gab, dem Systemzugriff entziehen, wenn man nach Westen ging. Und damit hängt natürlich auch die Frage der Bewertung der Adenauerschen Deutschlandpolitik zusammen. Im zweiten Teil würde ich dann versuchen, zum 17. Juni 1953 überzuleiten.

Haase: Ich kann zunächst wieder von mir sprechen und dann vielleicht über den Kreis Menschen, mit denen ich Kontakt hatte. Diese Sache, was aus Deutschland wird und ob es zwei Staaten gibt, das war eigentlich für uns damals kein Thema. Wir dachten irgendwie noch gesamtdeutsch. Wir haben ja die Kontakte nach Westberlin und die

Besuche aus Göttingen für etwas ganz Selbstverständliches gehalten. Daß da zwei deutsche Staaten entstehen müßten, das war bei uns eigentlich noch gar keine feste Überzeugung. Und damit hängt natürlich auch die Frage des Demokratieverständnisses zusammen. Dieses Verständnis von Demokratie, was dann im Sinne von Volksdemokratie entwickelt wurde, haben Teile meiner Bekannten und ich innerhalb der Studentengemeinde so nicht geteilt: Wir hatten einen stärker freiheitlich-demokratischen Begriff, der dann auch in der kirchlichen Bewegung, die ja darauf fußt, bis zur Wende eigentlich gleich geblieben ist. Das war damals einfach unsere Vorstellung, daß sich das irgendwann dahingehend entwickeln sollte und müßte, auch in einem sozialistischen Staat.

Böttge: Ich möchte noch Folgendes sagen. Von seiten der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten und vom Studentenrat standen gesamtdeutsche Überlegungen noch bis 1948 bei allem Handeln im Vordergrund. Ich habe das vorhin schon kurz im Zusammenhang mit der Frage der Überleitung einer Vertretung der Studentenschaft in die Hände der FDJ erwähnt. Das wurde ganz klar von der ADS und später vom Studentenrat abgelehnt, im Hinblick auf die gesamtdeutsche Entwicklung und auf die Verhältnisse in Westdeutschland. Weiterhin war es möglich gewesen, daß wir bis zum Jahre 1948 ständig zu allen deutschen Studentenkongressen in sämtlichen Besatzungszonen reisten; ich bin selber zum Beispiel in Hamburg gewesen - britische Besatzungszone, Heidelberg - amerikanische Besatzungszone und Tübingen - französische Besatzungszone. Wir haben 1947, ich glaube, es war im Juli, in Halle einen Studententag aufgezogen, der im Gegensatz zu all denen, die ich vorher nannte, für sich fast den Anspruch erheben kann, ein gesamtdeutscher Studententag gewesen zu sein, an dem fast alle deutschen, ob Ost- oder Westhochschulen einschließlich vieler Rektoren anwesend waren. In vielen wichtigen Fragen der Hochschulpolitik, soweit sie das studentische Leben betrafen, bestand ein Konsens zwischen Ost und West. Dieser Studentenkongreß war kaum zu Ende, das muß ich allerdings dazusagen, da begann hier in der Besatzungszone eine Veränderung der Verhältnisse. Viele der Resolutionen, die auf dem Kongreß gefaßt wurden, unter anderem der Studentenaustausch mit der Universität Göttingen, kamen nicht mehr zum Tragen. Es begann die Zeit der Abschottung und des Einschlagens eines eigenen Weges.

Priew: Anfang der fünfziger Jahre war ja die Literatur für uns weitgehend aus dem Parey-Verlag Hamburg, und auch die Zeitschriften, in denen wirklich was drin war, kamen aus

dem Westen. Dieses wurde dann langsam untersagt. 1952, wenn ich mich recht erinnere, hatte die SED auf ihre Fahnen geschrieben: "Wiedervereinigung." Das wurde in unserer Fakultät zumindest von einem bestimmten Kreis sehr ernst genommen. Als Instrument wurde die Nationale Front benutzt. Und hier wurden kräftigste Briefe geschrieben an alle westdeutschen Fakultäten und so weiter - mit dem Anliegen, Kinder kommt mal zu uns. Es ist nicht EIN Brief beantwortet worden. Und das hat uns damals doch wirklich echt getroffen, denn wir haben wirklich so geschrieben, daß der, der mit DDR-Augen gelesen hat, sofort einen nicht-offiziellen Ton gemerkt hat. Dieses hat dann die SED gemerkt, und es ist dann zu einem Eklat gekommen. Der Professor von Lengerken, der Zoologe, hat dann den Streit geschlichtet mit der Bemerkung: "Mit dem Hut in der Hand kommt man durchs ganze Land." Er hat uns Streithähne dann auseinandergebracht. Aber ich habe, als ich dann in Hohenheim war, die dortigen Studenten gebeten, solche Einladungen ernst zu nehmen. Die kamen dann zu einem Kongreß nach Leipzig. Ich weiß nicht, das muß 1956 oder 1958 oder so gewesen sein. Die waren nach 24 Stunden schon wieder zurück. Das waren wirklich keine Provokateure, sondern sie haben Fragen gestellt und kriegten dann die Aufforderung, die DDR sofort wieder zu verlassen.

Vogt: Das war auch die Zeit, in der die SED die Formel herausbrachte: "Deutsche an einen Tisch." Rein subjektiv, meine ich, war es eine Umschreibung dafür, daß es zu einer Wiedervereinigung kommt. Aber die Skepsis war doch so stark, daß man sich nicht vorstellen konnte, daß es doch zu einem demokratisch verfaßten Staat, gemeinsamen Staat kommt. Wir glaubten nicht, daß das Realität werden könnte, sondern daß die Abschottung immer mehr um sich greifen würde, so daß der Gedanke des Ausweges, der Absetzung in die Bundesrepublik immer stärker wurde. Es wuchs die Vorstellung, diesen Druck hier nicht ständig zu ertragen. Da blieb eigentlich nur der Weg der Flucht.

Schnitzer: Aber auch diese Frage wird man nicht abtrennen können von der gesamtpolitischen Entwicklung, die seit 1948 eingetreten ist. Es wäre, jetzt sage ich das mal betont, eine Illusion gewesen, zu glauben, daß die studentische Hochschulpolitik eine einheitlich-deutsche hätte sein können, während die Spaltung Deutschlands nicht bewältigt werden konnte. Das war eine Illusion. Ich war damals noch so illusionär, daß ich glaubte, es muß einen Weg geben, konnte mir also eine Trennung auf Jahrzehnte überhaupt nicht vorstellen. Als ich dann in Westberlin war und dann auch noch ein paar

Reisen in Westdeutschland gemacht hatte, war mir eigentlich klar geworden, leider Gottes klar geworden, daß es, selbst wenn man wollte, keine Chance gab. Da gab es einen Plan, nicht "Deutsche an einen Tisch", sondern einen gesamtdeutschen Plan von der SPD, der ja auch nicht zum Tragen gekommen ist. Er ist nachher sogar von der SPD widerrufen worden. Es war einfach politisch nicht mehr möglich, einen gemeinsamen Nenner zu finden für alle vier Besatzungsmächte oder für alle, ich will jetzt nicht mehr sagen Gesamtdeutsche. Alles war zu weit fortgeschritten. Diesen gemeinsamen Nenner hat es nicht mehr gegeben. Deshalb war es eigentlich auch eine Illusion, bis zu meinem Fortgang zu glauben, daß das hier noch irgendetwas werden konnte. Das war noch von 1948 bis März/Mai 1950 so, als ich noch ein paar Gespräche hatte. Das sickerte sowieso durch. Es waren schon eine ganze Reihe von Studenten nach dem Westen gegangen, die auch eine gewisse politische Aktivität an den Tag legten. Die Erkenntnis war: Das wird nichts mehr. Die Argumentation, das Denken war vielmehr: Wieviel Semester mache ich noch, oder gehe ich nach dem Westen und baue da mein Leben auf. Aber das Aufbauen, diese Zielsetzung, eine Fortführung des Lebens nach Abschluß des Universitätsstudiums in einem vereinten Deutschland war überhaupt gar kein Diskussionsboden mehr.

Vogt: Noch mal ein kurzer Nachtrag. Mich hat überrascht, als ich dann in der Bundesrepublik war, wie stark die Überlegungen von Paul Sethe wahrgenommen wurden, der ja der Bonner Politik vorwarf, Adenauer habe nicht genügend ausgelotet, ob die Stalin-Note von 1952 zur Neutralisierung hätte stärker analysiert werden müssen, ob da noch Möglichkeiten gewesen wären einer Zusammenführung. Das war bei dem westdeutschen Publizisten Paul Sethe eben doch eine sehr starke Vorstellung. Da hätten Möglichkeiten bestehen können zu einer Zusammenführung.

Rupieper: Vielen Dank, Herr Vogt. Aber wir müssen jetzt ein bißchen aufpassen. Es ist wichtig, was Sie gesagt haben, aber ich frage mich, ist das eine politische Bewertung oder ist das Ihre eigene Erfahrung, die Sie gemacht haben? Wir müssen aufpassen, daß wir die Dinge nicht aus heutiger Sicht sehen. Ich möchte wissen: Wie haben Sie das damals empfunden, nicht, wie Sie das heute bewerten. Mit Ihrer Bewertung stimme ich durchaus überein. Aber haben Sie das damals als junger Mann schon empfunden? Das wäre die Frage.

Zöllner: Ich frage mich, wie lange diese gesamtdeutschen Illusionen, die es ja nun waren, gedauert haben mögen. Ich komme zu der Meinung, sicher bis zum Antritt der sozial-liberalen Koalition und ihrer neuen Ostpolitik "Wandel durch Annäherung." In dem Moment, wo die Staatspartei und die Regierung hoffähig wurden, wo die Delegationen sich die Türen in die Hände gaben, hörten die Illusionen allmählich auf. Es begann dann diese Haltung: Sich-abfinden, Loyalität und im übrigen Westdrall. Das, was dann so für die 70er und 80er Jahre sicher das Typische gewesen ist. Aber dieser Abschied von der gesamtdeutschen Illusion, der dürfte bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition gedauert haben. Wer diese Verträge abschließt, wer diese Erklärungen abgibt, und schließlich diese Geburtstagstelegramme schickt, der hat gesamtdeutsche Ideen aufgegeben.

Oelke: Ich möchte an das anknüpfen, was Frau Dr. Haase gesagt hat. Ich glaube, daß das, wie Sie es ausgedrückt haben, typisch war für den größten Teil der Studenten. Man muß wohl differenzieren zwischen Fachschaften. Es gab einige, wo die Frage der Abgrenzung eine große Rolle spielte. Das sind unter anderem die Historiker gewesen, das sind die Juristen gewesen. Ich will jetzt keine Noten verteilen. Für meine Mitstudenten möchte ich auch sagen, war die Vorstellung des ganzen Deutschlands immer da. Wir haben einfach so gedacht. Es war auch so an der Tagesordnung. Man konnte doch über die Grenze gehen - mit gewissen Gefahren sicherlich. Für mich waren die sehr gering, muß ich sagen. Ich war in Pommern zu Hause, hatte meinen Studentenausweis, konnte über Berlin fahren, konnte in die S-Bahn steigen und in Gesundbrunnen aussteigen. Ich konnte meine Tante besuchen, und das habe ich auch bei jeder Fahrt gemacht. (Ich bin nur viermal im Jahre nach Hause gefahren. Ansonsten war ich hier in Halle; an Wochenenden mit Sport beschäftigt.) Das war überhaupt gar keine Frage: Wer rübergehen wollte, konnte rübergehen. Ich habe damals auch ein paar Freunden von der Landwirtschaft, die gehen wollten, über meinen Onkel in Westberlin einen Übergangsjob besorgt, damit sie ein bißchen Geld in die Finger kriegten. Also rüberzugehen, wenn man wollte, war keine Frage. Es war irgendwie noch das ganze Deutschland. Abgebrochen ist das Ganze natürlich 1961. Da war das dann, sagen wir mal, physisch nicht mehr möglich, und mit dieser neuen Situation mußte sich jeder abfinden. Das vielleicht zu dieser Frage Gesamtdeutschland.

Wir haben ja auch diskutieren müssen. Das war uns so vorgegeben worden im ML-Seminar. Da spielte diese Frage mehrfach eine Rolle und ich weiß noch, wir haben

harte Auseinandersetzungen geführt mit dem Seminarleiter und sind praktisch niemals unter einen Hut gekommen. Es gab dann ganz häßliche Situationen. Wir haben darüber weiterdiskutiert, und dann gab es jemanden, der das weitertrug. Dann fing das nächste Seminar an: In dieser Gruppe ist das und das gesagt worden. Äußern Sie sich mal, Herr Schmidt! Nun, Herr Schmidt wußte natürlich nicht, wer das gesagt hatte. Den Namen Schmidt gab es nicht, ich sag das bloß mal so, um die Situation zu verdeutlichen. Das passierte dreimal. Es wurde praktisch immer einer von uns in die Pfanne gehauen durch einen anderen, der das gar nicht wollte und gar nicht wußte, bis wir uns dann mal zusammensetzten. Und als es wieder losging: “Äußern Sie sich, Herr Noack!” Da stand er auf und sagte: “Es ist eine ganz große Schweinerei.” Der Leiter war ganz begeistert, aber dann erfuhr er, wie das gemeint war.

Dräger: Ich denke, daß man diese gesamtdeutschen Anschauungen ja auch bei den Maidemonstrationen mit großen Spruchbändern bekämpfte, daß diese Anschauungen schon ab 1952 eigentlich nicht mehr tragbar waren, weil 1952 die Bewaffnung begann. Es wurde die Kasernierte Volkspolizei gegründet, die dann sehr aktiv am 17. Juni 1953 eingesetzt wurde. Ich habe das erlebt an der Universität. Wir hatten eine Pflichtversammlung, da mußte jeder kommen, es wurde genau registriert, eine FDJ-Versammlung. Da wurde die Wiederbewaffnung der Jugend der DDR verkündet und ein Gewehr übergeben. Vorne im Präsidium saß einer von den Assistenten, und der kriegte das Gewehr überreicht. Ich habe den dann immer “Gewehr-so-und-so”, ich will den Namen nicht nennen, genannt. Das war der Höhepunkt des Stalinismus. Es war zu der Zeit üblich, daß im Präsidium ein Stuhl frei blieb für Stalin. Wenn dessen Name fiel, dann mußten wir aufstehen. Ich wollte das nur noch sagen. Ich bin nun als Kriegsgeschädigter ein bißchen mutig gewesen und bin da aufgestanden in dieser Versammlung und hab gesagt: “Es lohnt sich nicht, für irgendeinen Staat seine Knochen hinzuhalten.” Meine Kommilitonen hatten Angst um mich, aber es ist mir nichts passiert.

Haase: Es war genau so. Ich war dabei.

Hermann: Ich wollte dazu sagen, daß diese richtige Aktion: “Deutsche an einen Tisch” schließlich ausuferte: “Deutsche Einheit noch in diesem Jahr”. Es wurde Zwang reingetragen von der Partei und der FDJ. Wir sollten uns alle an dieser Sache beteiligen.

Die Motivation war uns überhaupt nicht glaubhaft. Wir wollten alle die Einheit Deutschlands. Wir haben gedacht, auf diesem Wege und unter diesen Bedingungen ist das jetzt nur eine Aktion, die vielleicht in Westdeutschland verunsichernd wirken sollte, aber für uns keinen reellen Bezug hatte. Und wir haben uns trotz heftiger Argumentation nicht daran beteiligt. Man wurde richtig persönlich aufgefordert, mit dieser Parole an die Öffentlichkeit zu gehen. Aber wir haben das nicht gemacht, weil wir uns davon nichts versprochen hatten, es als Luftnummer angesehen haben.

Blobner: Zum Gesamtkomplex Deutschland, Politik und Empfinden Gesamtdeutschland. Aus meiner Studienzeit, also 1953 bis 1957, kann ich das bisher Gesagte nur bestätigen, allerdings auch unterfüttern mit einigen direkten Erfahrungen. Ich kann Ihnen aus meinem Tagebuch von 1953 zitieren, ich habe hier das Original. Das hat nämlich bei der Stasi ungefähr 35 Jahre überlebt. Am 4. Juni 1953 habe ich meine mündliche Prüfung in, wie es damals hieß, Gegenwartskunde gemacht. Die Abiturprüfung, hier in Wittenberg. Und ich werde also zum Thema "verhört"... [Lachen] ... Entschuldigung, über die berühmte Aussage von Stalin: "Die Gründung der DDR ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas". Eine Zusatzfrage des Vorsitzenden, der nicht von unserer Schule kam, war beispielsweise: "Was kann der einzelne zur Wiedervereinigung Deutschlands tun?" Es war Sommer 1953.

Im Herbst ging ich nach Halle zum Studium der Geschichte. Da ist mir etwas ganz Seltsames passiert. Wir waren in Seminargruppen zu 20 bis 25 Leuten eingeteilt. Nach Geschlechtern gemischt, es waren auch einige Parteigenossen in jeder Gruppe, das gehörte sich so. Wenn wir in den persönlichen Gesprächen den Ausdruck "drüben" benutzt haben, dann konnte es aber passieren, daß zwei Leute was völlig anderes meinten. Ich und die damalige Mehrheit verstanden unter "drüben" die Bundesrepublik, den Westen. Aber diejenigen, die von der ABF kamen, Parteimitglieder und solche die, es gab einige wenige, auch schon in der Sowjetunion waren, verstanden die Sowjetunion als drüben. Ich muß sagen, das war für mich so eine Art Schock, bis ich begriffen habe: Für die ist Deutschland erledigt. Das muß man sich also wirklich mal durchdenken, was das bedeutet, diese völlig andersgeartete Zuordnung in der Himmelsrichtung und dem politischen System.

Zu den Westreisen. Herr Oelke, Sie haben dazu einiges gesagt. Man konnte, wenn man wollte - o. k. Nur, und das wissen Sie ja auch ganz genau, von der Verwaltung,

sowohl der Stadtverwaltung als auch der Universitätsverwaltung, sind uns zunehmend ab Mitte der 50er Jahre Fußangeln gelegt worden, beziehungsweise Einschränkungen gemacht worden. 1954/55 und zum Teil auch noch 1956 - ich kann das zwar jetzt nicht aus dem Kopf festmachen, aber aus meinen Tagebüchern - konnten wir noch relativ unangefochten mit der sogenannten Personalbescheinigung, die dann den Interzonenpaß abgelöst hatte, fahren. Man brauchte das bloß zu beantragen, man bekam es. Ab 1954 setzte zunehmend, ganz besonders im Mai 1957, eine enorme Restriktion ein. Das ist auch in der DDR-Presse, in der Hochschulpresse/Hochschulzeitung und in der Tagespresse gewesen. Es gab diese Anweisungen, die Westkontakte bei Studenten, im Unterschied zur übrigen Bevölkerung, ganz gezielt bei Studenten zu minimieren. Ich weiß nicht, wer es war, Kurt Hager? Oder wer damals große Reden gehalten hat in dieser Richtung. Auch eine Anweisung an die Universität wurde erteilt. Derjenige, der eine Westreise vorhatte, mußte erst zur Universität gehen, und der Herr Sobotta beim Rat für Studentenangelegenheiten, hatte darüber (möglicherweise) zu entscheiden, zumindest hatte er die Stempel darunter zu geben, ja oder nein. Erst mit diesem Papier konnte ich zur Behörde gehen, also zum Volkspolizeikreisamt und dort meine Westreise beantragen. Sobotta hat ab Sommer 1957 nur solche Westreisen befürwortet, wenn eine Verwandtschaft ersten Grades vorlag. In anderen Fällen ist das grundsätzlich abgelehnt worden. Ich hab dafür Beweise, das ist ganz amtlich. Dieser Umbruch hat also um 1957 stattgefunden.

Rupieper: Sie sagen 1957, Herr Blobner, da muß man sicherlich noch mal nachfragen. War der Umbruch nicht schon früher, und ist er vielleicht erst zu diesem Zeitpunkt von Ihnen wahrgenommen worden?

Wagner: Ich hätte da eine Zwischenfrage an die Vorredner. Sie haben jetzt von vielen Versammlungen gesprochen, die Sie abgehalten haben, besonders bei diesen politischen Schwellenereignissen. Da würde mich einmal interessieren, vor welchem Informationshintergrund Sie das gemacht haben. Haben Sie damals RIAS gehört? Haben Sie irgendwelche Zeitungen, Westtageszeitungen bezogen? Oder haben Sie grundsätzlich den selben Informationsstand gehabt wie auch die Funktionäre in den FDJ- und in den Parteigruppen? So daß Sie eventuell vor demselben Informationshorizont über die nationale und internationale Lage mit unterschiedlichen Meinungen diskutiert haben oder ob Sie eben auch unterschiedliche Informationen hatten und auf einem unterschiedlichen

Niveau diskutiert haben? Eine andere Frage schließt daran an: Welche Einstellung hatten Sie persönlich zu diesen Funktionären, die ja auch im gleichen Alter waren? Wie haben Sie die angesehen? Waren das für Sie Feinde oder waren das Kommilitonen, die nur politisch verdreht waren, mit denen man in der Freizeit ein Bier trinken konnte?

Wipplinger: Ich habe wieder nur eine Ergänzung zu der ersten Frage. Bis 1951 konnte man Westzeitungen hier kaufen. Ich habe mir also jeden Morgen den "Telegraf" geholt. Dann hörte das aber auf. Ich glaube, das zeigt auch, wie diese Verschärfung, wie diese andere Situation dann einsetzte.

Haase: Also zunächst einmal zu den Presseerzeugnissen. In Halle selber konnte man Zeitungen aus Westdeutschland nicht kaufen. Das weiß jeder, da braucht man nicht darüber zu reden. Man konnte sowas natürlich in Westberlin kaufen, wenn man nach Westberlin reiste. Das ist ja schon gesagt worden, das konnte man machen. Das war unter Umständen mit gewissen Risiken verbunden, etwa daß man gefilzt wurde und auffiel, wie mir das auch gegangen ist. Aber man besorgte sich Lektüre. Im übrigen hatte man Radio und selbstverständlich haben wir regelmäßig RIAS gehört. Dabei haben wir auch über den 17. Juni 1953 erfahren. Insofern, wer also regelmäßiger Radiohörer war, war informiert über diese politischen Vorgänge. Zweite Frage. Was wir von unseren Instruktoren, oder wie man sie nennen soll, bei den Veranstaltungen hielten - ja, man saß in den Veranstaltungen und ließ das über sich ergehen. Mehr war da nicht.

[Redner nicht identifiziert]: Das waren die Leute, die darüber zu entscheiden hatten, ob wir weiter studieren konnten oder nicht. Das ließ man buchstäblich über sich ergehen. Ich kann es nur so sagen. Man hörte sich das an, aber ernst genommen, also von meiner Seite aus, wurde das, was die da darboten, nicht, weil man ja anders informiert war, über das, was wirklich war.

Vogt: Man war doch immer in einer gewissen Gefahr, weil man oft bis an die Grenze des Risikos gegangen ist und glaubte, man ist schon geschickt genug. Ich hatte zum Beispiel mal in einer Gewerkschaftsversammlung einen Vortrag zu halten über die Entwicklung in China. Da habe ich mich ein bißchen vorbereitet und hab' das linientreu gebracht. Hinterher sagte ein Kollege zu mir: "Mensch, du hast zweimal Rotchina gesagt."

Dräger: Ja, ich hab mir diese Frage auch gestellt. Wie sind wir eigentlich umgegangen? Welchen Kontakt hatten wir eigentlich zu den Funktionären? Es war eigentlich so. Man war ja in den Vorlesungen jeden Tag praktisch zusammen. Das war small talk, was man mit denen gepflegt hat, aber ich habe mit keinem dieser Funktionäre politisch diskutiert. Das hat man ausgenommen, ausgeschlossen. Man kann sagen, man war vielleicht zu feige dazu, mit ihnen eine Auseinandersetzung zu führen, aber es wäre ergebnislos gewesen.

Zöllner: Am Anfang, zur Währungsreform, lief das mit den Druckschriften relativ problemlos, meistens im Zeitschriftenhandel. Es war auch hier einiges zu kaufen. Das änderte sich natürlich, und die Zeitungen verschwanden. An Zeitschriften gab es ab und zu noch welche. Im Zeitungswesen gab es ja mal eine Initiative: Austausch von "Neues Deutschland" gegen "Süddeutsche Zeitung" und einige andere. Im Rahmen der Kampagne "Gottesfrieden" sollte dieser Austausch hergestellt werden, worauf die Mediävisten die Öffentlichkeit informierten, was eigentlich ein Gottesfrieden ist. Das kam natürlich nicht zustande aus verschiedenen Gründen. Aber immerhin benutzten etliche nun diese Möglichkeit, sich die in Frage kommenden vorgeschlagenen Zeitschriften über die Post zuschicken zu lassen. Das funktionierte und konnte immer aufrechterhalten werden, bis dann endgültig Schluß war mit dem Hinweis auf einen Vorschlag des Genossen Ulbricht. Auf diese Art waren dann eine gewisse Zeit solche privaten Importe von Tageszeitungen möglich. Ansonsten verschwand das nachher natürlich, und man konnte Schriften dann bloß noch über die Institute haben. Dann mußte man natürlich vom Zoll die Freigabebescheinigung haben, beziehungsweise den Segen des Beauftragten der Universität, leider ohne Zeitungen jeder Art. Aber diese Zeitungssache war mal ein hoffnungsvoller Schimmer zwischendurch, in der Zeit von Ulbricht.

Blobner: Eine Ergänzung zu dem was Frau Haase und Herr Dräger gesagt haben. Die Charakterisierung der Zeit ist, glaube ich, hervorragend gelungen. Und sie gilt eben auch noch Mitte und zum Teil in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Auch hier einige Beispiele. Der Ausdruck NATO beispielsweise galt lange Zeit in der DDR als westliches Gedankengut oder, sagen wir mal, Vokabular. Das weiß ich also auch noch aus der Schulzeit in meinem Abiturjahrgang, der eben belastet war durch die Tatsache Juni '53.

Zeitungen, völlig richtig im Prinzip. Nun, es gab auch noch eine Möglichkeit. Ich glaube, das ist ganz interessant für Sie, letzter Tagebucheintrag vom 20. Sept. 1957. Einen

Tag später wurde ich verhaftet. Der letzte Tagebucheintrag lautet: "Erhalte wieder die Mittwochszeitung." Es war ein Freitag. Ich ließ mir damals die FAZ per Brief vom Verlag nach Halle schicken. Und ich habe sie bekommen. Das ist das Interessante. Ich bin allerdings nicht deshalb verhaftet worden, obwohl das natürlich später mit eine Rolle gespielt hat. Das andere, was Sie gesagt haben: Wissenschaftliche Zeitschriften, historische Zeitschriften aus dem Westen, standen uns im Rahmen der Institute sicherlich zur Verfügung. Nur, wenn man sie unter Umständen anders benutzte, als es gedacht war, gab es Ärger. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: In GWU (Geschichte in Wissenschaft und Unterricht), schätzungsweise 1956, erschien ein Aufsatz von Siegfried Bahne, über sowjetischen Historismus. Er wurde von mir einem Kommilitonen empfohlen, der dann in unserer Studentengruppe darüber referiert hat. In den Vernehmungsprotokollen hieß es dann natürlich: Die Westliteratur wurde dem Zeugen Sowieso von dem Angeklagten B. zur Verfügung gestellt. Das konnte also ganz schön verdreht werden. Das war das zweite Thema.

Das dritte ist Folgendes: Tagebucheintragung vom 10. April 1957. "Mittwoch, Vollversammlung der Fachschaft der Historiker im Tschernyschewski-Haus". Dort wurde also diskutiert über die Haltung eines unserer Kommilitonen, Tschirch mit Namen. Sein Vater war in Jena und Greifswald Germanist. Der junge Tschirch studierte bei uns Geschichte. Und er hatte sich oppositionell geäußert. Es ging in dieser Vollversammlung um den Herauswurf aus der FDJ beziehungsweise auch um die schon angepeilte Relegierung. Es war eine sehr lange Konferenz. Bei dieser Konferenz gab es auch eine Abstimmung. Die Abstimmung, und das muß ich Ihnen jetzt mal betont entgegenhalten, lief anders, als Sie es vielleicht von den meisten, und ich wahrscheinlich auch, in Erinnerung haben. Es mußte nämlich gezählt werden bei den Abstimmungen. Es ist zwar nicht so, daß das völlig abgelehnt worden ist, aber es gab eine erhebliche Zahl an Gegenstimmen und auch noch an Enthaltungen. Nach meinen Aufzeichnungen, die zwar nicht wörtlich und völlig eindeutig sind, hätten die Gegenstimmen und Enthaltungen eine Mehrheit gehabt. Das heißt also, so schwach, sage ich jetzt mal in Anführungsstrichen, war die Haltung derer, die sich völlig auf der Linie der FDJ-Leitung befunden haben und für den Herauswurf von Herrn Tschirch aus der FDJ gestimmt haben.

Pietzke: Zu dem Motto: "Studenten fahren nicht in den Westen" möchte ich zur zeitlichen Einordnung noch eine Bemerkung machen. Ich habe ab 1956, ich war damals

Berufsschullehrer, noch ein Ingenieursstudium absolviert und fuhr im Frühjahr 1957 aus technischem Interesse zur Hannover-Messe. Ich wollte mir Unterlagen besorgen und hatte eine offizielle Genehmigung. Als ich zurückkam, kriegte ich trotzdem einen strengen Verweis öffentlich ausgehängt. Ich wollte mich dagegen beschweren. Da bekam ich mit, das war also im Jahre 1957, daß mehr oder weniger eine Aktion lief unter dem Motto: "Studenten fahren nicht nach dem Westen".

Rupieper: Es sind einige Themen angesprochen worden, die sehr, sehr wichtig sind. Es ist auf Westreisen und Flucht hingewiesen worden und auch auf Sowjetisierung. Ich finde, das müssen wir noch vertiefen. Ich möchte die Zeit jetzt anhand meines Drehbuches ein bißchen zurückdrehen, um Ihnen zu zeigen, daß auch noch andere Entwicklungen vorhanden waren, die Sie vielleicht als Studenten nicht wahrgenommen haben. Es gibt hier Unterlagen, daß seit 1947 das Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft von den Professoren genaue Mitteilungen über ihre Westreisen verlangte bezüglich der angemeldeten Referate und Themen, bezüglich der Orte, zu denen diese Reisen gehen sollten. Hier spielten die Marburger Hochschulgespräche, die immer als gesamtdeutsches Forum verstanden worden sind, eine sehr, sehr wichtige Rolle. Und es wurde schon zu diesem Zeitpunkt zunehmend schwieriger für Professoren, in die Westzonen zu fahren. Es läuft dann darauf hinaus, daß man von seiten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin versucht, diese Reisen zu unterbinden durch Verweigerung des Interzonenpasses, daß man auch versucht, diese Professoren-reisen abzuschöpfen im Sinne von Informationen über Stimmungen im Westen. Das hat es natürlich auch gegeben. Es gibt sehr viele Berichte, die ich gelesen habe, in denen deutlich wird, daß Referenten aus Halle, die an irgendwelchen Kongressen über Herzkrankheiten oder Urologie teilgenommen haben, regelrecht geheimdienstlich abgeschöpft werden. Man erkennt ein wenig an den Berichten, ob hier nur wissenschaftliche Informationen mitgeteilt werden oder ob auch Stimmungen berichtet werden, Haltungen zur Wiedervereinigung, zur Wiederaufrüstung, zur Sowjetischen Besatzungszone und zur Sowjetunion, zur Nationalen Front, zu den verschiedenen Initiativen und ähnliches. Es scheint also so zu sein, das weiß ich nicht genau, daß auf der Ebene der Professoren in diesem Fall der Zugriff viel früher erfolgt ist, obwohl es eine mehr oder weniger offene Grenze gab, obwohl immer wieder Einladungen gekommen sind. Es gibt diese Einladungen von verschiedenen Universitäten. Ein solches Beispiel ist

1948 der Wiederaufbau der Frankfurter Paulskirche als nationales Symbol. Dabei wurde durch verschiedene Machenschaften verhindert, daß die Vertreter aller Universitäten der sowjetischen Besatzungszone teilnehmen konnten. Das scheint also doch schon früher gewesen zu sein. Deshalb würde ich ein bißchen vorsichtig sein, wenn Sie sagen, Herr Blobner, Sie haben 1956/57 als Zäsur so wahrgenommen. Ist es nicht auch bei den Studenten früher gewesen? Deshalb war das, was Herr Pietzke gesagt hat, aus zwei Gründen so wichtig. Einerseits hieß es "ordentliche Studenten fahren nicht in den Westen" und andererseits gab es von studentischer Seite, ich bitte mich zu korrigieren, wenn das falsch von mir gelesen worden ist, das Bemühen, in den Sommersemesterferien in die Westzonen zu fahren, um dort zu arbeiten, ein wenig Geld zu verdienen oder auch sonst was zu tun. Das ging offenbar in den ersten Jahren der DDR auch noch. Dagegen gibt es eine massive SED-Opposition. Man versucht, das mit allen Mitteln zu verhindern. Es wäre natürlich interessant zu erfahren, ob Sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich möchte wissen: Gab es ähnliche Erfahrungen, daß Sie als Studenten bis zum Ende der Sowjetischen Besatzungszone und dann mit Gründung der DDR derartige Schwierigkeiten gehabt haben? Wurde von der FDJ vielleicht eine Kampagne gestartet, keine Westreisen zu machen oder keine Sommerjobs im Westen anzunehmen?

Schnitzer: Ich muß noch mal betonen, zu der Zeit war ich in Westberlin ansässig, hatte eine große Anzahl von Kommilitonen und Kommilitoninnen, die noch aus Halle zu Besuch nach Westberlin kamen, in Westberlin übernachteten und Dinge kauften. Ich war dann von 1951 bis 1956 im Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen und habe praktisch über jeden, der von Halle oder von Jena, also einer Universität der damaligen SBZ oder DDR nach Westberlin kam und im Westen bleiben wollte, erfahren. Man mußte dann durch das sogenannte Flüchtlingslager, es sei denn, man zog dann sofort weiter. Aber die meisten blieben dort. Sie sind dann zu dem Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen gekommen. Es gab aber auch zu dieser Zeit noch eine Unzahl, das ist zu unbestimmt, zu unwissenschaftlich, aber doch eine große Zahl von Studenten, die auch kamen und Nachrichten brachten. Es war also nicht so, daß keine Verbindungen mehr bestanden. Ich will es hier nur berichten, oder nur hervorheben, daß die Reisemöglichkeiten, solange ich das aus meiner Wahrnehmung bis 1956 sagen kann, keine absoluten Schwierigkeiten bereiteten. Wohl aber wurden die Berliner Strecken gefilzt. Das war eben das große Problem. Das muß ich hier ja auch sagen, die große Tragik manchmal, daß der eine oder

andere Kommilitone zu unvorsichtig war und Dinge mitgenommen hat in seine Heimatuniversität, und er hat beim Filzen nicht die richtige, klare Antwort gefunden. Dann hat es bittere Konsequenzen gegeben, auch bei meinem Freundeskreis in Halle. Also, bis 1956 waren Reisemöglichkeiten unter Beachtung besonderer Beschränkungen gegeben.

Vogt: Bei meiner Vernehmung durch den Staatssicherheitsdienst hat es immerhin eine Rolle gespielt: Eine Zeitlang wurde mir vorgeworfen, ich sei in den Westsektor von Berlin gefahren. Man hat mir dann auch bestimmte Daten, zu denen ich tatsächlich nicht in Halle war, vorgehalten und gesagt, an den Tagen sei ich in Westberlin gewesen, aber ich war gar nicht in Berlin.

Schady: Man hatte ein Risiko. Man durfte es niemandem, am besten niemandem sagen. Ich war 1954 in Österreich, und das spielte sich so ab. Da war eine Forschungsstelle für alpine Landwirtschaft. Das hat Professor Könnecke einem seiner Mitarbeiter gesagt. Es war Ernst Wagner. Wir fahren zu dritt dann mit Motorrädern ganz einfach los. Ich fuhr vorher nach Westberlin, habe da Geld eingezahlt, postlagernd in Bayreuth, wo wir über die Grenze gingen. Es war putzig. Der Motorradfahrer Ernst Wagner, der wurde gefilzt, Photoapparat und alles. Der Grenzer hat ihm klar gemacht, wenn er wollte, müßte er jetzt auch die Luft runterlassen, denn es gab welche, die unter dem Reifen, unter dem Mantel, Geld hatten. All solche Dinge sind passiert. Und wenn er das nicht machen würde, dann könnte er bis morgen oder übermorgen an der Grenze warten. Solche Drangsalierungsmaßnahmen sind offenbart worden. Wir haben dann Glück gehabt in Österreich. Wir kriegten keinen Stempel, weil wir bloß für drei Tage, kleiner Grenzverkehr, da waren. Als wir wieder zurückkamen, haben wir keinem weiter davon erzählt. Wie gesagt, in den Instituten kannten wir uns untereinander. Unter denen wurde dann ausgetauscht, mit anderen wurde darüber gar nicht gesprochen. Ich komme aus dem Institut von Prof. Erich Hoffmann, der dann gleich 1990 rehabilitiert worden ist.

Rupieper: Ich will dann noch versuchen, eine Frage anzusprechen, bevor wir zum 17. Juni 1953 kommen. Ich möchte gern noch was zur Sowjetisierung der Wissenschaft hören, wenn das möglich ist.

Haase: Nur ganz kurz. Reisen nach Westberlin zum Beispiel. Die wurden gemacht ohne Unrechtsbewußtsein. Das war klar. Man konnte ja fahren. Man konnte sich dort auch informieren, man konnte ins Kino gehen, man konnte ins Theater gehen. Wir hatten Vergünstigungen, zum Beispiel im Schillertheater. Mit unserem Ostausweis, Studentenausweis, kriegten wir preiswerte Karten, im "Maison de France" ebenfalls. Das wurde selbstverständlich gemacht. Nur hängt man das nicht an die große Glocke. Das auf keinen Fall. Das blieb im kleinen Kreis. Aber es war absolut üblich, daß man das machte.

Oelke: Ich würde Ihre Einschätzung voll teilen. Bis Mitte der 50er Jahre, vielleicht vor 1953, wie das eben Herr Schady gesagt hat. Die Geographiestudenten, ob aus Halle, Leipzig oder Greifswald, die haben mit ihren Professoren und Assistenten Exkursionen gemacht, natürlich vor allem in Richtung Alpen, weil es hier kein Hochgebirge gab. Sie sind mit dem Fahrrad, oft mit dem Fahrrad gefahren. Das war kein Problem. Wir hatten auch, so wie es Herr Zöllner schon angedeutet hatte, einen sehr lebhaften Literatur-austausch. Da war unser Chef mal sehr geschickt. Er hat Sonderdrucke bündeln lassen, und wir haben praktisch mit allen Instituten der alten Bundesrepublik einen Literaturaustausch gehabt. Wir haben rund hundert Zeitschriften ausgetauscht, ohne einen Pfennig dafür ausgeben zu müssen. Das Ganze hatte einen gewissen Höhepunkt und ein Ende zugleich. 1957 haben wir eine Austauschrunde mit Erlangen gemacht. Es wurde dann unheimlich schwer, die Gruppe hier in der DDR zu empfangen, weil da das Ministerium plötzlich verrückt spielte. Die Situation war völlig verrückt. Wir waren doch drüben gewesen, aber die sollten hier nicht empfangen werden. Es hat zum Schluß geklappt, aber das war zugleich das Ende. Und, ja eins möchte ich auch noch sagen. Wir haben ein sehr reichhaltiges Kolloquium gehabt. Das hat auch unser alter Chef persönlich organisiert. Zu vier Fünfteln waren das Referenten aus der alten Bundesrepublik.

Blobner: Wenn ich das mit meinen eigenen Kenntnissen und Erkenntnissen vergleiche, dann wird man insgesamt wahrscheinlich nicht zu einer linearen Entwicklung kommen können, sondern doch zu einer Art "Wellenbewegung" in der Toleranz. Manchmal war man sogar sehr offen gegenüber Westreisen von Studenten. Und man muß natürlich auch sehen, daß das eingebettet ist in die allgemeine Entwicklung. Ab 1953 nach dem neuen Kurs und dem 17. Juni war es eben der allgemeinen Bevölkerung möglich geworden, schneller einen Interzonenpaß, später dann die Personalbescheinigung zu bekommen.

1955, muß ich auch wieder ehrlich sagen, habe ich persönlich sehr starke Befürchtungen gehabt, als die Bundesrepublik in die NATO eintrat und gleichzeitig oder wenige Tage danach die DDR in den Warschauer Pakt bugsiert wurde. Ich muß sagen, ich habe damals bereits so etwas wie einen 13. August 1961 für 1955/56 befürchtet. Ich war dann aber sehr überrascht, als im Sommer 1955 der damalige Innenminister Maron gerade für die Westreisen, wiederum erst mal der allgemeinen Bevölkerung, aber auch für Studenten, eine sehr viel größere Liberalisierung verkündet hat. Ich glaube, das ist es, was ich eben mit "Wellenbewegung" gekennzeichnet habe.

Böttge: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Blobner eben sagte. Nicht lineare Verschärfung, sondern Wellenbewegung. Nach dem neuen Kurs hat es noch ein zweites Tauwetter gegeben. Das war nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1956 mit unmittelbarer Auswirkung auch auf die Universität Halle. Damals durften wir einer Einladung aus Göttingen, unserer Partneruniversität, folgen und mit einer Studentengruppe nach Göttingen fahren, und die konnten uns besuchen. Aber schon im Sommer 1956 wurde das abgeriegelt.

Mühlpfordt: Ich möchte versuchen, das mit einer Frage zu ergänzen: Ist es nicht vielleicht so, daß man das Ganze im Zusammenhang sehen muß mit den doch in jenen Jahren recht unterschiedlichen Auffassungen in den verschiedenen Phasen der sowjetischen Gesamtpolitik Deutschland gegenüber? Wir haben doch Phasen gehabt, wo auf der einen Seite völlige Abschottung, sprich: DDR, und auf der anderen Seite Forderung nach Gesamtdeutschland, aus welchen Gründen auch immer, stand. Und parallel mit diesen Phasen, ob DDR-Abschottung oder ob gesamtdeutsche Forderungen, das eine Mal bewegten sich, wie Sie es gesagt haben, diese Wellen mit Lockerungen dann wieder mit dem Anziehen der Zügel auch im gesamtdeutschen Reiseverkehr. Gleich, ob Studenten oder andere Bevölkerung.

Rupieper: Das ist sicherlich richtig, daß man diese politische Großwetterlage berücksichtigen muß. Ohne diese politische Großwetterlage wird man Veränderungen in der Deutschlandpolitik oder repressive Maßnahmen oder dann wieder weichere Maßnahmen kaum verständlich machen können.

Aber ich möchte jetzt ein wenig von dem Thema weg und das noch ansprechen,

was ich vorhin schon angedeutet habe: Sowjetisierung der Hochschule. Denn das gehört meines Erachtens nach auch zum Vorfeld des 17. Juni 1953. Unter den Studenten sind damals auch Forderungen aufgetaucht nach Abschaffung des ML, nach Abschaffung der sowjetischen Textbücher und so weiter. Für mich ist jetzt die Frage: Wie hat sich das in der Studentenschaft niedergeschlagen? Es ist bekannt aus den Akten, daß zunehmend seit Ende der 40er Jahre der Versuch unternommen wird, sowjetische Textbücher zu übersetzen und an den Universitäten einzuführen. Dabei gibt es in Halle Widerstand. Das ist bekannt. So weigert sich zum Beispiel das Institut für Slawistik, Übersetzungsarbeiten durchzuführen. Und es ist, so glaube ich, eine Form des Widerstandes, der Ablehnung, wenn man zusätzliche Mittel fordert von der zuständigen Bildungsverwaltung, wenn man darauf hinweist, daß dies eigentlich nicht zu den Aufgaben der Slawistik gehört und wenn man dann offenbar auch versucht hat, in Studentenkreisen Teilübersetzungen von Lehrbüchern durchzuführen. Das ist also ein Aspekt.

Der andere Aspekt ist die Einführung der sowjetischen Wissenschaften oder der Umgang mit Ergebnissen der sowjetischen Wissenschaft. Betroffen waren Lehrprogramme der Universität in Biologie, Physik und, und, und. Was sind da Ihre Erfahrungen?

Priew: Die Landwirtschaftliche Fakultät war natürlich besonders betroffen. Lyssenko, und dann war es noch eine Dame, eine Russin, die Lepschinskaja, die Eiweiß, lebendes Eiweiß produziert haben wollte. Da wurden wir eingeladen. Es gab extra eine große Vorlesung und so weiter. Und diese Thesen wurden natürlich bei uns abgespult, im wahrsten Sinne des Wortes. Und ich war selber dabei, als Professor Stubbe, damals der Genetiker, und einige sowjetische Professoren das im kleinen Kreis alles für Quatsch erklärt haben. Also das wurde bei uns an der Fakultät zur damaligen Zeit abgespult. Man mußte es machen, man mußte es erwähnen, aber ernst wurde das nicht genommen.

Hermann: Dieselben Erfahrungen haben wir auch gemacht. Ich habe in Gatersleben [Institut für Kulturpflanzenforschung] damals die Vorträge von einem gewissen Herrn Müller aus Halle vernommen, der dort bei den Pflanzenfreunden die Lepschinskaja darbot und bei den Medizinern über Lyssenko redete. So konnte er also überhaupt nicht mit Fachkritik rechnen.

Es mußte damals zwangsweise die Zeitschrift "Sowjetwissenschaft", Naturwissenschaftliche Reihe, bei uns angeschafft werden. Das waren eben Über-

setzungen, die, das muß man auch sagen, irgendwelche Leute einfach machten, denn sie machten nachher auch die Übersetzungen von Anti-Lysenko, allerdings mit einem Jahr Verspätung. Nachher schlief das wieder ein. Aber auch in der Chemie hat es Beeinflussung gegeben. Die Theorie der Mesomerie, auch das Welle-Teilchen-Prinzip in der Physik wurden von der sogenannten Sowjetwissenschaft angefochten. Stalin selbst hat sich ja zum Richter über die Theorien von Lysenko gemacht. Und er hat die Gegner, die Weismanisten, Morganisten, ein Jahr in die Verbannung geschickt, wo einige auch gestorben sind. In den Schulen ist dies alles durchgesetzt worden. Und der spätere Professor Behr in der Phytopathologie ist, glaube ich, als Lehrer aus diesem Grunde in einer Schule gefeuert worden. An der Universität konnte man das nicht durchsetzen, da war kritischer Sachverstand möglich.

Zöllner: Für die Sowjetisierung sind natürlich die beiden letzten Arbeiten von Stalin maßgebend. Man kann ihre Rolle gar nicht überschätzen, besonders in den Geisteswissenschaften, aber auch in anderen. Man konnte kaum noch eine Vorlesung, ein Seminar bei bestimmten Leuten erleben, wo das nicht eine Rolle spielte. Und der Übergang von Hitler zum neuen Führer... Schließlich hatte man die einschlägigen Sachen ein bißchen intus hier: "Dialektischen und historischen Materialismus" und die "Fragen des Leninismus", und jetzt schrieb der Mann wieder. Der größte Freund des deutschen Volkes und so weiter schrieb nun Linguistikbriefe. All das war bis zum Erbrechen präsent, das kann man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen. Dem gegenüber traten die sowjetischen Lehrbücher, die für unsere Gebiete eigentlich meist Übersetzungen im Verlag Volk und Wissen waren, während sich die anderen Verlage in der Regel raushielten, zurück. Sie spielten eigentlich in dieser Zeit kaum eine Rolle bis 1953, bis zum Tode Stalins. Er überschattete eigentlich alles.

Rupieper: Bis wann geht die Phase der kritiklosen Hinnahme der sogenannten Ergebnisse sowjetischer Wissenschaft? Ist das nach dem Tode Stalins, nach der Tauwetterperiode 1956 und nach dem XX. Parteitag abgeschlossen? Ist das eine Zäsur oder wo liegt diese Zäsur?

[Zwischenruf:] ...1985?

Rupieper: Herr Mühlpfordt, Sie schütteln den Kopf. Nicht 1985?

Mühlpfordt: Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß das nie aufgehört hat, aber daß tatsächlich im Laufe der Zeit eine schüchterne Kritik möglich wurde. Um den krassesten politischen Fall herauszustellen: Ulbricht ist doch letztlich gestürzt worden, weil er sich erküht hat, in Moskau Kritik an sowjetischer Politik zu üben. Das war nicht möglich, und so ist das auf wissenschaftlichem Gebiet auch gewesen. Man hat sich dann hin und wieder etwas hervorgewagt, aber eine grundsätzliche Abkehr davon war nicht möglich. Auf naturwissenschaftlichem Gebiet war Kritik natürlich noch eher möglich als auf geschichtlichem. Die Historiker waren unter Ulbricht am schärfsten mit Vorschriften überladen, weil er sich selbst für einen großen Historiker hielt. Den größten, ja. Er nannte sich sogar: Historiker im dritten Beruf, neben seinem ersten Beruf als Tischler, dem zweiten als Berufsrevolutionär, den vierten will ich nicht nennen, den nennen die Witze im Volksmund. Das führte dazu, daß er überall den Historikern Vorschriften machte. Sein großer Ehrgeiz war, der deutsche Stalin zu werden. Das übertrug er auch bis in diese Einzelheiten, wie Herr Zöllner eben erwähnt hat. Ebenso wie Stalin wollte er auch durch seine Schriften als Richter in fachwissenschaftlichen Fragen auftreten. Das hat Ulbricht kopiert bis ins Lächerliche. Und das hat dann bei seinem Vorgehen gegen Historiker immer wieder eine große Rolle gespielt, sogar gegen Altkommunisten, wenn sie seiner persönlichen Linie nicht folgten. Zum Beispiel gegen Albert Schreiner, der schon vor 1933 ein scharfes Buch gegen Hitler geschrieben hatte und ihn prophetisch als eine deutsche Gefahr angekündigt hatte. Der Mann wurde von Ulbricht als Historiker fertiggemacht, nur weil er die Novemberrevolution, an der Ulbricht selbst aktiv teilgenommen hatte, zu einer "sozialistischen" erklärte. Ihm diktierte Ulbricht die stalinistische Sprachregelung: "Das war eine bürgerliche Revolution." Damit sollte die SPD herabgesetzt werden.

Blobner: Zu den Übersetzungen von sowjetischen Büchern. Ich greife noch auf die Oberschulen zurück. Die Oberschulen haben ab 1949 sowjetische Übersetzungen, die natürlich alle im Verlag Volk und Wissen erschienen sind, diese graue Reihe, die kennen Sie alle, benutzt. In den Erstaufgaben, das finde ich hochinteressant, liest man ein Vorwort: Wir beginnen eine Reihe von Übersetzungen von Geschichtsbüchern aus den - ich sage das ungefähr - aus den Siegerländern. Man konnte erwarten, daß es jetzt in

absehbarer Zeit auch Übersetzungen aus dem Englischen geben würde aus England oder Amerika - weit gefehlt. Es blieb natürlich nur bei diesen sowjetischen Übersetzungen für die Schulen. Ab 1953 und wahrscheinlich auch schon unmittelbar davor galten natürlich Übersetzungen der sowjetischen Hochschullehrbücher. Zum Beispiel, Herr Oelke, wir haben uns vorhin darüber unterhalten, Maschkin. Maschkin für römische Geschichte war sozusagen das, was man unbedingt brauchte. Seltsamerweise blieb die Übersetzung der griechischen Geschichte, ich kenne den Autor nicht mehr, nur ein Manuskript. Es gab aber Bücher fürs Mittelalter und für die Neuzeit selbstverständlich auch. Das waren Übersetzungen, immer Übersetzungen von Hochschullehrbüchern aus der Sowjetunion. Etwas, was für uns, die wir das erlebt haben, eine ganz wichtige Rolle gespielt hat, das war, daß natürlich bis zum XX. Parteitag 1956 Stalin immer als der oberste Historiker, Wissenschaftler und so weiter auf allen Gebieten genannt wurde. Selbstverständlich ist das dann nach dem XX. Parteitag auch in der DDR zurückgenommen worden. Ich erinnere mich noch an die Äußerungen von Walter Ulbricht vom 4. März 1956 im "Neuen Deutschland", wo er zu dem Schluß kommt: "Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen." Also das gehört mit zum Tauwetter. Inwieweit das dann weiter gewirkt hat, oder ob das dann wieder abgebröckelt ist, müßten andere sagen.

Oelke: Ich versuche, es sehr kurz zu machen. Auch im Geographieunterricht der frühen fünfziger Jahre erschienen sowjetische Übersetzungen. Der bestimmende Eingriff der sowjetischen Wissenschaftler in die Geographie ist schon angesprochen worden: Der Lehrgang für Dozenten der "Ökonomischen Geographie" 1951 in Berlin. Dort wurden ungefähr 20 Leute ausgebildet, von denen es etwa die Hälfte nachher geschafft hat. Das Blöde oder Interessante nachher ist: Diese Leute, die dorthin gegangen waren zum Lehrgang, konnten allesamt nicht Russisch. Hinterher haben sie sich praktisch nicht weiterentwickelt in der Theorie. Und umgekehrt: Die russischen Geographen konnten nicht deutsch. Da sind dann ein paar Übersetzungen erschienen in Fachzeitschriften.

Und dann, muß ich sagen, sind Lehrbücher übersetzt worden, allerdings Lehrbücher aus der Physischen Geographie. Die haben im Grunde bis heute Bestand. Ja, da sind klassische Werke übersetzt worden. Insgesamt ist, sage ich mal, der Einfluß der sowjetischen Geographie auf die Geographie in der DDR im Prinzip seit 1950 vorhanden gewesen. Er ist aber nicht derart bestimmend geworden, wie vielleicht in anderen Disziplinen, und er ist praktisch schon vor Gorbatschow zurückgegangen, weil nämlich

in der Sowjetunion die wichtigsten Standardwerke der Weltgeographie übersetzt worden sind, aus dem Englischen und aus dem Französischen. Die haben dann dort Bescheid gewußt. Deswegen ist das dann schon seit Anfang der achtziger Jahre zurückgegangen. Es hieß dann nicht mehr “politisch-ökonomische Geographie” sondern “ökonomische und soziale Geographie”.

Rupieper: Damit möchte ich diesen Bereich abschließen, obwohl es sicher unheimlich interessant ist, noch weiter über die Einflußnahme der Sowjetunion auf die Wissenschaftsentwicklung zu reden.

Haase: Noch ein kurzes Wort. Am weitesten scheint mir das in der Pädagogik gewesen zu sein. Makarenko - ganz klar. Der Pawlowsche Hund. Das haben wir damals alles mitgekriegt, auch die Kollektivpädagogik. Auch das Schulsystem war stark beeinflußt.

Rupieper: Ich möchte nun zum 17. Juni kommen. Der 17. Juni 1953 wird in der Literatur, auch in der neueren Literatur, zumeist als Arbeiteraufstand beschrieben. Ich möchte aber jetzt mehr auf die Situation an der Universität eingehen und mit einer einfachen Frage beginnen. Wie ist die Stimmung zu diesem Zeitpunkt in der Studentenschaft? Es ist ja bekannt, daß in einigen Fakultäten, der Landwirtschaftlichen Fakultät, wohl offenbar auch in der Medizin, und vielleicht noch anderen Fächern Studenten am Aufstand beteiligt waren, auch Professoren wie Erich Hofmann und Wussow. Es ist andererseits aber auch bekannt, daß sich zum Beispiel Studenten der ABF ganz massiv dagegen ausgesprochen haben, beziehungsweise den Eindruck erweckt haben, als ob man die Position der SED im Umfeld des 17. Juni unterstützen würde. Welche Erfahrungen sind hier vorhanden?

Priew: Die Landwirtschaftliche Fakultät hatte eine Sonderstellung. Ein Beispiel: Professor Wussow war Tierzüchter. Professor Wussow mußte miterleben, wie seine ganzen Zuchtbetriebe in der Altmark zerschlagen wurden, wie auf einmal Bauern die größten Verbrecher waren, eingesperrt wurden. Das zog sich durch die ganze Situation, denn an unserer Fakultät waren relativ viele Kommilitonen, die aus der Landwirtschaft stammten. Es kam dazu, daß 1952 ein Schritt zur Sozialisierung der Landwirtschaft gemacht wurde. Das hatte die Auswirkung, daß die größeren Bauern enorme Leistungen

aufgebürdet bekamen. Der Rote Ochse in Halle - das ist nachgewiesen - war voller Bauern, die dort in Haft genommen waren, weil sie ihre Ablieferungen nicht erfüllen konnten. Sie waren einfach aus politischen Gründen aufoktroziert. Die Verurteilung der Bauern erfolgte auch unter Konfiszierung des Eigentums. Damit kam man schneller zur Kollektivierung. Diese Entwicklung bestimmte natürlich sehr das Klima an unserer Fakultät. Ich war 1953 beteiligt, doch ich möchte noch ein persönliches Wort unter Vorbehalt sagen.

Ich war 1945 als Sanitäter beim Volkssturm im Erzgebirge. Positiv ist zu sagen, daß wir einen Kompaniechef aus Augsburg hatten. Auch die Zugführer, die alle aus den Lazaretten rekrutiert waren, haben alles getan, um unsere Kompanie nicht in den Einsatz zu bringen. Wir lagen da oben im Erzgebirge, teilweise im Schnee, aber wir kamen nicht zum Einsatz, während die anderen Kompanien von der Schörner-Armee in Pilsen eingesetzt wurden. Es ist kaum jemand davon nach Hause gekommen, aber aus allen Ecken und Kanten strömte es im Erzgebirge zusammen. Ich erinnere mich noch an ein Frauen-KZ, in dem Frauen ganz schwere Ackerwagen die Berge rauf und runter ziehen mußten, schwer bewacht von Hunden und Frauen in Uniformen. Und ab und zu blieb jemand liegen. Tausende von russischen Kriegsgefangenen waren dort oben. Die Alliierten hielten das für deutsche Truppenbewegungen und schossen in diese wirklich ausgemergelten russischen Kriegsgefangenen rein aus den Jabos. Die Toten blieben liegen. Eines Morgens stellten wir fest, daß ein Schnellkommando in unserer unmittelbaren Nähe einen Leutnant aufgehängt hatte, der sich weigerte, mit dem Rest seiner Kompanie als Leutnant die Festung Eger zu entsetzen und so weiter. Dies hat mich ganz ganz tief geprägt, so daß ich meinem Vater, der bestimmt unschuldig dran war, immer den Vorwurf gemacht habe: Wie konnte deine Generation sowas zulassen.

Für mich war 1952/53 die Situation gekommen, wo man nicht mehr zulassen konnte, wie die Landwirte da gequält wurden, wie sie dort abgeheistert wurden und so weiter. Das war meine ganz persönliche Einstellung zum 17. Juni. Die Stimmung an der Fakultät war durch die ganzen Ereignisse, die ich bereits geschildert habe, nicht so gut. Ich muß hier noch etwas zur Frage der Funktionäre sagen, die ja vorhin schon angesprochen wurde. In unserem Semester gab es drei oder vier, von denen man glaubte zu wissen, daß sie nicht "echt" waren. Bei den anderen war das kein Problem. Von manchen von unseren SED-Mitgliedern erfuhren wir sehr schnell, was im Busch war. Das war eigentlich ein gutes Verhältnis.

Aber alles das, was über das Semester hinausging, war für uns Tabu.

Nach dem 17. Juni, ich habe das in der UZ veröffentlicht, hat die Fakultät alles getan, was sie nur für uns tun konnte. Professor Wussow und Professor Schmalfuß und so weiter haben jedenfalls meine Unterlagen nach dem Westen gebracht, so daß ich da studieren konnte. Auch die Medizinische Fakultät hat etwas geholfen. Man kann wirklich sagen, es war eine gute Stimmung. Als wir unseren dritten Prozeß hatten, da kam die ganze Professorenschaft herein. Ich weiß noch wie heute, die setzten sich auf die erste Bank und dann kam dieser Gerichtsbüttel und sagte: "Wer sind Sie überhaupt?" Worauf dann Professor Wussow sagte: "Wir sind die Professoren dieser Studenten." Und dieser dann: "Hier ist aber die Zeugenbank." Wussow: "Wir bleiben hier sitzen." Ein Oberassistent aus dem Tierzuchtinstitut wurde während des Prozesses vom Staatsanwalt Steffen angeschrien: "Wenn Sie so weiterreden" - er wollte uns entlasten - "laß ich Sie sofort verhaften." Dies als kleines Stimmungsbild aus der damaligen Zeit.

Pilz: Da ich ja auch unmittelbar Betroffener des 17. Juni bin, noch ein paar persönliche Anmerkungen. Es ist vom Gesamtumfeld der Betrachtungsweise wohl das zu unterstreichen, was Herr Priew eben gesagt hat. Aber vom Persönlichen her: Wie verlief dieser Tag oder wie verliefen diese Tage damals für uns? Das war einfach in erster Linie, daß man als junger Student mit 22 Jahren das Gefühl hatte, hier wird sich an dem - was sich auch im Studium abspielt - nichts ändern.

Zum ersten: Die Arbeiter und Bauern, die hier ABF-Leute waren, waren unter den ersten, die sich nicht solidarisch mit dem System erklärten. Sie waren die ersten, die Unmut bekundeten, über die angezogenen Normen, über die restriktiven Maßnahmen des Staates, die dem vorausgegangen sind. Herr Dr. Priew hat es gerade geschildert.

Zum zweiten hat man sich gesagt als Student, wenn es so etwas gibt, eine solche Bewegung, dann muß ja mehr dahinter stehen, auch wenn man unmittelbar nicht tangiert war. Daß man irgendwelche Drangsalierungen erdulden mußte während des Studiums, das hat man doch deutlich gemerkt - und ich habe auch in meinem Semester einige SED-Mitglieder gehabt, die hier sehr, sehr stark darauf achteten, daß wir die Seminare besuchten, daß die Strichlisten geführt wurden. Wenn man mal nicht da sein konnte, wurde man zur Verantwortung gezogen, so daß sich das Netz immer enger zog. Man war eben in einem Alter, wo man einfach sagte, dieses Phänomen, daß sich hier jemand erhebt gegen dieses System, das ist auch für uns als Studenten von Interesse.

So beteiligte man sich daran und mußte dafür natürlich sehr bitter büßen. Man muß den Gedanken auch weiterspinnen, man muß die konkrete Frage nach den Menschen, die uns damals in diese Situation gebracht haben, stellen. Auch darüber sollte noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Man muß zu diesem Denunziantentum, in meinen Fall waren es ja zwei Mitstudenten, eine klare Einstellung finden. Das kann man nicht mit einem Federstrich beseitigen, wie es der eine versucht hat, mir gegenüber zu treten und zu sagen: Da setzen wir uns mal zusammen, und die Sache ist dann erledigt.

Ich will bloß damit zum Ausdruck bringen, daß es eine tiefe Zäsur war. Die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß sich hier jemand gegen das System erhob, das war irgendwie beeindruckend und läßt einen natürlich nicht aus den Fängen.

Rupieper: Diese Interpretation wäre natürlich eine signifikante Modifizierung der bisherigen Sichtweise, denn aus den Akten aus den einschlägigen Stellungnahmen erschließt sich mir nur, daß die Studenten der ABF sich absolut zur Partei und zur Linie der Partei gestellt hatten.

Schady: Zu dieser Situation muß man sagen, ich war selbst gerade in Westberlin. Wenn wir nach Berlin fuhren, wurden wir zentral geschult. Erich Hoffmann richtete es so ein, daß sogar aus Westberlin ein Professor vor uns sprach, in Ostberlin. So erlebte ich den 17. Juni dort. Plötzlich war alles geschlossen und wir riefen alle mit: "Spitzbart, Bauch und Brille - nicht des Volkes Wille" und so weiter, in Zwölferreihen. Plötzlich dann um die Mittagszeit kamen die Panzer: der erste Panzerkommandant, Luke auf, Mütze. Er wollte, daß wir zur Seite gehen. Das ging natürlich nicht. Ein guter Bekannter von mir, der damals bei Erich Hoffmann promovierte, war dabei: Gottfried Franz. Er war Weltkriegsteilnehmer, junger Fähnrich in der Naziwehrmacht. In dem Moment, wo er plötzlich Panzer gegen Zivilisten sah, gingen ihm die Nerven durch, da wollte er sich gegenstemmen. Ich zog ihn noch zur Seite, dann knallte es auch schon. Diese Situation muß man umfassender sehen, das ganze Milieu, dieses ganze Umfeld muß man sehen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, daß Sie Folgendes auch aufgegriffen haben. Es ist nicht bloß ein Arbeiteraufstand gewesen. Ich muß hier aber auch noch etwas anderes erwähnen. Ich habe danach einen gesprochen, der ist jetzt noch Dozent in Halle, der mir damals den Tod Stalins schilderte. Da hätte er ehrlich geweint, hat er zugegeben. So wurde das Milieu geschildert. Wir selbst haben das ganz anders gesehen. Wir haben das

als Aufbruch gesehen, jetzt Antifaschismus und auch Demokratie durchzusetzen.

Noch eine Abrundung, die halte ich für unbedingt erforderlich, denn man könnte noch sprühen von all dem, was man da miterlebt hat. Das beeindruckende Bild, wie die vielen Parteiabzeichen unten lagen. Bei uns an der Fakultät haben welche gezählt, wieviele Abzeichen nun liegen und all solche Dinge.

Aber jetzt eine andere Situation. Vor zwei Tagen war ich bei einer Stadtrats-sitzung in Halle, wo öffentlich Fragen gestellt werden konnten. Ich trug da vor, daß noch ein Schreiben vorliegt, wonach man auch eine Gedenktafel anbringen sollte, daß nicht bloß am Hallmarkt steht: Antifaschisten '33 gegen Hitler. Sondern dies war wirklich ein Volksaufstand, der nicht befohlen war. Was dann alles draus gemacht wurde! Daraufhin hat mir der Oberbürgermeister Dr. Rauen gesagt, daß sie jetzt dabei sind, im Archiv zu recherchieren, da gäbe es Widersprüche in den Meldungen und all sowas. Und dann wird der Brief beantwortet werden. Das wird so im September der Fall sein, wenn das aufgearbeitet ist. Ich bin der Auffassung, das kann man nicht so machen. Das ist auch eine Einstellungssache. Es ist schade, wenn Dr. Rauen, der aus Bonn kommt, der das nicht miterlebt hat, nicht ein bißchen mehr Mitgefühl zeigt.

Bohley: Ich hätte eine kurze Frage an die beiden Hauptakteure unter den Studenten zum 17. Juni. Es gibt von Stephan Hermlin eine Novelle "Die Kommandeuse". Sie kennen sie gewiß. Sie wissen, daß sie dazu dienen sollte, den 17. Juni in Halle zu einem faschistischen Putsch umzustilisieren. Wie stellt sich das nach Ihrer persönlichen Erfahrung dar?

Priew: Die Kommandeuse ist ja die Frau Dorn. Über Frau Dorn gibt es jetzt ein Buch, daß es die Frau Dorn gar nicht gibt. Auch in dem Buch, welches ich sehr empfehle, "Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht" von Werkentin ist dieser Frau Dorn ein ganzes Kapitel gewidmet. Bisher hat niemand rausgekriegt, wer die Frau Dorn war. Sie war auf jeden Fall keine KZ-Kommandeuse, und gerade Herr Werkentin hat jetzt in dem Archiv in Westberlin, das die Amerikaner übergeben haben, recherchiert. Dort gibt es keine Frau Dorn als PG, dort gibt es keinen Unterstabsführer, der ihr Mann war. Dort gibt es keinen Vater, der einen hohen Gestapograd gehabt hat. Er hat die Kirchenbücher aus Königsberg durchgesehen: keine Frau Dorn. Die gibt es gar nicht. Die Frau Dorn ist in einem Geheimprozeß innerhalb weniger Stunden zum Tode verurteilt worden. Die

Justizministerin Benjamin hat darauf bestanden, daß es möglichst schnell erfolgt. Im Oktober ist sie in Dresden hingerichtet worden. Aber bisher weiß keiner, wer die Frau Dorn war. Es gibt keine KZ-Kommandeuse. Das steht fest.

Bohley: Es gab aber eine Frau, die auf dem Markt gesprochen hat, zum Hallmarkt runter. Können Sie sich erinnern, was sie eigentlich gesagt hat?

Priew: Ich kann mich an keine Frau erinnern, die dort gesprochen hat. Es hat keine Frau gesprochen. Ich kann so ein bißchen aufzählen, wer gesprochen hat, aber es hat keine Frau gesprochen. Diese Frau Dorn ist vorher zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden, wegen KZ-Sachen. Es gibt Leute, das wurde mir erzählt, die sagen, man hat hier eine Show gemacht, um sie dort einzuschleusen als Stasispitzel. Aber es weiß keiner, wer diese Frau Dorn war. Fest steht, sie war keine KZ-Kommandeuse und war nicht im KZ. Auf dem Hallmarkt war keine KZ-Kommandeuse, und auf dem Hallmarkt hat sie meines Wissens, und ich war eigentlich wachen Geistes da, nicht gesprochen.

Haase: Ganz kurz nur dazu. Ich war auch auf dem Hallmarkt und habe ziemlich weit vorne gestanden und hab das ganze Geschehen beobachtet. Es haben eine Reihe Männer gesprochen, vor allen Dingen Arbeiter, die von Leuna kamen. Und es ist ein Forderungsprogramm gekommen. Es kam dann wohl die Wendung, die gesamtdeutsche Wendung, die ist mir sehr gut in Erinnerung, weil im Anschluß daran das Deutschlandlied, die erste Strophe, gesungen wurde. In dem Moment kamen aber auch Panzer angefahren, schossen über die Köpfe, und dann sind wir getürmt. Aber an eine Frau kann ich mich überhaupt nicht erinnern.

Bohley: Ich wollte ein wenig provozieren.

Schady: Ganz kurz. Ich hab hier von meinem Kommilitonen Gerhard Schmidt etwas, da steht drunter: Durch eine verirrte Kugel ums Leben gekommen. Das hat Professor Schmalfuß sogar gesagt, und das steht im Senatsprotokoll. Wir haben das mit aktenkundigen Vorgaben. Wer Zeit hat, kann das mal lesen. Da steht ganz was anderes, als diese absichtlichen Sachen, die hier wahrlich mit der Dorn gemacht worden sind.

Dräger: Zu der Frau Dorn darf ich vielleicht etwas sagen. Wir haben eine Akte, eine umfangreiche Akte über Frau Dorn, über ihre Haft, über ihre Verhöre. Es ist festgestellt worden, wo sie herkommt. Sie hat auch einen Brief an ihren Vater geschrieben, er möchte ihr die Gestapouniform wieder schicken. Sie war wohl offensichtlich durch die Verhöre auch verwirrt. Sie war hier in Untersuchungshaft, war kurz vorher zu 15 Jahren verurteilt worden, weil sie im KZ eine Aufseherin war, sie war niemals Kommandeuse. Das ist eine Zeitungssente der "Freiheit", eine absichtliche Zeitungssente. Man hat nun erfahren, daß sie aus der Untersuchungshaftanstalt in der Kleinen Steinstraße befreit wurde, wie alle anderen Häftlinge dort. Sie ist dann in ein christliches Haus gegangen und hat dann andere Kleidung bekommen. Wir haben auch immer vermutet, weil das behauptet wurde in der Presse, sie hätte auf dem Hallmarkt gesprochen. In den Akten haben wir nichts gefunden, daß eine Frau gesprochen hat. Bei den wichtigsten Zeugen, bei all denen, die im zentralen Streikkomitee waren und die tagelang und zehnmal verhört wurden, ist niemals eine Frau erwähnt. Deswegen kommt mir die Bestätigung von Frau Haase eben sehr entgegen, weil es das nun eindeutig nachweist. Ursprünglich war von einer KZ-Aufseherin die Rede. Einen Tag darauf erscheint eine große Überschrift in der "Freiheit": "Die KZ-Kommandeuse". Und seitdem ist sie so genannt worden. Man wollte einen Präzedenzfall schaffen. Sie hat für ihre Fehler oder Untaten bezahlt. Da widersprechen sich die Zeugenaussagen. Die Strafen waren ohne jede Relation. Sie hat 15 Jahre für diese KZ-Sache bekommen, und bloß weil sie am 17. Juni in diesen Strudel hineingezogen wurde, wurde sie zum Tode verurteilt. Das ist natürlich hart, unglaublich.

Bohley: Also, Herr Werkentin ist dieser Sache nachgegangen. Und die Sache ist überhaupt nicht bewiesen, daß sie überhaupt im KZ war. Es ist irgendwo in den Akten mal festgestellt worden, daß bei der Stasi mal jemand gefragt hat: Wer ist die Frau überhaupt? Dem ist nicht nachgegangen worden. Also dieses eine Buch ist ja jetzt erschienen über die Frau Dorn. Und dann dieses Buch von Werkentin. Er geht dieser Sache nach, weil er unbedingt wissen will: Wer ist die Frau Dorn. Sie ist nach Aktenlage 1945 als Antifaschistin aufgetaucht. Und dann hat sie auch einmal erklärt, sie wäre KZ Aufseherin gewesen, oder?

Dräger: Nein, sie hat sich einen Ausweis besorgt von einem KZ-Häftling. Und sie ist mit diesem Paß hierhergekommen und hat sich als Opfer des Faschismus eintragen lassen.

Rupieper: Herr Dräger. Zum zweiten Teil der Frage.

Dräger: Ich wollte grundsätzlich sagen, daß dieser Arbeiteraufstand, ganz spontan ausbrach und eine riesige Wucht hatte, die man sich kaum noch richtig vorstellen kann, die aber zeigte, daß in Wirklichkeit dieses Regime das Volk nicht hinter sich hatte. Die Empörung über die Lüge von der Einheit Deutschlands und so fort. Immer die ersten Forderungen der Streikkomitees, ob in Bitterfeld, Halle oder Eisleben, da waren immer: Sofortige freie Wahlen, Wiedervereinigung Deutschlands oder Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Das war, meiner Ansicht nach, die eigentliche politische Ursache. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung der damaligen DDR mit der Spaltung. Natürlich kommen die anderen Sachen dazu: die Normen. Sie müssen bedenken, ich habe ja viele Verhöre gelesen. Es ist da auch angegeben, was die Leute verdient haben. Das sind alles Facharbeiter gewesen. Die hatten ein Monatsgehalt von 300 bis 400 Mark. Damals gab es noch Lebensmittelkarten, die reichten aber nicht aus. Man mußte für teures Geld in der HO die überteuerten Lebensmittel kaufen. Es kamen als Grund natürlich die Normen und andere Unzufriedenheiten dazu, das ist klar. Aber der eigentliche politische Hauptgrund war die Spaltung. Ich muß sagen, dadurch ist es natürlich auch ein Volksaufstand geworden, weil sich große Teile der Bevölkerung den Arbeitern angeschlossen hatten. Einer dieser Landwirtschaftsstudenten sagte in seinem Verhör, in der Ludwig-Wucherer-Straße traf er überraschend auf diesen großen Demonstrationenzug. Da hätte er, das war eigentlich sehr geschickt im Verhör, gefragt: “Was ist denn los?” “Ja, wir demonstrieren eben für die Absetzung der Regierung.” “Und da das die Arbeiterklasse war, hab’ ich gedacht, das ist doch unsere führende Klasse, das ist doch die führende Rolle der Arbeiter. Und daraufhin hab ich mich denen angeschlossen.” Ich will bloß sagen, da war nicht nur die Landwirtschaftliche Fakultät im Vordergrund. Es gab auch Widerstand von Physikern und Chemikern, im Robertinum, in den Universitätskliniken. Was wohl nicht so bekannt geworden ist, bisher auch noch nicht genau untersucht ist.

Rupieper: Ich möchte ganz schnell etwas dazwischen schieben. Es ist für Historiker schwer, das alles methodisch sauber zu trennen, was Sie gesagt haben. Ich hab ja vorhin angedeutet, daß ich eine Magisterarbeit über das Industrieviertel Bitterfeld/Wolfen habe schreiben lassen. Das ist wirklich minutiös gemacht, anhand der Quellen der verschiedenen Industriebetriebe und auch eines Teils der Staatssicherheitsakten und der

Polizeiakten. Da wird deutlich, die ersten Forderungen sind eindeutig Normerhöhungsprobleme, Lohnentwicklungen, innerbetriebliche Probleme. Dann kommt in einem zweiten Schritt sehr, sehr schnell die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen, nach Wiedervereinigung, nach Absetzung der SED-Regierung und, und, und. Das ist alles vorhanden.

Blobner: Da ich den 17. Juni nicht in Halle erlebt habe, kann ich dazu eigentlich nichts sagen. Ich hab ihn hier in Wittenberg erlebt. Das war zwischen den Abiturprüfungen und der Verkündung unserer Abiturergebnisse. Ich weiß nur noch, daß es tatsächlich in Wittenberg keine großen Demonstrationen wie die Hallmarkt-Demonstration gab. Was es hier im Raum Wittenberg gab, würde wahrscheinlich eine weitere Arbeit nötig machen. In Piesteritz, im Chemiewerk Piesteritz und den darumliegenden Werken hat es natürlich Streiks gegeben. Das hat man gehört, weil die Leute ja da gewohnt haben. Daß dann der Ausnahmezustand im Kreis Wittenberg nach meinen Informationen einer der umfangreichsten war, insofern als es hier 12 Stunden Ausgangsverbot gegeben hat, von 20 Uhr abend bis 8 Uhr früh, war noch eine andere Sache.

Wenn gefragt wird: Was ist dem vorausgegangen? Natürlich waren die Normerhöhungen wahrscheinlich ein Anstoß dafür, aber es war eben auch ein gesamter Komplex von Beweggründen für die Unzufriedenheit, die weitgehend zurückgehen auf die zweite Parteikonferenz. Also Verkündung des Aufbaus des Sozialismus und so weiter. Es gab eine ganze Reihe von Bevölkerungsschichten, die da hineingezogen wurden, die Landwirte sind mehrfach erwähnt worden. Diese erste Welle von Kollektivierungen, dann die Benachteiligung von Bürgerlichen, der Entzug von Lebensmittelkarten, die Junge Gemeinde und, und, und. Das ist ein Bündel, das meines Erachtens tatsächlich eine Art explosive Stimmung hervorgerufen hat.

Die zweite Sache ist, was sich bei uns, die wir den 17. Juni mehr oder weniger miterlebt haben, ob in Halle oder anderswo, geändert hat. Das Bewußtsein, daß da wirklich etwas stattgefunden hat, das hat uns in den nachfolgenden Jahren schon wieder zu aktiven Dingen hingeführt. Und es war eben nicht nur bei Studenten, das war in der allgemeinen Bevölkerung da.

Vogt: Ich möchte nur noch kurz der Frage nachgehen: Widerstand oder Beteiligung? Verhalten der Studentenschaft am 17. Juni? Gewissermaßen selbstkritisch möchte ich

doch soviel sagen, daß für einen größeren Teil der Studenten sicherlich gilt, daß für sie der 17. Juni ein Ventil war, auf die Straße zu gehen. Wir waren auf der Straße, haben am Hansering gestanden. Wir haben vielleicht auch mal ein wenig Beifall geklatscht, aber aktiv tätig geworden ist der größere Teil, der weitaus größere Teil wohl nicht. Das muß man wohl selbstkritisch sagen. Die Grenze zu einem aktiven Widerstand wurde nicht überschritten. Wir haben uns dann an den Tagen danach bei uns in der Studentengruppe kaum mehr aggressiv verhalten oder mit den SED-Funktionären diskutiert: "Schwamm drüber!" Es war wieder der Deckel drauf.

Wagner: Warum war das so? Haben Sie Distanz gehalten zu den Demonstrierenden, weil Sie dachten, das sind Arbeiter und das ist ein Arbeiteraufstand? Oder haben Sie das persönliche Risiko gescheut? Wenn Sie zurückdenken, was würden Sie da sagen?

Blobner: Es war wohl das Bewußtsein, daß in dem Moment, wo die russischen Panzer auftauchten, und das war ja schon in den frühen Nachmittagsstunden, das Ganze zum Scheitern verurteilt war.

Haase: Ich möchte mich dem anschließen, was Sie eben gesagt haben. Es war in der Bevölkerung eine Protesthaltung. Sie war in weiten bürgerlichen Kreisen eben da, weil Sie vorhin sagten, es sei so schwer zu verstehen, daß dieser Protest der Arbeiter dann einmündet in dieses gesamtdeutsche Problem und in die Frage nach den freien Wahlen. Das ist einfach eine Tatsache, daß es in der Bevölkerung, in bürgerlichen Kreisen, einen ganz enormen Hintergrund für diese Dinge gab. Wir sind aus diesem Interesse hingegangen, was da auf dem Markt eigentlich läuft und was die zu sagen haben.

Bohley: Vielleicht noch etwas zur Ehrenrettung für die Studenten. Ich war damals noch Schüler, ein Jahr vor dem Abitur, habe das aber miterlebt. In Halle ist es zum Volksaufstand geworden, was drei Hauptursachen hatte. Die eine ganz entscheidende war, daß die Straßenbahner gestreikt haben. Nur so konnten sie eine ganze Stadt damit bekannt machen. Die zweite war, daß ja tatsächlich vom Süden her die Arbeiter hineinmarschiert kamen. Und die dritte war, daß es Studenten gab, die Mut hatten, die öffentlichen Lautsprecher zu benutzen. Am Reileck wurde ausgerufen, daß man sich um 18 Uhr auf dem Markt versammeln soll. Ich habe sie gehört, ich bin auch hingegangen.

Haase: Genau, mit großen Lautsprecherwagen.

Priew: Professor Schmalfuß war dabei, und der neue Dekan Professor Walther Hoffmann von der Landwirtschaftlichen Fakultät war auch da.

Rupieper: Was war ihre ganz persönliche Motivation? War das Endziel die Republik, eine andere Republik, eine demokratische Überlegung oder was steckte dahinter?

Hermann: Einen solchen Aufstand, der solche Folgerungen haben sollte, daß das Regime beseitigt wird, konnte nur eine Gruppe veranlassen, die mit Macht reagieren konnte. Und das waren die Arbeiter in diesen großen Fabriken. Ich bin zu der Zeit in Gatersleben gewesen. Wir haben mit den Braunkohlearbeitern der Nachtschicht Verbindung aufgenommen. Wir haben versucht, für dieses Gebiet eine Art Generalstreik über die Bahn zu organisieren, weil das Lahmlegen der Verkehrswege dazu hilfreich gewesen wäre. Wir haben dazu eine Betriebsversammlung gemacht, und dort ist ein Telegramm abgesandt worden nach Berlin, das die Regierung für abgesetzt erklärt. Das mag im nachhinein lächerlich erscheinen, aber es wurde von vielleicht 200 Leuten getragen.

Dräger: Vom Bitterfelder Streikkomitee ist auch ein Telegramm an die Regierung in Berlin gesandt worden, das sie für abgesetzt erklärt. Ein ganz besonderes Dokument.

Hermann: Ich weiß nicht, ob es in Gatersleben abgeschickt worden ist. Jedenfalls wurde das verabschiedet, und nach zwei Tagen kam ein Zug, etwa 40 bis 50 Sowjet-soldaten mit Maschinenpistolen und Maschinengewehren, besetzte den Ort und das benachbarte Revier. Der Generalstreik kam nicht zustande, weil die Bahnarbeiter nicht mitgemacht haben. Dann war alles abgewürgt. Aber die Voraussetzung mußten diese starken Gruppen von Fabrikarbeitern bilden, Gruppen von 50 Mann hatten das natürlich nicht auslösen können. Aber die Bereitschaft dazu war da. Das war ein Fünkchen.

Mühlfordt: Dieser Aufstand war ein geradezu klassischer Fall, wenn man die Revolutionsgeschichte, weil sie dies apostrophierten, für den Unterschied zwischen Anlaß und Ursache, heranzieht. Anlaß waren ökonomische Probleme, die Normerhöhung vor allem. Und dann hat sich das vollzogen, was sich in jeder Revolution vollzieht, eine

Radikalisierung. Aber was hier geradezu einmalig war, daß diese Radikalisierung außerordentlich schnell erfolgte. Das ist ein Indiz dafür, wieviel Unzufriedenheit sich angesammelt hatte und wieviele Motive diese Unzufriedenheit hatte. Deshalb ist es verfehlt, daß zum Gedenktag des 17. Juni vor zwei oder drei Jahren der Professor Fritz Stern, dieser amerikanische Professor, erklärt hat: der 17. Juni hätte nur ökonomische Ursachen gehabt. Er hat sofort gesamt-nationale, gesamtdeutsche Aspekte in den Vordergrund gestellt. Ich kann unterstreichen, was schon Frau Haase sagte, daß auf dem Hallmarkt das Deutschlandlied angestimmt wurde. Das hat sich wiederholt bei dem Demonstrationszug durch die Wuchererstraße, den Sie erwähnten. Auf der ganzen Ludwig-Wucherer-Straße ist das Deutschlandlied gesungen worden. Die Normenerhöhung ist tatsächlich der auslösende Anlaß gewesen, aber alles weitere kam dann mit ungeheurer Geschwindigkeit hinzu, da ein ganzes Bündel von Ursachen zusammengekommen war. Aber der Wunsch nach Wiedervereinigung stand mit im Vordergrund.

Schady: Ich darf darauf aufmerksam machen, ich habe Material vom 17. Juni ausgelegt, das mitgenommen werden kann. Das ist vom Roten Ochsen zur Verteilung gelangt. Und dann bin ich noch dankbar für Ihren Hinweis: Wir Landwirte leiten "Resistance" nicht nur vom Französischen ab, sondern auch von "Resistenz". Wir sind nämlich von Natur aus resistent gegen Diktaturen, weil, das hat Doktor Büchner sehr gut gesagt, wir gebunden sind an unsere Scholle als Landwirte.

Priew: Erstens habe ich nie mehr so viele Augen voller Tränen gesehen, wie beim Singen des Deutschlandliedes auf dem Hallmarkt. Zweitens, was überhaupt nicht so groß bekannt ist: In den Roten Ochsen haben sie jede Menge reingebracht in die Keller. Da waren, wie ich feststellen konnte, in meinem unmittelbaren Umfeld allerhand alte SPD- und KPD-Leute vorhanden. Ich habe zwei KPD-Leuten zu verdanken, daß ich mich von den Stasi-Leuten nicht habe einschüchtern lassen, weil die mir aus dem Dritten Reich erzählten, wie die Verhöre gelaufen sind. Diese Leute verschwanden aber. Ich weiß nicht wohin.

Rupieper: Vielen Dank. Ich glaube, wir hatten eine sehr gute Diskussion. Es sind viele Fragen angesprochen worden. Ich hoffe, daß wir das morgen früh fortsetzen können. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Diskussionsrunde IV: 17. Juni 1995, morgens

■ Vorstellung der neuen Teilnehmer ■ Maßnahmen nach dem 17. Juni ■ Die Auseinandersetzung mit dem “Spirituskreis” ■ Walter Ulbricht in Halle ■ Die Leopoldina als “reaktionäres Zentrum” ■ Rivalitäten in der Universitätsführung ■ Der Fall Mühlpfordt ■ Radikalisierung der Studentenschaft ■ Revisionismus ■ “Falsche Vorstellungen” über die Wiedervereinigung ■ Das Harich-Konzept ■

Rupieper: Ich begrüße Sie alle recht herzlich. Die, die heute morgen angereist sind, möchte ich auch sehr sehr herzlich begrüßen. Da ist einmal Herr Professor Hedewig, dann Herr Professor Mehlig, Herr Dr. Tauché und Herr Professor Herrmann, so daß ich diese Neuankömmlinge auch bitten möchte, sich ganz kurz vorzustellen. Es wäre nett, wenn Sie etwas zu Ihrer Biographie an der Martin-Luther-Universität sagen würden.

Prof. Roland Hedewig: Ich bin 1936 in Chemnitz geboren. Abitur in Chemnitz 1954. Studium in Halle 1954-58, davon vier Jahre Geographie und zwei Jahre zusätzlich das Fach Biologie für das Lehramt. Ich war aktiv in der Evangelischen Studentengemeinde in Halle, auch ein Semester Vertrauensstudent. Am Geographischen Institut war ich fünf Semester lang Hilfsassistent, heute sagt man studentische Hilfskraft. Ich bin observiert worden durch Mitarbeiter des Institutes seit 1957, seit ich also Vertrauensstudent der Studenten-gemeinde war. Wir hatten öfter mal Patengemeindetreffen mit der Studentengemeinde in Göttingen. Nach einem solchen Patengemeindetreffen in Westberlin bin ich festgenommen, aber wieder freigelassen worden. Es wurde dann ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das zu einer Verhaftung führte. Am 14. April 1958 wurde ich verhaftet und kam in den Roten Ochsen in Halle. Ich bin dann am 14. Oktober 1958 verurteilt worden nach §19 wegen staatsgefährdender Hetze und Propaganda. Es gab vier Anklagepunkte. Erstens, es gab ein Referat über Marxismus, das ich vor der Studentengemeinde in Leipzig gehalten hatte, wo ich überwiegend westliche, vor allen Dingen aber auch theologische Literatur verwendet hatte. Zweitens, Besitz des Heftes “Das Beste aus Reader’s Digest”. Drittens, ich hatte mich in einem Brief lustig gemacht über die Sputnikgedichte von Johannes R. Becher und Kuba. Der Brief wurde geöffnet und abgelichtet. Und Viertens hatte ich eine Liste mit verhafteten Studenten angelegt, die mir über die Studentengemeinde bekannt wurden. Das Strafmaß betrug ein Jahr und neun

Monate Zuchthaus. Ich hab diese Zeit abgesehen bis auf einen Monat, in den Haftanstalten Halle, Naumburg, Bautzen und Zittau; insgesamt vom 14. April 1958 bis Anfang Dezember 1959. Ich bin dann 1960 in den Westen gegangen, habe mein Studium in Göttingen fortgesetzt, promoviert, und bin zur Zeit Biologe an der Universität Kassel und bilde Biologielehrer aus, Schwerpunkt Didaktik der Biologie.

Dr. Bruno Tauché: Ich bin 1941 in Weißenfels geboren. Ich habe in Lützen die Internatsoberschule besucht, habe also bereits einen typischen sozialistischen Schulbetrieb durchlaufen. 1960 begann ich dann mein Studium in Halle, Geographie und Mathematik für das Lehramt. Ich bin nach dem Studium als Lehrer tätig gewesen; habe, da ich nicht an der Universität bleiben konnte, nebenberuflich meine Dissertation geschrieben und sie 1970 verteidigt. 1979 erhielt ich dann die Möglichkeit, an der Universität als Assistent zu beginnen, habe an der Universität drei Jahre gearbeitet, war dann in der Bauakademie fünf Jahre tätig und anschließend bin ich wieder zurück zur Universität. Ich war als Assistent eingestuft worden. Mein Engagement für die Veränderung der politischen Verhältnisse geht auf diese Jahre zurück. Ich habe mich auf Grund der Verhältnisse auch nicht in der SED oder ihr nahestehenden Organisationen betätigt und hatte deshalb auch keine Möglichkeiten für die weitere berufliche Entwicklung. Das führte dazu, daß ich mich zurückgezogen habe. Ich habe einen Bauernhof gekauft, habe eine große Familie und zuzusagen den Weg in die innere Emigration gewählt. Weil ich aber der Meinung war, daß an der Universität damals noch die größten Freiheiten in diesem Land existierten und die besten Möglichkeiten bestanden, Informationen zu gewinnen, habe ich alles versucht, dort weiter zu bleiben, dort tätig zu sein. Nach 1961 war ja das Ausreisen ein großes Risiko, mit einer Familie wäre es auch schwierig gewesen. Als sich 1989 die Wende ankündigte, haben wir uns an verschiedenen Stellen an der Universität Gedanken gemacht, wie wir uns verhalten sollen und wie wir aktiv werden könnten. Das ist dann auch in die Gründung der Initiativgruppe zur Erneuerung der Universität übergegangen. Und in dieser Universitätsgruppe habe ich seitdem gewirkt. Das ist jetzt vielleicht für die Diskussion interessant.

Prof. Johannes Mehlig: Zitat aus dem Dossier der Stasi-Akte: Der Mehlig ist Sohn eines Pfarrers. Jahrgang 1928. Im Jahre 1944 zum Luftwaffendienst gezogen. 1945 sowjetische Kriegs-gefangenschaft bis 1949. Diese Kriegsgefangenschaft schloß ab mit dem Besuch

einer Antifaschule. Wir hatten damals die Alternative entweder "Ja" oder "Nein" zu sagen, wie das so üblich ist, wenn man gefragt wird. Die Antwort "Nein" hätte den Verlust eines relativ guten Arbeitsplatzes in dem Lager zur Konsequenz gehabt. Ich war technischer Zeichner in einem Elektrizitätswerk in Lwow, unter dem Namen Lemberg vielleicht besser bekannt. Diesen Arbeitsplatz hätte ich also ganz gewiß verloren. Außerdem hätte der quälende Hunger, der ja nun schon Jahre andauerte, weiter fortbestanden. Und das Dritte war, man hatte uns für den Fall, daß wir "Ja" sagen, nach dem Besuch der Schule die Entlassung versprochen. Das war natürlich gravierend für mich, "Ja" zu sagen. Ich habe die Schule besucht. Es erfolgte dann das, was man nach dem Koreakrieg "brainwashing" nannte. Als ich nach Hause kam, trat ich der SED bei, zum Entsetzen meiner Eltern. Mein Vater war Pfarrer in Pratau, das jetzt übrigens zu Wittenberg eingemeindet ist. Ich habe nach der Gefangenschaft im Jahre 1950 noch das Abitur gemacht und bin im gleichen Jahre immatrikuliert worden. Ich will es abkürzen. Ich habe die Fächer Indologie und Indogermanistik und studiert. Schon nach wenigen Wochen war jede Illusion, hier an der Universität irgendetwas im Sinne der kommunistischen Idee aufzubauen, zerstört. Herr Mühlpfordt kennt ja die Zeit sehr genau, und wir sind ja sehr gute Bekannte aus unserem Refugium in der Universitätsbibliothek. Ich hatte starke Auseinandersetzungen mit der Partei und trat dann 1952, also ein Jahr vor Stalins Tod, aus. Ich bin ausgetreten, nicht ausgeschlossen worden. Das ist ja immerhin ein großer Unterschied. Dank der Tatsache, daß ich weltberühmte Lehrer hatte - ich erwähne Paul Thieme und später in Leipzig Friedrich Weller - und auch Dank der Tatsache, daß diese Fächer, die ich studierte, total an der Peripherie lagen, wurde ich ziemlich unbehelligt gelassen. Natürlich spielte auch die Vergangenheit im Kriegsgefangenenlager eine gewisse Rolle. Das sollte nicht unerwähnt bleiben. Ich habe im Jahre 1955 das Examen abgeschlossen, im Jahre 1960 promoviert und habe mich dann 1965 habilitiert. Das war natürlich ein Schritt zu weit, denn es ist ja allgemein bekannt: Mit der Habilitation melden sich gewisse Ansprüche an. Und da ging nun das große Feuerwerk auf mich los. Ich wurde denunziert in jeder Hinsicht. Ich fand dann eine Nische, wie man heutzutage so schön sagt, bei Professor Heinz Mode in Halle. Das Fach existierte nicht mehr. Ich habe dann als Assistent dort gearbeitet, alle möglichen Schikanen erlebt. Im Anschluß an die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und im Zusammenhang mit der 3. Hochschulreform wurden noch einmal tüchtig die Zügel angezogen. Ich erhielt Publikationsverbot, daß ich eigentlich erst 1979 durchbrochen

habe. Seit dieser Zeit, Herr Mühlpfordt, haben Sie mich nun auch in der UB Bücher schreiben sehen. Das dauerte dann bis zum Jahre 1989. Wir zwei, Bruno Tauché und ich, sind sehr zeitig dem Neuen Forum beigetreten. Ich wurde dann Stadtsprecher für das Neue Forum in Halle und so haben wir eine Delegation gehabt am Runden Tisch des Bezirkes. Wir zwei waren, übrigens hat das Bruno Tauché in aller Bescheidenheit unterschlagen, diejenigen, die die Initiativgruppe zur Erneuerung der Martin-Luther-Universität gegründet haben.

Ich wurde dann 1992 zum C4-Professor berufen und bin inzwischen emeritiert.

Prof. Klaus Herrmann: Ich bin 1937 in Königsfeld in Schlesien geboren, bin dann als Kind mit meinen Eltern vor der Roten Armee geflohen und bin 1945 in Halle gelandet. Ich habe hier meine Schulausbildung genossen und habe von 1956 bis 1961 an der Universität Halle studiert. Ich war dann Assistent und habe 1963 am Institut für Physik promoviert und anschließend als Assistent und Oberassistent gearbeitet, 1969 für theoretische Physik habilitiert. Ich galt als politisch nicht ganz zuverlässig, gehöre auch keiner Partei an und war kein Reisekader, vor allem kein Reisekader (West), obwohl da verschiedene Einladungen vorlagen. Mit Mühe erreichte ich dann einen Studienaufenthalt an der Universität Warschau am Institut für Mechanik. Dort hatte ich mich eigentlich entschlossen, da ich auch sehr viele Verwandte, einschließlich meiner Eltern, in der Bundesrepublik hatte, nach der Bundesrepublik zu gehen. Diese Flucht mißlang. Ich wurde inhaftiert und zu 33 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen ich 17 Monate im Roten Ochsen und in Cottbus abgesessen habe. Ich bin dann in die Bundesrepublik abgeschoben worden und habe dort meine wissenschaftliche Karriere neu beginnen müssen. Ich war zunächst in Karlsruhe an der Technischen Hochschule und habe heute einen Lehrstuhl für Mechanik an der Universität Paderborn.

Rupieper: Ich möchte kurz auf den gestrigen Tag eingehen. Es ist heute der 17. Juni, ein Jahrestag, bei dem einige von Ihnen an den Demonstrationen gegen die Regierung der DDR teilgenommen haben. Wir waren gestern nicht ganz zu Ende gekommen. Es war noch eine Frage offen geblieben, bevor ich dann zu den Jahren 1956/1958 kommen werde. Die Frage ist: Hat es an der Universität außer diesen Verhaftungsmaßnahmen, den Verurteilungen innerhalb der Gesamtstudentenschaft, irgendein Nachspiel gegeben? Hatten Sie das Gefühl, daß hier jetzt besondere Aktivitäten von Partei und FDJ initiiert

worden sind? Der Grund, warum ich frage, ist, daß dies überall in den Großbetrieben der Region der Fall war. Es gibt noch wochenlang Demonstrationen, teilweise kurze Arbeitsniederlegungen. Gab es etwas ähnliches in der Universität? Ich glaube, Herr Vogt hat gestern gesagt: Wir sind einfach zur Tagesordnung übergegangen. War das so?

Zöllner: Ich hab schon gestern versucht, noch mal mein Gedächtnis zu strapazieren. Man muß eines sehen: den Termin. Es war praktisch so: Die Lehrveranstaltungen waren zu Ende. Sie begannen erst wieder im Herbst. Das ist natürlich der Unterschied zu den Betrieben gewesen. Die Studenten waren zum Teil in Praktika, also gar nicht in Halle. Das hat die Sache natürlich beeinflußt. Wenn ich mich erinnere, hat es da natürlich zentral Aktionen des Parteiaktivs oder so was gegeben. Da ich ja nun nicht irgendein Teilnehmer sein konnte, kann ich die Dinge nur so wiedergeben, wie ich sie gehört habe. Es gab heftige Auseinandersetzungen, wobei es durchaus aus den Kreisen der Parteimitglieder Kritik an Ulbricht gegeben hat. Auf den konzentrierte sich alles immer noch und auf das Verhalten der Partei. Damals war ja der berühmte Mende noch in Halle. Von dem wurde das Wort kolportiert: "Die Massen haben sich von der Partei gelöst". Die Optik muß man sich mal vorstellen. An diesen Satz kann ich mich erinnern. Ich kann mich auch weiterhin erinnern, daß zuverlässige Studenten zur Bewachung der Institute aufgeboden wurden. Es war noch die Frühphase der Militarisierung. Das war noch die "Luftgewehrphase" der Wiederbewaffnung der Jugend, und vereinzelt gab es solche Waffen auch. Die wurden dann zur Abwehr irgendwelcher vermuteter Überfälle auf Universitätsinstitute verwendet. Was da nun herausgekommen wäre, weiß ich nicht. Wahrscheinlich ist es auch zu keiner Reaktion mehr gekommen, aber man hat versucht, bewährte Genossen zusätzlich zum Schutz der Institute einzusetzen. Ich weiß es vom Tschernyschewski-Haus. Das war wohl besonders gefährdet. Obwohl es eigentlich sicher war, weil die Staatssicherheit unten das Gebäude hatte. Da ging garantiert keiner ran. Aber man hat die ganze Nacht diese Dinge bewacht und auch andere Einrichtungen. So, wie es später diesen Bereitschaftsdienst gab, wenn man meinte, es drohe irgendeine Krise. An diese beiden Sachen kann ich mich erinnern: hier zentrale Parteiversammlung mit heftigen Auseinandersetzungen und dann Schutz oder Bewachung der Institute durch die Studentenschaft. Wie gesagt, das Semester war zu Ende. Ich kann nicht daran erinnern, daß da im Herbst noch mal irgendetwas aufgewühlt wurde.

Blobner: Ich weiß nur, daß in der Phase - ich habe ja im September 1953 in Halle angefangen zu studieren, also ein Jahr nach Professor Zöllner - unter den zusammen-treffenden Studenten natürlich erzählt wurde über die Erfahrungen, die jeder einzelne an unterschiedlichen Orten gemacht hat. Ein guter Freund von mir erzählte zum Beispiel über seine Beobachtungen in Halle, daß also die damalige Zentrale der Parteileitung, das Gebäude, das am Steintor liegt, dieser runde Klinkerbau, daß der gestürmt worden sei, beziehungsweise, daß dort zumindest Akten und Schreibtische herausgerissen wurden.

Priew: Aus meinen Unterlagen habe ich entnommen, daß noch im Oktober an der Landwirtschaftlichen Fakultät extra eine Versammlung stattfand gegen die FDJ-Fakultätsleitung, weil sie versäumt hatte, die Verbrecher den neuen Studenten entsprechend bekanntzumachen und sie aus der FDJ auszuschließen.

Rupieper: Ich denke, damit ist dieser Überhang von gestern abgeschlossen. Ich möchte jetzt auf die Jahre 1956/58 eingehen, die gekennzeichnet sind durch die Auswirkungen des XX. Parteitages in der Sowjetunion, durch den Ungarnaufstand und im Kontext damit durch einen vom ZK der SED propagierten, verstärkten Klassenkampf, der gerechtfertigt wurde mit der offenen Grenze zum Imperialismus der Bundesrepublik sowie der Rolle des Klassengegners bei der Einschleusung der Konterrevolution. Im Kontext der Entwicklungen kommt es einmal zur Auseinandersetzung mit dem "Spirituskreis", einer lockeren Vereinigung von Professoren, von renommierten Professoren, die sich, ich würde fast sagen, zu einer Art Kaffeekränzchen, zusammengefunden haben. Natürlich diskutierten sie dort auch die Vorgänge an der Universität. Das zweite ist, es kommt zur direkten Intervention von Walter Ulbricht in Halle, um die Reste der bürgerlichen Wissenschaften in Halle endgültig zu beseitigen und die Universität auf den neuen Kurs der Partei einzustimmen. Ulbricht kommt nach Halle. Das ist Ihnen bekannt. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen.

Es ist jetzt wichtig, daß einige von Ihnen, die die Ereignisse sehr gut kennen, ganz kurz dazu Stellung nehmen. Das betrifft natürlich vor allen Dingen Herrn Professor Mühlpfordt, der das sehr detailliert erlebt hat, auch ein Betroffener war. Die Frage ist auch: Wie ist diese Auseinandersetzung in der Universität verlaufen? Die Akten des Spirituskreises sind bekannt, aber es gab ja im Umfeld einige Unklarheiten; zum Beispiel: Wie hat sich der damalige Rektor Stern verhalten? Was waren seine Motive? Welche

anderen Gruppen gab es an der Universität, die zusätzlichen Druck auf Stern ausgeübt haben?

Mehlig: Ich muß nochmal betonen, meine Situation war insofern eine nicht normale, da ich in ein Fach eingebettet war, das total an der Peripherie lag und für die politische Aktualität nicht von Interesse war. Paul Thieme war bereits weggegangen. Ich hatte damals eine Assistentenstelle bei dem Österreicher Karl Ammer. Die Dinge 1956/57 wurden natürlich sehr gut und genau beobachtet, aber sie berührten mich persönlich nicht mehr. Ich war bereits ein "outcast". Ich stand draußen. Dann muß man natürlich sehen: Wie liefen die Dinge? Stern war nach meinem Dafürhalten außerordentlich ambivalent. Auf der einen Seite nahm ich ihm schon ab, daß er sich zum Kommunismus bekannte. Auch seine Vorlesungen, die doch mehr oder weniger oberflächlich waren, waren nach diesem typischen Schema der Vierklassengesellschaft aufgebaut. Ihn interessierte vor allem die Pariser Kommune, wenn ich mich recht erinnere. Da kam schon zum Ausdruck, daß er Marxist war. Andererseits hat er eine ganze Reihe übler Dinge, die von Berlin ausgingen, abgewehrt. Sie fragten nach möglichen Gegnern, die Stern hatte. Ich kann da nur Herrn Brentjes nennen. Herr Brentjes brachte Stern in die Nähe der Austromarxisten. Und Austromarxist zu sein, war damals nahezu so schlimm wie "Titoist". Stern hat natürlich seine Beziehungen, die er nach Moskau hatte, spielen lassen und hat Brentjes kaltgestellt. Brentjes war über Jahre kaltgestellt. Er kam erst in sehr später Zeit zurück. Also die Versuche gab es, Stern von links zu überholen.

Mühlpfordt: Es ergeben sich zunächst drei Fragen. Warum hat Ulbricht gerade an der Universität Halle das Exempel statuiert und nicht an einer anderen Universität? Es ging darum, alle Universitäten einzuschüchtern und sie einzustimmen auf den Kurs einer sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Universität. Das sollte durchgesetzt werden als Teil der kommunistischen Kulturrevolution, die dann auch auf anderen Gebieten betrieben wurde. Und Ulbrichts Leitbild war dabei: Es darf an den Universitäten nur bleiben, wer Gewähr bietet, daß er die Studenten zu Sozialisten erzieht, also insbesondere zu sozialistischen Lehrern. Dann ist zu fragen, warum sich die Attacken vor allem gegen zwei Gruppen richteten. Die eine nannten Sie schon, den Spirituskreis. Die andere Gruppe waren die sogenannten "Revisionisten". Die dritte Frage: Warum gerade die drei Hauptangeklagten? Der Theologe Kurt Aland, der Landwirtschaftswissen-

schaftler Erich Hoffmann und ich? Gegen mich sind allein 16 -Ismen als Anklagepunkte vorgebracht worden. Der erste war: bürgerlicher Objektivismus. Ein Historiker darf die Geschichte nach SED-Sicht, und insbesondere nach Ulbrichts Standpunkt, nicht objektiv, nicht sachlich, nicht unbefangen darstellen. Der zweite Punkt waren meine bürgerlichen Theorien. Da darf ich den SED-Chefideologen Kurt Hager zitieren. Am 4. April 1958 sagte er auf der Universitätskonferenz in Halle wörtlich: "Es genügt nicht, daß man sagt, daß das, was Mühlpfordt entwickelt, unmarxistisch ist, eine Abweichung und eine Entstellung des historischen Materialismus. Es handelt sich nicht um eine Abweichung vom historischen Materialismus, sondern um bürgerliche Theorien. Ich möchte Eure Aufmerksamkeit darauf lenken, daß es bei den Auseinandersetzungen darauf ankommt, das Wesen dieser falschen Theorie zu entdecken und sie zu zerschlagen." Das war also das Ziel. Entsprechend bei den Anschauungen bei Kurt Aland und Erich Hofmann. Daß gerade die Universität Halle ausgewählt wurde, hatte den Grund, daß alarmierende Meldungen an Ulbricht gerichtet worden waren, daß hier an der Universität Halle eine konterrevolutionäre Verschwörung im Gange wäre. Sowohl Ulbricht wie auch Hager haben das in ihren Auftritten im April 1958 in Halle so formuliert: Die Universität Halle ist hinter den anderen Universitäten zurückgeblieben. Das hieß natürlich, politisch zurückgeblieben. Als Muster, als vorbildliche Universitäten wurden uns vorgehalten Leipzig und Berlin, die Humboldt-Universität. Die hallischen Funktionäre hatten entsprechend zu formulieren nach dem bekannten Losungswort: Die Universität Halle muß nun aufholen, nach Möglichkeit gleich überholen. Die Attacke, der ganze Feldzug, also die Antirevisionismuskampagne hatte internationale Ursachen. Das war ein Teil der Sputnik-Psychose, wie ich es nenne, weil sich nach dem Start der ersten beiden Erdtrabanten im Oktober 1957 unter den Funktionären der kommunistischen Partei die Vorstellung verbreitet hat, sie würden in Kürze die Herren der Welt sein. Sie besäßen jetzt eine enorme militärische Überlegenheit. Die SED-Funktionäre mit Ulbricht an der Spitze leiteten daraus die Folgerung ab, sie würden sehr bald Herren von ganz Deutschland werden. Ich habe Ausgaben vom hallischen SED-Bezirksorgan "Freiheit" von damals, in dem Artikel gegen mich sind. In der gleichen Nummer sind solche Losungen bei Versammlungen abgedruckt: "Sozialismus für ganz Deutschland", "Bald werden wir am Rhein sein" und ähnliche Formulierungen. Das war eine Psychose; und aus dieser heraus ist eine Verschärfung eingetreten, eine aggressive Verschärfung. Die erste Verschärfung, das deuteten Sie schon an, war nach dem Ungarnaufstand. Da war es zunächst noch

defensiv gewesen, aber es begann schon die Frontstellung gegen die Revisionisten. Jetzt folgte auf den Start der Sputniks die Moskauer Erklärung der kommunistischen Parteien im Weltmaßstab, worin der Revisionismus als der Feind Nr. Eins, als der Hauptfeind, definiert war. Daraus leitete sich diese Antirevisionismuskampagne ab. Da wurde zum Beispiel der Erziehungshistoriker Professor Becker, weil er für Begabtenförderung eintrat, zum Revisionisten gestempelt, und der Sportwissenschaftler Professor Lukas und ich und noch mehrere andere, der Sportdozent Burisch, also alle, die nicht zum Spirituskreis gehörten, aber trotzdem mißliebig waren, wurden unter dem Etikett "Revisionist" zusammengefaßt. Man wollte ja immer den Feind in Fraktionen bündeln, nicht nur einzelne Leute bekämpfen.

Rupieper: Dies waren sehr wichtige Ergänzungen, denn ich habe ja Akten von Burisch und Lukas und anderen durch Zufall in den Sportwissenschaften einsehen können. Das ist sehr wichtig. Ich denke, Herr Mühlpfordt, den schönsten -Ismus haben Sie uns unterschlagen. Ich weiß, daß Ihr Revolutionsbegriff "psychologisierend, geographisch, deterministisch" war.

Bohley: Ich habe diese Veranstaltung im April 1958 im Klubhaus der Gewerkschaften miterlebt, als Ulbricht eingeladen war, übrigens vom Kulturbund. Dort haben drei Professoren unserer Universität immerhin den Mut gehabt, öffentlich in ihren Reden einiges zu sagen. Sie hatten nicht den Mut, den Spirituskreis zu verteidigen, das sollte man auch dazu sagen. Das gehörte offenbar zu dem Ritual dazu. Es sprachen Reichenbach, Mothes und Hanson: Ich war als Doktorand von Mothes dort, saß oben auf der Empore und habe das dadurch miterlebt. Jeder von ihnen hat Ulbricht sehr deutlich eine ganze Reihe von kritischen Punkten aufgezählt. Und Ulbricht setzte sich hin und machte sich Notizen. Es war eine Pause dazwischen - sehr kurz. Dann antwortete Ulbricht. Das hat mich schwer verwirrt, daß dieser Mann tatsächlich denken konnte und daß er selbständig sich die Antworten entworfen hatte. Es gab also nicht irgendein Gremium, das ihm die Stichworte entworfen hat. Und das, was nachher in den Zeitungen veröffentlicht wurde, hatte er sich binnen weniger Minuten zurechtgelegt. Zum Beispiel: Hanson hatte sich darüber beschwert, daß seine Tochter am Schießunterricht teilnehmen mußte, dann kam die Ulbrichtsche Antwort: "Nun, wenn die Tochter des Herrn Professor das nicht will, räumen wir die Positionen der Arbeiterklasse und die Imperialisten können

schießen.“ Das war durchaus schnell. Das wollte ich nur sagen.

Er hat auch auf eine ganze Reihe von sehr grundsätzlichen Einwänden von Reichenbach oder Mothes klardenkend und knappformulierend geantwortet, sich überhaupt nicht helfen lassen, sondern selbständig gearbeitet. Das wollte ich bloß sagen. Ich bin kein Bewunderer von Ulbricht, im Gegenteil.

Rupieper: Aber warum ausgerechnet Halle? Weil Halle eine Hochburg bürgerlicher Wissenschaftler war? Wie Erich Hoffmann, wie Hanson, andere um Aland und diese Gruppen. Warum hat man in Halle ein Exempel statuiert? Sie haben gesagt: allgemein zurückgeblieben hinter Leipzig und hinter Berlin in der politischen Ausrichtung der Universität. Warum ist man zu diesem Zeitpunkt so unter Druck geraten? Das hätte ja auch 1954 sein können oder später. Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt? Gibt es außer den von Ihnen genannten, sehr wichtigen Hinweisen: Sputnik und Revisionismus weitere Möglichkeiten, das zu interpretieren?

Dräger: Es war eine bedrückende Atmosphäre. Ich hatte den Eindruck, daß an jedem Tisch ein Mann von der Stasi saß. Ich muß sagen, um mich zu schützen, habe ich auch geklatscht, bin in die Marxistensprache rein. Es war so abgekaspert: Immer im Wechsel, ein Marxist - ein bürgerlicher Professor - ein Marxist - ein bürgerlicher Professor. Stern selbst hat keine eigenen Aussagen in dem Sinne gemacht, sondern hat einen Brief von Langenbeck verlesen. In Wirklichkeit hat er also die Reihe durchbrochen und dadurch noch einmal einen bürgerlichen Professor zu Wort kommen lassen. Das ist wohl also auch ein bißchen typisch für seine Diplomatie, wie er sich aus der Schußlinie nahm, aber trotzdem natürlich scheinbar Partei nahm, für die kommunistische Linie. Es ist so gewesen, daß mir manchmal der Atem stockte, besonders als Hanson sprach. Da war ich so begeistert, daß jemand solche Privatinitiative, solchen Mut haben kann, das zu sagen. Da war ja der Spirituskreis angegriffen und Professor Gallwitz, der Geologe, hat auch zum Spirituskreis gesprochen. Er hat gesagt:“ Das ist ein Kaffeekränzchen. Was wollen sie?“ Es war also dieser Kreis, eine Auswahl von Professoren. Von jeder Fachschaft wurde ein Vertreter dort hineindelegiert. Ich weiß nur, als Professor Lintzel ausschied, ist Hausherr für die Geschichte in diesen Spirituskreis reingerückt. Die haben sich regelmäßig getroffen, haben Fachvorträge gehalten aus allen Fachbereichen. Sicher haben sie auch versucht, Einfluß zu nehmen auf die Universitätspolitik. Allerdings war das in

einer Diktatur so, daß alle Ernennungen von Professoren in Berlin geschahen. In Wirklichkeit konnte also dieser Spirituskreis keinen direkten Einfluß mehr ausüben, auch nicht auf die Berufung von Professoren. Insofern wurde das fürchterlich aufgebauscht. Dieser Name "Spirituskreis", der ist erfunden worden bei den Marxisten. Gallwitz sagte, das ist weiter nichts als eine wissenschaftliche Kaffeerunde. Hanson stellte sich zum Beispiel hin und sagte: "Ich komme aus einer Familie von Naturwissenschaftlern, Politik hat in unserem Privatleben keine Rolle gespielt. Und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier nicht versiert genug bin." So in dem Stil war das zu dieser Zeit des ausgeprägten Stalinismus noch möglich. Es war ein Symbol dafür, daß die Professoren, die große Fachkenntnisse hatten oder einen guten Ruf, daß die noch in der Lage waren in dieser Zeit Ulbricht und anderen SED-Leuten die Stirn zu bieten.

Mehlig: Ich glaube, es hat auch ganz elementare Ursachen, weshalb man gerade auf Halle kam. Es hat wirklich ganz prinzipielle Ursachen. Ich erkenne sie in Folgendem: Es gab an der Universität die Institutionen, die von Natur aus nicht dem Regime genehm sein konnten. Zunächst einmal die Studentengemeinde, Stichwort: Hamel. Nachdem man Hamel eingesperrt hatte, kam ein anderer. Der Hamel hatte noch einen Adjunkten, der ziemlich blaß war, der dann in Berlin Friedensprofessor wurde, ein Theologe namens Basserat. Basserat war eindeutig hineingeschleust worden. Ich bin absolut sicher, daß der einen Auftrag hatte. Nun zu der anderen Ursache. Die Studentengemeinde ist dabei gar nicht so wichtig, aber alle Namen, die jetzt genannt wurden, waren prominente Leute der Leopoldina. Und die Leopoldina war ausdrücklich von all diesen Reformen ausgeklammert. Ich erinnere an Folgendes. Sämtliche Vereinigungen, Vereine und sonstiges oder Gesellschaften, die mit Politik nichts zu tun hatten, wie beispielsweise die Deutsche Morgenländische Gesellschaft, bekamen den Auftrag: Schließt Euch dem Kulturbund an, ansonsten habt Ihr keine Lebensmöglichkeiten. Natürlich ging das bei der DMG nicht, denn die Mehrzahl der Mitglieder lebte in den westlichen Zonen. Ergo war sie in Ostdeutschland tot. Bei der Leopoldina ging das nicht. An der Existenz der Leopoldina hatten die Russen ein ganz vitales Interesse, denn man wollte auf diese Art und Weise naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse für sich ausbeuten. Mothes, der Name wurde genannt, war Präsident. Reichenbach war Vizepräsident. Gallwitz war Mitglied. Hanson war Generalsekretär. Erich Hoffmann war ebenfalls Mitglied. Außerdem ist er hervorgetreten in der Studentengemeinde als ganz profilierter Redner.

Diese Leute waren auf der anderen Seite unmittelbar in das Gefüge der Universität involviert. Aus diesem Grunde mußte man das torpedieren. Das ist nach meinem Dafürhalten etwas ganz Wichtiges. Eine derartige Konstellation gab es an keiner anderen ostdeutschen Universität. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Die Leopoldina hatte in dem gesamten Ostblockgefüge eine Ausnahmestellung, eine absolute Ausnahmestellung und die war nun in Personalunion mit der Universität verknüpft.

Rupieper: Das ist ein Aspekt, der bisher in der Literatur, soweit ich sie überblicke, nicht bedacht worden ist.

Mehlig: Ich glaube nicht, daß er urkundlich eruierbar ist. Das wird man nicht in den Akten finden.

Zöllner: Das Jahr 1958 war sicherlich der Höhepunkt der stalinistischen Entwicklung in der DDR. Ich denke, die Einmischungen, die damals stattgefunden haben, unabhängig von Einzelrepressalien, über die wir ja gestern gesprochen haben, haben sich in dieser Weise, in dieser Grobschlächtigkeit, die die wissenschaftliche Arbeitsfähigkeit der Universität über ein Dreivierteljahr lahm legte, nicht mehr abgespielt. Die Ergebnisse und auch der Widerstand, der vielfach stattgefunden hat, es wurden ja Namen genannt, haben dann doch zum Rückzug genötigt. Die Verantwortlichen sind aus den einschlägigen Dokumenten bekannt, auch in der Presse kann man ihre Namen lesen. Sie traten auf der genannten Veranstaltung auch als Sekundanten von Ulbricht auf, auch der neu gewählte Parteisekretär der Fachrichtung Geschichte, später stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Berlin, war dort maßgeblich vertreten. Haupteinpeitscher neben dem damaligen Parteisekretär, neben dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften und dem Fußvolk, das im Gefolge des Staatssekretärs Harig aus Berlin angereist war, waren dann Satrapen aller Art, die wissenschaftlich nichts bedeuteten, aber sich im täglichen Kampf gegen Andersdenkende immer wieder profilieren konnten. Also diese Truppen sind alle bekannt. Daß man die losließ, wie nie zuvor, das hat natürlich diese ganze Sache in einmaliger Weise zum Triumph des linken Radikalismus werden lassen.

Ich habe mich damals schon immer gefragt, warum Halle. Wir haben hier einige Gedanken gehört - alles richtig. Aber wer den Mechanismus im SED-Staat kennt, weiß,

daß viele Dinge oftmals von banalen Intrigen abhängig gewesen sind. Denn ich würde meinen, daß solche Dinge in der Vorgeschichte, vielleicht auch der Versuch, den Stern endgültig aus den Angeln zu heben, eine Rolle gespielt haben, indem man nun Ulbricht auf bestimmte Dinge ansetzte. Herr Mühlpfordt ist ja hier, er hat ja gewagt, was man vielleicht heute gar nicht mehr so verstehen kann, so am Heiligsten zu rühren: an der Revolutionstheorie und an der Oktoberrevolution. Das war die schlimmste Sünde wider den Heiligen Geist. Wenn man das dem Ulbricht richtig beigebracht hat, dann brauchte man sich nicht zu wundern, wenn das alles über Halle kam. Dann würde ich meinen, daß doch hier die interne Politik irgendwie im Hintergrund steht, was man bisher eigentlich nicht durchschaut. Es ist ja bei diesem ganzen Mechanismus, wo vieles eben nicht schriftlich belegt ist, sehr schwer zu durchschauen.

Das hatte ja auch gewisse Vorgeschichten: der Kampf gegen die Frau Hertwig, die die Mäuse züchtete und in die Nähe von dem amerikanischen Oberfliegenzüchter trat und all dies... Also alle diese Angriffe, die kannte nun der Ulbricht. Ich würde sagen, daß das dann doch diese Sache beflügelt hat, ausgerechnet hier in Halle, in der Nähe vom geliebten Leipzig reinen Tisch zu machen. Solche Intrigen werden doch sicher eine maßgebliche Rolle gespielt haben, daß man sich diese Universität nach der 3. Hochschulkonferenz auserkoren hat. Ähnliche Dinge werden sich vielleicht auch woanders, bei anderen Hochschulen beim näheren Hinsehen abgespielt haben. Aber hier hat man es bis zum Ende durchexerziert. Hier fand man auch ein breites Publikum, das mitwirkte. Wir haben die Namen alle parat.

Es war eine ganz schlimme Zeit, und die Fluchtwelle hat es dann auch gezeigt. Wenn der Monat zu Ende war, hat man dann immer den Body-Count gemacht: Wer ist noch da? Wer ist schon fort?

Interessant, wenn ich an die Versammlung denke, die Herr Dräger schilderte, und wenn man sich die zeitgenössische Berichterstattung ansieht, ist ja das, was man heute als Quelle hat. Man muß sehen, was die Bezirkspresse der SED an Berichten bot über die Diskussion und was dann die Blockparteien boten. Die Bezirkspresse der SED hat alles weggelassen, was ihr an der Kritik nicht paßte, während die Blockparteien dann hochgenüßlich ausgebreitet haben, was auch noch gesagt wurde, so daß es doch von Interesse ist, das auch einmal mit heranzuziehen.

Rupieper: Das ist in der Tat ein interessanter Gesichtspunkt, den man sicherlich

berücksichtigen muß. Vor allen Dingen, um das auf den Punkt zu bringen, hat es eine inneruniversitäre Auseinandersetzung gegeben zwischen Rektor Stern und dem vorhin erwähnten Prorektor Jahn. Das waren interne Auseinandersetzungen. Die Frage wäre natürlich: Wer hat hier in Berlin interveniert? Stern und Jahn? Haben die Studenten das überhaupt wahrgenommen?

Hermann: Dieser Ulbrichtbesuch hatte einen Effekt, der nicht vorherzusehen war. Er hat nämlich zu einer außerordentlich starken Solidarisierung mit den genannten Professoren geführt. Vielen war überhaupt nicht bekannt, daß es lockere Vereinigungen, Gesprächsrunden von solchen Professoren gab, die sich nicht angepaßt hatten. Durch die Berichterstattung ist dies überhaupt erst bekannt geworden, und ich weiß, daß unser Hanson an der ganzen Universität an Ansehen außerordentlich gewonnen hat, durch sein Auftreten. Genauso wie Mothes und Reichenbach und die anderen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß es sich lohnt, in diese Richtung Gedanken zu verschwenden. Wir haben Folgendes gesehen: Hier muß man noch nicht alles aufgeben, und nicht alles, was nun öffentlich verkündet wird, wird sich durchsetzen können. Es sind noch genügend Leute da, die gewisse andere Vorstellungen haben. Das hat Mut gemacht.

Mehlig: Auffällig ist zunächst einmal, daß die Mehrzahl der von Ulbricht attackierten Leute nicht Naturwissenschaftler waren. Es waren die Leute, die Gesellschaftswissenschaftler waren, auch übrigens nur als Parenthese eingefügt, die Sprachwissenschaftler im engeren Sinne waren ja ausgeschlossen nach dieser genialen Schrift Stalins: "Die Fragen der Sprachwissenschaft und der Marxismus". Oder so ähnlich. Insofern blieb ich auch verschont. Es waren vornehmlich Geisteswissenschaftler, die sich eben nicht diesem gesellschaftswissenschaftlichen Modell ohne weiteres angeschlossen haben. Ich möchte noch einmal betonen, die Hauptrichtung ging in den Naturwissenschaften bei Ulbricht vornehmlich gegen die Mitglieder der Leopoldina. Der Angriff auf sie und die anderen stand im Mittelpunkt. Herr Mühlpfordt sollte als Warnschuß, als Schuß vor den Bug angesehen werden. Nicht nur dieser Nebeneffekt war damit ganz gewiß verbunden.

Rupieper: Es gibt Briefe zwischen Ulbricht und Mothes. Da wird deutlich, daß Mothes einen ziemlich starken Stand hat, denn er kann sich Dinge erlauben in den Briefen, die bei andern zu Repressionen geführt hätten. Deshalb bin ich mir wirklich nicht sicher, ob diese

These über die Naturwissenschaftler so richtig ist. Es ist möglich, doch man müßte es genau überprüfen.

Mehlig: Vielleicht sollte man, falls Sie es noch nicht längst getan haben, Herrn Parthier bitten, Zugang zu den Archivmaterialien der Leopoldina zu geben. Ich möchte Ihnen nur eine ganz kurze Episode daraus zitieren und Folgendes sagen. Zunächst einmal: An dem Erhalt der Leopoldina war Stern maßgeblich beteiligt. Jetzt sah man, daß von dort aus eine starke Reaktion, ja reaktionäre Elemente ausgingen. Stern mußte sich rechtfertigen. Ich möchte das an folgendem Beispiel demonstrieren. Robert Havemann war in den 50er Jahren ein strammer SED-Mann. Er sollte in die Deutsche Akademie, so hieß sie noch, zu Berlin gewählt werden. Mothes hatte ein starkes Mitspracherecht, da stimme ich mit Ihnen voll überein. Mothes hat sich entschieden dagegen verwahrt, daß dieser Scharlatan Havemann in die Akademie aufgenommen wurde. Damals gab es heftige Auseinandersetzungen. Das läßt sich alles nachweisen. Vielleicht haben Sie die Akte schon gesehen, es gab heftige Auseinandersetzungen zwischen Stern und Mothes. Als Havemann dann in den 70er und 80er Jahren in Verruf kam, wurde der Antrag gestellt, ebenfalls noch unter Sterns Beteiligung, ihn aus der Akademie zu entfernen. Da war es Mothes, der nun wiederum sagte, also bitte, ich habe damals interveniert aus sachbezogenen Gründen, ich denke nicht daran, den Mann jetzt aus politischen Gründen wieder zu entfernen. Es hat ganz harte Auseinandersetzungen gegeben. Diese Dinge sollten gründlich untersucht werden, auch im Zusammenhang mit der Politik an der Uni.

Erdmann: Ich habe die Zeit zwar nicht miterlebt, zum Glück nicht, allerdings verfüge ich über relativ gute Aktenkenntnisse, was diesen Vorgang um den Spirituskreis anbelangt. Ich möchte nur ganz kurz ein paar Dinge nennen, die das Gesagte mit Fakten untermauern. Bekannt war den Sicherheitsorganen, speziell der Staatssicherheit seit 1953, daß es den Spirituskreis an der Martin-Luther-Universität gab. Die schenken dieser Sache allerdings keine weitere Beachtung, weil er ja auch politisch an und für sich nicht relevant war. Erst Ende 1957 wird der Spirituskreis aufgewertet. Nun muß man sagen, daß man auf Grund der personellen Zusammensetzung generell etwas gegen bestimmte Leute an der Martin-Luther-Universität unternehmen wollte. Einmal war Aland zum Beispiel bekannt. Er war auch Mitherausgeber der Theologischen Literaturzeitung und hatte in dieser Funktion verhindert, daß sogenannte progressive Theologen, wie sie

damals hießen, auf die Veröffentlichungen Einfluß gewinnen. Walter Ulbricht wurde dann noch zugetragen, daß Erich Hoffmann bürgerliche Ökonomie der Landwirtschaft las. Dann gibt es Berichte über Alands Institut. In etwa wörtlich: Die Assistenten in Alands Institut erzählen sich dauernd Witze, verunglimpfen Arbeiterfunktionäre, sie dichten Walter Ulbricht ehrenrührige Berufe an. Und wenn ihm das zugetragen wurde, da wurde er natürlich sehr ungehalten.

Dann ein anderes Mitglied im Spirituskreis: Professor Gallwitz, das ist bekannt. Auf dem Höhepunkt der Massenverhaftung von Studenten 1952, die dann einfach so verschwanden, hat auf Grund der Intervention von Gallwitz und Arno Lehmann eine Senatssondersitzung stattgefunden, wo im Prinzip Agricola und Professor Stern Stellung nehmen mußten. Das hat man ihnen auch nie vergessen. Das spielt dann 1958 wieder eine Rolle. Dann war eine Konstellation hergestellt. Man muß erst mal dazu sagen, es war eine große Verschwörungstheorie. Jetzt kommt eines dazu: Diese Auseinandersetzungen, die Herr Professor Rupieper nannte, zwischen dem Rektor der Universität und dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, berichtete Leo Stern auch an Ulbricht mit den Worten: An dieser Universität sind feindliche Gruppen am Werk. Er meinte aber damit die linksextreme Fraktion, die Professor Stern bekämpfen wollte, die praktisch an seinem Stuhl sägte.

Nun kommt es wirklich. Die Partei untersucht das. Sagt "ja", da existiert eine geheime Macht, die eigentlich die Universität lenkt, das ist dieser Spirituskreis. Seitdem bearbeitet im Prinzip die Staatssicherheit diese Leute, sammelt Material und organisiert letztendlich auch den Auftritt mit Ulbricht. Beim ersten Mal, als Ulbricht in Halle war, wird das genau analysiert, wie der Angriff gegen Professor Becker, Professor Mühlfordt und Professor Lukas gelaufen ist. Viele Studenten sagen, es war ein schwacher Auftritt von Ulbricht. Auf alle Fälle ist die sogenannte Manöverkritik nachher nicht besonders positiv gewesen. Und der zweite Auftritt wird minutiös, ich habe da auch das "Drehbuch", vorher geplant. Die Staatssicherheit verteilt die Aufträge an die Leute, die da sprechen sollen. Ulbricht kommt früh in die Bezirksleitung, läßt sich noch einmal die Diskussionsbeiträge seiner Leute vorlegen und sagt: "Ja, in Ordnung. So kann das laufen." Dann wird diese Veranstaltung inszeniert. Ulbricht weiß alles schon vorher. Es kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Diese Diskussionsbeiträge, auch von dieser ehemaligen Assistentin von Professor Aland, werden wie ein Axiom behandelt. Alles was sie sagen, ist grundsätzlich wahr.

Bei den Auseinandersetzungen, die dann stattfinden, zum Beispiel mit Professor Aland, wird diesem überhaupt nichts geglaubt. Keinem der Angehörigen des Spirituskreises wird geglaubt, denn es wird nur das als Wahrheit angesehen, was die bestellten, bezahlten Leute auf der Veranstaltung gesagt haben. Professor Stern bezeichnet dieses Vorgehen hinterher als Banditismus, was letztendlich auch im Endeffekt dazu beiträgt, daß er dann 1959 zurücktreten muß.

Vielleicht noch eine ganz interessante Sache zu dem, was Herr Mehlig gesagt hat. Die Staatssicherheit hat auch diese große Verschwörungstheorie aufgestellt: Leopoldina in Zusammenarbeit mit dem Spirituskreis, in Zusammenarbeit mit der Studentengemeinde. Professor Mühlfordt hat auch Beziehung zum Spirituskreis und zu allen anderen. Das ist ein großes reaktionäres Zentrum. Das muß bekämpft werden.

Genauso ist das gelaufen, so wurde das auch gesehen.

Rupieper: Ich glaube, das war interessantes Hintergrundwissen. Ich will nur noch einmal auf diese Auseinandersetzung zwischen Stern und diesen sogenannten jüngeren linksradikalen Gruppierungen in der Partei verweisen. Stern mußte sich gegen diese jüngeren Mitglieder in der Partei zur Wehr setzen. Der Name Jahn ist ja schon gefallen. Es geht aber auch um seine Tätigkeit als Historiker bei der Edition der Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hier habe Stern, und das wird ihm vorgeworfen, "jedesmal durch die Beschäftigung von pensionierten Studienräten und Archivaren die Gefahr des objektivistischen, apolitischen Verhaltens gegenüber dem Archivgut, vor allem den (sattsam) bekannten Quellenfetischismus billigend in Kauf genommen." Das ist also die interne Auseinandersetzung zwischen Stern und diesen Jüngeren. Nur, Sie haben ja schon an den unterschiedlichen Positionen gemerkt, daß hier sehr, sehr viel zu bedenken ist.

Blobner: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen anderen Strang hinweisen, der bis jetzt noch nicht erwähnt worden ist, der aber möglicherweise auch eine zusätzliche Erklärung oder ein zusätzliches Moment in diesem Bündel darstellt: warum Ulbricht gerade nach Halle gekommen ist. Zu überlegen wäre noch: Was sind tiefgreifendere Ursachen dafür und welches sind kurzfristige Anlässe. Das, worauf ich Sie hinweisen möchte, ist Folgendes. Davon wußte natürlich Stern als Rektor. Er wußte es natürlich von seiner Fakultät, und davon wußte auf der anderen Seite,

natürlicherweise, auch das Zentralkomitee: Es liegen Berichte von der Stasi bzw. vom damaligen Generalstaatsanwalt Melsheimer an den Genossen Streit vor, der damals die juristische Abteilung im ZK der SED geleitet hat. Er war selbst später auch Generalstaatsanwalt. Es geht um eine übergreifende Gruppierung. Hier geht es um die sogenannten Revisionisten, die alle Mitglied in der SED waren, in Halle und Leipzig. Ich nenne Namen: Dr. Ralf Schröder, Erich Loest, jetzt bekannter Leipziger Schriftsteller, Dr. Harro Lucht, Harry Schmidtke, Charlotte Koshut, Harres Löth, heute Slawist an der Leipziger Universität. Sie waren, bis auf Loest, alles Universitätsangehörige und in den Vorlesungsverzeichnissen aufzufinden. Sie waren Revisionisten in der Weise, daß sie Zugang hatten zu damals in der DDR noch nicht veröffentlichten, aber in Arbeit befindlichen Übersetzungen aus der Sowjetliteratur. Die haben sich zum Beispiel auf das, ich glaube, damals auch noch nicht in der DDR erschienene Buch von Ehrenburg mit dem berühmten Titel "Tauwetter" gestützt und waren zum Teil selbst an der Übersetzung dieses Buches beteiligt. Übrigens wurden sie als staatsfeindliche Gruppe nach dem gleichen Paragraphen wie ich verurteilt, ein Vierteljahr nach mir, wenige Tage vor Weihnachten 1958. Das Urteil liegt später, aber der Sachverhalt liegt früher. Ich bitte zu überlegen. Man müßte da auch noch graben in den Akten, ob es irgendwelche unterstützenden Argumente gab für Ulbricht, nach Halle zu kommen und hier "reinen Tisch" zu machen.

Hedewig: Ich will nur kurz etwas aus studentischer Sicht ergänzen. Die Vorgeschichte geht bis ins Jahr 1957 zurück. Die Schraube wurde ab Frühjahr 1957 angezogen; und zwar zeigte sich das an der Verweigerung von Westreisen, die von 1954 bis 1957 üblich und möglich waren. Es gab eine FDJ-Versammlung im Geographischen Institut, wahrscheinlich auch in anderen Instituten, wo die Studenten verpflichtet werden sollten, nicht mehr in den Westen zu fahren. Ich hab hier ein Stasiprotokoll vom 22.05.1957 über eine solche Versammlung vorliegen. Ich habe Ihnen das auch geschickt. Wir hatten als Geographen noch im Jahr 1957 eine Exkursion nach Westdeutschland. Die fand statt im Oktober 1957. Das war meines Wissens die letzte überhaupt, die hinausging. Ich habe noch etwas zu sagen über einige andere Professoren, deren Namen hier noch nicht gefallen sind: Also Messerschmidt, der Physiker, wurde stark angegriffen. Das ist damals auch in der Presse erschienen. Käubler wurde merkwürdigerweise geschont, obwohl er nicht in der Partei war und oft ganz freimütige Äußerungen brachte, wie zum Beispiel in

der Vorlesung: "Ich bin nicht gegen politischen Kampf - ich bin gegen politischen Krampf"; noch 1957. Es wurde also dann über Käubler bei uns im Seminar unter Anwesenheit der Gesellschaftswissenschafts-Dozentin diskutiert. Wir haben gemerkt, daß Käubler absichtlich geschont wird, wir wußten aber nicht weshalb. Aber man hatte in jedem Institut einen Denunzianten, einen Informanten der Stasi. In der Geographie war es der Doktor Harke, in der Botanik war es der Herr Klotz und so weiter. Die haben laufend berichtet, was ich später erfahren habe. Dann noch etwas zur Studentengemeinde. Gallwitz und Hoffmann hatten enge Verbindungen zur Studentengemeinde. Ich habe damals Propst Grüber aus Berlin nach Halle geholt. Da war auch Gallwitz mit dabei bei dieser Versammlung. Grüber sagte uns damals: "Es gibt einen Kanal zwischen Staat und Kirche. Immer wenn der verstopft ist, heißt es: Grüber geh mal runter und mache sauber, und wenn ich wieder hochkomme, heißt es: Grüber, wie bist du dreckig."

[Allgemeines Lachen]

Es fanden dann die ersten Verhaftungen statt im Bereich der Studentengemeinde: Schmutzler in Leipzig bereits 1957; dann ging es weiter mit Giersch in Jena; weshalb man Hinz in Halle in Ruhe ließ, ist mir nicht ganz klargeworden. Aber man hat die Bibliothek der Studentengemeinde eingezogen. Hinz hat es damals noch fertiggebracht, möglichst viele Bücher vorher zu verleihen, so daß da nicht ranzukommen war. Ich will noch ganz kurz mit einem Bonmot schließen: zum Thema Sputnik und Messerschmidt. Ich habe damals einen Brief an einen Freund nach Westdeutschland geschrieben: "Seit der Sputnik den Mathematikern zeigt, wie man große Ellipsen malt, ist die Hybris ihrer Schöpfer ins Unermeßliche gestiegen. Unsere Dichterlein Johannes Robert Becher und Bartels Kurt, genannt KUBA, wetteiferten um die besten Sputnikreime: einen für den Kindergarten, einen für die Oma, einen für den Opa Heiser. Unserem Physikprofessor, der den lästigen Interviewern sein Mißfallen über ihre Aufdringlichkeit deutlich in die Ohren pfiff, zeigten unsere Zauberkünstler, daß der gleichfalls elliptische bahnbeschreibende Holzhammer noch nicht ausgestorben. Ein dreifaches Hoch der proletarischen Tradition." Und diesen Brief hat die Stasi abgefangen, der liegt also in den Akten.

Mühlpfordt: Herr Erdmann hat darauf hingewiesen, daß die zweite Runde dieser Schauprozesse Ulbrichts im April 1958 in Halle sehr sorgfältig mit der Stasi vorbereitet wurde. Hinzuzufügen ist: in Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung der SED. Und Parteiakten liegen auch vor darüber, daß der erste Auftritt bereits sehr sorgfältig

vorbereitet worden ist. Ulbricht ist bereits am 9. April, am 12. April war sein erster Auftritt, in Halle gewesen. Er hat sich genau orientiert über die Lage, über die Zusammenhänge, über die Personen. Am Abend des 9. April, nach dieser vorbereitenden Sitzung der Bezirksleitung der SED, wurden bereits die Fachschaften instruiert, das heißt, die SED-Grundorganisationen. Das geht auch aus den Akten hervor, und da hat der bewußte Prorektor für Gesellschaftswissenschaften bereits die Parolen ausgegeben und wörtlich erklärt: "Der Mühlpfordt ist eine Gefahr", also die Worte Ulbrichts wiedergegeben: "er muß aus dem Lehrbetrieb herausgezogen werden." Zwischen den beiden Auftritten Ulbrichts habe ich daraufhin bereits Lehrverbot bekommen. Das wurde sofort ausgeführt. Es traf auch Lukas, und es sollte auch Becker treffen. Aber der war am gleichen Morgen in Richtung Westen davongefahren. Das sollte natürlich eine abschreckende Wirkung haben, diese Amtsentsetzungen. Das hat es auch gehabt. Denn es hat zum Beispiel hier in der Geschichtswissenschaft keiner mehr gewagt aufzumucken. Das war bestimmt beabsichtigt, aber zugleich wollte man alles, was nicht auf der Linie Ulbrichts lag, ausmerzen. Bei den Historikern kam dazu, daß Ulbricht sich selbst für einen großen Historiker hielt, er nannte sich ja "Historiker im dritten Beruf" und wollte nun so, wie Stalin das tat, die Wissenschaftler belehren. Es wurde aber ein Unterschied gemacht zwischen Geisteswissenschaftlern und Naturwissenschaftlern, weil man die Naturwissenschaftler benötigte für Wirtschaft und Technik. Die Geisteswissenschaftler konnte man ideologisch zurechtstutzen. Was die Taktik betrifft, ist noch zu bedenken, daß Ulbricht, wie immer er sich später von Stalin distanziert hat, das war ja reiner Opportunismus, zunächst ganz auf der Linie Stalins lag und sich genau an dessen Richtlinien hielt, zum Beispiel an die Richtlinie, mich wie andere Abweichler nicht sofort abzusetzen oder verhaften zu lassen oder dergleichen, sondern erst ideologisch fertig zu machen. Das heißt, ideologisch zu widerlegen.

Dazu diente in meinem Fall der Aufsatz über Revolutionsgeschichte. Den habe ich deshalb geschrieben, weil zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution von mir als Fachvertreter der Osteuropäischen Geschichte ein Jubiläumsartikel erwartet wurde. Um nicht eine phrasenhafte Lobeshymne anstimmen zu müssen, bin ich ausgewichen in einen allgemeinen revolutionsgeschichtlichen Aufsatz, der dann Anstoß erregte. Das diente als Aufhänger, wurde als Vorwand genutzt, während die anderen Dinge, zum Beispiel Personalpolitik, daß ich bürgerliche Assistenten hatte und dergleichen, das wurde dann zunächst im Hintergrund gelassen und auf dieses ideologische Moment der Schwerpunkt

gelegt. Ähnlich ging es Stern, wie Sie erwähnten. Mit seiner Arbeitsgemeinschaft "Geschichte der Arbeiterbewegung" versuchte man, ihn fachlich auszuhebeln. Das war Ulbrichts Taktik auch in anderen Fällen. Das hatte Stalin vorexemplifiziert. Bei der Leopoldina kam noch hinzu, die Naturwissenschaftler wurden verhältnismäßig geschont. Die Leopoldina hatte ja gedroht, nach dem Westen zu gehen. Das wollte man vermeiden. Also die Stoßrichtung gegen die Leopoldina war da, aber die war verdeckt, während man gegen die Geisteswissenschaftler offen vorgehen konnte. Da hoffte man, Ersatz zu finden. Vor allem rechnete ja Ulbricht damit, der war das so gewohnt in seiner Partei, daß man vor ihm zu Kreuze kroch.

Daß nun jemand den Kotau verwarf, konnte der fast nicht fassen. Das brachte ihn um so mehr in Wut. Mir ist ja noch eine Galgenfrist gelassen worden. Als ich dann endgültig entschädigungslos entlassen wurde, formal bin ich bis dahin noch Universitätsangehöriger gewesen, wurde das damit begründet: Er hat sich nicht nachträglich von seinen unwissenschaftlichen Auffassungen distanziert. Bei der Kündigung selbst hatte man keine anderen Gründe als den Vorwand, die Stelle wäre gestrichen worden. Man konnte mir nichts nachweisen. Ulbrichts Endziel war, die sozialistische, also kommunistische, Universität im Republikmaßstab, in der ganzen DDR, durchzusetzen. Weil in Halle das meiste zu beanstanden war, noch mehr als an allen anderen Universitäten, hat er sich Halle ausgewählt, zumal ihm auffallend alarmierende Berichte zugegangen waren von Sterns Konkurrenten. Das war ein SED-interner Machtkampf, daß hier die bürgerlichen Professoren solch einen Auftrieb hätten. Da kam auch dieses Argument gegen Stern, das schon erwähnt wurde: Er diplomatisiere. Stern hatte dann das Gegenargument: Er will die Substanz erhalten, also die Republikflucht verhindern.

Denn nur das war ja der Effekt. Das hat die Sache dann zum Erliegen gebracht, es ist vom Herbst an ein Zurückpfeifen, weil die Republikflucht sich steigerte. Herr Zöllner wies schon darauf hin. Dadurch ist das abgeebbt. Man konnte das nachweisen, das ist statistisch geschehen. Ich war schon seit Anfang 1956 mit dem Stichwort "Republikfluchtverdacht" bei der Stasi gemeldet. Das zur Antwort auf Ihre Frage, seit wann der Begriff "Republikflucht" auftaucht.

Weil sich diese Republikflucht vervielfacht hat, im Laufe des Jahres 1958, vor allem an der Philosophischen Fakultät, die am meisten betroffen war, mußte man zurückpfeifen, denn das war ja nicht das, was man beabsichtigt hatte. Die Leute um

Ulbricht mußten die Illusion gehabt haben, daß sie die Kritisierten zum Ducken bringen und haben also nicht vorausgesehen, daß die Republikflucht derartige Ausmaße annehmen würde. Aber die Strategie Ulbrichts war: kommunistische Kulturrevolution und als Teil derselben, sozialistische Universität. Für die Wahl des Zeitpunkts war, der Ausdruck fiel jetzt wieder, die Hybris nach dem Start der Sputniks maßgebend. Der erste Akt war defensiv gewesen nach dem Ungarnaufstand. Jetzt ging man offensiv vor, Halle dient als Abschreckung und als künftiges Muster für die sozialistische Universität.

Rupieper: Das, was Herr Mühlpfordt zum Schluß gesagt hat, scheint mir sehr überzeugend zu sein. Besonders dieser Hinweis auf die SED-internen Konflikte. Ich habe hier in meinem Skript ein kurzes Zitat dieser radikalen Vertreter, daß es einen Brief an Ulbricht gab, und die beklagen sich darüber: An der Universität gäbe es Überreste einer faschistischen Ideologie, klerikale Auffassungen und kleinbürgerlich-reaktionäre Einstellungen in der Parteiorganisation, im Institut für Pädagogik, bei den Historikern, bei den Sportwissenschaftlern, Wirtschaftswissenschaften und der Landwirtschaft, aber auch in der Juristischen Fakultät. Das ist fast die gesamte Universität. Da frage ich mich natürlich: Ist bei Ihnen, die Sie ja in verschiedenen Fakultäten waren, als Studenten etwas in Erinnerung geblieben? Haben Sie wahrgenommen, was da läuft? Diese Agitation von Jahn und anderen gegen Stern, ist das bis zu Ihnen gedrungen?

Oelke: Ich möchte etwas sagen aus der Sicht der damaligen Studenten. Das hatte ich vor, nun sprechen Sie das direkt an. Ich möchte zunächst mal ganz allgemein sagen, daß diese Aktion die Studentenschaft schwer getroffen hat, in doppelter Hinsicht. Zum einen durch den Verlust vieler Lehrveranstaltungen, vieler akademischer Lehrer. Zum anderen war es eine allgemeine Depression, die, sagen wir mal, ein tiefes Unbehagen, die eine Unsicherheit in der großen Masse der Studentenschaft hervorrief. Es sind viele damals laufende Lehrveranstaltungen ausgefallen. Ich habe zur damaligen Zeit in der Vorlesung von Professor Mühlpfordt gesessen. Die Vorlesung brach ab - es war dann Schluß. Selbstverständlich war es auch ein Prüfungsfach. Ich hatte die Vorlesungen bei Professor Becker gehört, dessen Vorlesungen wurden für null und nichtig erklärt. Wir mußten aber Examen machen. Wir wurden beauftragt, zwei sowjetische Lehrbücher in der Übersetzung zu lesen und uns auf dieser Grundlage auf die Prüfung vorzubereiten. Das als Beispiele, die mich direkt betrafen.

Und es kam im Gefolge dieser offiziellen Ereignisse auch zu einer Radikalisierung innerhalb der Studentenschaft. Wir Geographiestudenten waren relativ stark verbunden durch gemeinsames Studium mit den Geschichtsstudenten. Wenn ich jetzt, wie schon gestern, etwas gegen Geschichtsstudenten sage, dann bitte ich die hier anwesenden Historiker um Verzeihung, denn genau Sie betrifft es ja nicht. Es war einfach so. Geschichtsstudenten sind praktisch mit dem Auftrag in die geographischen Lehrveranstaltungen gekommen, am Geographischen Institut für frischen Wind zu sorgen, und sie haben es getan. Ich könnte jetzt Namen einzelner Geschichtsstudenten nennen, die mir unvergeßlich sind. Die sind in der Vorlesung gegen Professor Käubler aufgestanden, während der laufenden Versammlung und haben, was unerhört war in der damaligen Zeit - das war undenkbar - ihn offen angegriffen. Sie haben auch den Titel weggelassen, so daß er dann nachher sagte: "Entschuldigen Sie bitte, ich heiße Rudolf." Eine solche Situation in einer großen Vorlesung!

Und es kam nach meinem Wissen zum ersten Mal so eine Bewegung auf: "Sozialistischer Student". Es gab, mir nur bekannt unter den Geschichtsstudenten, vielleicht gab es auch solche in der Juristerei oder sonst wo, eine Bewegung: Wer ist der erste sozialistische Student? Mir ist da einer vom Namen her bekannt, der angeblich der erste sozialistische Student an der Universität gewesen sein soll. Das war in jener Zeit. Also, aus der Sicht der Studentenschaft: einmal der Verlust vieler Lehrveranstaltungen, Substanzverlust in der Lehre; auf der anderen Seite diese Art Repressionen. Es kam auch zu Auseinandersetzungen über Kolloquiumsveranstaltungen, nicht nur die direkten Lehrveranstaltungen. Es ist mir auch unvergeßlich. Wir hatten einen Professor aus Bratislava zu Gast, und Prof. Käubler ging in der Vorlesung darauf ein und kritisierte was. Das wurde ihm natürlich als Nationalismus ausgelegt. Das wurde nicht nur als Nationalismus dargetan, das kriegte er in der Vorlesung durch Geschichtsstudenten gesagt. Da standen die auf und wetterten gegen ihn.

Noch etwas anderes kam in jener Zeit. Es wurden Arbeiter aus den Betrieben, angebliche Arbeiter aus den Betrieben, in Bewegung gesetzt, die in die Universität, in die Institute kamen. Sie befragten scheinbar Direktoren, Assistenten, Studenten und so weiter. Sie diskutierten mit ihnen und wollten sie zu sozialistischen Persönlichkeiten machen. Da kamen also auch in unser Institut mindestens zweimal solche Personen, so an die zwanzig Mann unterschiedlichen Alters und haben versucht, mit uns Diskussionen zu führen: wie wir doch der Arbeiterklasse dankbar sein müssen für das Stipendium, das wir

kriegen, und daß wir uns doch bitte entsprechend verhalten sollten. Das hieß dann nicht bloß "bitte". Das war alles in der damaligen Zeit, nach meinem Empfinden die ideologisch schlimmste Zeit, die es gegeben hat.

Rupieper: Das war sehr interessant. Diese Geschichte mit den Arbeitern, die in die Universität gehen, habe ich noch nie gehört. Die Frage ist natürlich: Haben andere ähnliche Erinnerungen?

Zöllner: Die Arbeitergeschichte kann ich natürlich bestätigen. Das war schon 1953. Das Ganze hieß immer: "Jetzt wird Arbeiterpolitik gemacht." Das war immer ein höchstes Alarmzeichen, wenn solche Sachen offiziell verkündet worden. An sich war ja alles klar, aber wenn solche ausgesuchten Delegationen kamen, von Jungaktivisten, die vorher instruiert waren und dann hier das gesunde Volksempfinden gegenüber den Studenten vertraten, wurde es schwierig. Seit der II. Parteikonferenz war das eine übliche Praxis. Sie reicht, soweit ich mich entsinne, eigentlich über diese Zeit noch hinaus. 1960, als das berühmte Chemieprogramm der DDR installiert wurde, da war das natürlich noch einmal ein Höhepunkt. Das kann ich nur bestätigen. Es gab ganz üble Erfahrungen: Studenten, die rausgeboxt werden sollten, die wurden dann mit Hilfe der Stimme der Jungarbeiterklasse natürlich mit zusätzlichem Tritt versehen. Ein anderer Gesichtspunkt, der in dieser Zeit noch eine Rolle spielte, das ist der Chinadrall, der sich meist unterbelichtet wiederfindet. Hier an der Universität war er sehr vertreten: Übernahme chinesischer Losungen und so weiter. Starke Betonung des "Rotwerdens". Es gab ja die berühmten Losungen, die wir von unseren chinesischen Freunden lernen konnten. Das war zu sehen - plakativ. Das wurde in Versammlungen betont, von den Partei- und FDJ-Leuten kolportiert. Uns hat eigentlich nur gerettet, daß sich die SU überworfen hat mit den Chinesen. Sonst hätten wir da ganz andere Auswirkungen mit dieser Chinavariante gehabt. Gott sei Dank.

Diese Dokumente und Materialien zur Arbeiterbewegung, das war ja der Ansatz von Stern. Das hat jahrelang überhaupt keinen gestört, galt immer als begrüßenswertes Beispiel der Zusammenarbeit von Jung und Alt, von früheren Gelehrten und so weiter. Das wurde natürlich jetzt von den Radikalinskis hochgeholt und ausgespielt, obwohl diese Sache schon weitgehend vorüber war und es ganz andere Leute machten und es zum großen Teil zum Erliegen gekommen war. Dies geschah natürlich zusätzlich, um Stern

eins auszuwischen. Stern selber war eine besondere Persönlichkeit. Dazu noch ein zusätzliches Faktum. Er mochte diese übliche, damals immer üblicher werdende Kumpelhaftigkeit der Genossen nicht, und er lehnte es immer ab, sich mit seinen Assistenten zu duzen. Und wenn neue eingestellt wurden, dann sagten die: "Na, Leo, wie geht's denn?" Das mochte dieser Mann, der in der österreichischen Schule groß geworden war, überhaupt nicht. Die hielt er sich alle vom Leib. Das haben sie ihm eigentlich auch nicht verübelt, aber auch solche Gesichtspunkte spielten eine Rolle.

Dann eine andere Sache. Wir dürfen bei der Einschätzung dieser Vorgänge nie außer acht lassen, daß das ein Glaubensregime war. Es ist nicht alles nur Tünche und Tarnung, um irgendwelche Politik durchzusetzen, etwa wenn man die Reden vom Parteisekretär Büntig liest. Was er bringt, das sind auch Bekenntnisse. Leute, die Bekenntnisse durchsetzen, die haben ganz bestimmte Verhaltensweisen. Man sollte die relative Eigenständigkeit solcher ideologischen Überzeugungen überhaupt nicht gering schätzen. Die haben bis zum Schluß eine Rolle gespielt. Und viele Reaktionen lassen sich von dieser Warte überhaupt nur erklären. Bar jeder Vernunft, aber sie sind nur von daher zu erklären.

Dann noch ein Letztes. 1958 ist auch das Jahr, in dem die Partei sich institutionell an der Universität durchsetzt. De facto hat sie den Einfluß, aber gebremst durch Leute wie Stern und so weiter und seine Politik. Jetzt haben wir die institutionelle Mitwirkung. Der Parteisekretär wird jetzt voll stimmberechtigtes Mitglied im Senat und in den Fakultätsräten. Die dortigen Parteisekretäre werden jetzt fest verankert. Und dementsprechend, wenn Sie die Dokumente anschauen, dann wird also alles erst in der Parteigruppe, unter der Leitung des Parteisekretärs beraten, und dann kommt es in den Senat. Das spielt sicher auch eine Rolle, daß damit jetzt ein Hebel gefunden wurde, um die Partei endgültig in der Universität institutionell zu verankern. Das ist im Frühjahr 1958 und alles andere - das ist nur willkommen, um das nun endlich durchzusetzen. Das wird meistens übersehen, daß das hier der Abschluß ist von einer langen Entwicklung.

Blobner: Vielleicht einige Ergänzungen, die Ihnen unbedeutend erscheinen mögen, aber doch dazu gehören. Erstens, zur Republikflucht auf seiten der Studenten. Nach meinen Beobachtungen, Erinnerungen und Aufzeichnungen hat ab 1955 eine verstärkte studentische Republikflucht bei der Fachschaft der Historiker stattgefunden. Ich könnte Namen nennen. Das zweite: Arbeiter bei Versammlungen. Gestern habe ich sie

hingewiesen auf eine große Versammlung, die am 10. April 1957 stattgefunden hat, gegen den damals angegriffenen Studenten Tschirch. Auch bei dieser Versammlung waren Arbeiter aus den Hallenser Pumpenwerken anwesend und haben dort in diesem Sinne, den auch Sie geäußert haben, die sozialistische Moral verteidigt, appelliert und zum Teil auch ein bißchen gedroht. In diesen Kontext gehört auch, daß zwei Mitglieder dieser sogenannten staatsfeindlichen Studentengruppe, als deren Inspirator ich mitverurteilt worden bin, relegiert wurden von der Universität, auch in diesen Hallenser Pumpenwerken eine Zeitlang arbeiten mußten und sich dann im Zusammenhang mit der Ulbricht-Rede nach dem Westen abgesetzt haben. Das heißt, es gab entweder direkte Republikflucht in diesen Jahren oder es gab eine auf Umwegen. Nur, um an diesen Fällen zu zeigen: Es ging zeitweilig das Wort um, daß Leute, die nach dem Westen gegangen sind, dort nicht weiter gekommen wären. Das wurde so mit einem Bild eine zeitlang beschrieben: Im Osten geht die Sonne auf - im Westen geht sie unter. Das sollte gelten für Intellektuelle. Nun, die beiden zum Beispiel sind nicht untergegangen: Der eine ist heute an der University of South Carolina Germanistikprofessor, und der andere leitet eine Hamburger Gesamtschule.

Oelke: Ich habe relativ gute Beziehung zu den Sportwissenschaftlern gehabt, zum Sportinstitut. Das hing damit zusammen, daß ich in der HSG aktiv Sport getrieben habe, zusammen mit vielen Sportstudenten, und wir eine Fachkombination hatten: Sport/Geographie. Auch meine Frau kommt aus dieser Fachkombination.

Rupieper: Worum ging es bei diesem Konflikt im Sportinstitut mit Lukas? Ich kenne den aktenmäßigen Hintergrund, aber vielleicht gibt es noch persönliche Erinnerungen dazu.

Mehlig: Lukas verfügte nach meinem Dafürhalten nicht über allzuviel Intelligenz, aber er mußte irgendwie ein Sportbuch schreiben und hat dann ein Nazibuch abgeschrieben. Da waren Terminologien drin, die einfach nicht ins Konzept paßten. Die gingen über das Ziel hinaus. Lukas war es, das wird schon angesprochen worden sein, unter den bereits Genannten, der dann sein Haupt und seine ganze Figur im Übermaß mit Asche beschüttete und wieder aufgenommen wurde. Erst danach wurde er Dekan der Philosophischen Fakultät, was auch bezeichnend ist für ihn.

Oelke: Ach so, das war der eigentliche Grund. Es war für die Ausbildung der Sportstudenten katastrophal, denn es betraf ja nicht nur Lukas und Burisch, die beiden Namen wurden genannt, sondern es gingen auch ein halbes Dutzend Assistenten nach drüben. Die Ausbildung hing absolut in der Luft. Wir haben dann einen kommissarischen Direktor bekommen aus Jena, der dann Institutsdirektor wurde. Das hatte auf die Ausbildung der Studenten viel Einfluß. Mir ist einer persönlich bekannt. Der hat die Universität verlassen ohne Examensarbeit. Er hatte bei Lukas angefangen, der durfte die Betreuten nicht weiterführen. Rein theoretisch hätte er bei dem neuen kommissarischen Direktor abliefern müssen, den hat er niemals erreicht, und er hat daraufhin keine Examensarbeit geschrieben, ist trotzdem in die Schule gekommen. Aber so ungefähr 25 Jahre später hat es irgendein "Freund" dort hochgezogen, und er wurde aus der Schule rausgeschmissen. Ich wollte mit dem Beispiel nur sagen, welche Auswirkungen das auch auf das Leben der damaligen Sportstudenten gehabt hat. Die sind zum Teil ohne Abschluß rausgekommen.

Dräger: Ich möchte mal sagen, lieber Kommilitone, die Bewertung von Lukas finde ich ein bißchen scharf.

Mehlig: Na gut. Das ist Ihr Empfinden. Das ist Meins.

Dräger: Es ist so. Lukas ist der Erfinder der Sportwissenschaft. Es gab damals in den westdeutschen Ländern noch keine ausgebauten Institute, als er hier begann. Und er hat das über Jahrzehnte gemacht. Er hat einen Riesenstab von Sportwissenschaftlern ausgebildet. Er hat eine große Zahl von Promotionen und Habilitationen angenommen. Ich will es nur ein bißchen ins rechte Licht rücken. Ich habe selbst erlebt, wie er Kritik "gemacht hat", im Jargon der SED, sich also selbst bezichtigt hat. Der Sport hat ja ein bißchen Nähe zum Kampf, dadurch waren auch Formulierungen drin, die ihm als faschistisch ausgelegt wurden. Sicher war er auch ein bißchen stolz auf seine Vergangenheit. Er war Leutnant im II. Weltkrieg. Aber, daß ihm da faschistische Tendenzen untergeschoben wurden, da hat man nur einen Grund gesucht. Den mußte man wohl schon mit der Stecknadel suchen. Aber er selbst hat eben nicht den Charakter wie Professor Mühlpfordt gehabt, zu sagen: Ich lasse mich nicht unterkriegen. Man weiß nicht genau die Gründe. Er hat damit natürlich das Institut gerettet und eine große Entwicklung,

die dann in Halle wenigstens weiterlaufen konnte. Er hat sicher auch Motive dafür gehabt und hat sich einfach dieser Parteidoktrin unterworfen.

Mehlig: Ich weiß nicht, ob ich es sagen soll. Nach meinem Dafürhalten ist die Person Lukas nicht wert, darüber große historische Recherchen anzustellen. Soviel steht fest, daß er in der Nazizeit Nazi war. In der SED-Zeit war er Kommunist, und jetzt ist er Christ. Das hat er mir ausdrücklich gesagt. Er ist schon immer Christ gewesen. Also ich meine, darüber können Sie sich auch so einige Gedanken machen, Herr Dräger. Eine Zusatzfrage ist die, die ist nun allerdings teuflisch, die ist diabolisch, das gebe ich zu: Inwieweit ist Sport überhaupt Wissenschaft.

Rupieper: Ich meine, Herr Mehlig, es ist ja sicherlich nicht zu bestreiten, daß bestimmte Entwicklungen möglich sind. Ich will nur mal Martin Niemöller nennen. Er hat ja auch die gesamte Breite des politischen Spektrums in seinem Leben einmal abgegrast. Das wäre etwas ähnliches.

Was ist sonst noch aufgetaucht: z.B. in den Wirtschaftswissenschaften? Weiß jemand etwas zu den Wirtschaftswissenschaften? Die werden auch in dieser Zeit massiv angegriffen. Ich meine jetzt nicht die Landwirtschaft mit Hoffmann, sondern die Wirtschaftswissenschaften.

Zöllner: Also ich lenke noch einmal die Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzung zwischen Bondi und Haussherr, den beiden Wirtschaftshistorikern. Das ging um die Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, die Haussherr 1954 veröffentlicht hatte. Ein Buch, das mehrere Auflagen erlebte und das damals keinen interessierte. Und plötzlich, in dieser Zeit, war das natürlich ein weiterer Anlaß, sich kämpferisch auseinanderzusetzen. Da haben sich Bondi und Jahn im Hintergrund kräftigst hervorgetan. Das hat natürlich wesentlich dazu beigetragen, diese Sache mit den Wirtschaftswissenschaften voranzubringen und diese Atmosphäre der Hexenjagd zu stimulieren. Auch die Parteigruppe der Fachrichtung Geschichte wurde vom Prorektor dazu gedrängt, obwohl keiner wollte, eine solche kollektive Verurteilung des Buches von Haussherr, der ja immerhin im eigenen Hause saß, zu schreiben. Das ist ein Produkt dieser Machenschaften dieser Zeit. Das kam natürlich aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaftler: Jahn war ja Politökonom und Bondi war Wirtschaftshistoriker. Die haben daran wesentlich mitgewirkt. Das war eine ganz üble Fraktion. Wenn man das heute liest, dann wird einem vieles klarer. Auch

in der Universitätszeitung, als dem Organ der SED-Parteigruppe, sind wesentliche Auseinandersetzungen auch um die Sache - Revolution 1848 und so weiter von Haschke gedruckt worden. (Der ist dann später wissenschaftlicher Kommunist geworden.) Diese ganze Auseinandersetzung kam von den Wirtschaftswissenschaften.

Mühlpfordt: Man muß da noch differenzieren. Es sind mehrere Elemente zusammengekommen. Bondi hat sich durch sein kämpferisches Auftreten, zuerst gegen Hausscherr, sozusagen das Rektorat verdient. Er wurde dann Ende 1959 Rektor. Er ist auch derjenige, der meine Entlassung ausgesprochen hat. Er hat sich dann hinterher verteidigt - privat. Er ist über seine Frau nach dieser Sache gefragt worden: Er hätte gemußt. Aber, die Akten, die von ihm vorliegen, sind sehr energisch gehalten. Zum Beispiel: "Für Sie ist an der Universität Halle kein Platz" und solche Dinge mehr. Dann sind aber noch andere Elemente vorhanden gewesen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät selbst. Die kommunistische Erklärung von Moskau November 1957 widersprach ja dem Standpunkt der Revisionisten, paßte hier aber nicht herein. Da sind unter diesem Etikett "Revisionismus" eine ganze Reihe verschiedener Richtungen subsumiert worden. Weiterhin war da wiederum Konkurrenzkampf, Machtkampf innerhalb der SED-Ökonomen um Fred Oelßner, einem Altkommunisten, aber Anti-Ulbrichtianer, der kurz vorher von Ulbricht gestürzt wurde. Also man muß bei der Wahl des Zeitpunktes bedenken, daß Ulbricht kurz vorher alle seine Rivalen in der SED-Führung ausgeschaltet hatte, und da war eine starke Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die andere wirtschaftsgeschichtliche Auffassungen vertraten, in der hallischen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertreten. Die wurden als Anhänger von Oelßner und anderen attackiert und daraus eine Fraktion konstruiert. Es sind mehrere Elemente zusammengekommen. Dieser Sammelbegriff "Revisionisten" ist auf die verschiedensten Leute angewandt worden, weil sie mißliebig waren, ohne daß da eine einheitliche Auffassung bei denen bestanden hätte. Aber wer einmal als Mitglied zur SPD gehört hatte, der war von vornherein als Revisionist abgestempelt. Diese Gruppe war in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zugleich in einer Gegnerschaft zu Jahn. Deshalb hat er sie aus persönlichen Gründen bekämpft.

Engelhardt: Herr Mühlpfordt, könnten Sie das an Namen deutlich machen, welche Kontroversen unter den Wirtschaftswissenschaftlern ausgetragen wurden?

Mühlfordt: Ja, als Revisionisten der Wirtschaftstheorie galten Friedrich (Fritz) Behrens (Leipzig/Berlin) und an der Fakultät in Halle Beuer, Borchert, der Finanzökonom Rzesnitzeck und andere. Am 11. März 1958 wurden ihr "Institut für Finanzökonomie" und ihr "Institut für Politische Ökonomie" beim Staatssicherheitsdienst als Schwerpunkte der revisionistischen Tendenzen angeschwärzt. Das sind Leute gewesen, die kurz vorher auch Lehrbücher in der Politökonomie veröffentlicht haben und die Ulbrichts Zorn erregten, weil sie nicht seinen Vorstellungen vom Aufbau der sozialistischen Wirtschaft der DDR entsprachen. Die wollten alle nicht so weit gehen wie Ulbricht, so radikal die älteren Verhältnisse abschaffen.

Rupieper: Gibt es zu diesem Aspekt noch Fragen? Man könnte natürlich jetzt noch einmal auf die Person Leo Stern eingehen. Man könnte eventuell auch noch auf seine Motivation eingehen. Wir könnten versuchen herauszufinden, warum er diese Positionen vertreten hat. Einiges ist schon angeklungen. Das wäre möglich. Aber dann sagt mir mein Skript noch, das ist mir aufgefallen, als Walter Ulbricht seine große Rede gehalten hat 1958, gibt es auch deutschlandpolitische Probleme zu den Aspekten, die immer genannt werden. Zum einen bestünde an der Universität Unklarheit über die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus. Zum anderen ist es diese Sputnik-Problematik, die Sie angesprochen haben, Herr Mühlfordt. Aber da ist noch ein weiterer Satz in dieser großen Rede: "Es existieren zudem falsche Vorstellungen über die Wiedervereinigung." Nunmehr gelte es, sich für die Schaffung eines deutschen Staatenbundes und die Schaffung einer Koexistenz zwischen den beiden Staaten einzusetzen und noch vorhandene falsche Vorstellungen über die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus zu beseitigen. Ist dieser Teil der Rede überhaupt wahrgenommen worden? Hat das für Sie eine Rolle gespielt, oder ist dieser deutschlandpolitische Aspekt ganz untergegangen?

Mehlig: Auf alle Fälle sind diese Dinge wahrgenommen worden. Und sie hatten auch einen aktuellen Anlaß. Es war von dem "Runden Tisch" die Rede. Der Runde Tisch ist ja keine Erfindung unserer Tage. Es hieß damals: "Deutsche an einen Tisch". Das war die Parole. Wir hatten auch einen Mann nach Halle bekommen, der nun wirklich in dem gesamtdeutschen Konzept als Paradiesvogel zu bezeichnen war, ein Professor beider Reiche aus Münster, ein alter Knabe: Wegner. Wegner war nach Ostberlin gekommen, hatte, glaube ich, vor der Volkskammer oder im Rundfunk, da erinnere ich mich nicht

mehr genau, gegen Adenauer Stellung bezogen. Daraufhin hat es in Westdeutschland einen Riesenknaus gegeben. Er wurde dann nach Ostdeutschland geholt, gefeiert und kam an die Universität. Er war bereits emeritiert. Er ist dann nicht mehr groß in Erscheinung getreten, er war ohnehin ein bißchen verrückt. Er saß dort im Dozenten-zimmer, wo Sie dann später saßen, Herr Mühlpfordt. Da könnte ich Episoden erzählen, das ist aber unwichtig. Der Mann war nicht ganz bei einander, wurde aber nun politisch ausgebeutet. Beispielsweise, eine einzige Episode will ich erzählen, die Wegner charakterisiert. Er war zu einem Rundfunkinterview eingeladen. Das wurde nie ausgestrahlt und auch sehr schnell abgebrochen. Er hat gesagt: "Es wird höchste Zeit, daß sich Adenauer und Ulbricht an einen Tisch setzen und einen neuen deutschen Kaiser wählen."

Blobner: Herr Mehlig, Sie haben eben mit einem Heiterkeitserfolg geendet. Es gab ja damals einen Spruch, den Sie vielleicht auch gehört haben: "Die Einheit Deutschlands wird wiederhergestellt sein, wenn Adenauer Kaiser wird und Kaiser Adenauer". Das ist also ungefähr in der Richtung. Aber, ich möchte noch etwas zur Frage von Herrn Professor Rupieper sagen. Wir waren ja Studenten, also nicht im Mittel- oder Oberbau der Universität. Natürlich hat auch die Frage der "Einheit" oder der "verspielten Einheit" oder der "hoffentlich wieder mal erreichbaren Einheit" eine Rolle bei uns Studenten gespielt, bei einigen mit Sicherheit. Wir haben das Thema ja gestern schon berührt. Aber jetzt komme ich mal in eigener Sache. Unsere sogenannte staatsfeindliche Studentengruppe ist ja eigentlich auch nichts anderes gewesen als ein "Skatklub", jedenfalls war es eine Runde von Leuten, die auch bei dieser Gelegenheit über Dinge diskutieren wollten, die im Rahmen der FDJ so nicht diskutiert werden konnten. Das hat man uns übrigens schwer angekreidet. In diesem Rahmen habe ich ein Referat gehalten, in dem ich Bezug genommen habe, auf das Ergebnis des Harich-Prozesses (Wolfgang Harich, nicht der Staatssekretär, sondern der Philosoph an der Humboldt-Universität), das gerade zwei Tage vorher im "Neuen Deutschland" erschien. Dieses sogenannte Harich-Konzept war, komprimiert durch die Stasi, auf eine allerdings sehr, sehr intensive Weise, die dem Wahrheitsgehalt nur am Rande entsprach, zusammengefaßt worden. Es war eine Liste von sieben bis zehn Punkten, die von der DDR-Führung damals als die kritischsten Punkte angesehen wurden. Wenn sie nämlich verwirklicht worden wären, wäre die DDR als Staat, als SED-Staat, weg vom Fenster gewesen. Ich habe darauf hingewiesen und davon ist in unserem Kreis - jetzt können Sie das für unheimlich naiv halten - auch einiges

protokolliert worden. Das ist dann Gegenstand der Vernehmungen und des Prozesses geworden. Diese Punkte, meine Damen und Herren, die dort nur referiert worden sind, wurden unter der Voraussetzung, daß wir uns nicht davon distanziert hätten, wohl-gemerkt, das war diese Konstruktion, dann zum Hauptanklagepunkt und zum Hauptverurteilungspunkt gemacht. Ich habe nach der Wende, als ich mein Urteil kriegte - Sie wissen, daß das üblich war in ähnlichen Prozessen, man hat es erst später bekommen - habe ich dieses Urteil mal einem Kollegen bei uns in Kassel an der Schule zur Verfügung gestellt. Und der hat mir gesagt: "Ihr wart ja damals schon für die Wiedervereinigung und zwar so, wie sie jetzt gelaufen ist." Welch ein Zufall. Ich will jetzt die Punkte nicht nennen, aber uns hat die Wiedervereinigung, die mögliche, die Hoffnung darauf, durchaus umgetrieben. Allerdings haben wir gesehen, daß es in der damaligen Situation natürlich keine Chance auf eine Realisierung gegeben hat.

Rupieper: Es ist sehr gut, Herr Blobner, daß Sie das angesprochen haben. Das ist jetzt der letzte Punkt, den ich auf meiner Liste habe. Ich möchte nur noch verdeutlichen, daß es neben diesen großen Konflikten, die in der Presse große Wellen geschlagen haben, die zu den Maßnahmen gegen Professoren geführt haben, auch auf der Ebene der Studentenschaft in der Zeit eine ganz massive Verfolgungswelle gegeben hat. Herr Blobner hat gerade darauf hingewiesen. Es gibt andere Studenten, die verfolgt wurden, Arno Seifert gehört dazu. Ich glaube, einige von Ihnen waren auch in diesem Umfeld dabei. Diese Studenten wurden dann zumeist nach §13 des neuen Strafrechtsergänzungsgesetzes wegen Staatsverrats verurteilt. Das heißt: Sturz der Regierung der DDR, Konspiration zum Sturz der Regierung der DDR, Beseitigung der Führung der SED, Erteilung von Lizenzen an westdeutsche Betriebe, Reprivatisierung kleiner Betriebe, Auflösung der LPG, Beschränkung der Planung auf volkseigene Betriebe, Auflösung der Nationalen Volksarmee und des MfS und Austritt aus dem Warschauer Pakt. Das ist dieses ganze Bündel von Anschuldigungen. Und ich glaube, das sollte man zumindest einmal benennen. Ich weiß nicht, ob das Bedürfnis besteht, das jetzt noch zu diskutieren.

Schnitzer: Mich interessiert in diesem Zusammenhang diese Vorwurfsliste, die ist ja sehr überzogen. Ich sag' es mal ganz betont aus meiner Sicht. Ich war damals nicht mehr hier, aber diese Vorwürfe wären auch für einen Normal-Denkenden in der damaligen Situation nur als überzogen zu bezeichnen gewesen. Das ist meine Meinung. Wie ist es denn von

den Studenten verstanden worden? Das waren Unterstellungen. Ich sage mal, diese Punkte waren Vorwürfe, und Vorwürfe sind nicht immer objektiv gegeben, sondern oft auch Unterstellungen. Sind diese Punkte in irgendeiner Form gravierend im Bewußtsein, in dem Denken, im Leben der Studentenschaft und auch des akademischen Mittelbaus angekommen? Mich interessiert das, weil ich auf der anderen Seite der Grenze war.

Blobner: Ja. Das ist die Antwort aus meiner Sicht, heute oder auch damals. Wir hatten keinerlei Kontakte zum Mittelbau. Darüber kann ich also nichts sagen. Was ich sagen kann, gilt nur für die Mitglieder, jetzt benutze ich mal das Vokabular, das in den Akten auftaucht, für die Mitglieder dieser Gruppierung, dieses Diskussionszirkels. Auch hier gilt sicherlich, daß nicht alle etwa diesem komprimierten Vorwurfskatalog oder Katalog der Punkte, die dann später zum Vorwurf gemacht wurden, restlos gefolgt sind. Es war auch nicht meine Absicht. Man kann das alles aus den Vernehmungsprotokollen herauslesen. Das war nicht das einzige, was ich da in dem Referat vorgestellt habe. Es waren andere Vorschläge. Ich habe sogar den Vorschlag von Ministerpräsident Grotewohl damals erwähnt, auch die von Privatpersonen wie etwa Bischof Dibelius. Da gab es einige Vorschläge, die damals veröffentlicht waren. Allerdings nur im Westen. Typisch war in unserem Fall, aber das ist jetzt wieder für den Fall spezifisch, daß alles andere weggefallen ist, und nur die Harich-Konzeption ist als unser Gruppenkonzept hochstilisiert worden. Mehr kann ich jetzt dazu nicht sagen.

Hedewig: Uns Studenten in der Geographie ist gar nichts bewußt geworden. Ich kann aber generell nur etwas sagen über die Stimmung der Nicht-SED-Mitglieder unter den Studenten. Es war keineswegs so, daß der Sozialismus in Bausch und Bogen abgelehnt wurde und die Übertragung der westdeutschen Gesellschaftsordnung auf die DDR gewünscht wurde. Man wünschte nur im Rahmen der bestehenden Verhältnisse mehr Freiheiten, das heißt Wegfall dieser politischen Bevormundung, mehr Reisen in den Westen. Man hat durchaus auch damals schon kritische Äußerungen gegenüber dem Westen gemacht, also etwa im Bereich der sozialen Sicherheit. Wir waren nicht etwa, wir Nicht-SED-Mitglieder, auf dem Westkurs. Das kann man so nicht sagen. Wir haben sehr differenziert. Wir sind aber gern in den Westen gefahren und haben auch im Westen kritisch diskutiert. Ich habe es also auch in Kauf genommen, daß ich in Göttingen als Kommunist beschimpft wurde, der ich gar keiner war.

Diskussionsrunde V: 17. Juni 1995, später Vormittag

■ **Die Militarisierung der DDR** ■ **Einschüchterungsversuche** ■ **Ein Stasibericht** ■ **Reaktionen auf die Wehrpflicht** ■ **Das Problem der Reservistendienste** ■ **Ein Erlebnis in Westberlin** ■ **Der Bau der Mauer: Das Versagen des Regimes** ■ **Debatten vor und nach dem Mauerbau** ■ **Die 3. Hochschulreform** ■ **Mutmaßungen über die Ursachen** ■ **Sowjetisierung oder Modernisierung** ■ **Mehr Geld für Naturwissenschaften = Mehr Ergebnisse in den Naturwissenschaften** ■ **Eine weitere Konsequenz: Verschulung des Studiums** ■ **Versuche der Partei, die 68er Revolte zu reflektieren** ■

Rupieper: Der erste große Teil unserer Diskussion ist abgeschlossen. Dieser mittlere Teil wird jetzt wesentlich schwieriger. Das hängt meines Erachtens damit zusammen, daß aus der Generation der 60er Jahre, soweit ich das hier überblicke, kaum ehemalige Studenten vorhanden sind. Die meisten von Ihnen waren zu diesem Zeitpunkt schon in den Westen gegangen, hier etabliert oder auch nicht etabliert. Ich denke, die Themen, die ich vorgegeben hatte in meinen Briefen, die sind natürlich nicht einfach zu diskutieren. Ich habe mir deshalb Folgendes gedacht: Daß wir vielleicht in diesem Teil bis zur Mittagspause das Problem der Wiederbewaffnung, jetzt in der DDR, der Einführung der Wehrpflicht und die damit zusammenhängenden Probleme, soweit sie von der Studentengeneration, und darunter haben wir ja einige, wahrgenommen worden sind, als erstes diskutieren. Dann würde es vielleicht ganz vernünftig sein, sich zweitens den Mauerbau 1961 vorzunehmen. Für mich war das die eigentliche Staatsgründung der DDR. Danach konnte niemand mehr weg, und man mußte sich entweder arrangieren oder konnte nur noch unter äußerst gefährlichen Bedingungen das Land verlassen. Das wußte natürlich auch die Parteiführung, daß man nun die Bevölkerung eingesperrt hatte und mit ihr entsprechend umgehen konnte. Der dritte Punkt, der immer wieder behandelt worden ist, der auch sehr, sehr gut bekannt ist, das ist die dritte Hochschulreform. Das wäre mein Vorschlag für die Diskussion. Es sind drei große Themen. Ich denke, wir sollten sie behandeln und sehen, wie weit wir kommen. Und dann würden wir uns nach der Mittagspause mit der Wende auseinandersetzen.

Bohley: Ich könnte einige mehr persönliche Bemerkungen zu meiner Erfahrung mit der

Wiederbewaffnung/Remilitarisierung und schließlich der Rolle der Bezirkskomandos machen. Ich bin der älteste von sieben Brüdern. Wir haben alle den Wehrdienst verweigert. Wir haben zunächst erlebt, daß es noch gar keine Wehrpflicht gab. Über die GST wurde versucht, jemanden dafür zu gewinnen. Das konnte man ablehnen, mit Ach und Krach manchmal, aber man konnte es. Sechs von uns haben studieren können. Zwei sind wieder exmatrikuliert worden unter anderem wegen der Verweigerung des Wehrdienstes. Ein Erlebnis halte ich für besonders schildernswert. Einer meiner Brüder wurde verurteilt wegen Wehrdienstverweigerung. Ich habe einen sehr "geharnischten Protestbrief" geschrieben, wurde zum Wehrbezirkskommando bestellt, fand dort sitzend und auf mich wartend mit den Offizieren, die mich da zurechtweisen sollten, den Kaderleiter des Bereiches Medizin, einen Herrn Lemm, der dahin abgeordnet war. Seine Aufgabe war es, einschüchternd auf mich einzuwirken, mir in meinem Einsatz für meinen Bruder Handfesseln oder Fußfesseln oder Maulfesseln anzulegen, was, wie ich nun aus meinen Akten sehe, Gott sei Dank nicht gelungen ist. Es spielte da eine große Rolle, daß man die Wehrbereitschaft als Kriterium dafür angesehen hat, ob jemand überhaupt würdig ist, an die Universität zu kommen. Andererseits muß ich anerkennen, daß wenigstens drei von uns ihr Studium haben beenden können ohne staatlichen Eingriff, obwohl wir alle Wehrdienstverweigerer waren. Soweit dies.

Mühlfordt: Die Militarisierungspropaganda wurde im Rahmen der Fachschaften organisiert, um alle Studenten erfassen zu können. Sie setzte in großem Maße 1952 ein. Ich konnte zweimal dieser Sache ein Schnippchen schlagen und habe mir dadurch schwere Angriffe zugezogen. 1952 war es so, daß wir, alle Angehörigen der Fachschaft, also Studenten und der sogenannte Mittelbau, wie man heute sagt, eine Erklärung unterschreiben sollten, die schon fix und fertig mitgebracht wurde von den Versammlungsleitern und die man im SED-Bezirksorgan, der herrlichen "Freiheit", veröffentlichen wollte. Darin hieß es, daß wir bereit seien, die Errungenschaften der DDR - wörtlich - "mit der Waffe in der Hand" zu verteidigen. Es hatten schon einige unterschrieben. Nun sollte ich unterschreiben. Da habe ich auf grammatische Fehler in den Formulierungen hingewiesen und nicht unterschrieben. Daraufhin hat niemand mehr unterschrieben, und die Erklärung ist auch nicht veröffentlicht worden, aber ich wurde sogleich als "Rückversicherer" attackiert und eine politische Kampagne gegen mich inszeniert. Der zweite Fall ereignete sich 1955, also drei Jahre danach. Da hatte man

einen "Tag der Bereitschaft" eingeführt, um die Studenten wehrfreudig zu stimmen. Das war der 30. März. Man drängte mich - es wollte natürlich niemand sprechen, aber es sollte jemand aus dem Lehrkörper sprechen - man drängte mich immer wieder, ich solle das machen, zunächst vor der Fachschaft der Historiker. Ich sträubte mich und habe mich dann dazu bereitgefunden, aber den Spieß umgedreht. Ich habe den "Tag der Bereitschaft" vor den Studenten umbenannt in einen "Tag der Besinnung". Und statt der bezweckten Militarierungspropaganda habe ich für Friedlichkeit geworben. Dem entsprechend war dann der Stasibericht des Geheimen Hauptinformanten, das war damals der höchste Dienstgrad des inoffiziellen Mitarbeiters. Die Benennungen haben geschwankt bei der Stasi. Dieser Geheime Hauptinformant informierte folgendermaßen. Ich zitiere: "Am 30. März 1955 wurde anlässlich des Tages der Bereitschaft eine Fachschaftsversammlung durchgeführt, auf der Professor Mühlfordt das Referat hielt. Sein Ton war widerlich pastoral und paßte zu den Anfangsworten: Es ist heute ein Tag der Besinnung. Da er sehr betont seine Meinung kundtat, war das Referat erzieherisch wertlos. Es war aber auch politisch und wissenschaftlich falsch, entbehrte jeder marxistischen Grundlage. Er sagte Folgendes: Erstens, wenn es uns nicht gelingt, die Kriegsvorbereitungen zu verhindern, werden sich bald zwei bewaffnete Deutschland feindlich gegenüberstehen. Zweitens, Kriege können hinausgezögert werden und verhindert werden durch Widerstand der Bevölkerung. Das ist 1871 bis 1914 gelungen, eine Generation lang, den Frieden zu erhalten" und so weiter. Also, es war möglich, durch solche Winkelzüge hin und wieder ein Schnippchen zu schlagen, aber die große Linie der Militarierungspropaganda konnte man natürlich nicht verändern.

Mehlig: Ich möchte das bestätigen, was Herr Mühlfordt sagte, auf das Jahr 1952 bezogen und noch ein wichtiges Datum nennen: das Pfingsttreffen der FDJ in Leipzig. Da wurde zum ersten Mal ganz offen mit Waffen demonstriert. Die hatten Karabiner geschultert und zogen durch Leipzigs Straßen. Ich erwähnte bereits vorhin, daß ich damals noch der Partei angehörte. Die Parteileute bekamen den Auftrag, diese Pfingsttreffen zu propagieren. Das habe ich zum Anlaß genommen, zu dem Parteisekretär zu gehen und ihm zu sagen: "Offenbar liegt da meinerseits ein Riesenmißverständnis vor, denn ich bin unter den Konditionen der Partei beigetreten, die der damalige zweite Vorsitzende der SED, Grotewohl, herausgegeben hat." Der hatte wortwörtlich gesagt: "Jedem Deutschen möge die Hand verdorren, die noch einmal eine Waffe ergreift."

Darauf beziehend habe ich gesagt: "Ich kann da nicht mitziehen aus persönlicher Überzeugung." Die beruhten natürlich auf den Erfahrungen des letzten Krieges. Mit 16 Jahren Luftwaffenhelfer, mit 18 Kriegsgefangenschaft und so weiter und so fort, "Ich kann diese Politik nicht mehr mittragen." Natürlich gab es auch viele andere Motivationen, aber das war letztlich der Ausgangspunkt. Das mußte man akzeptieren.

Rupieper: Eine Frage zu den Jungen Gemeinden und der Remilitarisierung. Die Wiederbewaffnungsproblematik war ein großes Thema in den Kirchen in der Bundesrepublik gewesen. Wie ist das hier wahrgenommen worden?

Priew: Ich wollte nur noch sagen, ich erinnere mich an 1952, da wurde die Gesellschaft für Sport und Technik gegründet. Da versuchten bei uns einige Genossen, uns zu mobilisieren. Ich habe denen damals gesagt, ich mache da nicht mit, und bin nie wieder in dieser Richtung gefragt worden. Ich habe andere gefragt, die sagten: In unserem Semester war da auch nicht viel. Also bis 1953 war diese Sache zumindest an unserer Fakultät nicht aktuell. Aktuell war die Junge Gemeinde an der Landwirtschaftlichen Fakultät.

Rupieper: Ich darf nachfragen. Aber Sie müssen doch die großen Diskussionen in der Bundesrepublik wahrgenommen haben, die teilweise in der evangelischen Kirche ganz stark mit einer dezidierten Einstellung gegen die Aufstellung deutscher Soldaten waren? Ist das überhaupt nicht rübergeschlagen? Was ist passiert?

Hermann: Natürlich ist das hier wahrgenommen worden, auch mit großer Aufmerksamkeit in den hiesigen Studentengemeinden, aber die haben doch keine Öffentlichkeitsarbeit betreiben können. Die Sachen sind diskutiert worden, auch in den anderen Studentengruppen soweit möglich, in Freundeskreisen und so weiter. Auch ihre Bedrohlichkeit wurde wahrgenommen. Es war Waffenrasseln. Das war ja nicht nur die Meinung, "wir müssen uns vielleicht irgendwann mal verteidigen". Dann wurde Wilhelm Busch, die schöne Sache mit dem Igel in den Schulen wieder aufgewärmt. Die Diskussion drang nicht nach außen. Das wurde in den geschlossenen Zirkeln diskutiert.

Bohley: Ich wollte nur etwas ergänzen. Natürlich haben wir die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik mit bitterer Enttäuschung erlebt. Da war klar, von

diesem Moment an, daß es hier eine Art von Egoismus gibt, der uns vergessen hatte. Wir hatten gehofft, daß es auf beiden Seiten keine Wehrpflicht geben würde. Es sei darauf verwiesen: In der DDR wurde die Wehrpflicht erst nach dem Mauerbau, offiziell erst ab Januar 1962 eingeführt. Das hatte die Bundesrepublik lange vorher.

Unser Mann war Gustav Heinemann. Ein Mann, der sich klipp und klar dagegen ausgesprochen hatte. All die, die es vorangetrieben haben, haben uns bitter enttäuscht.

Rupieper: Ich versuche jemanden zu finden unter meinen Studenten, der eine Dissertation anstreben könnte oder zunächst nur eine Magisterarbeit über die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Wehrpflicht in der Bundesrepublik und natürlich auch der Aufstellung der Kasernierten Volkspolizei und der NVA, unter Berücksichtigung von kirchlichen Quellen und anderer gesellschaftlicher Gruppen. Vergleichbare Untersuchungen gibt es für die Bundesrepublik. Es wäre natürlich schön, herauszufinden: Gibt es hier Parallelitäten oder Unterschiede?

Hermann: Ich halte das für ein ganz schwieriges Unterfangen, weil es zu Meinungsbildungen nicht gekommen ist. Ausgesprochen fatalistische Reaktionen haben aus meiner Sicht erst danach stattgefunden.

Priew: Ich möchte Herrn Hermann hier zustimmen. Ich erinnere mich, daß wir in der Fakultät bei irgendwelchen Versammlungen halt darauf hingewiesen haben. Wir mußten Resolutionen fassen und so etwas. Das kam nicht rüber. Wir hatten andere Probleme. Wenn ich hier an unsere Fakultät denke: Da war die Sozialisierung der Landwirtschaft. Das beschäftigte uns. Das beschäftigte die Studenten, die aus der Landwirtschaft kamen. Das beschäftigte die Professoren vorrangig. Das andere kam nicht an.

Tauché: Ich möchte nur ergänzend dazu sagen, daß sich ja gerade die offizielle Parteilinie dieser Vorgänge in Westdeutschland bediente und gesagt hat: "Dort wird aufgerüstet. Dort wehrt sich die Bevölkerung dagegen, und es muß etwas geschehen." Das hatte natürlich Auswirkungen auf den einzelnen, denn gerade die aufmerksamen Zeitgenossen wollten mit der Parteilinie nichts zu tun haben. Es gab immer eine solche Situation bei einem großen Teil der Bevölkerung. Deshalb konnten überhaupt keine vernünftigen oder ordentlichen Diskussionen stattfinden. Sogar bis in Kirchenkreise

hinein blieb das so. Man ließ sich das sozusagen überstülpen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß immer eine Dialektik in der Politik vorherrschte. Vor der Pause wurde das Problem angesprochen: “Deutsche an einen Tisch”. Das hört sich gut an. Aber ich kann mich erinnern, daß um 1956 herum der Beschluß gefaßt wurde, daß Rostock zum Überseehafen ausgebaut wird. Ich war damals an der Oberschule. Wir haben das ganz ausführlich diskutiert, unter Schülern. Denn wir haben gesehen, daß damit Mitteldeutschland abgetrennt wird. Das heißt also, daß unsere Waren nicht mehr über Hamburg verschifft werden, sondern über Rostock. Das war für uns ganz klar eine weitere Vertiefung der Spaltung und keine Politik zur Wiedervereinigung. Also das Thema: “Deutsche an einen Tisch”, das war offiziell. Das war für die Massen. Dann kam das andere. Bei der Militarisierung Ende der 50er Jahre war dieses wieder so: Wir sind die friedliebende DDR, und gleichzeitig mündete es 1961 im Bau der Mauer. Kurz vor 1961, im Frühjahr 1961 kam eine große Kampagne, die auch an der Universität bis in jede Seminargruppe geführt wurde, um dann ein Papier zu unterschreiben mit dem gleichen Wortinhalt, daß wir uns verpflichten, mit der Waffe in der Hand das Land zu verteidigen.

Blobner: Zwei Details. Das erste zu dem, was Herr Prof. Mühlpfordt gesagt hat. In meinem Tagebuch wird das verklausuliert bestätigt. Ich möchte darauf hinweisen, in welcher Situation deutschlandpolitisch und sogar weltpolitisch das stattgefunden hat im Frühjahr 1955, meine Damen und Herren. Das war die Zeit, wo es in der Bundesrepublik um die Entscheidung des Beitritts zur NATO ging. Bitte vergessen Sie das nicht! Auf der anderen Seite war es natürlich in der DDR genauso, wie es eben gesagt worden ist, um ihrerseits den Beitritt zum Warschauer Pakt zu legitimieren. Das Datum 30. März ist also okay. Am 3. April, also keine ganze Woche später, findet sich ein Zitat aus dem “Neuen Deutschland” in meinem Tagebuch: “Die Jugendlichen, insbesondere die Kandidaten der SED im Alter von 18 bis 22 Jahren, werden aufgefordert, zur Verteidigung der Heimat in die Reihen der Kasernierten Volkspolizei einzutreten und unsere Schutzorgane politisch und technisch zu stärken. Eine solche Ausbildung werden sie in einer zweijährigen Dienstzeit in der Kasernierten Volkspolizei erhalten.” Die Vorbereitung dafür ist aber an der Universität schon vorher zur Intensivierung der Bildung der bewaffneten Streitkräfte angelaufen. So war’s.

Dräger: Ich möchte nur ein kleines Beispiel bringen. Das hat alles lange gedauert und

stand noch auf sehr unsicheren Beinen, etwa am 17. Juni 1953. In der Damaschkestraße, in dem Kasernenkomplex, war die Kasernierte Volkspolizei untergebracht. Die hatten aber keine Waffen. Sie wurden erst im Laufe des Tages mit Waffen versorgt. Es ist ein Student dort vorbeigekommen und hat mit denen eine Diskussion angefangen, die ihm dann nachher zur Last gelegt wurde. Er hatte denen ein bißchen gedroht. Wenn sie sich gegen die Volksmassen wenden, denn wird es ihnen schlecht bekommen. Und es gab auch viele Mitglieder dieser Kasernierten Volkspolizei, die dann ohne Waffen eingesetzt wurden, die dann ihre Jacke ausgezogen haben und sich solidarisiert haben mit den Aufständischen.

Rupieper: Das ist sicherlich ein Aspekt, aber der Grund, warum die Volkspolizei zu diesem Zeitpunkt noch keine Waffen besessen hat, war das nicht. Der ist, denke ich, relativ gut belegt.

Die Waffen werden zumeist überall im Laufe des Tages ausgeteilt. Es gab zunächst den Befehl, das nicht zu tun. Man hatte einfach Angst, daß ihnen bei eventuellen Aktionen die Waffen weggenommen wurden. Das ist der Grund, warum man die Waffen zunächst nicht verteilt hat.

Oelke: Ich meine, ein wichtiger Punkt in dem Bemühen, die Universität zu militarisieren, waren die Versuche, die Studenten zu einem Reservistendienst in der damaligen Kasernierten Volkspolizei oder dann in der Armee zu gewinnen. Nach meiner Kenntnis setzten sich diese Bemühungen zuerst an der ABF durch, so daß die ABF-Studenten praktisch geschlossen in solche Lager marschierten. In meiner Erinnerung sind wir Geographiestudenten erstmalig im Jahr 1958 mit der Forderung konfrontiert worden, uns zum freiwilligen Reservistendienst in der Sommerzeit zu melden. Die Aufforderung kam von der FDJ-Kreisleitung. Dort hatten wir unsere Stellungnahme hinzubringen. Wir Jungs unserer Gruppe, wir waren vielleicht zehn, haben dann mit gesenkten Köpfen zusammengesessen: Was tun? Es sollte ja eine Stellungnahme abgegeben werden. In der bedrückten Stimmung ließ auf einmal einer so lapidar fallen: "Wißt Ihr, wir begrüßen, daß das 2. Studienjahr daran teilnimmt." Die hatten sich nämlich schon gemeldet. Da haben wir dann geschrieben: "Das 4. Studienjahr begrüßt, daß das 2. Studienjahr an der Ausbildung teilnimmt." Unterschrieben und abgegeben. Es ist nichts passiert. [Gelächter] Heute wirkt das etwas spaßig. Uns war damals nicht ganz zum Spaß zumute.

Zur Einführung der Wehrpflicht. In meiner Erinnerung muß dazu ein Beschluß verkündet worden sein im September 1961, denn wir waren im September 1961 mit Studenten im Praktikum im Harz. Dort schlug das wie eine Bombe ein, denn die Studenten, die dabei waren, waren alle betroffen. Wir haben darüber diskutiert.

Rupieper: Im Kontext des Mauerbaus ist es dann verschärft zu Werbeaktionen und Verpflichtungsaktionen gekommen. Das ist klar. Es geht um die Phase davor.

Blobner: Eine ganz kurze Ergänzung. Auch bei uns schlug das wie eine Bombe ein, als die NVA offiziell gegründet wurde und dann in den grauen Uniformen der deutschen Wehrmacht auftrat, während ja die KVP in den sowjetischen Uniformen aufgetreten war.

Rupieper: Vielen Dank. Das wäre auch eine Frage gewesen: Wie hat man die ersten Soldaten 1955 wahrgenommen? Der Grund, warum ich nachfrage, ist folgender. Man muß nur die Memoiren von Erich Honecker lesen, da steht etwa auf Seite eins oder zwei über seine FDJ-Zeit, daß die Jugend sich gewehrt habe, das Gewehr wieder in die Hand zu nehmen. Er schreibt, daß man sich in nächtelangen Diskussionen damit beschäftigen mußte, die Jugend zu überzeugen, daß es sinnvoll sei, diesen neuen Staat zu verteidigen, daß es wichtig sei, für wen die Waffe in die Hand genommen wird in einer Klassenauseinandersetzung. Da frage ich mich: Man hat gewußt, daß die Jugend dagegen war. Man hat gewußt, daß es Probleme geben wird. Man hat es trotzdem durchgezogen.

Mich überrascht ein bißchen, daß Sie sehr wenig reflektieren. Aktenmäßig gibt es ein paar Hinweise darauf, welche Probleme es gegeben hat. Aber hier ist einhellig die Meinung: Es habe keine Rolle gespielt in Ihrem Alltagsleben, in Ihren persönlichen Erfahrungen. Oder sehe ich das falsch?

Hermann: Das ist gar kein universitätsspezifisches Problem gewesen im Lande. Deswegen hat es eigentlich diese Auswirkungen, an die Sie denken, so nicht gehabt. Aber ich glaube, daß es Ängste und Befürchtungen bei sehr vielen Leuten gab. Aber die haben nichts spezifisch mit der Universität zu tun. Spezifisch war bis zum Ende der DDR, daß geworben wurde für Reserveoffiziersbewerber und dergleichen, auch in der Medizinischen Fakultät. Und das immer wieder, bis zum Schluß. Das war eine Dauerleier, bei jeder sogenannten "Roten Woche" sollte da wieder die Werbetrömmel gerührt werden.

Also es war ein Dauerunternehmen, ein ziemlich verkrampftes, für die Armee zu werben.

Tauché: Die Universität spielte aber in diesem Prozeß doch eine besondere Rolle, denn der Partei war daran gelegen, es war das Ziel der Genossen, möglichst alle Hochschulabsolventen in ihren Dienst zu stellen. Und das war das ständige Ziel. Es sollten diese vorbildlichen Sozialisten und Kommunisten aus der Universität hervorgehen. Ich saß 1961 in einem solchen Seminar. Unvermittelt kamen da zwei von der FDJ-Leitung der Universität, die damals schon eine ziemliche Macht hatten und versuchten, sie uns gegenüber zu demonstrieren. Sie haben uns bearbeitet, alle sollten unterschreiben. Und natürlich, beim ersten Mal hat niemand unterschrieben. Dann wurde diese Gruppe wieder zusammengerufen. Es wurde wieder diskutiert. Das wiederholte sich mehrere Male, bis zwei übrig blieben, die nicht unterschreiben wollten und hartnäckig blieben. Und diese zwei, da war ich einer davon. Wir wurden dann endlich so weich geklopft von den anderen, daß wir die Schnauze, wie man das so schön sagt, voll hatten: "Nun unterschreib', sonst kannst du gleich die Universität verlassen." Dann haben wir unterschrieben. Was aus dem Papier überhaupt geworden ist und so weiter, weiß ich nicht. Es ging ihnen darum, ideologischen Druck auszuüben und alle zu reglementieren. Das prägte dann auch die Stimmung unter den Studenten. Zum Lehrkörper hin hatten wir nicht den Kontakt, daß wir über die Sache gesprochen haben, in der Vorbereitung oder auf Exkursionen eventuell. Dann ist da öfter schon ein freies Wort gefallen, aber an diesen Stellen nicht. Uns war schon klar, daß es mehrere Ebenen gibt, in denen man zu denken hat.

Zöllner: Man sollte vielleicht auch ein Wort zur Fortentwicklung sagen. Diese Dinge wurden institutionalisiert bis zum Schluß. Es hatte sich ein bestimmtes Ritual, auch administrativ, herausgebildet, das natürlich von der Verwaltung der Universität gesteuert wurde: Prorektorat für Studienangelegenheiten, Militärische Abteilung, Zivilverteidigungsabteilung, zuständig für die Hochschulen in diesem Bereich, wo dann im Jahr ein bestimmter Rhythmus drin war. Militärische Ausbildung, Reserveoffizierswerbung war immer ein besonderer Höhepunkt, wo es zu individuellen Krisen kommt, Beimler-Wettkämpfe und ähnliche Dinge. Die GST war in zunehmendem Maße uninteressant, das war der letzte Husten aller Massenorganisationen und hatte auch nicht den höchsten Stellenwert. Außerhalb der Studentenschaft liefen dann im Lehrkörper Diskussionen. Der

mußte natürlich dann die ungeliebten Dinge mitbetreiben, etwa Ausbilder für die Militärlager stellen. Dann, da ja nun alle laut Wehrgesetz Reservisten waren - ob sie jemals gedient hatten oder nicht - wurde natürlich auch in bestimmten Sektionen von den Verantwortlichen immer wieder der Aufruf erlassen, sich an diesen Sachen zu beteiligen, zum Teil mit üblen Worten. Wenn man sich da einschüchtern ließ, dann trabte man natürlich noch im fortgeschrittenen Alter dahin. Wenn man das ignorierte, war es auch gut. Diese Dinge muß man auch sehen. Da war dann die Kampfgruppe für viele so ein Ausweg, um nun nicht pausenlos zum Reservistendienst einrücken zu müssen. Das ist nachher der Alltag gewesen bis zum Schluß. Das hat sich aus diesen, etwas turbulenten Anfängen entwickelt, und das muß man natürlich auch berücksichtigen.

Tauché: Vielleicht eine Situationsschilderung zur Illustration. 1961 mußte ich zu einer Ausbildung in ein großes Pionierlager der Leuna-Werke, für etwa 3000 Kinder. Sie können sich das vorstellen. Dort sollten wir für Pionierpädagogik geschult werden. Dazu fuhren wir mit einem Sonderzug von Halle nach Greifswald/Lubmin. 14 Tage dauerte diese Schulung. Dann fuhren wir zurück, durften eine Woche zu Hause bleiben und mußten dann noch einmal drei Wochen dorthin fahren. Auf der Rückfahrt bin ich in Berlin aus dem Zug gesprungen. Das war am 11. August und ich bin dann in Berlin herumgelaufen, habe mir Westberlin angesehen, stand dann auf der Siegestsäule und habe überlegt: Bleibst du jetzt da oder gehst du rüber? Das heißt, die Situation: der Bau der Mauer, die Trennung und Spaltung Deutschlands zu besiegeln, und so weiter, das lag in der Luft, das war da. Es konnte ja nur noch eine Lösung geben, sonst wäre das ganze Land weggelaufen. So eine Situation, wie sie dann 1989 auch in gewisser Weise da war. Da habe ich gedacht: Das kannst du ja nicht machen. Du kannst doch deine Eltern in Mitteldeutschland nicht den Russen überlassen, denn das wäre ja die Konsequenz gewesen, so naiv habe ich gedacht. Und bin dann zurückgegangen und habe dann das andere alles miterlebt.

Rupieper: Jetzt haben Sie schon zu dem anderen Thema übergeleitet, und da ist natürlich die Frage: Kann man das überhaupt diskutieren? Ich habe mir hier einige Notizen gemacht über das, was ich in den Akten gefunden habe: Stellungnahmen der Studenten. Damit sind Sie gar nicht mehr als Studentengeneration konfrontiert worden, sondern in einer anderen Situation. Die Frage ist: Wie äußerte sich der Umgang der DDR mit

Westberlin an der Hochschule? Wie wirkte der Mauerbau auf die Hochschullehrer und die Studenten? Welche Diskussionen gab es? Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, das hier zu diskutieren?

Mehlig: Damit mußte jeder selbst fertig werden. Ich erinnere mich nur noch an Folgendes. Der 13. August war ein Sonntag. Und am 14. August war ich wie täglich in der ULB, und Herr Kettmann kam. Natürlich waren wir beide unglaublich deprimiert. Da habe ich aber Herrn Kettmann gesagt: "Herr Kettmann, lassen Sie nur. Jetzt wird unsere Generation tatsächlich zu einer historischen Größe, denn man hat die Mauer gebaut, um uns an einem Weggang nach Westdeutschland zu hindern. Die Mauer ist der erste Beweis und vielleicht auch der letzte, daß das kommunistische System kaputt ist." Denn der Kommunismus beruhte ja auf Expansion. Er wollte die Welt erobern und hat damit endgültig dieses Ziel aufgegeben. Ich habe ihm gesagt: "Ich weiß nicht, wie lange es dauert, aber diese Mauer wird wieder fallen. Aber das ist der Anfang vom Ende." Also, Sie können Kettmann fragen, der wird es Ihnen bestätigen. Bei aller Depression. Wir waren unglaublich niedergeschlagen.

Zöllner: Der Mauerbau fiel nun wieder in die Semesterpause. Deshalb ist es natürlich nun wiederum schwer, unmittelbare Reaktionen zu finden. Die Universität war wieder erstmal leer. Aber als dann der Betrieb wieder anfing, war natürlich ein Phänomen zu verzeichnen. Das hatte jeder befürchtet, als er vom Mauerbau erfuhr. Ich habe es in Ungarn erfahren und ahnte schon, was los war. So war es dann auch die folgenden Monate. Der Druck, der wieder Oberwasser bekommenden Radikalinskis in der Funktionärsschicht der SED verstärkte sich erst einmal wieder. Maßgebliches Beispiel ist der Genosse Guschl, der stellvertretende Sekretär, der damals eine bestimmte Rolle zu spielen hatte. Das war einer dieser Anführer, das berühmte Wort ist von ihm: "Jetzt haben wir sie alle." Das war tatsächlich die Atmosphäre, eine neuerliche Verschärfung. Das ging aber nur einige Monate, weil dann doch irgendwie gesehen werden mußte, wie das weitergeht, daß die Wissenschaft an der Universität existieren muß und man in dieser neuerlichen Atmosphäre dann doch nicht vorankommt. Aber der Versuch, das nun auszunutzen durch die Radikalen, der war ganz deutlich. Das hat man überall bei uns gespürt, in unserer Disziplin nun natürlich an erster Stelle. Also, das muß ich sagen. So ganz ohne Auswirkungen ist das nicht geblieben. Es hielt zum Glück nicht ewig an.

Dräger: Es lag ja in der Luft. Trotzdem glaubte man nicht, daß die Mauer gebaut würde. Es wurde diskutiert in Studentenkreisen: "Das ist doch unmöglich. Das lassen die Westmächte nicht zu. Das ist politisch nicht durchsetzbar." Und so fort. Und dann hatte ja Ulbricht auch mal was geäußert: Es würde keine Mauer gebaut werden. Im Juni 1961 hat das Ulbricht in Interviews erklärt. Der Tenor, den wir hatten, war: Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder wir bauen einen Mercedes, oder wir bauen die Mauer. Es war eigentlich das Logische. Aber man wollte es nicht wahrhaben. Man hat immer geglaubt, das ist politisch nicht durchsetzbar.

Mehlig: Herr Zöllner, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie sagten: Unmittelbar nach dem Mauerbau seien die Zügel gestrafft worden und nachher gelockert worden? Dieser Einschätzung möchte ich widersprechen. Momentan mag es richtig sein, daß natürlich auf Macht gepocht wurde und klar gesagt wurde: Die Messen sind gesungen. Aber die Voraussetzung für die dritte Hochschulreform, die ja der letzte einschneidende Punkt war, war der Mauerbau. Ohne den Mauerbau in allen Konsequenzen, mit allen Vorgaben, die damit verbunden waren, wäre das nicht möglich gewesen.

Zöllner: Sie haben ja recht. Also die ganzen Voraussetzungen änderten sich natürlich nicht. Alles das, was später erfolgte, beruhte auf der Voraussetzung 1961 - Mauerbau. Aber dieser unmittelbare Druck dieser radikalen Funktionäre wurde danach etwas zurückgenommen. Das habe ich nun selber erlebt. Ich kenne ja nun solche Leute zur Genüge, und die wurden etwas disziplinierter. Das andere, das blieb natürlich. Dadurch, daß keiner mehr weg konnte und so weiter, damit waren natürlich alle Voraussetzungen vorhanden, nun auf dem Wege von 1958 getrost in die sozialistische, total von der SED kontrollierte Universität weiterzumarschieren, wie wir es dann mit der dritten Hochschulreform auch bekommen haben. Das war die konsequente Fortsetzung der Linie: Parteileute in alle Fakultäten. Der Parteisekretär wird dann der Chef. Das ist doch selbstverständlich, aber dieser unmittelbare Druck solcher Radikalinskis, der wurde da mal wieder gelockert.

Oelke: Ich glaube, zu dieser kleinen Kontroverse etwas sagen zu können. Das ist vielleicht nach Fachschaften unterschiedlich gewesen. Ich werde dazu gleich noch ein Beispiel geben. Ansonsten möchte ich Herrn Dräger doch zustimmen. Es war für uns

überhaupt nicht faßbar - der Mauerbau. Und damit mußte jeder fertigwerden.

Ich glaube, ich habe es gestern schon gesagt. Ich bin auch noch im Juli 1961 in Westberlin gewesen. Mit diesem Erlebnis, dieser Situation mußte man leben.

Wie sich das beispielsweise in der Geographie ausgewirkt hat, dazu will ich dann noch ein charakteristisches Beispiel geben. Wir haben kurz vorher, ich bin 1960 zurückgekommen als Assistent ans Institut, ganz scharfe Auseinandersetzungen gehabt zwischen einer Gruppe extrem links orientierter Genossen, die ein Lehrbuch aus der alten Bundesrepublik als Schullehrbuch zerfleischten, und den anderen Angehörigen des Lehrkörpers, einschließlich mehrerer SED-Mitglieder, die sich gegen diesen Kurs aussprachen. Das Ergebnis war, daß der Leiter dieser Extremistengruppe, ein Dozent, der Name ist auch schon gefallen, Dr. Harke, daß diesem durch die Fakultät für Naturwissenschaften nahegelegt wurde, so wurde das formuliert, die Universität zu verlassen, woanders hinzugehen. Das war der Stand vor dem Mauerbau. Nach dem Mauerbau hat sich Herr Harke nicht bewegt, und es war keine Kraft mehr da, ihn zu bewegen.

Hermann: Ich möchte noch ganz kurz zu dem Eindruck, den der Mauerbau gemacht hat, etwas sagen. Es war zunächst eine Art Sprachlosigkeit und Wut da. Aber wir haben sehr bald im Freundes- und vor allem auch im Institutskreis diskutiert. Man mußte mit der Situation fertig werden. Da wird zum ersten Mal in der DDR ein Innendruck erzeugt. Wir haben uns dann wieder Hoffnungen gemacht. Diesen Innendruck hat es ja an vielen Stellen gegeben. Es gab nicht mehr diese willkürlichen Verhaftungen und Urteile und großen Prozesse und dergleichen. Die DDR mußte mit ihrer eigenen Öffentlichkeit selber fertig werden. Es gab dann einen Innendruck, und darauf mußte reagiert werden. Das war unsere Hoffnung. Die hat sich leider erst nach sehr vielen Jahren abgenutzt.

Mehlig: Nicht Hoffnung, sondern tiefe Resignation hat überwogen. Das ist gar keine Frage. Vom Tag des Mauerbaus an kam natürlich im Zusammenhang mit der tiefen Resignation das Gefühl auf: Wir müssen uns in irgendeiner Art und Weise arrangieren. Das ist das, was ich bezeichnet habe als die Hinbewegung auf das "Schwejkum". Wir haben uns in den 70er und vor allem in den 80er Jahren zu "Schwejks" entwickelt, oder sehr viele jedenfalls. Jetzt kommt der Tag der Öffnung, der Wiedervereinigung, und unsere großen Wissenschaftspolitiker in den alten Bundesländern standen vor dem

Phänomen: Ja, bei Euch tut sich ja gar nichts. Was ist denn überhaupt mit Euch los. Da habe ich ihnen allerdings geantwortet: "Ich könnte Ihnen einige Namen nennen..." Sehr profilierte Namen sind dabei. Das ich gesagt habe: "Hört mal zu. 40 Jahre lassen sich von heute auf morgen nicht wegwischen. Ihr könnt jetzt nicht von uns verlangen, daß wir exakte Preußen oder eifrige Sachsen werden, wie wir es vielleicht vor 40 oder 50 Jahren waren. Inzwischen sind wir Schwejks geworden. Um wieder exakte Preußen und gewissenhafte Sachsen zu werden, dazu braucht es eine gewisse Zeit." Also das sollte man bedenken. Und das kam natürlich aus der Resignation heraus.

Rupieper: Ich habe den Eindruck, daß wir das Thema Mauerbau verlassen sollten. Ich hatte ein Statement vorbereitet, indem ich etwas sagen wollte über die Bildungsreform in der Bundesrepublik der 60er Jahre, was ja eines der großen Themen war, und dem wollte ich die dritte Hochschulreform in der DDR gegenüberstellen. Ich glaube, das ist in diesem Kreis gar nicht notwendig, weil auch ganz unterschiedliche Erfahrungen vorhanden sind. Ich weiß auch nicht, ob das etwas bringen würde, denn die Zielrichtung ist irgendwo doch, man kann fast sagen, identisch. Man versucht im Westen, diese Modernisierungsschübe im Bildungsbereich umzusetzen. Und das versucht man, im Osten, in der DDR, mit der dritten Hochschulreform auch. Ich könnte das jetzt in einzelnen Punkten ausführen. Aber vielleicht ist es besser, eine ganz simple Frage zu stellen: Was ist Ihrer Meinung nach das eigentlich bedeutendste Kriterium der dritten Hochschulreform gewesen? Es ist klar, was passiert ist. Es ist klar, welche Probleme es gegeben hat. Aber aus Ihrer Sicht bitte, denn Sie waren damals alle an der Universität.

Mehlig: Herr Rupieper, ich habe über dieses Thema gesprochen. Ich hoffe, daß der Aufsatz irgendwann publiziert wird. Er liegt noch nicht vor. Ich habe darin Archivmaterialien zitiert, die wir im Universitätsarchiv haben und die Sie kennen. Ich bin zunächst einmal auf die Vorgeschichte zur dritten Hochschulreform eingegangen, habe gesagt, daß der dritten natürlich die erste und zweite vorausgingen. Haben sie das Referat schon?

Rupieper: Nein.

Mehlig: Die Zielrichtung auf eine Sozialisierung war natürlich gegeben. Aber die

unmittelbaren Voraussetzungen waren die: erstens natürlich der Mauerbau. Ohne den Mauerbau ging es nicht. Zweitens, die Niederschlagung des Prager Frühlings. Diese tschechischen Ereignisse bahnten sich an. Und drittens - das ist nun meine Hypothese, aber die läßt sich ganz gewiß bestätigen - die ständige Mahnung der Russen: Was kommt denn von unseren Deutschen, den "naschi nemzi". Die "net naschi nemzi" aus der Bundesrepublik haben größte Erfolge in den Naturwissenschaften und in anderen. Und von unseren "nemzi" kommt überhaupt nichts. Da kam der immerhin mit einer gewissen Bauernschläue begabte Ulbricht auf die Idee, seinen Hauptfunktionär, das war der damalige Parteisekretär in Leipzig, Böhme hieß er, nach Moskau zu schicken und genau das sowjetische System zu kopieren, genau zu übernehmen und es dann in der DDR zu verwirklichen, also die Gesellschaftswissenschaften eindeutig auf Marxismus/ Leninismus auszurichten und diese Voraussetzung auch auf die Naturwissenschaften zu übertragen. Das sollte zumindest dem Zweck dienen, daß Ulbricht jetzt sagen konnte: "Wir haben den Höchststand aller Wissenschaften erreicht", nämlich: Das Modell der Sowjetunion genau und exakt übernommen. Welchen Grund habt Ihr Russen, uns jetzt zu tadeln, weil wir ja Euer hochgelobtes Prinzip übernommen haben? Das danach natürlich auch nichts kam, ist eine andere Sache. Aber es war eine Schutzbehauptung, die Ulbricht damit verfolgt hat. Ich weiß nicht, ob ich mit dieser Idee richtig liege, aber ich glaube schon, daß man diese Sache mal verfolgen sollte.

Rupieper: Na gut, das ist eine These: außenpolitische Anstöße aus der Sowjetunion.

Priew: Ich habe die Zeit nicht miterlebt. Aber ich habe die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zum Teil mitevaluiert. Gestern und heute ist es nicht zur Sprache gekommen: die Entwicklung der Universitäten in der DDR im Verhältnis zu den Akademien. Ich hatte bei der Evaluierung den Eindruck: Es mag falsch sein, daß unsere Universitäten hier gegenüber den Akademien sehr kastriert worden sind. Dies ist eigentlich hier gar nicht angesprochen worden, daß die Universitäten in der DDR - bitte, mein Eindruck kann falsch sein - den universitären Charakter verloren haben und die Forschung in die Akademie abgewandert ist, die politisch mehr im Griff der Partei war.

Hermann: Da kann ich vielleicht etwas sagen. Ich glaube nicht, daß die Universitäten kastriert worden sind, sondern die Akademien sind stärker gefördert worden, auch nach

dem sowjetischen System. Ich glaube nicht, daß wir kastriert wurden. Die Hochschulreform hat zum ersten Mal in größeren Mengen Forschungsmittel in die naturwissenschaftlichen Institute gebracht. Wir waren nicht auf dem Ausrüstungsstand der Akademie-Institute, aber wir haben zum ersten Mal mehr Forschungsmittel bekommen. Wir konnten wissenschaftliche Arbeitsgruppen, die dann auch überregional zusammengeschlossen waren, DDR-flächendeckend, schaffen. Das schloß Akademie, Landwirtschaftsakademie und Universitätsinstitute ein. Es kam eben darauf an, wie profiliert die Forschung war, daß sie an den Sonnenseiten der Akademien teilhaben konnte, indem wir deren Instrumente mitbenutzten und so weiter. Es ist eine einseitige Förderung wie in Rußland gewesen, wo an Universitäten im wesentlichen Lehre betrieben wurde und gar nicht oder nur untergeordnet geforscht wurde. So war es auch in der Tschechoslowakei und zum Teil in Ungarn. Also "kastriert" würde ich nicht sagen, aber nicht so begünstigt wie die Akademie-Institute.

Bohley: Dazu gleich noch mal. Obwohl die Akademien besonders gefördert wurden, ist genau das richtig, was Herr Hermann sagte. Wir bekamen an die Universität außerordentlich große Mittel, sehr teure Großgeräte. Wir bekamen hunderttausende von Valuta-Mark, mit denen wir Geräte einkaufen konnten für unsere Arbeiten, die ja von einer Arbeitsgruppe gemacht wurden, die denen politisch gar nicht paßte. Die fachliche Leistung wurde anerkannt. Und diese Arroganz der Sowjetwissenschaft gegenüber der DDR war nicht durchgängig. Wir wurden zum Beispiel nach "Akademgorodok" eingeladen zu einem Lipsomensymposium, bei dem auf einmal 400 sowjetische Lipsomenforscher da waren, von denen wir noch nie etwas gehört haben. Die wollten von uns hören, was nun in der Welt geschieht. Da waren dann 10 Leute - aus jedem Land einer. Und da war ein hoher Respekt ausgeprägt - da sollte man nicht so tun, als wäre die Arroganz durchgängig die Regel gewesen.

Mehlig: Herr Bohley, das steht ja nicht im Widerspruch zu dem, was ich sagte. Nein, überhaupt nicht. Denn die Intentionen Ulbrichts waren klar: Es kam von den ostdeutschen Wissenschaftlern im Vergleich zu dem, was die Westdeutschen brachten, nahezu nichts. Das bewegte sich auf Null zu.

Bohley: Ich freue mich, daß Sie das Wort "nahezu" eingefügt haben.

Mehlig: Es ist so gewesen. Es bewegte sich auf Null zu. Aus den Geisteswissenschaften möchte ich das sagen. Und lesen Sie sich einmal die Protokolle durch, die wir in den Archivmaterialien haben, in der Vorbereitung zur dritten Hochschulreform. Das ist abenteuerlich. Das kann ich Ihnen sagen. Wenn das nicht in allem so durchgeführt wurde, dann liegt das natürlich auch an der Initiative und dem Forschergeist der Forscher, beziehungsweise der Angehörigen der Universität. Sie haben dieses Programm nicht mitgezogen, aber daß das Sowjetsystem in toto durchgeführt und angestrebt werden sollte, liegt auf der Hand. Da ist überhaupt kein Zweifel dran.

Zöllner: Die Hochschulreform ist sicher verschiedenartig zu interpretieren, wobei ich zwischen dem naturwissenschaftlich-medizinisch-technischen Bereich und dem geisteswissenschaftlichen doch einen wesentlichen Unterschied machen würde. Einerseits hat man ja oft genug gesagt: Modernisierung. Ich kann mich sehr gut erinnern, daß damals auch amerikanische Vorbilder, department system und alles Mögliche immer wieder in der Diskussion waren. Es war ja eine reiche Diskussion. Auf der anderen Seite war sie natürlich auch der Versuch, den Einfluß der zentralen Parteiinstitutionen auf die Wissenschaften zu vollenden. Ich persönlich habe diese Jahre nur in übelster Erinnerung. Ich kann hier nur ein Wort zitieren, das damals im Umlauf war: "Jetzt ist die Stunde der Trompeter und Pauker so richtig gekommen." In unseren Disziplinen war das auch so. Leute, die bis dahin eine Außenseiterrolle, trotz aller anderen Dinge, gespielt hatten, die waren jetzt die maßgeblichen Politiker, die die anderen erzogen, die den Ehrentitel "FDJ-Professor" gern führten und so weiter. Sie waren jetzt das Gefragte. Also, man muß zwischen den beiden Sachen unterscheiden. Was die Geisteswissenschaften angeht, kam jetzt die absolute Kontrolle der berliner Gremien, der Parteiinstitute und der sich neu bildenden zentralen Räte, so richtig zum Tragen. Die Professoren, Dozenten, Assistenten saßen dann da und warteten auf die Emmissäre aus Berlin vom damaligem Institut für Gesellschaftswissenschaften und so weiter, die aus der Parteihochschule in die Provinz ausströmten und jetzt Unterricht in Forschung gaben. Großforschung war gefragt, natürlich auch in den Geisteswissenschaften: Weg von der individuellen Forschung, was bis dahin das Normale war. Also, alle zusammenfassen zu Projekten, die doch letztlich Seifenblasen waren. Wenn man sich das anguckt, da kann man nicht mal mehr darüber lachen. Traurig war das. Also, zwischen diesen beiden Dingen möchte ich wirklich unterscheiden. Wenn ich mal an die Diskussion beim Leipziger Historikertag über diese

Dinge denke, dann ist mir das so richtig klar geworden, daß das wirklich ambivalent ist. Aber das totale Chaos, was hier jahrelang war, das war natürlich traurig. Außerdem sind letztlich viele Dinge gescheitert, weil schon die Mittelzuführung nicht da war, hoffnungsvolle Bauprojekte und so weiter an der Universität überhaupt nicht realisiert wurden. Das war klar. Aber für uns war das nicht nur verhängnisvoll; das war das Ende.

Rupieper: Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Beitrag zur Unterscheidung zwischen Entwicklungen in den Naturwissenschaften und den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Dräger: Die Geisteswissenschaftler haben die Naturwissenschaftler immer etwas beneidet, weil sie durch ihren Forschungsgegenstand einfach in einer anderen Situation waren. Uns Geisteswissenschaftler wollte man mit Gewalt auf Marxismus trimmen. Da hat diese Hochschulreform einen großen Anteil, aber ich muß Folgendes sagen. Diese Überfütterung mit dem Marxismus hat in Wirklichkeit dazu geführt, daß sich ein großer Teil einen Panzer zugelegt hat. Wir haben immer gesagt: "Wir schwimmen in einem Meer von Marxismus, ohne naß zu werden." Ich dachte, das ist so ein bißchen typisch.

Priew: Zur Diskussion zwischen Herrn Bohley und Herrn Mehlig möchte ich etwas sagen. Man muß das hier doch differenziert sehen. Aus meinem Bereich kann ich nur sagen, daß zum Beispiel Pflanzenbau, Pflanzenzüchtung in der DDR einen hohen Stellenwert hatte, daß hier hervorragende Arbeiten geleistet worden sind, auch aus Sicht des Westens. Zum Teil war das auch systemimmanent, zum Beispiel Resistenzforschung. Das hing damit zusammen, daß die Pflanzenschutzmittel nicht in dem Umfang zur Verfügung standen. Aber die wissenschaftliche Arbeit, die auf diesem Gebiet hier geleistet wurde, ist sehr anerkannt worden und hatte ein hohes Niveau.

Bohley: Sie haben jetzt nicht differenziert zwischen: Leistung - Universität und Akademie. Das ist das Kernproblem.

Hermann: Ich möchte darauf hinweisen, daß es mit der Hochschulreform auch Restriktionen gegeben hat, die wir hier noch nicht erwähnt haben, in Ihrem Fragenkatalog. Zum Beispiel war uns ab dieser Zeit die mögliche wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Instituten in Westeuropa verboten. Es bestand über größere Projekte

plötzlich eine Geheimhaltungspflicht, die völlig überzogen war und die im Laufe der Jahre wegen Undurchführbarkeit nachher gelockert wurde. Es kam also zu den Vertraulichkeits-Verpflichtungen und so weiter. Und dann haben wir es auch als außerordentlich negativ empfunden, daß unsere Mitgliedschaft in den gesamtdeutschen Gesellschaften, die 1964 noch bestand, gekappt wurde und zwar nicht etwa, weil wir bereit waren, auszutreten, sondern es wurde ausgetreten. Diese Erklärung wurde hinterlegt bei der Dienststelle für ausländische Beziehungen, der Reiseverhinderungs-stelle. Dort mußten die Wissenschaftler diese Erklärung entweder hinterlegen oder es wurde auch gleich angeordnet: Es gibt keine Mitgliedschaft in gesamtdeutschen Gesellschaften mehr. Das hat mich sehr betroffen, denn ich war in zweien dieser gesamtdeutschen Gesellschaften. Wir hatten regen literarischen Austausch. Wir hatten da Fachliteratur gekriegt. Also, das sind so ganz einschneidende Dinge gewesen, die, glaube ich, auch hier in den Fragenkatalog mit reingehören.

Oelke: Ich glaube, einmal sollten wir noch darauf hinweisen, wenn wir die Auswirkung insgesamt auf die Universität betrachten, daß der Gedanke der “universitas” aufgegeben wurde. Wir haben das bei uns ganz speziell erlebt. In unserem ganz speziellen Fall sogar positiv, denn die Geographie in Halle wurde aufgewertet. Aber das war nach dem Schreckschuß, daß die Nachbardisziplinen Geologie und Mineralogie geschlossen wurden. Das sollten wir hier auch festhalten. In der damaligen Situation, als völlig überraschend Geologie und die Mineralogie geschlossen wurden, kam eine Delegation vom Ministerium aus Berlin und hat das hier verkündet. Da hat die Universitätsleitung einen großen Schreck bekommen und hat versucht, den übrigen Bestand der Universität zu “erhalten”, will ich mal sagen. Uns beispielsweise hat der damalige erste Prorektor, der Historiker Tillmann, zukommen lassen: “Wenn die zu Euch kommen und Euch fragen, ob Ihr in der Lage seid, pro Jahrgang hundert Studenten auszubilden, sagt JA”. Also, es war der feste Wille der Universitätsleitung vorhanden, den Rest zu behalten. Aus dieser Hochschulreform ist die Universität Halle insgesamt doch recht gut hervorgegangen, zumindest im Vergleich zu Leipzig, wo mehrere Fachrichtungen durch die dortige Universitätsleitung gekappt wurden. Das, glaube ich, ist ein wesentliches Ergebnis. Ein anderes ist hier schon besprochen wurden. Die großen Fachrichtungen, wie die Geisteswissenschaften, haben unterschiedlich abgeschnitten. Es ist auch über Forschung gesprochen worden. Da, glaube ich, müssen wir noch einmal betonen, daß es nun zu einer

absoluten Zentralisierung der Forschung kam. Die Institute waren zunehmend, zumindest in der Anfangsphase, nicht mehr berechtigt, selbständig ihre Forschungsthemen zu bestimmen. Das hatte schlimme Folgen für die Ausbildung. Das muß ich in diesem Kreis nicht betonen, wie wichtig Forschung ist auf allen Bereichen, damit die Ausbildung ein angemessenes Niveau hat. Das war vorübergehend nicht möglich. Das hat sich dann um 1980 abgeschwächt, zumindest bei uns. Alles das, was für die Ausbildung notwendig war, ist dann auch gemacht worden. Na gut, da wurden natürlich überall Tricks, meine ich, entwickelt. Wir hatten generell ein Forschungsthema gehabt, wo wir alles andere reingehängt haben, aber nach außen haben wir das als großes Forschungsthema verkauft. Diese Zentralisierung der Forschung war entscheidend.

Und, das ist auch schon angesprochen worden, für diese Forschung bekamen wir Geld. Zum Teil erst direkt Geld und dann irgendwie Verschreibungen, was sich in vielfacher Hinsicht bemerkbar machte. So konnten wir Geräte kaufen, eventuell nicht viel, aber wir konnten etwas kaufen. Wir hatten dann Verträge mit sogenannten Partnern, also mit Industriebetrieben und Kombinat und so weiter, aber auch mit Planungs-trägern, für die wir lieferten. Zum Teil bekamen wir kein Geld, weil, sagen wir mal, solche Planungsinstitutionen selber kein Geld hatten. Die haben dann für uns eine Überfliegung bezahlt. Wir bekamen dann die Luftbilder, und wir hatten das indirekt bezahlt. Auf diese Weise ließ sich auch einiges erreichen. Es wirkte sich auch ein bißchen in Prämien aus, die uns zugewiesen wurden. Es wurde auch versucht, die ganze Sache attraktiv zu machen. Daß die Prämie dann verkannt wurde und mehr Ärger als Freude brachte, ist eine andere Sache.

Noch etwas, was auch schon angesprochen wurde, und zumindest bei uns ganz wichtig war. Die zunehmende Geheimhaltung. Es wurde alles geheim. Wie das das Arbeiten schwer machte, ist denjenigen, die nichts damit zu tun hatten, schwer verständlich zu machen. Aber wir mußten unter diesen Bedingungen leben. Es ging ja nicht anders. Und dabei zu publizieren - wie es gelang, bestimmte Ergebnisse frei zu bekommen, das war ein Kampf für sich, das waren mehrere Publikationen für sich, bevor die eigentliche kommen konnte.

Hermann: Die Hochschulreform ist auch zum Teil eine Antwort auf die Studentenrevolution in Westdeutschland gewesen. Sie ist bei uns begleitet worden von einer Entmachtung der Ordinarien. Die Fachvertretung wurde in vielen Fällen durch genehme

Oberassistenten wahrgenommen. Es wurden Sekretariate und alles gebildet. Es konnte viel mehr Einfluß genommen werden auf die Lehre, nicht auf die Forschung. Es kam hinzu, daß man danach versucht hat, auch eine wesentliche Sache der westdeutschen Studentenrevolution, nämlich die Frage der mündlichen Prüfung dadurch zu regeln, daß empfohlen wurde, unterrichtsbegleitende Resultatermittlungen kontinuierlich durchzuführen und die Prüfung völlig abzubauen. Die Partei hat außerordentlich in diese Richtung agitiert. Das konnte abgewehrt werden, nachdem es sich als völliger Unsinn herausgestellt hatte. Aber diese Entmachtung der Professoren hat vor allem im Bereich Medizin nachhaltig gewirkt. Es waren dann Oberassistenten oder Dozenten, die die Fachvertretung machten und über Inhalte von Lehre, Ausbildung und Erziehung und so berieten.

Tauché: Ich versuche, es kurz zu machen. Ich denke, daß die These von Herrn Mehlig richtig ist und sogar noch verstärkt werden muß. Es ging damals um die Sowjetisierung, so würde ich das bezeichnen, des gesamten Bildungswesens, nicht nur der Hochschulen, auch der Schulen. Das heißt zum Beispiel: Durchsetzung des Russischunterrichts an den Schulen. Es wurden Russischklassen eingerichtet, ab 4. Klasse. An den Hochschulen gab es neue Lehrpläne, die Ideologisierung und Zentralisierung nahm ganz eindeutig zu. Das ist lange vorbereitet gewesen. Mir liegt ein Papier vor, wie bereits 1966 geplant wurde, die geographischen Institutionen zu zentralisieren und nur an bestimmten Punkten weiterzuentwickeln und die anderen abzuschaffen. Das heißt, im Politbüro muß man diese Dinge schon lange im Auge gehabt haben. Der Sowjetisierungsprozeß erfährt dann in den 70er Jahren den Höhepunkt, dann sind sämtliche ehemalige Ordinarien abgeschafft und der Prozeß hat sich verfestigt. Das Abitur ist praktisch abgeschafft, alle gehen bis zur 10. Klasse, es gibt nur noch diese kurze Abiturstufe. Damit haben wir auch in der Universität völlig neue, verschulte Verhältnisse. Die Studenten werden wie Schüler behandelt, bekommen ihre vorgesetzten Klassenleiter, sie hießen Berater, und damit war das Ziel in etwa, Ende der 70er erreicht.

Priew: Ein ideologisches Ziel war die Industrialisierung der Landwirtschaft. Im Rahmen der Industrialisierung der Landwirtschaft ist die Aufspaltung erfolgt in Pflanzenbau-LPG's und Tierzucht. Das war dann durchgängig. Jetzt müßten Sie mir helfen. Ist nicht 1968 auch die Landwirtschaftliche Fakultät gespalten worden, um die Kader für diese

ideologische Entwicklung zu bekommen? Die Fakultät in Halle war nur noch für Pflanzenbau zuständig, und die Fakultät in Leipzig war nur für Tiere zuständig.

Diese Ausrichtung der akademischen Einrichtungen auf die ideologischen Gegebenheiten, die in der Praxis umgesetzt wurden, um Kader zu bekommen, das gehört mit in diese Reform.

Mehlig: Ich bin Herrn Hermann sehr dankbar dafür, daß er die Studentenbewegung 1968 in der alten Bundesrepublik angesprochen hat. Ich habe in Wildbad Kreuth die bisher nicht beantwortete Frage gestellt: Inwieweit 1968 von Ostberlin gesteuert wurde? Ja, sie winken ab. Ich weiß es nicht. Ich meine, aus gewissen Reaktionen... [Wortgefechte] ...nicht nur Rudi Dutschke... Entschuldigung, es ist eine hypothetische Frage, aber die sollte untersucht werden. Ich weise nur auf die Haltung von Herrn Habermas nach der Wende hin, der immerhin damals maßgeblich an der Studentenbewegung intellektuell beteiligt war.

Rupieper: Dies war für mich eine sehr wichtige Diskussion, weil ich einige Hintergrundinformationen bekommen habe, die so aus den Akten der Zeit nicht zu erschließen sind. Die Akten werden immer dünner, immer schlechter. Das erste, was wir gestern diskutiert haben und auch heute Vormittag, das ist alles recht gut nachvollziehbar, belegbar. Aber jetzt wird es schwierig für mich, überprüfbare Informationen zu erhalten. Deshalb war diese Debatte wichtig, und ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar für Ihre Hinweise.

Diskussionsrunde VI: 17. Juni 1995, nachmittags

■ Die Wende ■ Eine erstaunlich schlechte Aktenlage ■ Die Initiativgruppe: Kampf gegen Staatssicherheit ■ Auseinandersetzungen im Senat ■ “Kranke Wissenschaften” ■ Der “Runde Tisch” der Mediziner ■ Die Gesellschaftswissenschaftler reformieren sich nicht: Tarnversuche ■ Die Initiativgruppe heute ■ Alte Kader im Widerstand gegen das Neue ■ Studenten beim Reservistenlehrgang: die Angst, jetzt den Schießbefehl zu bekommen ■ In Westdeutschland: blauäugiger Umgang mit alten Kadern ■ Das Beharrungsvermögen der Staatsbürgerkandidaten ■ Inaktive Studenten ■ Noch einmal: Verzögerungstaktiken ■ Das Herrschaftswissen ■ Verabschiedung ■

Rupieper: Wir kommen jetzt zum letzten Teil unserer Diskussion. Dies ist der Teil, der aktenmäßig kaum erfaßt worden ist, obwohl es einige Informationen über die Wende gibt. Es ist aber auch bemerkenswert, wie wenig Material vorhanden ist. Andererseits ist dies natürlich ein Aspekt, der sehr, sehr gut von beteiligten Zeitzeugen, Initiatoren der Wende an der Universität, abgedeckt werden kann. Ich hatte gehofft, dazu auch Herrn Tauché noch hier haben zu können, aber er mußte aus privaten Gründen gehen. Dafür sind aber andere aus dem Kreis der Initiativgruppe an der Universität anwesend bzw. der Personen, die am Runden Tisch des Bezirkes oder der Stadt Halle mitgearbeitet haben, einmal Herr Mehlig. Dann für den Bereich der Medizinischen Fakultät Herr Hermann und weitere Zeitzeugen wie Herr Zöllner für den Bereich der Geschichtswissenschaft. Herr Mühlpfordt war natürlich auch in Halle anwesend, so daß wir zumindest einige Zeitzeugen zur Verfügung haben. Ich denke, wir sollten bei diesem Thema anders vorgehen als bisher. Ich würde darum bitten, daß Herr Mehlig vielleicht zehn Minuten eine Einführung in die Probleme der Wende gibt, und daß anschließend Herr Herrman das ebenfalls für den Bereich der Medizinischen Fakultät tut. Hier sind durchaus Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten vorhanden. Dann könnte man vielleicht, was ganz interessant ist, auch aus der Sicht von Studenten etwas beitragen, denn Herr Schäfer gehörte auch zu diesem Kreis, die sich in der Wende betätigt haben, aktiv waren. Das ist also das Potential, aus dem wir schöpfen können.

Mehlig: Ich memoriere, ich habe kein Manuskript vor mir, aber ich denke schon, daß ich es zusammenbekomme. Ich möchte nur in einem Punkt noch auf den heutigen Vormittag

zu sprechen kommen. Wir haben über die dritte Hochschulreform gesprochen. Was ich auszuführen hatte, war die Absicht der dritten Hochschulreform, daß in der Realisierung die Dinge sehr diffizil und unterschiedlich zu bewerten sind, Herr Bohley, das ist richtig. Ich habe einige Dinge falsch artikuliert. Ich bitte dafür um Entschuldigung. Ich meine, die Dinge sollten überhaupt generell aufgearbeitet werden.

Zu dem Thema, über das ich jetzt referieren will, ist bereits im Juni des vergangenen Jahres gesprochen worden. Das ist auch publiziert in den historischen Berichten der Martin-Luther-Universität, unter dem Titel "Die Zeit der Wende aus der Sicht der Nichtetablierten".

Beginnen wir mit dem Oktober/November 1989. In Halle hatte sich das Neue Forum gegründet. Ich wurde sehr bald Mitglied, und in der Zeit der Wende war ich bereits Sprecher des Neuen Forums. Eine erste Artikulation kam im sogenannten Volkshaus der Stadt Halle. Da versammelten sich noch die alten Stadtverordneten. Es war eine wirklich "rote Versammlung". Das, was ich dort zu sagen hatte, wurde durch das Radio übertragen. Es schockierte. Bei einigen gab es positive Resonanz, bei den meisten eine negative. Nun Folgendes. Die Universität spielte im Leben der Stadt Halle nahezu keine Rolle. Ich glaube, Herr Hermann, Sie werden das bestätigen können. Wir waren eine in sich geschlossene Gesellschaft. Eine Ausstrahlung nach außen hin war kaum zu sehen, jedenfalls beurteile ich es so. Ich habe dann im November ein erstes Gespräch mit dem Rektor Zaschke gehabt und hatte als Begleiter Frank Eigenfeld hinzugezogen, der für das Neue Forum in Halle zunächst verantwortlich war. Nach einem zweistündigen Gespräch habe ich Zaschke ein zweiseitiges Papier überreicht mit der Aufforderung, es in der Universitätszeitung zu veröffentlichen. Die Hauptforderung war: Sofortige Abschaffung der Universitätsparteileitung, denn die war der eigentliche Regent der Universität. Nicht der Rektor, der natürlich auch ein SED-Mann war, sondern die Parteileitung hatte das Sagen. Zweitens, sofortige Auflösung der Personalkommission und Evaluierung dieser Angelegenheit. Drittens, eine sofortige Entideologisierung unserer Fächer. Das Letztere war natürlich nicht ad hoc zu bewerkstelligen.

Ich wurde dann als Sprecher des Neuen Forums an den Runden Tisch des Bezirkes delegiert. Der Runde Tisch hatte damals ganz andere Aufgaben. Das waren zunächst erst mal die Versorgung mit Lebensmitteln, Kohle und die Gesundheitsprobleme. Der Gesundheitsprobleme hatte sich vor allem Herr Lintzel angenommen, der einen sehr guten, detaillierten Bericht gemacht hat. Der liegt jetzt bei Herrn Rupieper im

Manuskript vor und wird veröffentlicht werden. Mitunter spielte noch die Volksbildung eine Rolle, aber die Volksbildung hatte mit der Universität nichts zu tun. Die Volksbildung war auch dem Bezirk Halle unterstellt, während die Universität völlig außerhalb stand. Alle Weisungen zu Fragen des Hochschulwesens wurden direkt von Berlin gesteuert, ich konnte später feststellen, daß es nicht einen einzigen Aktendeckel in der Bezirksleitung der SED gab zu Fragen der Universität.

Ich habe das Augenmerk vornehmlich auf die Universitätspolitik gerichtet und habe es im Laufe der Zeit zustande gebracht, daß sowohl der Rektor Zschke als auch der spätere Rektor Schilling an den Runden Tisch kamen, um ihren Bericht abzuliefern bzw. ihre Vorstellungen in Bezug auf die Universität zu entwickeln. Ich habe dann mehrere Artikel verfaßt, die zu einem großen Teil veröffentlicht wurden. Nur dort wurde auf die Veröffentlichung verzichtet, wo es sich auf eine ganz bestimmte Person bezog. Da waren einige Forderungen aufgestellt worden, u.a., das berührt das Thema des heutigen Vormittags, die Beurteilung unserer Wissenschaften. Ich sprach damals von den "gestörten" und den "zerstörten Wissenschaften". Meine Behauptung war, daß alles gestört sei, denn allein die Mauer, die Reglementierung durch fehlende Bücher, das Abschneiden von Kontakten zu Fachkollegen in den westlichen Bundesländern führten dazu, daß natürlich alles gestört war. Dann gab es noch die ideologischen Vorgaben, die auch nicht vergessen werden sollten. Also es war alles gestört, zerstört.

Jedoch waren nach meiner Beurteilung die Jurisprudenz, da Klassenjustiz; die Wirtschaftswissenschaften, da verantwortlich für die Mißstände in der Wirtschaft; die Historische Wissenschaft und die Philosophie im engeren Sinne gestört. In späterer Zeit, als wir das Land Sachsen-Anhalt hatten, wurden von dem damaligen Minister Sobetzko die Jurisprudenz, die Wirtschaftswissenschaften und die Philosophie abgewickelt. Bei der Geschichte blieben Reste übrig. Ich kann Ihnen sagen, in der Folge macht es sich bemerkbar, daß die radikal abgewickelten Fachrichtungen ganz schnell wieder arbeiteten. Die Juristische Fakultät war ganz schnell up to date, mutatis mutandis auch die Wirtschaftswissenschaftler und später dann die Philosophen, während die Historiker, so haben es mir jedenfalls einige Kollegen gesagt, nach wie vor kranken unter dem, was übrig geblieben ist.

Das wurde dann akzeptiert. Im Laufe der Zeit gab es auch ganz aktuelle Probleme. Auf meinen Artikel, der erst im Januar veröffentlicht wurde, gab es schon eine erste Replik am 22. Dezember aus der Zentrale Berlin. Da hatten sich die Parteisekretäre der

Universitäten und Hochschulen versammelt, mit Ausnahme von Halle und einer anderen Universität, ich glaube Jena, aber das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Das ist übrigens in dem Artikel verzeichnet. Die hatten beschlossen, die Partei muß an den Universitäten unbedingt erhalten bleiben. Erst wenige Wochen danach wurde der Artikel, der natürlich von Halle an die Zentrale geschickt worden ist, in der Universitätspresse veröffentlicht und löste eine heftige Diskussion aus. Was die Initiativgruppe anbetrifft, so haben wir uns sehr bald zusammengefunden, Bruno Tauché und ich waren diejenigen, die sagten: "Hört mal zu, wir müssen da irgendetwas unternehmen. Wir müssen Leute, die integer sind, um uns scharen und dann irgend etwas machen." Nun bringe ich die Daten nicht mehr genau zustande, ich glaube am 3. Februar 1990 haben wir uns offiziell vorgestellt. Das war im Tschernyschewski-Haus in der Aula. Zuvor aber, das war etwas ganz Wichtiges, waren uns am Runden Tisch des Bezirkes die Unterlagen über Stasiwohnungen, konspirative Wohnungen, überreicht worden. Davon gab es im Bezirk Halle etwa fünfhundert. Das waren noch gar nicht mal alle, selbst der Stasi-Oberst, der dafür verantwortlich war, erklärte uns, daß eine ganze Reihe von diesen Wohnungen von der Zentrale selbst im Bezirk Halle installiert wurden und die eigentliche Bezirksstelle, das wäre der Staatssicherheitsdienst in Halle, darüber überhaupt nicht informiert war. Doppelte und dreifache Überwachung! Unter diesen etwa 500 konspirativen Wohnungen habe ich etwa 15 auf die Universität bezogene Wohnungen exzerpiert. Wir haben da stundenlang verhandelt. Das ging bis in die Nacht hinein. Ich habe am gleichen Abend, das war an einem Mittwoch, noch das Exzerpt von meiner Frau abschreiben lassen. Nein, am Donnerstag war das. Eine hochdramatische Woche.

Am nächsten Morgen war ich mit meinen Freunden und der Staatsanwaltschaft beim Rektor und habe ihm das Ding vorgelegt. Am Mittwoch, also einen Tag, bevor ich die Akte einsah, war eine Senatssitzung, zu der der inzwischen verstorbene Herr Ullrich und ich eingeladen waren. Gegenstand war: die Berufung zu Dozenten. Das wollte man unter allen Umständen durchsetzen, der Prorektor Beil und der Rektor Zaschke. Und mit diesen Berufungen hat es Folgendes auf sich: Es gab nicht eine einzige Berufung, weder zum Hochschuldozenten noch zum Professor, die nicht das Plazet des Parteisekretärs besaß. Das war sehr unterschiedlich und natürlich auf die Person bezogen, aber das Plazet mußte vorliegen. Diese Berufungen galt es unter allem Umständen zu verhindern. Es gab eine ganz heftige Debatte. Wir gingen dann so auseinander, daß die Sache storniert wurde. Wir wollten die Berufungen oder die Einreichung der Berufungen beim Minister

für Hoch- und Fachschulwesen in Berlin um ein oder zwei Monate verschieben. Das gab es ja noch immer, und das gelang. In der sich daran anschließenden Pause wurde dann beraten. Wir haben tüchtig gefeiert, das war eine harte Auseinandersetzung. Zum Beispiel wurde an mich die Frage gerichtet: “Ja, Herr Mehlig, was schlagen Sie denn vor? Was sollen wir denn machen?” Worauf ich mit der Gegenfrage kam: “Ja, wer ist denn hier Senator im Raum? Sind Sie es oder bin ich es? Wenn ich Senator wäre, hätte ich vielleicht einen Vorschlag. Aber Sie sind die Senatoren, also kommen Sie mit Vorschlägen.” Die Vorschläge kamen natürlich nicht. In der Pause beriet man, ob man den Senat überhaupt noch bestehen lassen soll. Diese Frage wurde am Donnerstag bzw. am Freitag gelöst durch die Entdeckung der konspirativen Wohnungen der Universität. Zschke erklärte am Montag den Senat für aufgelöst. Er selbst und sein Prorektor Beil blieben im Amt. Diese Liste wurde nicht zur Berufung eingereicht, wohl aber im September 1990.

Gegen diese Berufungen haben wir protestiert, obwohl es nun die sogenannten Rehabilitierungsfälle und eine Kommission zur Rehabilitierung gab. Da waren übrigens, wie sich später herausstellte, noch einige Stasileute dabei. Eine ehemalige Chefin der Personalabteilung war da drin und so weiter und so fort. Die Leute sollten dann im September berufen werden. Das geschah dann schon unter dem Minister Meyer, der jetzt nach wie vor in Dresden ist. Wir hatten heftige Auseinandersetzungen. Ich habe mich mit Möllemann in Verbindung gesetzt und ihn dazu aufgefordert, bei seinem Amtskollegen in Berlin vorstellig zu werden und diese Berufungen unter allen Umständen zu verhindern. Möllemann hat es getan, wobei sich dann Herr Meyer auf die Souveränität seines Staates DDR berief und sich über diese Dinge hinwegsetzte, mit dem Resultat, daß eine ganze Reihe, wie sich später herausstellte, von Stasileuten berufen wurden. Also, das ist ein ganz kurzer Überblick.

Ich habe mich, was die gestörten Wissenschaften anbetraf, in den Naturwissenschaften völlig herausgehalten.

Hermann: Die Wende begann ja im Jahre 1989 und eskalierte schon im Vorlauf mit der Absetzbewegung im Sommer in die sozialistischen Länder. In diese Zeit kam die “Rote Woche” 1989. Zu Beginn des Studienjahres war immer eine sogenannte “Rote Woche”, die stand schon ganz unter dem Zeichen der großen Fragezeichen. Man konnte also ganz aggressiv diskutieren. Obwohl noch FDJ-Sekretäre bei jeder Seminargruppe dabei waren,

wagten sie nicht mehr zu widersprechen. Wenn ich zum Beispiel gesagt habe: Es ist zur Zeit nicht möglich, die politische Lage nach den Zeitungsberichten und Parteiberichten einzustufen, auch die Genossen selber können das nicht mehr machen, da hat kein Mensch widersprochen. Es fühlte sich dann Anfang November die Bereichsleitung des Bereiches Medizin verpflichtet, eine Vollversammlung der Medizinischen Fakultät in den Hörsaal der früheren 1. Medizin einzuberufen. Dort gab der damalige Prorektor einen Bericht, wie die Situation war. Sie war durch Ausbluten der Ärzteschaft gekennzeichnet, die in größerer Zahl Ausreiseanträge gestellt hatte. Einige Positionen waren nicht mehr gut besetzt. Er hat damals versichert, daß der ML-Unterricht nicht mehr obligatorisch sein würde, und verschiedene andere Dinge. Es waren der Kaderleiter und der FDGB-Vertreter, der jetzige Professor Rath, mit von der Partie. Es war eine erregte Spannung im Saal. Als dann die Diskussion eröffnet wurde, habe ich mir ein Herz gefaßt und den Kaderleiter als erstes gefragt, welchen Anteil die Arbeit der Kaderleitung an der Ausreisebewegung eigentlich hätte. Das wurde von den Genossen als eine Provokation angesehen. Aber die überwiegende Mehrheit der dort Anwesenden (einschließlich einiger Genossen Professoren) hat das für ganz legitim erklärt. Dann kam eine wirklich heftige Diskussion in Gang. Der Prorektor Wozniak hat versprochen, daß sich nun einiges ändern würde. Ich habe dann, wie andere auch, bemerkt, daß sich überhaupt nichts tat. Die alten Strukturen blieben. Wir hatten den Kaderleiter Lemm genötigt zu erklären, daß 25% der Mitarbeiter im Bereich Medizin, 52% der Wissenschaftler, aber unter den Direktoren 80% Genossen waren. Das heißt, alle wichtigen Positionen waren durch Parteimitglieder besetzt. Die funktionierten weiter, wollten vor allem ihren Status erhalten.

Es bewegte sich nichts im Bereich Medizin. Bei uns im Institut hatten wir mehrfach beraten, was wir machen sollen. Wir hatten an den Vollversammlungen, die der Rektor Zashke eingerichtet hatte im Tschernyschewski-Haus, teilgenommen. Herr Gläßer, Herr Langer und ich, wir haben uns dort mit Diskussionsbeiträgen beteiligt und auf eine Reformsituation hingewiesen. Nichts geschah. Ich habe dann im Dezember 1989 mehrere Leute in unserem Institut und in befreundeten Instituten mobilisiert, Persönlichkeiten, die ich kannte. Ich meinte, daß wir etwas wie einen Runden Tisch installieren müßten, damit etwas bewegt wird. Das haben wir probeweise in unserem Institut Anfang Januar exerziert, ob wir dafür eine Mehrheit kriegen würden, und dann Februar die erste Sitzung gehabt. Aus dreißig Einrichtungen waren ein bis zwei Vertreter

da. Wir haben uns als eine "Initiativgruppe" verstanden, die nicht aus Wahlen hervorgeht - da kommen ja möglicherweise keine initiativen Leute her - haben uns eine Geschäftsordnung gegeben, das Abstimmungsverhalten erläutert und dann die Dinge benannt, die wir vor allem bearbeiten wollten. Information war das wichtigste, also was im Bereich Medizin geschieht. Soweit das dringend notwendig war, spielten die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Ablösung der Rolle der Partei im Bereich Medizin und ähnliche Punkte eine große Rolle. Ich habe das ganze Material schon mal Professor Rupieper gezeigt. Ich kann das jetzt nicht vorlesen. Das sind viele Seiten Material. Dann haben wir mit der Arbeit angefangen und Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit einzelnen Problemen beschäftigt haben. Durch Mitarbeiter des Bereichs Medizin ist der Sicherheitsbeauftragte des Bereichs Medizin dann angegangen worden und eine umfangreiche Sammlung von etwa 1500 Notizen der Stasi gefunden worden, insbesondere von solchen Mitarbeitern, die Familienreisen beantragt hatten. Einige von uns haben diese 1500 Materialien gesichtet. Die sind den eigentlichen Adressaten im Laufe der Zeit anonym zugeführt worden. Da haben wir sehr viel Aufklärungsarbeit bei der Gelegenheit erreicht und auch erfahren, wie am Bereich Medizin die Stasiarbeit und die offizielle Arbeit mit der Kaderabteilung zusammen organisiert war.

Dann kam es uns darauf an, bei der ersten Wahl, nämlich der Wahl des Prorektors, ein Mitbestimmungsrecht zu haben. Wir haben in der Fakultät durchgesetzt, daß sämtliche Mitglieder des Runden Tisches, ob sie nun Hochschullehrer waren oder nicht, stimmberechtigt bei der Wahl des Prorektors sind. Und wir haben ihn verpflichtet, mit uns zusammenzuarbeiten. Das hat zu heftigen Kontroversen mit den SED-Kadern, die ja immer noch tätig waren, geführt, aber er konnte sich sozusagen dem öffentlichen Druck nicht entziehen. Es hat dann Probleme gegeben, die mit dem neuen Verwaltungsdirektor der Medizinischen Klinik aufgetreten waren. Er hatte die Wende dazu benutzt, Militär- und Stasiangehörige in die Verwaltung einzuschleusen, und zwar im größeren Maße. Der Runde Tisch hat schließlich durchgesetzt, in zähen Verhandlungen gegen den Prorektor, der fürchtete, die medizinische Versorgung bricht zusammen, daß dieser Mensch aus dem Amt entfernt wurde. Die anderen, für die Verwaltungsarbeit in der Klinik wirklich unfähigen Arbeiter verschwanden nach und nach auch. Das hat eine große Anstrengung gebraucht, und wir konnten uns das leisten, den Prorektor an unseren Runden Tisch zu zitieren. Das heißt, er wurde langsam zu einem Machtfaktor im Bereich Medizin. Aber er wurde immer noch von den alten Genossen kritisch gesehen, die den Prorektor mehrfach

geraten haben, ich zitiere wörtlich: “den Runden Tisch zu verbieten”.

Nach der Wahl des Prorektors haben wir am Fakultätsstatut, an der Promotions- und Habilitationsordnung mitgewirkt. Das Fakultätsstatut hat insbesondere auch die Struktur der Institutionen, die ja Kliniken, Institute und Abteilungen waren, mitbestimmt und war bei Besetzungen der leitenden Positionen und so weiter entscheidend. Das haben wir mit Mitgliedern der Fakultät gemacht. Wir haben uns auch bei der Wahl der Fakultät mit Anstand eingemischt und die Wahlordnung mitfestgelegt. Die wichtigste Aufgabe, die dann im nächsten Jahr anstand, war die Frage der Personalkommission im Zusammenhang mit der Evaluierung. Es sind ausschließlich Leute in die Evaluierungskommission aufgenommen worden, die vom Runden Tisch vorgeschlagen wurden. Das bezieht sich auf die gesellschaftlichen, die aus der hallischen Öffentlichkeit dabei gewesenen Persönlichkeiten, aber auch auf die, die von seiten der Universität als Hochschullehrer oder Mittelbau oder wissenschaftliche Mitarbeiter an der Arbeit der Personalkommission teilgenommen haben.

Es gab auch eine Reihe von kleineren Aktivitäten, die ich hier nicht näher nennen will, also die Entmachtung von Mitarbeitern der Kaderleitung, die Stasiangestellte waren, und die noch nach der Wende weiter tätig waren. So etwas haben wir in zäher Arbeit, sozusagen in kleineren Gruppen gemacht. Es gibt Protokolle, es gibt die Listen über die Texte unserer Aufrufe. Es gibt die Mitgliederlisten vom Runden Tisch. Wir haben dann geglaubt, wir sollten, damit auch der Vorwurf der Eigennützigkeit wegfällt, einen Vorsitzenden wählen, der Emeritus ist. Wir haben damals den noch nicht als Staatssekretär tätigen Professor Freye, den wir alle, ich auch schon aus der Studentenzeit, kennen, zu unserem Vorsitzenden gemacht. Und dessen Einfluß hat natürlich zusätzlich zum Wirken dieses Runden Tisches beigetragen.

Zu der Initiativgruppe bestand Verbindung durch zwei bis drei aus unserem Kreise, so daß wechselseitige Informationen möglich waren. Aber die besonderen Aufgaben im Bereich Medizin machten es doch erforderlich, diesen Runden Tisch zu haben. Ich glaube, er hatte eine präzisere Arbeitsordnung, Verfahrensordnung und mußte helfen, daß die ärztliche Versorgung gesichert werden konnte. So haben wir unsere Arbeit in diesem Kreise vertieft. Dazu gehörten auch Strukturprobleme im Bereich Medizin. Alles das ist dort mitberaten worden.

Rupieper: Ich glaube, in der Medizin ist der Übergang besonders problematisch oder

schwierig gewesen, teilweise auch wegen der zuletzt angesprochenen Krankenversorgung. Zunächst eine Frage, bevor Herr Zöllner etwas zur Geschichte sagen kann. Wieviele Runde Tische gab es innerhalb der Universität überhaupt?

Hermann: Es hat sich im Fachbereich Chemie einer gebildet, aber der ist nicht wirksam geworden. Den Aufruf dazu haben wir mal gehabt, der liegt auch bei den Akten. Man brauchte doch eine bestimmte Organisationsform. Wir haben zum Teil bis zu zweimal in der Woche abends gegessen, wenn die Dinge problematisch waren. Ich wollte noch sagen, aus dem Runden Tisch sind dann auch die Mitarbeiter für die Wende in der Universitätsorganisation geworden. Ich bin zum Beispiel Mitglied der Senatskommission für Finanz- und Personalfragen gewesen und habe auch den Haushaltssauschuß des Bereichs Medizin geleitet. Ähnlich Professor Gläßer: Er ist im Senat gewesen und war dann Prorektor der Universität. Die Leute haben mit ihren Erfahrungen also weiter an der Umordnung der Universität gearbeitet.

Rupieper: Eine Frage an Herrn Zöllner. Warum hat es in der Philosophischen Fakultät, in den Sektionen, die faktisch dazu gehörten, keine ähnlichen Entwicklungen gegeben?

Zöllner: Die Frage läßt sich relativ schnell beantworten: Es erfolgte eine Verstärkung der alten Kräfte, statt einer Abschwächung. Das lag einfach daran, daß ja über allem die Sektion Marxismus/Leninismus thronte, die nun aus bestimmten Gründen aufgelöst wurde, aber "sozial verträglich". Das bedeutete also, die Mitarbeiter dieser zahlenmäßig immer geförderten und mit immer neuen Planstellen versehenen Sektion wurden verteilt auf Gebiete, wo man meinte, da kann man sie in irgendeiner Weise beschäftigen. Das betraf natürlich die Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde, die sich bei dieser Gelegenheit nun spaltete. Einmal in die Sektion Geschichte. Die Staatsbürgerkunde selber funktionierte sich um zu einem Tarninstitut für Gesellschaftskunde - variable Möglichkeiten eingeschlossen. Die Sektion Geschichte wurde nun beglückt mit 13 Mitarbeitern der Sektion Marxismus/Leninismus jeder Preislage. Darunter waren mehrere Professoren, also auch alle die Leute, wo man froh war, daß sie mal draußen waren. Die waren nun plötzlich alle wieder heim ins Reich geholt. Es war also, was diese ganze Kopflastigkeit anging, schlimmer denn je. Statt nun Versuche zu forcieren, die es von der inhaltlichen Art durchaus gegeben hat, dieses Image loszuwerden, zu neuen Ufern zu

kommen und so weiter, verstärkte sich das Alte eigentlich. So war es klar, daß die Wahlen, die nun in allen Instituten durchgeführt worden, schon auf Grund der parteipolitischen Zusammensetzung so endeten, wie sie enden mußten. Die eingesetzten Sektionsdirektoren wurden jetzt von den Genossen auch gewählt. Die Sektion Geschichte hatte damals fast schon den Idealzustand erreicht, nämlich fast 100% Mitglieder der SED. In der Sektion ML war es ähnlich, ML war natürlich schon 100%. Es waren auch immer unsere "Vorbilder".

Dann wurde hier die Sache weiterbetrieben. Das Institut für Gesellschaftskunde, das nun von den auslaufenden Prorektoren für Gesellschaftswissenschaften forciert wurde, zeigte ein ganz merkwürdiges Bild. Wenn man sich das mal vorstellt, daß etliche dieser Leute, die zu den Haupteinpeitschern und Propagandisten der vorhergehenden Entwicklung gehört hatten, nun durch Deutschland fuhren und sich an den verschiedenen westdeutschen Hochschulen und in Westberlin lieb Kind machten und nun dort Rückendeckung holen wollten, für neue Ufer auf ihrem Gebiet in der DDR. Es waren Leute, die das Wort Bundesrepublik vorher kaum aussprechen konnten. Die vergaßen alles, was sie jemals gepredigt hatten und wurden dann hier auf diese Art und Weise zum Propagandisten eines fragwürdigen Neuen. Das war also der absolute Tiefschlag, was man dort erleben konnte.

Ich möchte noch auf ein gesamtdeutsches Problem aufmerksam machen, das vielleicht nicht so bekannt ist. Es war Anfang 1990 durchaus nicht klar, daß es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen würde, daß die Sowjetunion die DDR preisgeben würde. So gab es überall noch Versuche einer gesamtdeutschen Begegnung, die von der Bundesrepublik auch organisiert wurden. Hier für uns zuständig, für die Philosophische Fakultät, fühlte sich die Otto-Bennecke-Stiftung, wo der maßgebliche Macher, der Mann der Frau Süßmuth, Hans Süßmuth, in Düsseldorf tätig war. Die Universität in Düsseldorf hat sich dann auch um solche Kontakte bemüht und hier Vortragsforen und Reisen organisiert. Im "Spiegel" wurde es später kritisiert, aber kapiert haben sie eigentlich nicht, was los war. Das waren die Ausläufer solcher Illusionen: "Es werden weiter zwei deutsche Staaten bestehen, aber mit neuen Proportionen, und die einzelnen Wissenschaftsgebiete müssen jetzt kooperieren."

Das waren so Initiativen, die damals auf Resonanz stießen und vom damaligen Dekan der Philosophischen Fakultät, Professor Mocek, dann auch mit aufgenommen wurden. Da sind verschiedene Dinge auch für Studenten, Kurse und so weiter gelaufen,

bis dann die zwei Kohl-Modrow-Gespräche Erfolg hatten, und das nun so weiter lief. Diese beiden Sachen möchte ich nur noch einmal hervorheben. Das andere hat ja Herr Mehlig hier dargestellt, die Personalkommission. Das ist alles bekannt.

Mehlig: Nur noch zwei Sätze. Zunächst mal, das ist ein Naturgesetz: Druck erzeugt Gegendruck. Natürlich kam der Gegendruck. Das ist gar keine Frage. Ich habe die Historiker als zerstörte Wissenschaft bezeichnet, in puncto Marxismus/Leninismus. Da mußte natürlich ein Gegendruck und eine Rechtfertigung kommen. Das war völlig klar. Ich habe dann auch noch einen anderen Artikel geschrieben, der ebenfalls mehrfach veröffentlicht wurde: "Der sogenannte Etikettenschwindel". Da hat man versucht, eindeutig als marxistisch-leninistische Wissenschaftsträger ausgewiesene Professoren umzubenennen. Dieser Artikel hat eine scharfe Reaktion bewirkt. Wenn ich zum Abschluß noch eines sagen darf - wir müssen jetzt leider gehen. Wenn wir in Halle und in Jena soweit sind, wie wir sind, dann ist das ganz gewiß den Initiativen in dem einen Kalenderjahr Oktober oder November 1989 bis Oktober 1990 zu verdanken. Wir lebten damals in einem rechtslosen Zustand. Die unrechtsstaatlichen Gegebenheiten der DDR existierten nicht mehr und die neuen der Bundesrepublik noch nicht.

Dann war natürlich eine ganz große psychologische Komponente zu verzeichnen. Die betroffenen SED-Leute gingen natürlich davon aus, daß wir mit ihnen das tun würden, wie sie es mit uns getan hätten, wenn die Sache umgestürzt wäre. Und das war natürlich eine schlimme psychologische Einstellung.

Priew: Eine Frage an Herrn Rupieper. Die Initiativgruppe existiert ja noch. Welchen Status hat sie jetzt? Welche Funktion übt sie aus? Wie wird das von der Leitung der Universität gesehen?

Rupieper: Die Initiativgruppe ist immer eine ganz lockere Gruppe von Personen aus verschiedenen Fächern auf universitärer Ebene gewesen. Zu ihr gehörte und gehört auch der jetzige Rektor Berg. Diese Initiativgruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen, aber ich denke, soweit ich das beurteilen kann, spielt diese Initiativgruppe als informelle Gruppe eine gewisse Rolle. Aber ansonsten, glaube ich, hat sie sich ziemlich zurückgezogen, zumindest was die direkte Einflußnahme auf universitäre Entwicklungen betrifft. Herr Schady gehört dazu und einige andere. Diese Initiativgruppe war sehr, sehr

wichtig in dieser Übergangsphase und hat hervorragende Arbeit geleistet, einfach auf Grund ihrer Existenz und der geschaffenen Transparenz. Da hat Herr Mehlig auch eine wichtige Rolle gespielt, durch seine doch manchmal sehr abrupte Art, Fragen zu stellen, Zusammenhänge aufzubrechen. Das glaube ich, war sehr, sehr wichtig für die Wende in der Universität. Und man hat sicherlich dadurch, daß der Rektor manchmal an den Sitzungen teilnimmt, wenn er Zeit hat, die Möglichkeit, über Probleme an der Universität zu reden. Aber ich denke, es scheint jetzt eine gewisse Stagnation in der Weiterentwicklung eingetreten sein. Das kann Herr Hermann besser beantworten als ich. Wie ist der Stand in der Medizin?

Hermann: Ich kann das allgemein sagen. Die Mitarbeiter der Initiativgruppe sind zu einem großen Teil, wie Herr Mehlig, nun auch etabliert. Sie haben, wie ich das aus den Beratungen in den Senatskommissionen weiß, einige der früheren Mitglieder der Initiativgruppe in die Gremien der Universität, die die Universität leiten, also die Senatskommissionen, geschickt. Dies war auch so gedacht, daß man dort fortwirkt an der Umformung der Universität zu einem neuen, attraktiveren Bild. Der Runde Tisch im Bereich Medizin hat nach zwei Jahren offiziell durch Beschluß seine Tätigkeit eingestellt, weil seine Aufgaben eigentlich erledigt waren. Wir wollten Dinge auf den Weg bringen, Bahnen vorbereiten.

Ich kann noch mal sagen, daß die Initiativgruppe und der Runde Tisch im Bereich Medizin gemeinsam Wahlvorschläge für die Universitätswahlen gemacht haben. Es hat immer eine Zusammenarbeit gegeben, denn der Bereich Medizin hat 50% des Personals der Universität ausgemacht. Er hatte natürlich einen anderen und sehr großen Aufgabenkomplex, auch was die personelle Seite anlangt. Professor Gläßer, jetzt Prorektor, hat die Universitätsgeschicke mitleiten können, ich war in der Haushaltskommission. So sind von denen, die damals aktiv geworden sind, auch einige weiterhin für die Universität wirksam, so daß unsere Arbeit in den Gruppen eigentlich beendet war. Wir haben uns auch nicht durch Wahlen irgendwie legitimieren lassen, sondern durch Akklamation. Das gehörte in die Geschäftsordnung rein. Und das geht ja nicht ewig so weiter.

Rupieper: Ein Mitglied der Initiativgruppe ist zum Beispiel auch Vorsitzender der Rehabilitierungskommission, die noch regelmäßig tagt und entsprechende Vorschläge in

den Senat einbringt, hinsichtlich der Rehabilitierung von bis 1989 durch politische Entscheidungen in ihrer wissenschaftlichen Karriere benachteiligte Personen. Da gibt es in jeder Senatssitzung, ich schätze mal, seitdem ich da bin, vielleicht vier bis fünf Fälle, die vorgetragen werden. Aber ansonsten hat sich das Leben an der Universität, Herr Hermann hat darauf hingewiesen, durch die Gremienarbeit, durch die Gremien, die bestehen und natürlich durch das neue Hochschulgesetz des Landes, normalisiert. Es haben demokratische Wahlen stattgefunden.

Hermann: Ich wollte noch sagen, wir haben uns in die Hochschulgesetzgebung mit eingemischt. Herr Bergner war Fraktionsvorsitzender der CDU in Magdeburg, er war später auch Ministerpräsident: Wir haben mit ihm in seinem Büro die Entwürfe für das erste Hochschulgesetz besprochen und ihn immerhin damals auch dazu bewegt, sich den SPD-Entwurf, der viel detaillierter war, doch genauer anzusehen. Der ist dann im wesentlichen auch mit Unterstützung der CDU, deren Entwurf viel knapper war, durchgekommen. Da haben wir schon auf die Bedingungen an der Universität Bezug nehmen können, denn Herr Bergner war an einem Akademieinstitut. Da lagen andere Bedingungen vor. Ich will bloß sagen, das Wirken dieser Gruppen ist sehr breit gewesen. Wir haben Arbeitsgruppen gebildet, die sich damit beschäftigen sollten, weil man das sonst alles nicht geschafft hätte.

Wir hatten Listen. Ich will auch dazu sagen, daß auf dieser Liste sich auch eine Stasimitarbeiterin aus dem Institut für Geschichte der Medizin eingeschlichen hat. Da wir unsere Sitzungen und Beratungen aber immer als irgendwie öffentlich angesehen haben, hat es uns dann nicht gestört. Es hat uns zuerst gekränkt, da wir die Leute eigentlich zu unserer Arbeitsweise verpflichtet glaubten. Sie war offensichtlich dort für ihren Chef weiterhin tätig. Der bemühte sich immer noch, als Professor für Ethik, nachdem er als MLer nicht weiter tätig ist, querzutreiben. Jetzt hält er im Seniorenklub der Universität Vorträge. Das ist etwas, was ich persönlich etwas suspekt finde. Aber diese Seite ist erledigt. Wir haben auch, der Fall ist genannt worden, mit dem Herrn Ulrich unsere Probleme gehabt, der sehr aktiv war. Ich habe ihn seit der Studentenzeit sehr gut gekannt. Er hat durch eine ganz böse Verstrickung, die mit einer Republikflucht eines Kollegen zusammenhängt, mal eine Stasiunterschrift geleistet. Der ist er aber dann nicht nachgegangen. Dann ist er durch einen Geheimnisverrat, weil über die Dinge nicht geschrieben werden sollte, damit in einer ganz üblen Weise konfrontiert worden. Er hat

dann Selbstmord begangen. Das hat uns alles außerordentlich beschäftigt. Sein früherer Chef, Professor Seige, hat dazu in der Universitätszeitung einen Artikel geschrieben, der, glaube ich, der Person von Herrn Ulrich, den wir alle sehr geschätzt haben, würdig ist. Sonst denke ich, hatten wir keine falschen Leute drin. Es waren also Leute, die spontan bereit waren, sich zu engagieren. Nur wenige haben das auch ein bißchen zur Aufbesserung ihrer persönlichen Situation mitgemacht. Aber die wurden schnell durch zu wenig Allgemeinaktivität an den Rand gedrückt. Wie gesagt, ich bin sehr lange am Bereich Medizin gewesen. Ich habe in jeder Einrichtung Leute angesprochen, die ich lange genug kannte, von denen man erwarten konnte, daß sie da mitziehen. So ist diese Initiativgruppe zustande gekommen.

Rupieper: Noch eine Frage, Herr Hermann. Hat sich diese Zusammensetzung des Rundes Tisches der Medizin im Verlaufe der Zeit verändert, so daß auch Angehörige der Massenorganisationen dazu gekommen sind?

Hermann: Nein, das war gar nicht vorgesehen. Es gab keine Vorgaben. Es ging nach Einrichtung. Am Bereich Medizin waren es für etwa dreißig jeweils ein stimmberechtigtes Mitglied. Große Einrichtungen haben manchmal zwei Leute gehabt. Es durfte nur jeweils einer mit abstimmen. Die Listen liegen vor. Es sind im wesentlichen immer dieselben geblieben. Durch Wegzug ist mal einer ausgeschieden, dann kam ein anderer hinzu. Es waren keine gesellschaftlichen Organisationen mitbeteiligt. Es waren alles Einzelpersonen.

Haase: Ich habe noch eine Frage zum Zusammenhang von Initiativgruppe und Runder Tisch. Waren die Initiativgruppen an der Universität zunächst gebildet worden, und entwickelten sich daraus die "Runden Tische", oder lief das parallel?

Hermann: Die Initiativgruppe hat sich aus dem Neuen Forum an der Universität entwickelt.

[Zwischenfrage]: Und das genaue Datum und Name der Initiativgruppe?

Hermann: Die hieß "Initiativgruppe zur Erneuerung der Universität". Aber, ich kann das

nicht in allen Sachen nachvollziehen, da müssen wir Herrn Mehlig oder Herrn Tauché oder Herrn Dietz aus der Landwirtschaft, der war da sehr aktiv, oder Herrn Taube aus dem Bereich der Medizin fragen. Da waren auch Mediziner mit dabei, auch etwa gleichzeitig. Herr Mehlig sagte schon, die haben sich im Februar richtig etabliert. Wir hatten uns im Januar etabliert und haben das im Bereich Medizin gleich "Runder Tisch" genannt. Wir hatten wirklich Arbeitsaufgaben zu erledigen, bei denen wir auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung brauchten oder erzwingen mußten. Wir haben den Prorektor richtig verpflichtet. Da haben wir das "Runder Tisch" genannt, weil es so etwas anderswo gab. Wir wollten spezifische Dinge am Bereich Medizin klären. Ich sagte schon, mit der alten Belegschaft der Universität war das natürlich ein großer Corpus und entsprechend viele Aufgaben.

Priew: Sie hatten vorhin gesagt, daß einer Ihrer Mitarbeiter als Student bei der Wende dabei war. Das würde mich auch mal interessieren.

Rupieper: Ja, das ist interessant. Denn es ist eine Revolution gewesen, bei der die Studenten nicht hervorgetreten sind, wie das häufig sonst bei Revolutionen der Fall ist. Das ist natürlich eine Frage, die man stellen muß: Herr Schäfer, Sie waren damals in der Sektion Geschichte. Wie sieht aus Ihrer Sicht die Wende an der Universität aus?

Schäfer: Ich kann natürlich nur für die Sektion Geschichte, und damals noch Staatsbürgerkunde, Aussagen machen, aber auch da nur für einen ganz kleinen Ausschnitt, weil ich gerade mit Kommilitonen, wie das üblich war, zu Anfang des dritten Semesters zu einer Ausbildung als Reserveoffizier eingezogen wurde. Ich habe mich nicht freiwillig gemeldet. Wir sollten uns eigentlich alle freiwillig verpflichten, Reserve-offiziere zu werden. Die wenigsten haben das gemacht. Einige meiner Kommilitonen waren auch Repressionen ausgesetzt in der Form, daß ihnen nahegelegt wurde, das Studienfach zu wechseln. Für jemanden, der Geschichte und Staatsbürgerkunde studiert, kann es nicht möglich sein, daß er nicht Reserveoffizier der Nationalen Volksarmee werden will.

Auf jeden Fall sind wir Anfang Oktober 1989 aus den Semesterferien nach Halle gekommen und von Halle aus mit einem Sammelzug in Richtung Gera gefahren, nach Seelingstädt, ein riesengroßes Lager. Wir wurden dort im Prinzip ein Jahr nach der

Entlassung aus der NVA und nach dem Grundwehrdienst wieder eingekleidet und sind am Tag der Maueröffnung entlassen worden. Wir haben Honeckers Sturz dort erlebt. Dann kam der Zschke mal zu uns, um uns wieder auf den Sozialismus einzuschwören, was am Widerstand der Studenten der Sektion Theologie und seltsamerweise, vor allen Dingen der Philosophen, scheiterte. Die haben dort fürchterlichen Terror in dem Saal verbreitet, als Zschke auftrat. Es war schon eindrucksvoll. Wir hatten natürlich fürchterliche Angst, daß irgendwann an uns Schlagstöcke oder Maschinenpistolen ausgeteilt würden und wir gegen die Bergarbeiter in Gera oder in Ronneburg marschieren müssen. Das ist uns Gott sei Dank erspart geblieben. Wir haben dann auch die Studenten gewarnt, erst mal: "Seid vorsichtig!" Wir haben ausgemacht, wenn es dazu kommt, schmeißen wir die Uniformen weg und gehen in die Kirche.

Dann sind wir, wie gesagt, Mitte November an die Universität zurückgekommen und fanden nicht mal Chaos vor. Es lief genauso weiter, wie wir es aus den ersten zwei Semestern in Erinnerung hatten. Die Professoren wollten das Seminar "Klassiker des Marxismus/Leninismus" genauso weiterführen wie vorher. Das haben wir uns ganz stark verboten. Dann hat sich ein Teil der Seminargruppe geschlossen aus der FDJ verabschiedet. Das war für uns eine revolutionäre Maßnahme. Irgendwann begann man zu bemerken, daß das studentische Leben freier wurde. Aber wir haben natürlich sehr viele Auseinandersetzungen geführt, gerade in dieser Sektion Geschichte/ Staatsbürgerkunde. Es gab viele Staatsbürgerkundelehrer, mit denen wir auch zusammen-wohnten im Studentenwohnheim. Das artete dann manchmal in Klassenkampf aus. Ansonsten kann ich nur noch bemerken, daß auch noch im März 1990, ich kann das bestätigen, was Herr Zöllner gesagt hat, bei uns Vorlesungen angeboten wurden, die nannten sich "Faschismus und Arbeiterbewegung" mit eindeutigen Schwerpunkt auf der Geschichte der Arbeiterbewegung, "Grundlagen des Marxismus/Leninismus". Im März 1990, stellen Sie sich das bitte vor! Wir haben das deutlich zu spüren bekommen, daß eben dreizehn ehemalige Marxisten/Leninisten an die Sektion kamen. Und wirklich geändert hat sich erst etwas, als Herr Zöllner Institutsdirektor wurde.

Hermann: Mir fällt gerade, weil er davon spricht, noch etwas ein, was in der Vorbereitung der Wendezeit eine große Rolle gespielt hat: Das war das von Gorbatschow verkündete "Neue Denken", das wir genau wie die KSZE, darüber haben wir gar nicht gesprochen, als eine große Hoffnung angesehen haben. Auch, daß Korrespondenten aus

anderen Ländern plötzlich im Lande berichten konnten und so weiter. Das hat alles die Wende mit vorbereitet.

Aber mit dem "Neuen Denken" taten sich hier die Genossen außerordentlich schwer. Wir mußten auch immer mal zu irgendeiner M/L-Schulung. Da hat dann einer von den Philosophen, ich habe den Namen vergessen, plötzlich auch vom "Neuen Denken" angefangen: Daß man nicht in einer solchen modernen Welt leben könne, ohne nicht auch die Motivation des Klassengegners zu kennen. Man müsse sie jetzt so einschätzen, daß es nicht zur Konfrontation käme. So hat er das vorgetragen. Da begann eine ganz merkwürdige Diskussion. Einige anwesende Professoren erklärten tatsächlich, daß sie das gar nicht verstehen könnten. Und getreu dem alten Schlachtruf "der tote Kapitalist ist der beste Kapitalist" oder umgekehrt, wollten sie überhaupt nicht in die Ideenwelt des Klassengegners eintauchen, um Frieden zu haben. Sie hielten die Konfrontation weiter für gegeben. Ich habe damals gedacht, daß das der Opportunismus war, daß, wenn es etwa mit dem Gorbatschow in Rußland nicht gelingt und eine Restauration kommt, der Gedanke ist: "Wir haben zeitig genug gewarnt." Die Partei war nicht so weit, das neue Denken aufzunehmen, und der Parteisekretär in Halle, der wurde mit dem Wort zitiert: "Der Gorbatschow wird uns schon noch unsere schöne Partei kaputtmachen." Das war die Einstellung der Parteileitung bis zur Wende.

Bei den Philosophen gab es eben die Ansätze mit dem Neuen Denken, aber sie kamen bei den Genossen damit nicht durch. Es war ganz merkwürdig. Daraus erklärt sich dieser wirklich wichtige Spruch "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben". Die haben das am 40. Jahrestag noch nicht begriffen gehabt, daß sie so nicht weiter ideologisieren können. Das ist auch an der Universität ganz konträr diskutiert worden.

Rupieper: Eines ist wohl ganz wichtig an dem, was Herr Schäfer, Herr Hermann und auch Herr Mehlig gesagt haben, das wird auch aus dem Manuskript deutlich, daß wir durch Zufall bekommen haben von einem Mitglied des Runden Tisches des Rates des Bezirkes. Bis zum Schluß wurde durch die alten Kader versucht zu stören, auch die Rektoratswahl im März 1990 zu verhindern. Herr Mehlig hat bereits auf den Widerstand im Senat verwiesen. Ähnliche Dinge sind natürlich auch bei den Runden Tischen gelaufen. Es stand von vornherein gar nicht mit Sicherheit fest, wie sich die Lage entwickeln würde. Das muß man auch sehen.

Priew: Eine ganz kleine Notiz. Im Senat sind zuerst auch Mitglieder gewesen, die man für loyal gegenüber der neuen Bewegung hielt, die sich aber doch als Mitarbeiter der Stasi herausgestellt haben. Ich kannte die persönlich als Fachkollegen, hatte sie immer für integer gehalten. Ich weiß bis heute nicht, ob sie die Flucht nach vorn angetreten haben. Will sagen: "Also die haben uns jetzt solange in der Mangel gehabt, aber jetzt wollen wir mal." Oder ob es nicht auch Aufträge gegeben hat. Es wäre, glaube ich, wichtig herauszufinden, warum gerade die sich dort gesammelt haben. Die Namen sind bekannt: Ich will sie hier nicht nennen, weil sie aus der Aktenlage hervorgehen.

Rupieper: Herr Hermann, es ist bei Ihnen deutlich geworden, daß man versucht hat, Militär und Stasi in die Verwaltung zu bringen. Etwas Ähnliches gibt es offenbar auch im Bereich des Schulwesens. Hier versuchte man in der Übergangszeit, ehemalige Stasileute in den Schulen unterzubringen. Das ist ein großes Thema beim Runden Tisch des Bezirkes Halle. Wieviele es tatsächlich gewesen sind, kann man nicht genau sagen. Das andere ist natürlich, es ist richtig, bei den Mitgliedern der Runden Tische waren Stasileute vorhanden. Halle besaß sogar eine Besonderheit. Soweit ich das weiß, ist dies der einzige Fall, daß Mitglieder der Volksarmee, also Berufsoffiziere und auch Mitglieder der Volkspolizei am Runden Tisch Delegierte hatten. Das hat mich ein wenig überrascht. Jetzt muß man nachsehen, ob das in anderen Städten ebenfalls so gewesen ist. Das kann ich nicht beurteilen.

Schäfer: Ganz kurz dazu. Ich kann das in einem Satz beantworten. In Jena ist das der Fall gewesen. Da saßen Volkspolizisten mit am Runden Tisch. Das nannte sich "Sicherheitspartnerschaft".

[Einwurf]: Das ist eine organisatorische Zusammenkunft. Das gab es in Halle bei den Demonstrationen auch, bei den Montagsdemonstrationen, daß da Volkspolizei mit einer Armbinde 'Keine Gewalt' bei der Vorbereitung dieser Demonstrationen dabei waren.

Engelhardt: Ich möchte den Grund wissen, warum an der Sektion Geschichte die alten Kader von 1990 noch einmal gestärkt wurden.

Rupieper: Das hat Herr Zöllner erklärt. Man hat die Sektion Staatsbürgerkunde und die

Sektion M/L aufgelöst. Dort saßen natürlich M/L-Leute, und sie haben versucht, zunächst ein Institut für Gesellschaftskunde zu gründen. Das ist der erste Versuch gewesen, einen anderen Namen zu schaffen. Dann hat man darüber diskutiert, ob man nicht ein Institut für Politikwissenschaften gründen sollte. Das ist ebenfalls verhindert worden. Durch diese Auflösung der Staatsbürgerkunde und des M/L sind in die Geschichte wiederum die alten Kader reingeflossen und besaßen dann natürlich automatisch die Mehrheit. Leute wie Herr Zöllner und vielleicht ganz wenige andere, das müßten Sie besser wissen als ich, Herr Schäfer, die waren dann eindeutig in der Minderheit, bis dann tatsächlich im Verlauf des Jahres 1990 die Veränderung kam.

Hermann: Die konnten nicht gekündigt werden. Die Universität mußte sie dann anderweitig unterbringen. Das wurde ausgenutzt. Erst die Evaluierung brachte die Möglichkeit der personellen Veränderung. Die war erst im Jahre 1991.

Priew: Herr Zöllner hatte ja berichtet, daß die M/L-Professoren versuchten, im Westen Schützenhilfe zu bekommen. Frage an Herrn Hermann: Wie weit haben Westprofessoren Sie bei dieser Sache unterstützt oder war ihre Unterstützung da nicht hilfreich? Wie sehen Sie das heute?

Hermann: Ja, das ist die Tragik der ganzen Situation. Die Professoren, die Genossen waren, die Direktoren, wie gesagt 80%, waren grundsätzlich Reisekader. Die waren im westlichen Ausland, in Westdeutschland bekannt. Die haben sofort nach der Wende eine intensive Reisetätigkeit begonnen und Vorträge an westdeutschen Universitäten gehalten. Die westdeutschen Kollegen sind zu blauäugig gewesen, um mal vielleicht mißtrauisch zu fragen, wieso sind die früher immer gekommen und die kommen jetzt wieder. Da hat es also größere Mittelzuweisungen aus Fonds für diese Einrichtungen gegeben. Erst im Rahmen der Evaluierung, die anderthalb Jahre später einsetzte, konnten diese Dinge begründet werden. Aber durch diese Blauäugigkeit ist zunächst viel Unglück, viel Mißgeschick geschehen.

Priew: Ich wollte hier nur für die Westseite sprechen. Es gab ja ein deutsch-deutsches Abkommen hinsichtlich der Wissenschaft. Die Institute des Bundeslandwirtschaftsministeriums, die hatten auch mit Instituten der Akademien Abkommen, wobei es leider

so war, daß die DDR-Seite uns vorschrieb, mit wem wir Abkommen hatten. Mit Instituten, wie zum Beispiel Dresden-Pillnitz, haben wir nichts erreicht, obwohl wir das haben wollten. Aber dann kam natürlich, daß jetzt zwischen West und Ost mit diesen Instituten und mit diesen Herren Verbindungen aufgenommen wurde. Wir glaubten dann: "Da müssen wir helfen." Und dann standen wieder die Leute im Vordergrund, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben. Dann kam aber noch was anderes, etwas besonderes, wenn ich an Müncheberg denke. Die Mitarbeiter wählten die alten Kader, weil sie meinten: Die haben hier die meisten Verbindungen. Herr Kundler in Müncheberg ist nach der Wende gewählt worden, weil die Mitarbeiter meinten, er hat die Westverbindung. Das kann unser Institut retten. Das war dann auch für uns doppelt und dreifach schwierig.

Rupieper: Kurz was dazu. An der Fernuniversität Hagen müssen sehr viele, ich kann das jetzt nicht genauer sagen, sehr viele ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit als Studierende aufgenommen worden sein.

Erdmann: Diese ganze Sache ist ja auch organisiert worden von den Mitarbeitern der Staatssicherheit, die in Schlüsselpositionen waren. Aber ich wollte noch mal darauf zurückkommen, die Universität war, wie das hier schon gesagt worden ist, ein relativ abgekapselter Raum. Sogar die Studentenklubs waren nicht für normale Jugendliche zugänglich. Man brauchte den Studentenausweis, teilweise auch im Klub 007 in Halle-Neustadt den Hausausweis, um da überhaupt rein zu kommen. Was die Tätigkeit der Studenten anbelangt, würde ich vielleicht Folgendes sagen. Erst mal waren bei den Demonstrationen relativ wenig Studenten zu sehen von der Martin-Luther-Universität. Einmal traten sie ziemlich gehäuft auf, und das war Anfang Dezember bei einer Demonstration. Das widerspiegelte sich dann in der Presse so: eins, zwei Demonstrationen. Normalerweise sind die Montagsdemos in Halle spontan zusammengekommen. Da bildete sich ein Pulk von Menschen, dann kamen immer mehr dazu und dann ging die Demonstration los. Bloß an diesen einem Tag war mit einem Male daneben eine Formation. Die traten richtig militärisch an, formierten sich exakt. Ich habe dann mit diesen Leute gesprochen. Es stellte sich heraus, daß es größtenteils Studenten der ABF waren. Die haben natürlich eine Gegendemo vorgehabt. Es war noch nicht die Zeit, wo sich der Einheitsgedanke ganz stark durchsetzte, und die hatten dann ihre Plakate "Wir

lassen uns nicht verkohlen” und solche Dinge. Das wäre dann fast, ist auch teilweise noch, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen am Fahnenmonument gekommen an diesem Abend. Ich weiß nicht, wer dabei war, wer das mitgemacht hat. Da ist die ABF nochmal wirksam geworden.

Was die Sektion von Herrn Schäfer anbelangt, so ist noch am 29. November 1989 eine bemerkenswerte Veranstaltung gelaufen. “Antistalinismustag” nannte sich das. Ich habe da selber, ich war neugierig, mitgemacht. Das Erste, was mir auffiel: Die Professoren waren alle da. Ich hatte immer den Eindruck, daß die Parteiabzeichen an den Leuten immer besonders groß waren, diesmal hatte keiner ein Parteiabzeichen. Dann ging der Katzenjammer los. Ein Professor sagte. “Eigentlich haben wir es ja immer gewußt, aber wir durften es Euch bloß nicht sagen.” Ein paar haben dann allgemeine Reden gehalten und den Unmut der Studenten ausgelöst. Ein Professor, der besonders hart auf den Stalinismus und die Staatssicherheit wettete, wurde später selber als IM enttarnt und verschwand von der Bildfläche. Es war ein ganz großer Katzenjammer. Der Staatsbürgerkunde-Methodik-Professor schimpfte herum. Er sagte, das könnte mein Ende sein. Am Ende hat er auch irgendwie Recht gehabt. So verlief die Veranstaltung letztendlich. Es gab auch eine kleine Ausstellung dazu. Aber ich hatte so den Eindruck, daß sich nicht allzuviel in den Köpfen der Menschen bewegt hat. Daß bei den Demos so wenige Studenten dabei waren, führte natürlich auch dazu, daß die, die dabei waren, sich aktiv beteiligten, namentlich identifiziert worden sind, mit ihren Aktivitäten und bei welchen Losungen sie mitgerufen haben. Die Berichte liegen vor. Man hat das immer schon so gemacht. So wurden etwa zu Kirchentagen Filmaufnahmen gemacht. Dann wurden die Professoren eingeladen zum MfS oder zum staatlichen Leiter und identifizierten dann die Leute. Das ist auch bis Ende 1989 so gelaufen. Mir ist erst hinterher bewußt geworden, wie gefährlich es war, bei diesen Montagsdemos mitzumachen. Denn, wenn die Wende sich wieder gewendet hätte, dann wäre es einigen Leuten nicht besonders gut gegangen. Ich würde sogar sagen, die meisten Studenten haben sich aus Angst passiv verhalten. Irgendwie stand im Hintergrund, wenn das jetzt umkippt, ist meine berufliche Karriere aus und vorbei. Ich kriege in den nächsten Jahren erst mal keinen Fuß mehr aufs Trapez.

Haase: Ganz kurz. Es ist gerade davon gesprochen worden, daß das Institut für Staatsbürgerkunde in Halle versucht hat, sich mit verschiedenen Benennungen

aufrechtzuerhalten. Ich bin, neben meinem Beruf, eine ganze Reihe von Jahren in der politischen Bildung, in der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, tätig gewesen. Ich war eine derjenigen, die dafür plädiert haben, daß wir so früh wie möglich den Lehrern im Anschlußgebiet, wie man damals sagte, die Möglichkeit geben sollten, sich mit der politischen Bildung in der Bundesrepublik in irgendeiner Weise zu befassen und sich ein Bild zu machen, was auf sie zukommt. Es gab 1990 im Frühjahr eine große Tagung in Bad Harzburg. Es hatten sich auch sehr viele Lehrer aus Berlin, aus Sachsen, überall her gemeldet. Zu unserer großen Überraschung kamen auch Staatsbürgerkunde-Dozenten. Es war für uns eigentlich etwas erschreckend, denn die stellten dann in Vorträgen - oder die Bundeszentrale hat ihnen die Möglichkeit geboten - ihr Fach vor. Ich weiß noch, daß ich damals ganz entsetzt war. Das ist diese erwähnte Blauäugigkeit gewesen. Aber es war ein ziemlich unangenehmer Eindruck, den die da hinterlassen haben. Das war natürlich auch die Angst, jetzt in irgendeiner Form den Job zu verlieren und schon mal im Umfeld der Bundesrepublik wieder ein Bein auf die Erde zu kriegen. Das war im Sommer 1990. Da war aber noch längst keine Bereitschaft da, jetzt nun wirklich ein neues Programm, also gesellschaftskundliches Programm, zu entwickeln. Es war kein Ansatzpunkt vorhanden, keine Überlegung, keine Reflektion über das, was gewesen war und über den Sinn dieses Faches, sondern es wurde ganz klar dargestellt, wie man Staatsbürgerkunde damals unterrichtet hat.

Hermann: Ich wollte gerade, weil Herr Erdmann von diesen Demonstrationen gesprochen hat, die waren ja zu Anfang mit einem großen Unsicherheitsfaktor für die Beteiligten ausgezeichnet, auf etwas hinweisen. Sie kippten völlig um. Nachdem Mitte Dezember 1989 Kohl sein 10-Punkte-Programm verkündet hat, war plötzlich eine ganz andere Masse von Menschen auf der Straße, die man vorher alle nicht gesehen hat. Die ganze Artikulation war anders geworden: Wir wollen Deutschlands Einheit und so weiter. Aber alle die, die früher auf die Straße gegangen waren, als es noch etwas zu riskieren gab, die waren nicht mehr da. Es haben sich auch von der Universität nicht nur sehr viel mehr Studenten beteiligt, sondern auch Assistenten. Viel mehr als vom Lehrkörper. Ich bin von Medizinstudenten angesprochen worden, die ihre Verwunderung darüber äußerten, daß sie neben mir nur noch einen weiteren Professor, nämlich den Herrn Gläßer getroffen haben, die als Hochschullehrer am Anfang diese Demonstrationen mitmachten und sich auch in die Diskussionen stürzten, als in Halle auf dem Markt mit einem Male

sämtliche Magistrats- und Parteiangehörigen ausschwärmten und versuchten, Gruppendiskussionen, ich glaube es war am 26. November, zu erzeugen. Also drei Genossen auf zwei Bürger. Fast diese Dichte wurde dabei erreicht. Das waren ganz massive Diskussionen, bei denen insbesondere die Wahlfälschung zur Sprache kam - also dort, wo ich war, ich weiß nicht was sonst diskutiert wurde. Ab Mitte Dezember brauchte man da nicht mehr hingehen. Da war nichts mehr, was irgendwie einen Aufschwung versprochen hätte. Da wurde schon nach der D-Mark geschickt. Den Eindruck hatten wir. Diese Leute überwogen dann.

Schäfer: Mir geht es jetzt noch mal um die Teilnahme an diesen Demos. Auch hier nur wieder über die Sektion Staatsbürgerkunde und Geschichte. Da war einerseits Angst dabei. Andererseits eine hohe Systemkonformität. Die Leute wollten gar nicht demonstrieren. Von der Sektion Staatsbürgerkunde/Geschichte gab es das nicht.

Zu diesem Hereindrücken dieser ehemaligen MLer in diese Sektion. Das ging mit Wirkung auf die Studenten natürlich nach hinten los. Die haben mit den Füßen abgestimmt. Die sind zu den wirklich guten Professoren gegangen, die immer da waren, und das war es.

Dritter Punkt: Es kam natürlich ganz schnell die Forderungen auf, die 1953 auch gestellt worden sind: Abschaffung des obligatorischen Russisch-Unterrichts, Abschaffung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums und ähnliche Dinge.

Rupieper: Ich glaube, daß Geschichte Legitimationswissenschaft in der DDR war, hat eine ungeheure Rolle gespielt bei den fehlenden Aktivitäten der Studenten. Das kann man in Diskussionen immer wieder finden.

Dräger: Ich habe immer den Eindruck gehabt, dadurch, daß die Evaluierung relativ verzögert wurde, haben sich die Professoren mit Parteibuch schon relativ sicher gefühlt und haben ein bis zwei Jahre lang noch ihre Funktion wahrgenommen. Als die Evaluierung kam, kam es dann zu vielen Prozessen und Protesten. Da fühlten sie sich beleidigt, daß sie nun ihre Professur aufgeben sollten. Deswegen meine Frage: Wann traten die Evaluierungskommissionen in Aktion, die uns nachher die Entscheidung gebracht haben für die Universität? Wann würden sie sagen, war die Wende an der Universität beendet?

Hermann: Ich kann es nur für den Bereich Medizin sagen. Die Evaluierung brauchte das Hochschulerneuerungsgesetz und das ist nicht so schnell verabschiedet worden, wie man ursprünglich dachte. Ich denke, es ist wirklich erst im Herbst 1991 losgegangen, mit verschiedenen Verzögerungen. Ganz wichtig ist, daß davor die Genossen Direktoren versucht haben, sich sozusagen mit Hilfe von Mitarbeitervoten den Persilschein ausstellen zu lassen. Wobei solche Dinge anscheinend diskutiert worden sind, wie: "Lieber Herr oder Frau Mitarbeiter/in, wenn ich weiter Direktor bleibe, müssen Sie um eine Entlassung nicht fürchten". So sind die Diskussionen unter der Hand sicher gelaufen. Diese Voten waren fragwürdig, weil sie ja den Besitzstand regeln sollten. Der Runde Tisch hat ein Zwölf-Punkte-Programm, eine Art Fragebogen für die Mitarbeiter am Bereich Medizin verteilt. Ich habe das Herrn Rupieper mal vorgelegt. Wie verhält sich ein Mitarbeiter, wenn Voten gefordert werden sollten. Wir wußten nicht, ob im Hochschul-erneuerungsgesetz oder in den Durchführungsbestimmungen auch dieser Passus vorgesehen sein würde, also daß die Belegschaft entscheidet, ob jemand tragfähig ist und nicht eine Evaluierungskommission. Das war noch nicht bekannt. Da haben wir so einen Fragebogen gemacht: Bitte, zu dem und dem überlegen Sie, ob Sie mit Ja oder Nein stimmen. Das ist ein ziemlich ausgefeilter Fragebogen geworden, der sehr viel Hilfe bei der Beantwortung solcher Voten gegeben hätte. Es kam dann nicht dazu, aber mehrere Direktoren haben solche Voten von ihrer Belegschaft eingefordert.

Priew: Zurückblickend muß ich immer wieder feststellen, daß es zu unserer Studienzeit bei den Professoren uns gegenüber doch so war, daß sie uns in vielen Bereichen zum kritischen Denken angeregt haben. Wenn bei der Wende wenige Studenten dabei waren, lag das sicher mit daran, daß es einfach nicht Aufgabe war, die Studenten zu einem kritischen Denken zu erziehen, sondern daß eben andere Dinge im Vordergrund standen. Wie sieht das jetzt in der Studentenschaft aus? Ist die Studentenschaft kritischer geworden oder sind das Brotgelehrte?

Rupieper: Das ist eine ganz schwierige Frage, Herr Priew. Ich hoffe, daß die Studenten kritischer geworden sind. Aber zunächst, glaube ich, war ein ziemlicher Anpassungsdruck vorhanden. Das ist auch das Neuartige der Situation. Es ist sehr viel Unsicherheit vorhanden. Ich glaube, daß die Studenten sich auch an andere Umgangsformen gewöhnen mußten. Sie mußten sich an ein anderes Arbeiten in Seminaren gewöhnen, das heißt an

die kritische Aufarbeitung von Literatur und ähnliche Dinge. Es passiert immer wieder, um das deutlich zu machen, daß Studenten meinen, sie würden im Fach Geschichte mit den Schriften der Bundeszentrale für Politische Bildung zurechtkommen, weil da eine gewisse Linie drin ist. Richtiges wissenschaftliches Arbeiten muß teilweise erst erlernt werden. Andererseits gibt es gute, motivierte Studierende, mit denen es ungeheuren Spaß macht zusammenzuarbeiten. Ein Teil von dem, was in der Wendezeit passierte, ist für das System eine Revolution gewesen, speziell die Freiheit von Forschung und Lehre. Auch daß man Themen ansprechen kann, die vorher überhaupt nicht möglich waren. Manchmal habe ich allerdings den Eindruck, daß es einfacher ist, Themen aus der Zeit von vor 1945 zu vergeben, als aus der Zeit nach 1945. Das ist aber auch ganz verständlich, denn ich glaube, die Zeit nach 1945 ist für viele einfach noch zu frisch. Hier muß man erst einen gewissen Abstand gewinnen. Das ist Familiengeschichte. Da ist man unmittelbar betroffen.

Erdmann: Vielleicht ein ganz kleiner Mosaikstein. Ich kann mich erinnern: Anfang Dezember ist zum Beispiel der Hilmar Webel durch die Mensen am Weinbergweg und im Tschernyhaus gegangen und hat versucht, Studenten zu gewinnen, die mithelfen sollten, die Zentrale für Staatssicherheit und die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit zu besetzen. Diese Aktivitäten haben fast keinen Anklang gefunden. Studenten beteiligten sich kaum. Nur wenige haben das Bürgerkomitee damals unterstützt.

Vogt: Man muß vielleicht auch ein ganz klein wenig versuchen, sich in die Zeit zu versetzen. Uns wurde ja auch in der alten Bundesrepublik von der veröffentlichten Meinung, aber auch auf internationaler Szene, doch ständig eingeredet, daß die sogenannte "nationale Frage", daß eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die gesamte internationale Entwicklung außerordentlich schädlich sei und kein Thema, schon gar nicht in diesem Jahrhundert sei. So etwas hat Helmut Schmidt noch Wochen vor dem Herbst 1989 geäußert. Ein ganz klein wenig muß man auch die Zurückhaltung aus einer gewissen Reserve bedenken, ob denn die Zusammenführung beider deutscher Staaten nicht eben tatsächlich eine Belastung für die internationale Entwicklung sein könnte, weil uns das nationale Denken oder das nationale Bewußtsein so ausgeredet worden ist, daß man erst mal sehr gezögert hat, sich da zu engagieren. Man weiß, daß Günter Grass gesagt hat: Ja, auf kulturellem Gebiet, da sind wir eine Kulturnation. Aber politisch, das

ist alles ganz schädlich. Und wenn Deutschland in irgendeiner Form doch zusammenwachsen sollte, dann nur, wenn wir auf europäischem Gebiet bei der Europapolitik weiter wären. Ich sage das jetzt nur, weil ich als Historiker natürlich auch gelernt habe, immer die andere Seite etwas zu verstehen.

Engelhardt: Ich wollte noch einmal ganz kurz etwas zum kritischen Denken sagen. Es ist natürlich ein langfristiger Prozeß, der nicht in wenigen Jahren beurteilt werden kann. Aber ich würde meinen, die Universität Halle hat gute Voraussetzungen, in diesem Prozeß wieder kräftig mitzumischen, wenn man daran denkt, daß Halle aus der pietistischen Tradition kommt, daß Thomasiaus hier gewirkt hat und daß auch der Kantianismus in Halle immer starke Vertreter hatte bis hin zu Herrn Menzer. Daher sehe ich eigentlich für Halle nicht schwarz.

Hermann: Ein Punkt, der mir jetzt einfällt, den wir überhaupt vergessen haben bei diesen ganzen Betrachtungen an den beiden Tagen, das ist die Nutzung des Herrschaftswissens durch die Parteikader als Machtinstrument an der Universität. Das ist ein Problem, daß wir als Nichtgenossen oder Nichtfunktionäre nicht lösen können, sondern das man nur mit Hilfe früherer geeigneter Funktionäre lösen kann, um ein Geschichtsbild zu haben, das sehr viele Fakten eröffnet, über die wir nicht verfügen. Herr Mühlpfordt wird mir da sicher zustimmen. Er hat für eine gewisse Phase dieses Wissen, das andere vielleicht nicht so gehabt haben. Das geht aus seinen sehr klaren Formulierungen über die Situation hervor. Diese Informationen, gerade was die Hochschulpolitik anlangte, die waren nur in gewissen Händen, wurden nicht breit gestreut und als Machtinstrument bei der Durchsetzung von allen möglichen Fragen genutzt. Deshalb haben wir zu einigen Dingen keine Auskunft geben können.

Mühlpfordt: Dieses Herrschaftswissen ist mir entgegengetreten in den Kritiken, die an mir geübt wurden. Die Hintergründe habe ich jetzt in den Akten gefunden. Da muß man feststellen, daß die SED einerseits und dann die Stasi andererseits viel ausführlicher darüber Buch geführt haben als etwa die Universität. Im Universitätsarchiv findet man weniger als im Archiv der Bezirksleitung, und das enthält über die Universitätspolitik sogar noch mehr als das Stasiarchiv. Gerade in diesem Kulminationsjahr 1958, als man während der Sputnik-Hybris noch die Perspektive hatte, den Kommunismus als

Weltrevolution in kürzester Zeit, entsprechend der Frist von Chruschtschow binnen 20 Jahren aufzubauen, als man glaubte, die Herrschaft der SED in ganz Deutschland zu etablieren, da ist ganz genau Woche für Woche Bericht erstattet worden. Ganz genau protokolliert von der SED-Bezirksleitung und der Universitätsparteilitung. Das war das Herrschaftswissen, was Sie als Machtfaktor wahrscheinlich ansprechen wollen mit Ihrem Hinweis. Das ist heute für den Historiker eine große Hilfe, weil die nämlich regelmäßig gebracht haben: erstens Stimmungsberichte, wo alle die Fragen, die gestern und heute erörtert wurden, zur Sprache kommen; zweitens Statistiken über die Republikflucht, so daß man sieht, welche verheerenden Auswirkungen dieser Ulbrichtsche Vorstoß im Frühjahr 1958 gehabt hat, weshalb man Kurt Hager im Herbst zurückpfeifen mußte. Im Herbst 1958 wurde von den Ultras an der hallischen Universität gesagt: "Hier werden wir doch zurückgepfiffen, oder?" Man hat das nicht verneinen können und schob den Rückzug auf die gestiegene Republikflucht als das Entscheidende, was dazu genötigt hatte.

Rupieper: Ich glaube, wir sind jetzt am Ende unserer Tagung angekommen. Ich möchte mich bei Ihnen noch mal ganz, ganz herzlich für diese beiden Tage bedanken. Es sind sehr viele Probleme angesprochen worden. Ich glaube, vieles ist auch klarer geworden, zumindest für mich, vielleicht auch für Sie in einigen Fällen, an denen Sie beteiligt waren. Ich glaube, insgesamt hat dieser Versuch einer Zeitzeugenbefragung gezeigt, daß so etwas möglich ist. Unsere Arbeit besteht jetzt darin, zunächst einmal die Mitschnitte abzuschreiben. Wir werden uns bemühen, sie auch zu veröffentlichen. Ich weiß nicht, wann das sein wird. Aber wir werden uns bestimmt bemühen, das zu tun.

Ohne Ihre Mithilfe wären diese beiden Tage nicht möglich gewesen. Sie waren ausgezeichnete Zeitzeugen. Sie waren bereit zu reden. Sie sind auf Argumente eingegangen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich aber auch bei meinen Mitarbeitern bedanken, die hier ausgeharrt haben und natürlich besonders bei Frau Brod, die zwei Tage mit den Kopfhörern dagesessen hat. Dann bleibt mir eigentlich nur noch, Ihnen einen schönen Heimweg zu wünschen, und ich hoffe, daß wir uns irgendwann wiedersehen werden.

Biographische Angaben

Im Text werden einige Professoren der Martin-Luther-Universität erwähnt. Die hier folgenden Angaben dienen zur Einordnung der Personen in die Geschichte der Universität. Die Zugehörigkeit zu Parteien wurde nur dann angegeben, wenn im Textzusammenhang auf die politische Betätigung der Personen eingegangen wurde. Ehrungen und Mitgliedschaften in Akademien blieben unberücksichtigt. Ausnahme war die Deutsche Akademie der Naturforscher "Leopoldina" in Halle, da hier ein unmittelbarer Zusammenhang zur Universitätsgeschichte besteht.

Agricola, Rudolf (1900 - 1985): Politökonom; Studium der Wirtschaftswissenschaften, 1924 Promotion; 1924 KPD; Handelslehrer in Zeitz, Widerstand, Zuchthaus; 1945 bis 1948 Vorsitzender des KPD-Kreisvorstandes Heidelberg, Chefredakteur der "Rhein-Neckar-Zeitung"; 1947 ordentliche Professur für Ökonomie in Halle, 1949 bis 1954 Direktor des Institutes für Politische Ökonomie, 1951 bis 1953 Rektor, 1953 Wechsel zum Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften; 1956 bis 1962 Gesandter der DDR in Finnland; 1962 ordentlicher Professor für Politische Ökonomie in Greifswald.

Ahrbeck, Hans (1890 - 1981): Erziehungswissenschaftler; Studium der Germanistik, Geschichte, Theologie, Philosophie in Leipzig, Gießen, Göttingen, 1925 Promotion; 1930 Professor in Breslau, 1932 an der Pädagogischen Akademie Halle; 1933 Studienrat in Magdeburg, Verbindungen zur Bekennenden Kirche; 1945 Oberschulrat von Magdeburg; 1946 bis 1958 Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften, Dekan der Pädagogischen Fakultät; 1958 emeritiert.

Ammer, Karl (1911 - 1973): Sprachwissenschaftler; 1950 Privatdozent in Wien, 1954 Professor mit Lehrauftrag für Allgemeine Sprachwissenschaft und Indologie in Halle, 1961 Professor mit Lehrstuhl, 1969 ordentliche Professur.

Aland, Kurt (1915 - 1994): Theologe; 1941 Habilitation, 1945 Dozent für Kirchengeschichte in Berlin; 1946 Lehrauftrag in Halle, 1947 ordentliche Professur; 1959 Wechsel nach Münster, dort 1983 emeritiert.

Behr, Lothar (1912 - ?): Agrarwissenschaftler; 1951 bis 1960 Oberassistent und Dozent in Halle, 1960 Professor mit Lehrauftrag und Direktor des Phytopathologischen Instituts.

Barnikol, Ernst (1892 - 1968): Theologe; 1921 Privatdozent in Bonn, 1928 ordentlicher Professor in Kiel, ab 1929 in Halle.

Baesecke, Georg (1876 - 1951): Germanist; 1905 Privatdozent in Berlin, 1913 außerplanmäßige Professur in Königsberg, 1921 ordentlicher Professor in Halle, 1948 emeritiert.

Becker, Hans Herbert (1914): Pädagoge; 1946 Dozent in Halle, 1947 außerordentliche Professur; 1955 bis 1958 Professor mit Lehrstuhl und Direktor des Institutes für praktische Pädagogik, 1959 Wechsel nach Dortmund, dort zunächst Lehrauftrag; 1964 ordentlicher Professor an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, 1980 an der Universität Dortmund.

Beil, Herbert (1941): Jurist; 1970 Promotion in Halle; 1970 bis 1975 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der MLU; 1983 Dr. sc. jur., 1984 Hochschuldozent, September 1989 ordentlicher Professor für Staatsrecht an der Sektion Staats- und Rechtswissenschaften; 1990/91 Prorektor.

Berg, Gunnar (1940): Physiker; 1971 Dr. rer. nat., 1975 Dr. Ing., 1983 Dr. sc. nat. 1989 außerordentlicher Dozent in Halle, 1990 Direktor der Sektion Physik, 1992 bis 1996 Rektor der Martin-Luther-Universität.

Bondi, Gerhard (1911 - 1966): Historiker; KPD, SED; 1929 Student an der Hochschule für Welthandel Wien; 1929 bis 1932 Mitarbeiter der Finanzverwaltung der sowjetischen Vertretung in Berlin; 1933 bis 1939 Parteiarbeit und Studium in Prag, 1938 Dr. jur.; 1939 bis 1946 Emigration in London, dort Statistiker; 1946 bis 1951 staatliche Funktionen, u. a. Leiter des Statistischen Zentralamtes der DDR; als "Westemigrant" degradiert, Dozent an der Deutschen Verwaltungsakademie, 1953 in Halle; 1954 habilitiert, Professor mit Lehrauftrag für Wirtschaftsgeschichte; 1959 bis 1963 Rektor der Martin-Luther-Universität.

Brentjes, Burchard (1929): Archäologe; 1952 Dr. phil in Halle, 1960 Habilitation, Dozent; 1975 außerordentliche Professur, 1980 ordentlicher Professor und Leiter des Wissenschaftsbereiches Orientalische Archäologie bis 1991; 1994 Ruhestand.

Burisch, Ingo (1909 - 1966): Sportwissenschaftler, 1952 Privatdozent in Halle.

Dehn, Günther (1882 - 1970): Theologe; 1931 bis 1933 Professor in Halle, durch die Nationalsozialisten entfernt; 1936 bis 1941 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin, 1946 Professor in Bonn.

Eisfeldt, Otto (1877 - 1973): Theologe, 1913 Privatdozent in Berlin, 1921 ordentlicher Professor in Halle, 1945 bis 1947 Rektor, 1957 emeritiert.

Freye, Hans-Albrecht (1923 - 1994): Biologe; LDPD, 1990 FDP; Studium in Halle, Promotion 1954, 1958 habilitiert; 1959 Direktor des Biologischen Instituts, 1961 Professor, 1988 emeritiert; 1964 Mitglied, 1978 Generalsekretär der Leopoldina; 1990 bis 1994 Staatssekretär im Landesministerium für Wissenschaft Sachsen-Anhalt.

Gallwitz, Hans (1896 - 1958): Geologe; 1919 Privatdozent in Dresden, 1935 Professor in Wien; 1946 ordentlicher Professor in Halle, Direktor des Geologisch-Paläontologischen Institutes und des Geiseltalmuseums, Mitglied der Leopoldina.

Gläßer, Dietmar (1932): Mediziner; Studium in Leipzig, 1957 Promotion, 1969 Habilitation; 1992 bis 1996 Prorektor der Martin-Luther-Universität; seit 1974 Mitglied der Leopoldina.

Hanson, Horst (1911 - 1978): Mediziner, 1944 Dozent, 1948 Professor mit Lehrauftrag in Halle, 1951 Lehrstuhlinhaber, später Direktor des Physiologisch-chemischen Institutes, 1955 Mitglied der Leopoldina.

Haschke, Hans-Dieter (1930): Gesellschaftswissenschaftler; Studium der Fachrichtung "Lehrer für Marxismus-Leninismus", ab 1953 Assistent in Halle,

Lehrer im Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium; Promotion 1965, Dr. sc. 1979 in Halle, Professor an der Sektion Marxismus-Leninismus, nach 1989 außerordentlicher Professor für Sozialwissenschaften an der TH Köthen.

Haussherr, Hans (1898 - 1960): Historiker; Studium in Berlin, 1922 Promotion, bis 1945 im Schuldienst, 1937 Habilitation; 1945 Privatdozent in Jena, 1946 ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Halle, 1958 Rücktritt aus politischen Gründen.

Hellfaier, Karl-Alexander (1918 - 1987): Historiker; 1950 bis 1959 Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter für Neuere Geschichte an der Martin-Luther-Universität, 1956 Promotion; 1959 Übersiedlung nach Westdeutschland, Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1961 Bibliothekar in Dortmund, später in Detmold, 1966 Leiter der Lippischen Landesbibliothek in Detmold.

Hinrichs, Carl (1900 - 1962): Historiker; 1934 Archivrat in Berlin, 1938 Habilitation, 1942 Dozent in Königsberg, 1944 außerplanmäßiger Professor in Halle, 1951 ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin.

Hoffmann, Erich (1904 - 1989): Agrarökonom; 1947 Dozent in Halle, 1952 Professor mit Lehrstuhl, 1953 bis 1958 Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Betriebslehre und Agrarwesen, ab 1958 Mitarbeiter an der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften; 1960 bis 1972 Mitglied der Kirchenleitung der Provinz Sachsen.

Hoffmann, Walther (1910 - ?): Pflanzenzüchter; 1936 bis 1942 Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg, 1942 bis 1946 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Bastforschung in Mährisch-Schönberg; 1949 bis 1958 Professor mit Lehrstuhl in Halle, wechselt 1958 an die Technische Universität in Berlin und wird dort Direktor des Institutes für Vererbung und Züchtungsforschung.

Jahn, Wolfgang (1922): Politökonom; Studium in Jena, 1952 bis 1954 Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, 1954 bis 1965 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle, 1956 Promotion, 1957 Professor mit Lehrauftrag in Halle, 1969 ordentliche Professur, 1987 emeritiert.

Käubler, Rudolf (1904 - 1989): Geograf; 1939 Dozent in Leipzig, 1951 in Halle; 1952 Professor mit Lehrauftrag, 1954 mit Lehrstuhl und Direktor des Geografischen Institutes; 1959 Mitglied der Leopoldina.

Koenen, Bernard (1889 - 1964): Politiker; 1907 SPD, 1920 KPD, Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale, Redakteur der KPD-Zeitung "Klassenkampf", Sekretär der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg; 1933 bis 1945 Emigration in die Sowjetunion; 1945 1. Sekretär der KPD-Bezirksleitung Sachsen-Anhalt; 1946 bis 1949 Vorsitzender, 1949 bis 1952 1. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen-Anhalt, 1953 bis 1958 Botschafter in Prag, 1958 bis 1963 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, 1960 bis 1964 Mitglied des Staatsrates der DDR. Koenen hält ab 1946 Vorlesungen in marxistisch-leninistischer Philosophie und wird als Professor tituliert. Ob eine förmliche Berufung stattgefunden hat, konnte nicht ermittelt werden.

Könnecke, Gustav (1908 - 1992): Agrarwissenschaftler; 1951 Dozent in Halle, Direktor des Institutes für Acker- und Pflanzenbau, 1953 ordentliche Professur.

Langenbeck, Wolfgang (1899 - 1967): Chemiker; 1928 Privatdozent in Münster, 1935 ordentlicher Professor in Greifswald, 1940 in Dresden, 1947 in Rostock, 1951 in Halle; Direktor des Institutes für organische Katalyseforschung, Mitglied der Leopoldina.

Lehmann, Arno (1901 - 1984): Theologe; ab 1950 Professor in Halle, Direktor der Abteilung für allgemeine Religionsgeschichte und Missionswissenschaften.

von Lengerken, Hans (1889 - 1966): Zoologe; 1920 Privatdozent in Berlin, dort später Museumsdirektor und Professor; 1949 ordentliche Professur in Halle, Direktor des Institutes für Landwirtschaftliche Zoologie und Haustierkunde; nach Emeritierung Übersiedlung nach Westdeutschland; Mitglied der Leopoldina.

Lintzel, Martin (1901 - 1955): Historiker; 1927 Privatdozent in Halle, 1935 außerplanmäßige Professur in Kiel, 1936 in Halle; 1942 ordentlicher Professor in Halle.

Lüttringhaus, Arthur (1906 - 1992): Chemiker; 1938 Dozent in Berlin, 1941 außerordentliche Professur in Greifswald, 1947 ordentlicher Professor in Halle, Wechsel nach Freiburg 1951, Mitglied der Leopoldina.

Lukas, Gerhard (1914): Sportwissenschaftler; 1939 Promotion, 1948 Dozent in Halle und Direktor des Instituts für Körpererziehung; 1951 Habilitation, Professor mit Lehrauftrag; 1952 ordentliche Professur; 1979 emeritiert.

Mende, Georg (1910 - 1983): Philosoph; Studium in Breslau und Prag, 1932 KPD, 1935 Promotion in Prag; 1935 bis 1937 inhaftiert wegen "Vorbereitung zum Hochverrat", Schreibkraft in einem Anwaltsbüro, Kriegsdienst; 1946 SED, Angestellter in der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt, 1947 Dozent an der ABF und Lehrauftrag für materialistische Philosophie an der Universität Halle; 1948 Teilnahme am Dozentenlehrgang der SED-Parteihochschule, 1949 Dozent für Marxistische Philosophie in Halle, 1951 in Leipzig habilitiert; 1951 Professor mit Lehrauftrag für Dialektischen und Historischen Materialismus an der Martin-Luther-Universität und Direktor des Philosophischen Seminars; 1953 Wechsel nach Jena; 1972 nach schwerem Verkehrsunfall vorzeitig emeritiert.

Menzer, Paul (1873 - 1960): Philosoph; 1900 Privatdozent in Berlin, 1906 außerplanmäßige Professur in Marburg; 1908 ordentlicher Professor in Halle, nach Auseinandersetzungen mit der SED 1948 emeritiert.

Messerschmidt, Wilhelm (1906 - 1975): Physiker; 1936 habilitiert, 1946 Dozent, 1947 Professor und Direktor des Institutes für experimentelle Physik in Halle; 1957

Professor mit Lehrstuhl, Leiter der Arbeitsstelle für kosmische Strahlung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Halle; 1958 Mitglied der Leopoldina.

Mocek, Reinhard (1936): Philosoph; 1969 in Leipzig habilitiert; 1970 ordentlicher Professor in Halle; seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld.

Mode, Heinz (1913 - 1992): Archäologe; Studium der Archäologie in Berlin, Ceylon, Indien; Promotion 1935 in Basel, dort 1944 habilitiert; von 1944 bis 1948 verschiedene Funktionen in der KPD bzw. ihr nahestehenden Organisationen, 1948 Lehrauftrag in Halle, zeitweise Parteisekretär der Universität, 1962 bis 1978 Professor mit Lehrstuhl für orientalische Archäologie, Direktor des Instituts für Altertumswissenschaften und des Archäologischen Museums Robertinum.

Mothes, Kurt (1900 - 1983): Biologe; Studium der Pharmazie und Chemie in Leipzig, 1925 Promotion, 1925 bis 1934 Assistent am Botanischen Institut der Universität Halle, 1928 Habilitation für Botanik und Pharmakognosie, 1935 bis 1945 Professor in Königsberg; sowjetische Gefangenschaft; 1949 Abteilungsleiter am Institut für Kulturpflanzenforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Gatersleben; 1951 bis 1962 Professor der Pharmakognosie, Institutsleiter; 1958 bis 1965 Professor für Botanik, 1965/66 Lehrstuhl für Biochemie der Pflanzen, 1958 bis 1967 Direktor des Institutes für Biochemie der Pflanzen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Halle; ab 1940 Mitglied der Leopoldina.

Parthier, Benno (1932): Molekularbiologe; Studium in Halle, 1961 Promotion, 1966 Mitarbeiter am Institut für Biochemie der Pflanzen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Halle (IBP); 1967 Habilitation, 1968 Honorarprofessor an der Martin-Luther-Universität; 1975 Professor an der Akademie der Wissenschaften, 1990 Direktor des IBP; Professur für Zellbiologie in Halle; seit 1974 Mitglied der Leopoldina, 1978 Mitglied ihres Präsidiums, 1987 Vizepräsident, 1990 Präsident.

Rath, Friedrich-Wilhelm (1936): Mediziner, 1963 Promotion in Magdeburg, 1971 Habilitation; ordentlicher Professor und Leiter des Institutes für Pathologie an der Martin-Luther-Universität.

Reichenbach, Erwin (1897 - 1973): Mediziner; 1930 Privatdozent in München, 1935 außerordentliche, 1936 ordentliche Professur in Leipzig; 1947 nach Halle berufen, Direktor der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten, 1962 emeritiert; Vizepräsident der Leopoldina.

Schilling, Günther (1930): Agrarwissenschaftler; 1949 CDU, Studium der Agrarwissenschaft und Chemie in Jena, 1957 dort promoviert und 1960 Habilitation; 1961 Professur in Jena; 1970 Professor in Halle, Leiter des Institutes für Pflanzenernährung und Düngung, 1996 emeritiert; 1990 bis 1992 Rektor der Martin-Luther-Universität; seit 1969 Mitglied der Leopoldina.

Schmalfuß, Karl (1904 - 1976): Agrarwissenschaftler; 1936 Dozent in Berlin, 1942 außerordentliche Professur in Posen, 1947 Professor in Halle, Leiter des Institutes für Pflanzenernährung und Bodenkunde.

Seige, Konrad (1921): Mediziner; 1956 Dozent in Leipzig, 1960 Professor mit Lehrauftrag in Halle, 1964 bis 1987 Direktor der II. Medizinischen Universitätsklinik, 1987 emeritiert; seit 1976 Mitglied der Leopoldina.

Stern, Leo (1901 - 1982): Historiker; Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte in Wien, 1925 Promotion; 1933 KPÖ, 1936 bis 1938 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, ab 1938 in Moskau, Offizier der österreichischen Hilfstruppen in der Roten Armee (Oberstleutnant); 1950 bis 1966 Professor für neuere Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung in Halle; 1953 bis 1959 Rektor der Martin-Luther-Universität.

Stubbe, Hans (1902 - 1989): Genetiker; Studium der Biologie und Landwirtschaft in Göttingen und Berlin, 1929 Promotion; 1929 bis 1936 Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg, gemäßregelt; 1945

bis 1967 Direktor des Institutes für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (erst der Martin-Luther-Universität, dann der Deutschen Akademie der Wissenschaften zugeordnet); 1946 ordentlicher Professor und Direktor des Institutes für Genetik an der Martin-Luther-Universität, 1967 emeritiert.

Thieme, Paul (1905): Sprachwissenschaftler; 1932 Privatdozent in Göttingen, 1940 bis 1946 Professor in Halle, 1953 in Frankfurt am Main, 1954 an der Yale University (New Haven), 1960 nach Tübingen berufen.

Tillmann, Heinz (1917): Historiker; SED; 1943 sowjetische Kriegsgefangenschaft, Antifa-Schulen; 1946 bis 1950 diverse Parteifunktionen, u. a. Sekretär für Agitation und Propaganda der Kreisleitung der SED Gera; 1950 bis 1956 Dozent an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg, dort 1955 Dr. rer. pol.; 1956 Dozent, 1960 Professor mit Lehrauftrag in Halle; 1965 bis 1968 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, später Direktor des Institutes für Allgemeine Geschichte der Neuzeit, 1986 emeritiert.

Wegner, Arthur (1900 - 1989) Jurist; 1924 Privatdozent in Hamburg, 1926 ordentlicher Professor in Breslau, 1934 in Halle, 1937 Ruhestand; 1945 Vertretung von Lehrstühlen in Hamburg und Kiel, 1946 Professor in Münster, dort 1958 Direktor des Institutes für Kirchenrecht; 1963 Professor mit Lehrstuhl in Halle.

Worringer, Wilhelm (1881 - 1965): Kunsthistoriker; 1909 Privatdozent in Bern, 1928 Professor in Königsberg, 1947 in Halle, später in Erlangen emeritiert.

Wozniak, Klaus-Dieter (1940): Mediziner; 1967 Promotion, 1973 Dr. sc. med. in Halle; Professor, Universitätsklinik für Hautkrankheiten.

Wussow, Werner (1903 - 1969): Tierzüchter; 1948 Dozent in Greifswald, 1950 Professor in Halle, Direktor des Institutes für Tierzucht, 1962 Direktor des Leitinstitutes für Pferde- und Schafzucht der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Zaschke, Horst (1938): Chemiker; SED, Studium der Chemie in Halle; hauptamtlicher Sekretär der FDJ-Kreisleitung der Martin-Luther-Universität; 1969 hier promoviert, 1977 Dr. sc., Berufung zum Dozenten 1968; 1982 Professor, 1984 - 1988 Direktor der Sektion Chemie, 1988 - 1990 Rektor; 1990 Wechsel in die Industrie.

Die Teilnehmer

Heinrich Blobner, Vellmar

Prof. Dr. Eckard Oelke, Halle

Manfred Böttge, München

Dr. Helmut Pietzke, Halle

Prof. Dr. Peter Bohley, Tübingen

Gotthard Pilz, Ast

Udo Dräger, Halle

Dr. Herbert Priew, Bonn

Prof. Dr. Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

Dr. Walter Schady, Halle

Volker Erdmann, Halle

Hans-Joachim Schnitzer, Berlin

Dr. Annemarie Haase, Aachen

Dr. Bruno Tauché, Halle

Prof. Dr. Roland Hedewig, Kassel

Dr. Hans-Joachim Vogt, Offenbach

Prof. Dr. Peter Hermann, Halle

Eva Wipplinger, Halle

Prof. Dr. Klaus Herrmann, Paderborn

Prof. Dr. Walter Zöllner, Halle

Prof. Dr. Johannes Mehlig, Halle

Prof. Dr. Günther Mühlpfordt, Halle

Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper

Christiane Brod

Anjana Buckow

Stefan Schäfer

Dr. Georg Wagner

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle (Saale)

Heft 1 / 1996

Hermann-Josef Rupieper und Rüdiger Fikentscher (Hg.)

Zwischen Zwangsvereinigung und unfreiwilligem Zusammenschluß:
KPD/SPD in der Provinz Sachsen 1945/46

Heft 2 / 1997

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)

Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD:
Einige ausgewählte Dokumente der SMAD 16. 1. 1946 -7. 6. 1946

Heft 3 / 1997

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)

Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945 bis 1989.
Eine Diskussion mit Zeitzeugen

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Mathias Uhl,
Holger Zaunstock, Henrik Eberle und Denise Wesenberg

ISSN 1433-7886